

Hansestadt Rostock

Bürgerschaft

Einladung

Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.05.2016, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Beratungsraum 2.11, Haus I, St.-Georg-Str. 109, 18055 Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- | | | |
|-----|--|----------------------|
| 1 | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit | |
| 2 | Änderungen der Tagesordnung | |
| 3 | Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2016 | |
| 4 | Anträge | |
| 4.1 | Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof) | 2016/AN/1674 |
| | Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf | |
| 4.2 | Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf | 2016/AN/1674-01 (SN) |
| 5 | Beschlussvorlagen | |
| 5.1 | Entscheidung über die Durchführung des Anschlussvorhabens zum "Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock" | 2016/BV/1619 |
| 5.2 | Überplanmäßige Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt 2015 | 2016/BV/1770 |
| 5.3 | Zukünftige Übernahme von Miet- und Betriebskosten für den Wohltat e. V. für den Standort Rudolf-Diesel-Str. 1, 18059 Rostock, zur Unterbringung der Suppenküche | 2016/BV/1726 |
| 5.4 | Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, Ergebnisverwendung und Entlastung des Direktoriums des Eigenbetriebes "Klinikum Südstadt Rostock" der Hansestadt Rostock | 2016/BV/1712 |
| 6 | Informationsvorlagen | |
| 6.1 | Monatliche Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage der Volkstheater Rostock GmbH | 2016/IV/1772 |

7 Verschiedenes

7.1 Informationen der Leiterin des Amtes für Kultur, Denkmalpflege
 und Museen zur Haushaltsplanung 2017 der Kunsthalle

8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

9 Verschiedenes

gez. Prof. Dr. Dieter Neßelmann
Vorsitzender des Finanzausschusses

Sitzung des Finanzausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 26.05.2016, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Beratungsraum 2.11, Haus I, St.-Georg-Str. 109, 18055 Rostock

Nachtragstagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 28.04.2016
- 4 Anträge
- 4.1 Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof) **2016/AN/1674**

Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf
- 4.2 **2016/AN/1674-01 (SN)**

Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf
- 5 Beschlussvorlagen
- 5.1 Entscheidung über die Durchführung des Anschlussvorhabens zum "Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock" **2016/BV/1619**
- 5.2 Überplanmäßige Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt 2015 **2016/BV/1770**
- 5.3 Zukünftige Übernahme von Miet- und Betriebskosten für den Wohltat e. V. für den Standort Rudolf-Diesel-Str. 1, 18059 Rostock, zur Unterbringung der Suppenküche **2016/BV/1726**
- 5.4 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, Ergebnisverwendung und Entlastung des Direktoriums des Eigenbetriebes "Klinikum Südstadt Rostock" der Hansestadt Rostock **2016/BV/1712**
- 6 Informationsvorlagen
- 6.1 Monatliche Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage der Volkstheater Rostock GmbH **2016/IV/1772**

6.2 Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2015

2016/IV/1759

7 Verschiedenes

7.1 Informationen der Leiterin des Amtes für Kultur, Denkmalpflege
und Museen zur Haushaltsplanung 2017 der Kunsthalle

8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

9 Verschiedenes

gez. Prof. Dr. Dieter Neßelmann
Vorsitzender des Finanzausschusses

Antrag	Datum: 26.04.2016
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	
Kurt Massenthe (Vorsitzender des Ortsbeirates Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof) Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
17.05.2016	Bau- und Planungsausschuss
19.05.2016	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
25.05.2016	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
26.05.2016	Finanzausschuss
08.06.2016	Bürgerschaft
	Zuständigkeit
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Vorberatung
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die notwendigen Planungen für einen umfassenden Umbau des Gehlsdorfer Kirchenplatzes einschließlich des Einstellens der notwendigen finanziellen Mittel für die Planung und Umsetzung in der Haushalt 2017 zu veranlassen. Ziel ist eine differenzierte Grüngestaltung mit einer optimalen Verzahnung der Verkehrsplanung und multifunktionaler Nutzung in den Teilbereichen zur ermöglichen.

Hierbei müssen unbedingt die angrenzenden Einmündungsbereiche der Fährstraße, Klaus-Groth-Straße, Pressentinstraße und besonders der Bereich Toitenwinkler Weg/Schulstraße mitbetrachtet und umgebaut werden.

Vor allem sind hier die Wünsche und Anregungen der Gehlsdorfer Bevölkerung und des Ortsbeirates zu berücksichtigen.

Es sollte geprüft werden, ob hierfür Fördermittel aus Landes-, Bundes und /oder EU-Programmen beantragt werden können.

Sachverhalt:

Die Gehlsdorfer Kirche, die sozialen Wohneinrichtungen, die beiden Einkaufsmärkte, die beiden Bushaltestellen (auch für Ausflugsbusse), die Grünfläche mit Freizeitfunktion und Standort für Bürgerfeste (Kirchenplatzfest, Martinsfest), der Gedenkstein und ab April 2016 die neue temporäre Frischemarktfläche bilden ein natürliches Zentrum der Ortslage.

Dieses Zentrum wird durch die viel befahrene Fährstraße/Pressentinstraße tangiert, was eine nicht unerhebliche Gefahrenquelle für Kinder, ältere Menschen und geistig bzw. psychisch Kranke, die dort wohnen, darstellt.

Entsprechend der Leitlinien der HRO wünschen sich der Ortsbeirat und die Gehlsdorfer in diesem Bereich eine funktionale und gestalterische Aufwertung dieses öffentlichen Raumes, eine attraktive Durchgrünung, vielseitige Nutzungsmöglichkeiten sowie die schrittweise

Beseitigung von Mängel und Gefährdungen im fließenden und ruhender Verkehr und den Abbau von Barrieren.

Besonders hoch ist der Gefährdungsbereich im Einmündungsbereich zum Toitenwinkler Weg/Schulstraße.

Aktueller Anlass gerade jetzt umfangreiche Veränderungen zu fordern sind:

1. Umsetzung des B-Planes „Obere Warnowkante“ - in der Begründung (Seite 34) wird auf die Verbindliche Regelung eines ergänzenden Städtebaulichen Vertrages zur Asphaltierung eines Teilbereiches der Klaus-Groth-Str. verwiesen, um die Lärmorientierungswerte im Nachtzeitraum einzuhalten
2. die im Ortsbeirat vorgestellten Ergebnisse der Verkehrsuntersuchung im Rahmen der künftigen Bebauungspläne für Gehlsdorf, für fast 1000 zusätzliche WE in den kommenden Jahren
3. der besonders schlechte Zustand des Toitenwinkler Weges ohne Gehweg und der sehr unübersichtliche Bereich Ecke Schulstraße/Kirchenplatz

Gerade hinsichtlich einer Kostenoptimierung für den Teilbereich Klaus-Groth-Straße, der eine Seite des Kirchenplatzes ist, wird hier dringender Handlungsbedarf gesehen.

Kurt Massenthe
Vorsitzender

Anlage/n:
Karte Gehlsdorfer Kirchenplatz

Kein amtlicher Auszug.
Verfälschung, Weiterverbreitung, Umwandlung, Weitergabe an Dritte oder Veröffentlichung nur mit Zustimmung des Herausgebers, ausgenommen Verwendungen zu inderntlichen Zwecken (§ 34 GeoVermG M.-V.).
Der Gebäudebestand wurde öflich nicht überprüft.

Maßstab
1 : 1210
Datum
6.4.2016

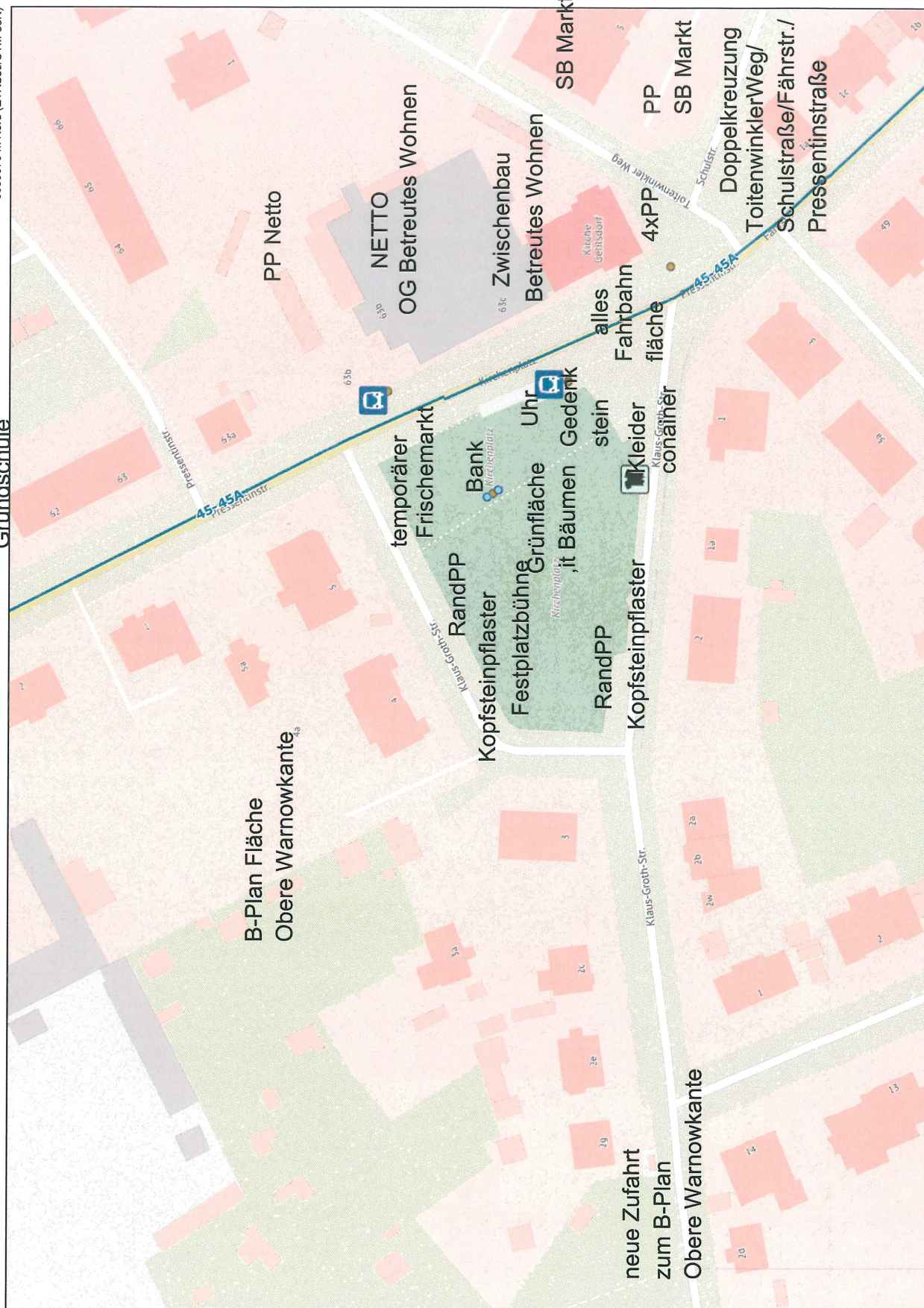


311451 m Ost (ETRS89/UTM-33N)

Gehlsdorfer Kirchenplatz mit Nebenstraßen

Richtung
Grundschule

5999076 m Nord (ETRS89/UTM-33N)



311159 m Ost (ETRS89/UTM-33N)

5998869 m Nord (ETRS89/UTM-33N)

Stellungnahme Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Federführendes Amt: Tief- und Hafenbauamt Beteiligte Ämter: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege	Datum: 09.05.2016 fed. Senator/-in: S 4, Holger Matthäus bet. Senator/-in: bet. Senator/-in:
Funktionale Umgestaltung des Kirchenplatzes Rostock-Gehlsdorf	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
17.05.2016	Bau- und Planungsausschuss
19.05.2016	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
25.05.2016	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
26.05.2016	Finanzausschuss
08.06.2016	Bürgerschaft
	Vorberatung
	Entscheidung

Sachverhalt:

Bei diesem Antrag handelt es sich um ein neues, komplexes Vorhaben, bei dem mit der gewünschten Überplanung u. a. Anlagen und Vermögensgegenstände der beiden Organisationseinheiten Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege (Grün- und Platzfläche des Kirchenplatzes) sowie des Tief- und Hafenbauamtes (Verkehrsanlagen) betroffen sind. Die Beschäftigung mit funktionalen und gestalterischen Aspekten mit dem Ziel der Aufwertung und Attraktivitätsverbesserung unter Berücksichtigung der Erlangung der Barrierefreiheit erfordert eine umfassende Analyse der derzeitigen Situation unter Berücksichtigung des Abgleiches mit den zu erwartenden Entwicklungspotentialen für den Stadtteil Gehlsdorf.

Als ersten Schritt und wesentliche Grundlage für eine umfassende Aufgabenstellung zur städtebaulichen, freiraumplanerischen und verkehrlichen Untersuchung sollte sich der Ortsbeirat im Zusammenwirken mit dessen Ausschüssen zunächst konkrete fachlich – inhaltliche Positionierungen erarbeiten und diese mit den maßgeblichen Fachämtern der Verwaltung abstimmen. Erst wenn der gesamte Untersuchungs- und Planungsumfang konkret definiert ist, können Planungsmittel für die weitere Projektbearbeitung in den Haushalt eingestellt werden.

Vor dem Hintergrund einer Vielzahl von priorisierten Investitionsvorhaben innerhalb der Hansestadt Rostock insgesamt und der nach wie vor nur begrenzt verfügbaren finanziellen Mittel sollte jedoch eine Abwägung hinsichtlich der dringenden Notwendigkeit dieser Umgestaltungs- und grundhaften Ausbaumaßnahme erfolgen.

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept: nein

Holger Matthäus

Beschlussvorlage	Datum:	09.03.2016
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 4, Holger Matthäus
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller
Federführendes Amt: Amt für Umweltschutz	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Büro des Oberbürgermeisters Finanzverwaltungsamt Hauptamt Zentrale Steuerung		
Entscheidung über die Durchführung des Anschlussvorhabens zum "Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
19.05.2016	Finanzausschuss	Vorberatung
19.05.2016	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Vorberatung
08.06.2016	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag

1. Die Bürgerschaft stimmt der Durchführung des Anschlussvorhabens zum Masterplan 100 % Klimaschutz (Anlagen 1 und 2) zu.
2. Die Bürgerschaft stimmt den außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen im Jahr 2016 in Höhe von insgesamt 4.721,84 EUR zu:
 - Die Deckung des Eigenanteils der Personalaufwendungen und Auszahlungen für das Jahr 2016 in Höhe von 3.833,34 EUR erfolgt aus dem Deckungskreis Personal (5802/7802).
 - Der Eigenanteil für die Sachaufwendungen für das Jahr 2016 in Höhe von 888,50 EUR wird aus dem Produktsachkonto 55404.56251010/76251010 gedeckt.

Beschlussvorschriften: § 22 (2) Kommunalverfassung

bereits gefasste Beschlüsse: Nr. 2011/BV/2908, Nr. 2014/BV/5248

Sachverhalt:

Das Vorhaben „Masterplan 100% Klimaschutz“ wurde im Februar 2012 mit einem Beschluss der Bürgerschaft auf den Weg gebracht. Die im Verlauf des Vorhabens erarbeitete Strategie „Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock“ zur Erreichung der Klimaschutzziele wurde von der Bürgerschaft im April 2014 zur Umsetzung empfohlen.

Rostock setzt mit dem Masterplan 100 % Klimaschutz die Leitlinien zur Stadtentwicklung um und sichert damit eine nachhaltige Grundlage für die Zukunft. Durch das beschlossene Konzept verfolgt Rostock einen strategischen Ansatz mit definierten Zielen für den Klimaschutz, die sich an nationalen und internationalen Werten orientieren.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) bietet im Rahmen seiner Klimaschutzinitiative den derzeit an Masterplanprojekten arbeitenden Kommunen die Förderung eines Anschlussvorhabens zur finanziellen und inhaltlichen Unterstützung bei der Verstetigung des Umsetzungsprozesses und der Fortschreibung der Klimaschutzkonzepte in den jeweiligen Kommunen.

Mit der Zuwendung kann eine Personalstelle und deren geschäftlicher Aufwand unterstützt werden. Hinzu kommen bei Bestätigung eines einzureichenden Kommunikationskonzepts förderfähige Mittel in Höhe von 20.000 EUR für Beteiligung und Einbindung der Öffentlichkeit im Sinne der Stärkung des zivilgesellschaftlichen Prozesses.

Die Beantragung der Förderung des Anschlussvorhabens sichert somit für zwei Jahre (1. Juni 2016 bis 31. Mai 2018) die finanzielle Unterstützung für eine weitere Personalstelle in der Klimaschutzleitstelle und sichert damit die Kontinuität bei der begonnenen Umsetzung des Masterplans 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock, was mit einer Personalstelle im Bereich Klimaschutz nicht leistbar wäre.

Bei Einreichung des Antrags auf Förderung des Anschlussvorhabens im August 2015 wurde von einer Förderquote von 95 % ausgegangen. Seitens des Fördermittelgebers wurde jetzt eine 90%ige Förderung angekündigt.

Die erforderlichen Eigenmittel für die Personalaufwendungen und -auszahlungen für das Jahr 2016 werden aus den Deckungskreis Personal (5802/7802) und für die Sachaufwendungen- und Auszahlungen aus dem Teilhaushalt 73 im Rahmen einer außerplanmäßigen Bewilligung zur Verfügung gestellt. Die Deckung der Eigenmittel für die Jahre 2017 und 2018 in Höhe von 10 % ist in der Eckwertevorlage für den Haushalt 2017 enthalten.

Die Vorhabensbeschreibung und der Finanzplan für die Beantragung der Förderung des Anschlussvorhabens sind als Anlage beigefügt. Die im Punkt 3.16 aufgeführten Mittel aus dem städtischen Haushalt sind für laufende Projekte vorgesehen, die während des Erstvorhabens „Masterplan 100% Klimaschutz“ entwickelt wurden und bis 2018 abgeschlossen werden sollen. Die ursprünglich angesetzten Werte wurden wegen der aktuellen Haushaltslage für die Jahre 2017 und 2018 jeweils von 56.000 EUR auf 31.000 EUR reduziert.

(Infomaterial: 1.300 EUR; Vergütung für Sachverständige: anteilig 24.700 EUR; Öffentlichkeitsarbeit: anteilig 5.000 EUR).

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: TH 03

Produkt: 11110

Bezeichnung: Senatoren

Investitionsmaßnahme Nr.:

Bezeichnung:

Haushalts- jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf- wendungen	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen
2016	41441030/61441030 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund - Projekte	42.496,52		42.496,52	
2016	50221100/70221100 Dienstbezüge Arbeitnehmer		31.387,86		31.387,86
		davon 90% FöMi	28.249,08		28.249,08
		davon 10% Eigenanteil	3.138,79		3.138,79
2016	50320300/70320300 Versorgungskasse Beiträge für Beschäftigte		2.098,12		2.098,12
		davon 90% FöMi	1.888,31		1.888,31
		davon 10% Eigenanteil	209,81		209,81
2016	50420100/70420100 SV-Beiträge Beschäftigte		4.847,38		4.847,38
		davon 90% FöMi	4.362,64		4.362,64
		davon 10% Eigenanteil	484,74		484,74
2016	56251011/76251011 Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte		7.000,00		7.000,00
		davon 90% FöMi	6.300,00		6.300,00
		davon 10% Eigenanteil	700,00		700,00
2016	56310021/76310021 Bürobedarf - Projekte		550,00		550,00
		davon 90% FöMi	495,00		495,00
		davon 10% Eigenanteil	55,00		55,00

2016	56321010/76321010 Bücher - Projekte		300,00		300,00
		davon 90% FöMi	270,00		270,00
		davon 10% Eigenanteil	30,00		30,00
2016	56131012/76131012 Reise- und Fahrkosten - Projekte		1.035,00		1.035,00
		davon 90% FöMi	931,50		931,50
		davon 10% Eigenanteil	103,50		103,50
	Gesamtsumme 2016		47.218,36		47.218,36
		davon 90% FöMi	42.496,52		42.496,52
		davon 10% Eigenanteil	4.721,84		4.721,84
	Personal (DK 5802/7802)	davon	-3.833,34		-3.833,34
	56251010/76251010 Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige	davon	-888,50		-888,50
2017	41441030/61441030 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund - Projekte	62.793,04		62.793,04	
2017	50221100/70221100 Dienstbezüge Arbeitnehmer		47.081,79		47.081,79
		davon 90% FöMi	42.373,61		42.373,61
		davon 10% Eigenanteil	4.708,18		4.708,18
2017	50320300/70320300 Versorgungskasse Beiträge für Beschäftigte		3.147,18		3.147,18
		davon 90% FöMi	2.832,46		2.832,46
		davon 10% Eigenanteil	314,72		314,72

2017	50420100/70420100 SV-Beiträge Beschäftigte		7.271,07		7.271,07
		davon 90% FöMi	6.543,96		6.543,96
		davon 10% Eigenanteil	727,11		727,11
2017	56251011/76251011 Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte		10.000,00		10.000,00
		davon 90% FöMi	9.000,00		9.000,00
		davon 10% Eigenanteil	1.000,00		1.000,00
2017	56310021/76310021 Bürobedarf - Projekte		800,00		800,00
		davon 90% FöMi	720,00		720,00
		davon 10% Eigenanteil	80,00		80,00
2017	56321010/76321010 Bücher - Projekte		400,00		400,00
		davon 90% FöMi	360,00		360,00
		davon 10% Eigenanteil	40,00		40,00
2017	56131012/76131012 Reise- und Fahrkosten - Projekte		1.070,00		1.070,00
		davon 90% FöMi	963,00		963,00
		davon 10% Eigenanteil	107,00		107,00
	Gesamtsumme 2017		69.770,04		69.770,04
		davon 90% FöMi	62.793,04		62.793,04
	Mehrbedarf 2017	davon 10% Eigenanteil	6.977,00		6.977,00
2018	41441030/61441030 Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke vom öffentlichen Bereich vom Bund - Projekte	20.778,01		20.778,01	
2018	50221100/70221100 Dienstbezüge Arbeitn.		15.693,93		15.693,93
		davon 90% FöMi	14.124,54		14.124,54
		davon 10% Eigenanteil	1.569,39		1.569,39

2018	50320300/70320300 Versorgungskasse Beiträge für Beschäftigte		1.049,06		1.049,06
		davon 90% FöMi	944,15		944,15
		davon 10% Eigenanteil	104,91		104,91
2018	50420100/70420100 SV-Beiträge Beschäftigte		2.423,69		2.423,69
		davon 90% FöMi	2.181,32		2.181,32
		davon 10% Eigenanteil	242,37		242,37
2018	56251011/76251011 Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige - Projekte		3.000,00		3.000,00
		davon 90% FöMi	2.700,00		2.700,00
		davon 10% Eigenanteil	300,00		300,00
2018	56310021/76310021 Bürobedarf - Projekte		250,00		250,00
		davon 90% FöMi	225,00		225,00
		davon 10% Eigenanteil	25,00		25,00
2018	56321010/76321010 Bücher - Projekte		100,00		100,00
		davon 90% FöMi	90,00		90,00
		davon 10% Eigenanteil	10,00		10,00
2018	56131012/76131012 Reise- und Fahrkosten - Projekte		570,00		570,00
		davon 90% FöMi	513,00		513,00
		davon 10% Eigenanteil	57,00		57,00
	Gesamtsumme 2018		23.086,68		23.086,68
		davon 90% FöMi	20.778,01		20.778,01
	Mehrbedarf 2018	davon 10% Eigenanteil	2.308,67		2.308,67

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:

kein direkter Bezug

Roland Methling

Anlagen: Vorhabensbeschreibung, Jahresfinanzierungsplan

Vorhabensbeschreibung zum Antrag auf Zuwendung für das Anschlussvorhaben zum Masterplan 100 % Klimaschutz für die Hansestadt Rostock



„Klimaneutral 2050 – Rostock nimmt Kurs“

Die Hansestadt Rostock bewirbt sich um die Förderung des Anschlussvorhabens für den „Masterplan 100 % Klimaschutz“, weil der im laufenden Vorhaben begonnene Prozess der Umsetzung mit intensiver Begleitung fortgesetzt werden soll.

Aufgrund der Einordnung von Klimaschutz als freiwillige Leistung im kommunalen Handeln werden finanzielle Mittel für Personal- und Sachkosten nicht ausreichend zur Verfügung gestellt, wenn Konsolidierungsmaßnahmen für den kommunalen Haushalt gesucht werden. Mit der Förderung des Anschlussvorhabens und damit im Wesentlichen einer Personalstelle in der Klimaschutzleitstelle wird die Fortführung des Masterplan-Prozesses in Rostock für zwei weitere Jahre gesichert. Unter Punkt 2 wird beschrieben, wie die weitere Verstetigung des Masterplan-Prozesses erfolgen soll. Klimaschutz soll, angeregt durch Leitlinien, Projekte, Aktionen u. a., Teil des alltäglichen Verwaltungshandelns werden. Der Unterpunkt 2.3 beschreibt die Verstetigung im personellen Bereich in der Stadtverwaltung, die in der für die Koordinierung des Masterplan-Prozesses zuständigen Klimaschutzleitstelle erfolgt.

Im Laufe des Vorhabens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ wurden in Rostock verschiedene Mitstreiter für den Klimaschutz gewonnen, die im eigenen Wirkungsbereich Maßnahmen umsetzen oder sich gemeinsam für Vorhaben und Öffentlichkeitsarbeit einsetzen. Die begonnene Zusammenarbeit soll im weiteren Umsetzungsprozess vertieft werden. Auch die Bürger der Stadt sollen stärker eingebunden werden, indem deren eigene Handlungsfelder wie Konsum, Verkehr und Energie kommuniziert werden. Für verschiedene Zielgruppen werden dabei in Zusammenarbeit mit bestehenden Initiativen aus der Stadtgesellschaft Beteiligungs- und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Eine besondere Zielgruppe sind die Schüler. Ein Teil von ihnen wurde bereits durch den Energiesparwettbewerb an Schulen vom Thema Klimaschutz berührt. Sie sollen als zukünftige Entscheider noch stärker in unseren Fokus rücken.

Das in Bearbeitung befindliche Kommunikationskonzept soll vor dem Hintergrund einer stärkeren Bürgerbeteiligung und unter Berücksichtigung der zur Verfügung stehenden Mittel gestaltet werden.

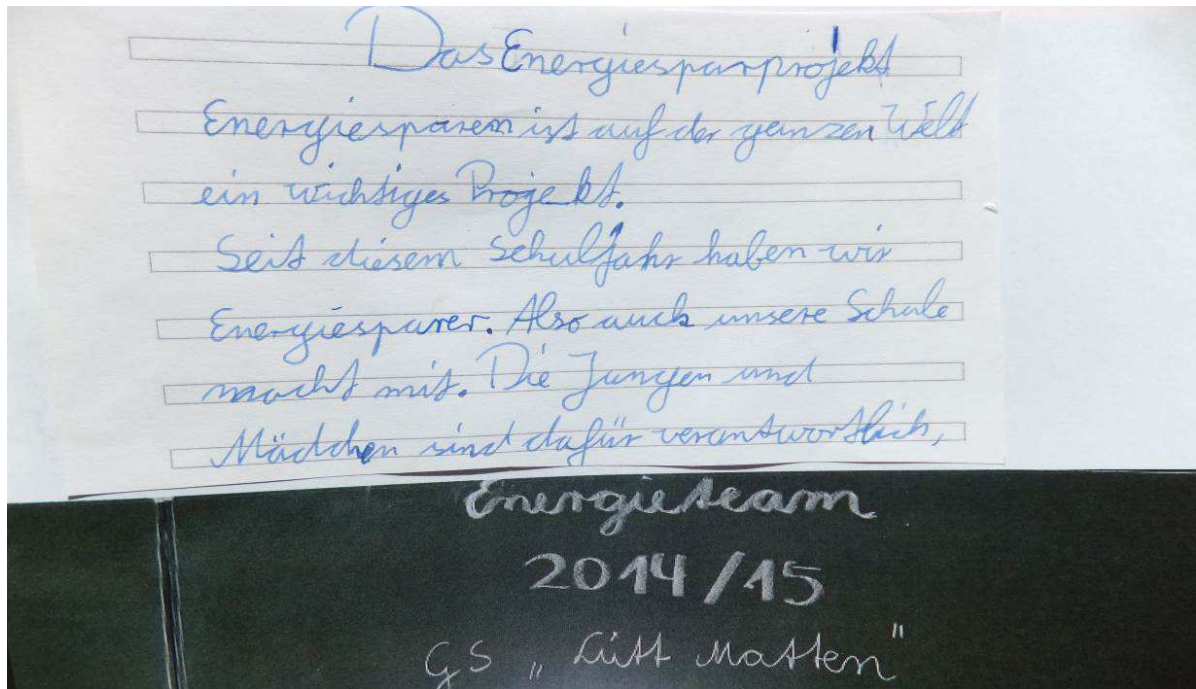
Im weiteren Antragstext wird beschrieben, wie sich bislang der Masterplan-Prozess in der Hansestadt Rostock darstellt und wie die Fortführung des Umsetzungsprozesses unter der Verwendung der ggf. bewilligten Mittel für das Anschlussvorhaben gestaltet würde.

Inhalt

- 1. Mit der Erstellung und beginnenden Umsetzung des Masterplan 100 % Klimaschutz in der Hansestadt Rostock eingeleitete Veränderungen**
- 2. Aspekte der Verstetigung des Masterplan-Prozesses im Anschluss an die Förderung**
- 3. Einleitung des gesellschaftlichen Wandels durch vielseitige Ansprache der Stadtgesellschaft**
- 4. Die Hansestadt Rostock als Klimaschutzvorreiter im Nord-Osten Deutschlands**
- 5. Unsere Pluspunkte für die neuen Masterplankommunen**

Anhang:
Finanzplan

1. Mit der Erstellung und beginnenden Umsetzung des Masterplan 100 % Klimaschutz in der Hansestadt Rostock eingeleitete Veränderungen



Aus dem Beitrag der Grundschule Lütt Matten zum Energiesparwettbewerb 2015

Schon seit dem Beitritt der Hansestadt Rostock zum Klimabündnis e.V. im Jahr 1991 wurde der Fokus auf Aspekte und mögliche Maßnahmen zum Klimaschutz und zur Reduzierung der CO₂-Emissionen in der Stadt gerichtet. Zunächst initiiert im Bereich Umwelt der Stadtverwaltung und in Vereinen und Verbänden wurden diese Aktivitäten mit dem Projekt „Masterplan 100% Klimaschutz“ zusammengeführt, koordiniert und wesentlich erweitert. Zunehmend wurden dabei sowohl kommunale als auch Unternehmen der freien Wirtschaft eingebunden.

1.1 Stärkere Vernetzung von Klimaschutz-Akteuren in Rostock

Der bisherige Masterplan-Prozess erfuhr die Unterstützung verschiedener Klimaschutzakteure aus Rostock.

• Energiebündnis Rostock

In der Phase der Erarbeitung der Projektskizze für die Beantragung der Förderung des „Masterplan 100% Klimaschutz“ wurde am 12. April 2011 das Energiebündnis Rostock von zehn Gründungsmitgliedern initiiert. Neben der Hansestadt Rostock bekannten sich Rostocker Institutionen und Unternehmen sowie kommunale Betriebe durch Unterzeichnung einer gemeinsamen Erklärung zur Unterstützung der Energiewende in Rostock und damit des Masterplan-Prozesses. Zu den Gründungsmitgliedern gehören u. a. die Universität Rostock, die Stadtwerke Rostock AG, die Rostocker Straßenbahn AG, die Stadtentsorgung Rostock und das kommunale Wohnungsunternehmen WIRO. Mittlerweile gibt es 20 Mitglieder.

Seit dem Bestehen des Energiebündnisses werden der Austausch zu energierelevanten Themen gepflegt und gemeinsam öffentliche Veranstaltungen organisiert. Das Vorhaben der Hansestadt Rostock „Masterplan 100% Klimaschutz“ wurde durch rege Mitwirkung am Erstellungsprozess unterstützt. In die begonnene Umsetzungsphase bringen sich die Mitglieder durch eigene und gemeinsame Initiativen ein. So wird zum Beispiel in Zusammenarbeit mit der Volkshochschule Rostock die öffentliche „Energietour“ mit

Führungen und Informationsveranstaltungen bei den Mitgliedern des Energiebündnisses durchgeführt.

Zahlreiche Mitglieder des Energiebündnisses nahmen an Workshops zum Klimaschutz teil. So wurde unter anderem das Thema Suffizienz ausgiebig besprochen und die Vertiefung der intensiven Diskussion angeregt.

• **Agenda21-Arbeitskreis „Klimaschutz und Mobilität“**

Der Agenda21-Arbeitskreis „Klimaschutz und Mobilität“ besteht aus einem festen Kern aus Mitarbeitern der Stadtverwaltung (Amt für Umweltschutz, Tief- und Hafenbauamt) sowie Vertretern der Deutschen Bahn AG, der Rostocker Straßenbahn AG und des Allgemeinen Deutschen Fahrrad-Clubs Regionalgruppe Rostock e.V.. Projektbezogen finden Kooperationen mit Rostocker Vereinen und Institutionen statt, so bspw. mit dem Eine-Welt-Landesnetzwerk M-V, der Verbraucherzentrale und mit Soziale Bildung e.V.. Der Aufgabenschwerpunkt liegt in der Vorbereitung und Durchführung von öffentlichen Kampagnen und Wettbewerben zum Thema „Nachhaltige Mobilität“, u.a. Klima-Aktionstag.

• **Agenda21-Arbeitskreis „Energiewende“**

Der seit 2008 bestehende Arbeitskreis „Energiewende“ hat den Prozess im Vorhaben „Masterplan 100% Klimaschutz“ maßgeblich unterstützt und wirkt bei der Umsetzung der erarbeiteten Strategien mit. Im Arbeitskreis werden Informationen und Meinungen zu verschiedenen Fachthemen ausgetauscht und erörtert, um diesbezüglich gemeinsame Standpunkte zu erarbeiten, die an Gemeindevertreter und Stadtverwaltung zur Beachtung herangetragen werden.

1.2 Berücksichtigung von Klimaschutz in der kommunalen Bauleitplanung/Erstellung von Energiekonzepten für ausgewählte Bebauungspläne

Mit dem Vorhaben „Masterplan 100 % Klimaschutz“ werden auch bei der Stadtplanung Klimaschutzbelange berücksichtigt. Bei den regelmäßig für Bebauungspläne zu erstellenden Umweltberichten wird dem Klimaschutz ein eigenes Kapitel gewidmet. Für ausgewählte Bebauungspläne werden seit 2013 Konzepte zur Energieversorgung erstellt, die die vorhandenen Möglichkeiten zur Wärmeversorgung untersuchen und Potentiale zur Minderung des Wärmebedarfs durch Gebäudestellung, Bauweise und optimierte solare Gewinne aufzeigen. Alternativ werden derzeit für Grundstücke, die sich im städtischen Eigentum befinden, Konzeptausschreibungen vorbereitet, die auch das Thema Energie beinhalten.

1.3 Öffentlich zugängliche Datensammlung zur Versorgung mit Regenerativenergie und Fernwärme

Die im Rahmen des Vorhabens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ erarbeiteten geodatenorientierten Ergebnisse der Analysen zum Solarpotential, zum Potential für Geothermie und Abwärme sowie das Wärmebedarfskataster sind im online zur Verfügung stehenden Stadtplan als zuschaltbares Thema für jeden Bürger abrufbar. Ergänzt werden diese Informationen mit dem Geltungsbereich der seit 2007 geltenden örtlichen Fernwärmesatzung. Damit können interessierte Gebäudeeigentümer und Planer eine Erstinformation über die individuellen Möglichkeiten zur Versorgung mit Regenerativenergie erhalten.

1.4 Novellierung Fernwärmesatzung

Rostock verfügt über ein ausgedehntes Fernwärmenetz, das zentral aus einer Gas- und Dampfturbinenanlage in Kraft-Wärme-Kopplung gespeist wird.

Derzeit finden Abstimmungen zur Novellierung der örtlichen Satzung zur Versorgung mit Fernwärme in der Hansestadt Rostock statt. Ziele der Novellierung sind die Erhöhung des Anschlussgrades und der Rückbau von mit fossilen Brennstoffen betriebenen Heizungsanlagen. Dadurch werden örtlich CO₂-Emissionen verringert und die Luftqualität verbessert. Gleichzeitig bietet die zentrale Bereitstellung von Wärme die Voraussetzung, mit Brennstoffwechsel zu regenerativen Quellen flächendeckend einen erheblichen Anteil der CO₂-Emissionen einzusparen.

1.5 Ausrichtung MOPZ auf Stärkung des Umweltverbundes

Bei der Erstellung unseres integrierten Gesamtverkehrskonzepts, dem **MO**bilitäts**P**lan **Z**ukunft“ lautet erstmals die Zielstellung: „Stärkung des Umweltverbundes“.

Bei verschiedenen Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung und in Arbeitsgruppen von Institutionen, Verkehrsunternehmen und Interessensverbänden wurden Lösungsmöglichkeiten diskutiert, die zukünftig wegweisend für die Gestaltung des Verkehrs in Rostock werden sollen.

1.6 Einrichtung der Stelle des Mobilitätskoordinators als Stabsstelle

Seit 2014 gibt es in Rostock die Stabsstelle eines Mobilitätskoordinators, der auf die Stärkung des Umweltverbundes im Verkehr und der E-Mobilität hinwirkt - auch um damit in einem wichtigen Handlungsfeld des Klimaschutzes einen Beitrag zur CO₂-Minderung zu erreichen. Ämterübergreifend werden Projekte wie Dienstfahrzeug-Pool, Onlinebuchung für Dienstfahrräder, betriebliches und kommunales Mobilitätsmanagement und das öffentliche Fahrradforum umgesetzt. Der jährlich in Rostock stattfindende Klima-Aktionstag erhält durch den Mobilitätskoordinator eine intensive Unterstützung.

1.7 Schaffung eines höheren Bewusstseins für Klimaschutz und Energie bei Mitarbeitern der Stadtverwaltung und bei Bürgern

Im Rahmen des Projekts „Einfach ausschalten!“ (September 2011 - Oktober 2013) zur Energieeinsparung in der Stadtverwaltung durch Änderung des Nutzerverhaltens wurde von August 2012 bis März 2013 an einem ausgewählten Standort ein Pilotprojekt durchgeführt. Die Aufgeschlossenheit der beteiligten Mitarbeiter sowie die verstärkte nicht-investive Maßnahmendurchführung im Gebäude führten zu einer Energieeinsparung von rund 5,5 %.

1.8 Umsetzung Konzept klimaneutrale Verwaltung

Der überwiegende Teil der CO₂-Emissionen in der Stadtverwaltung wird durch die Nutzung, d.h. den Wärme- und Stromverbrauch in den kommunalen Gebäuden verursacht, was in einer CO₂-Eröffnungsbilanz objektbezogen ermittelt wurde. Diesem Handlungsfeld kommt demnach die größte Bedeutung zu, um das Ziel einer CO₂-neutralen Stadtverwaltung zu erreichen. Mit der Durchführung von „Energie-Checks“ sollen Energieeinsparpotenziale aufgezeigt und Empfehlungen für eine energetische Sanierung gegeben werden.

1.9 Durchführung von „Energie-Checks“ in Verwaltungsgebäuden

Im Rahmen des Vorhabens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ wurden erstmals an kommunalen Standorten (Stadtbibliothek, Feuerwache, Haus des Bauens und der Umwelt öffentliche Sanitärgebäude, Verwaltungsgebäude Westfriedhof) „Energie-Checks“, d.h. die energetische Analyse der Gebäude und die Darstellung von möglichen Einsparmaßnahmen durchgeführt. Objektbezogene Maßnahmenvorschläge zur Energieeinsparung wurden an zwei Standorten unter Beteiligung der Mitarbeiter diskutiert.

1.10 Intensivierung Energiesparwettbewerb an Rostocker Schulen

Seit dem Schuljahr 2014/2015 wurde das Bewertungsschema zur Ermittlung der Prämienberechnung für die Schulen um Aktionspunkte für besondere themenbezogene Projekte bzw. Maßnahmen ergänzt. Somit werden nicht nur die tatsächlichen Energieeinsparungen, sondern auch die Aktivitäten der Schüler in die Prämienberechnung einbezogen. Dieses Angebot wurde seitens der Schulen rege genutzt. Im weiteren Verlauf des Energiesparwettbewerbs sollen weitere Schulen gezielt angesprochen und zur Teilnahme motiviert werden. Die Beteiligungsquote liegt bei etwa 50%.

2. Aspekte der Verstetigung des Masterplan-Prozesses im Anschluss an die Förderung



Gründung Energiebündnis im April 2011

2.1 Verankerung von Klimaschutz in den Rostocker Leitlinien zur Stadtentwicklung

Eine der sieben Leitlinien zur Stadtentwicklung heißt seit 2012 „Rostock ist Vorreiter im Klimaschutz“. Für die Umsetzung dieses Ziels wurden folgende Handlungsfelder benannt:

- zum Schutz des Weltklimas beitragen
- mit Energieeinsparung und Effizienz den Weg für die Energiewende bereiten
- den Anteil erneuerbarer Energien steigern
- regionale Wissenschafts- und Technologiekooperation in neuer Dimension

Als Leitprojekt wurde die Einrichtung eines Regionalen Netzwerks zur Energiewende gewählt. Mit Umsetzungsberichten wird der Grad der Zielerreichung dokumentiert.

2.2 Einrichtung der Steuerungsgruppe

Für das Controlling und Monitoring des Umsetzungsprozesses des „Masterplan 100% Klimaschutz“ wurde eine übergeordnete Steuerungsgruppe initiiert, die unter der Leitung des Oberbürgermeisters steht. Der Wirkungskreis ist auf kommunale Unternehmen und die Stadtverwaltung gerichtet und soll auf die Stadtgesellschaft ausstrahlen.

In der Steuerungsgruppe sind das Energiebündnis und der Agenda21-Arbeitskreis „Energiewende“ sowie Kommunalpolitiker vertreten.

2.3 Klimaschutzleitstelle zur Koordination der Umsetzung des Masterplans 100% KS

Die 2008 mit zwei Planstellen eingesetzte Klimaschutzleitstelle koordiniert die Umsetzung des „Masterplan 100% Klimaschutz“ mit der Unterstützung durch die Projektstelle aus dem Vorhaben. 2015 wurde eine Stelle befristet einer anderen Organisationseinheit zugeordnet. Diese steht ab 2017 dauerhaft für den Klimaschutz zur Verfügung.

2.4 Fortschreibung des Masterplans 100 % Klimaschutz und Berichtswesen an Bürgerschaft und ihre Ausschüsse sowie die Öffentlichkeit

Neben der erforderlichen Fortschreibung des Masterplans werden zweijährlich Berichte zur Umsetzung des „Masterplan 100% Klimaschutz“ an die Bürgerschaft als oberstes Gremium der Stadt gegeben. Durch die Beteiligung eines Ausschussvorsitzenden an der Steuerungsgruppe ist halbjährlich ein Informationsfluss gesichert.

Im Rahmend der aktivitätsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit wird kontinuierlich über die Umsetzung des Masterplans berichtet.

2.5 Energiebündnis Rostock gründet Verein

Das Energiebündnis Rostock strebt eine stärkere Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und die gemeinsame Finanzierung von Aktionen an. Um diesen Aktivitäten eine rechtliche und finanzielle Basis zu geben, ist im Energiebündnis der Vorschlag einer Vereinsgründung angenommen worden. Die Vereinsgründung ist derzeit in Vorbereitung.

2.6 Agenda21-Arbeitskreis „Klimaschutz und Mobilität“

Über die interne Zusammenarbeit hinaus soll eine stärkere Bündelung mit bestehenden Kampagnen anderer Akteure stattfinden, bspw. mit der Universität Rostock und dem ADFC.

2.7 Umsetzung und Fortschreibung des städtischen Planungsleitfadens „Energie“

Für die im „Masterplan 100% Klimaschutz“ benannte Maßnahme zur Erarbeitung eines Planungsleitfadens „Energie“ für das Bauen in der Stadtverwaltung werden verbindliche Vorgaben festgeschrieben, die auf die Zielerreichung der CO₂-Reduzierung hinwirken.

2.8 Umsetzung Konzept „Klimaneutrale Verwaltung“

Mit der Verankerung des Konzepts „Klimaneutrale Verwaltung“ in den Leitlinien zur Stadtentwicklung soll langfristig ein wirksames, öffentliches Nachhaltigkeitsmanagement etabliert werden. Die Handlungsfelder umfassen die kommunalen Gebäude, die kommunale Flotte, die Straßenbeleuchtung und Dienstreisen/Dienstgänge der Mitarbeiter. Dem Handlungsfeld kommunale Gebäude kommt dabei die größte Bedeutung zu, um das Ziel einer CO₂-neutralen Stadtverwaltung zu erreichen (s. Punkt 1. – Umsetzung Konzept klimaneutrale Stadtverwaltung). Rund 140 kommunale Liegenschaften müssen hinsichtlich Effizienz und Energieeinsparpotential bewertet werden. Der Stadtverwaltung ist dabei wichtig, eine Vorbildrolle einzunehmen und die Stadtgesellschaft regelmäßig über den Stand der Dinge zu informieren.

2.9 Verstärkung durch den Mobilitätskoordinator

Der schon unter 1.7 beschriebene Mobilitätskoordinator soll dauerhaft für die Stärkung des Umweltverbundes im Verkehr und der E-Mobilität wirken. Die intensive Zusammenarbeit mit der Klimaschutzleitstelle wird fortgesetzt.

2.10 Klimaschutz als Pflichtaufgabe in der Bauleitplanung

Zur Verankerung der Belange des Klimaschutzes als Pflichtaufgabe in der Bauleitplanung wird angestrebt, eine Stelle mit der erforderlichen fachtechnischen Ausstattung zu schaffen und der Stelleninhaber qualifiziert.

3. Einleitung des gesellschaftlichen Wandels durch vielseitige Ansprache der Stadtgesellschaft



Klima-Aktionstag „Straße frei!“ mit PARK(ing) Day, hier: Fahrradwerkstatt in einer Parktasche

3.1 Neue Leitmarke: „Klimaneutral 2050 – Rostock nimmt Kurs“

Um mehr Aufmerksamkeit zu erzeugen und die Wahrnehmung der Klimaschutzaktivitäten zu verbessern, wurde ein übergeordneter Slogan für den gesamten Klimaschutz-/ Masterplanprozess und seiner Zielsetzung entwickelt. Ziel ist es, ein WIR-Gefühl zu erzeugen. Mit dem Slogan „Klimaneutral 2050 - Rostock nimmt Kurs“ wird dabei direkt auf die maritime Geschichte und Zukunft der Hansestadt gezielt und somit eine Identifikation zum Klimaschutz speziell in Rostock geschaffen.

3.2 Zweiteilige Auftaktkonferenz für das Anschlussvorhaben

Bei der Auftaktkonferenz wird im ersten Teil der Fokus auf folgende Themen gelegt: Stand des Vorhabens „Masterplan 100% Klimaschutz“ mit Anschlussvorhaben; Bezug zur Landesstrategie; Klimaschutz und Wirtschaft, Klimaschutz und Wissenschaft; Posterausstellung zu Aktivitäten und Vorhaben von Akteuren (Unternehmen, Institutionen, Schulen, Bürger, Vereine Verbände, Initiativen).

Im abendlichen zweiten Teil der Veranstaltung für Bürger wird das Thema Klimaschutz allgemeinbildend und zum Handeln motivierend mit Hintergrundinformationen aus Rostock mit Referenten diskutiert. Begleitend kann die Posterausstellung besucht werden.

3.3 Mitwirkung des Energiebündnisses Rostock und der Agenda21- Arbeitskreise „Klimaschutz und Mobilität“ sowie „Energiewende“

• Energiebündnis Rostock

Das Energiebündnis Rostock wird sich weiterhin mit gemeinsamen Aktionen und als Mitglied der Steuerungsgruppe in die Umsetzung des Masterplans einbringen. Ergänzend fördern die Mitglieder die Umsetzung mit diesbezüglichen Maßnahmen im eigenen Unternehmen bzw. mit eigenen Initiativen. Die Energietour mit ihren Führungen für interessierte Bürger wird fortgesetzt. (Siehe auch Punkt 3.10)

• Agenda21- Arbeitskreis „Klimaschutz und Mobilität“

Erstmalig wurde 2015 der Verein Soziale Bildung e.V. mit der Organisation des Klima-Aktionstages beauftragt. Eine bessere Vernetzung mit den Akteuren der Stadtgesellschaft

soll dadurch erzielt werden, aber insbesondere auch eine neue Inspiration. Das Ziel ist, eine gute gesamtstädtische Projektzusammenarbeit zum Klima-Aktionstag und langfristig darüber hinaus zu entwickeln, zu etablieren und ggfs. eine Finanzierung dafür über den Arbeitskreis zu sichern.

• **Agenda21- Arbeitskreis „Energiewende Rostock“**

Der Arbeitskreis bringt sich mit Ideen und Standpunkten als Initiator und Vermittler in den Umsetzungsprozess ein.

3.4 Stärkung und Unterstützung von Vereinen und Initiativen durch gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit über Internetplattform und Städtischen Anzeiger

Die Hansestadt Rostock verfügt über eine Vielzahl an Initiativen, Vereinen und Institutionen, die sich mit Projekten und Bildungsangeboten aus den Bereichen Nachhaltigkeit und Klimaschutz beschäftigen. Ziel ist es, die Akteure mittels einer gemeinsamen Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Bestehende Internetplattformen mit Ortsbezug werden dabei einbezogen bzw. erweitert. Hier können Informationen zu den verschiedenen Akteuren selbst und ihren Angeboten wie z. B. Reparaturbörsen und Ausleihmöglichkeiten platziert werden.

Als städtische Plattform soll das Amtsblatt „Städtischer Anzeiger“, genutzt werden, um mit einem regelmäßigen Einlegeblatt Akteure und Aktivitäten sowie gemeinsame Veranstaltungen vorzustellen bzw. bekanntzugeben.

3.5 Einführung Stromsparcheck

Das Projekt Stromspar-Check ist ein bundesweit in anderen Kommunen erfolgreich umgesetztes Projekt zur Reduzierung des Energieverbrauchs in einkommensschwachen Haushalten. Vor einigen Jahren war es auch in Rostock begonnen worden und soll wieder aufgenommen werden. Voraussetzung für eine Wiederaufnahme des Projektes in Rostock ist ein Projektträger, der mit Unterstützung durch das Hanse-Jobcenter und dessen Förderung Langzeitarbeitslose zu Stromsparhelfern schult, um in Haushalten Beratungen/ Checks durchzuführen.

Die Suche nach einem geeigneten Projektträger wird fortgeführt.

3.6 Energiesparwettbewerb für private Haushalte

Die vorliegenden Ergebnisse des „Masterplan 100% Klimaschutz“ zeigen, dass private Haushalte einen großen Anteil am Energieverbrauch - vor allem im Wärmebereich - und damit am CO₂-Ausstoß haben. Um die privaten Haushalte in den Masterplanprozess einzubeziehen und die Bürger zu motivieren, soll mit externer Unterstützung ein einjähriger Wettbewerb zwischen ausgewählten privaten Haushalten initiiert und von umfangreicher Öffentlichkeitsarbeit begleitet werden. Als Projektbeteiligte sind das Energiebündnis Rostock, Wohnungsunternehmen in Rostock, die Verbraucherzentrale Mecklenburg-Vorpommern sowie lokale Pressevertreter, auch Lokalfernsehen und Lokalradio vorgesehen.

3.7 Energy Award für Unternehmen – zweijährlicher Wettbewerb zur Verleihung des Energiepreises

Erstmalig wird im Herbst 2015 der Rostocker Energy Award an Unternehmen aus der Region Rostock verliehen, die in den Bereichen Energieeinsparung/Energieeffizienz, Einsatz erneuerbarer Energien und Energiemanagement aktiv sind. Der von den Rostocker Stadtwerken und dem Kulturzentrum FRIEDA 23 ausgelobte Preis soll alle zwei Jahre im Wechsel mit dem seit 1993 etablierten Rostocker Umweltpreis vergeben werden.

3.8 Energiemanagement in der Praxis – gemeinsame öffentliche Konferenz mit der IHK

Mit der diesjährigen Novellierung des Energie-Dienstleistungsgesetzes EDL-G werden zahlreiche Unternehmen verpflichtet, ein Energie-Audit durchzuführen oder ein Energiemanagement-System einzuführen. In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer zu Rostock soll eine Konferenz zur Umsetzung des EDL-G organisiert werden, um an örtlichen Beispielen zu zeigen, welche Umsetzungs-Strategien genutzt werden und welche Einsparmöglichkeiten dadurch aufgezeigt werden konnten. Die Bildung eines Netzwerks von Aktiven wird von der IHK angeregt.

3.9 Klimaschutz und Kultur: Kino, Theater, Ausstellungen

Die Einbeziehung von kulturellen Einrichtungen in Rostock, wie z. B. das städtische Theater und Kinos, in den Rostocker Klimaschutzprozess soll etabliert werden.

Im September 2014 fand im Rahmen der Rostocker Woche für Nachhaltigkeit und Klimaschutz bereits eine Kooperation mit einem Rostocker Kino statt. Dokumentarfilme sowie Angebote für Schulen zum Thema Globale Erwärmung und Klimaschutz wurden in das Programm aufgenommen und vom Publikum gut angenommen.

Im Rahmen der Aktivitäten des Energiebündnisses, aber auch im Rahmen des Energiesparwettbewerbs an Schulen ist die Entwicklung von Ausstellungen angedacht.

3.10 Volkshochschule: Durchführung Energietour und Veranstaltungen zu weiteren Energiethemen

Im Rahmen der Energietour stellen die Mitglieder des Energiebündnisses Rostock der Öffentlichkeit ihre Aktivitäten zur Energiewende vor, um interessierte Bürger über ihre Aktivitäten zur Energiewende zu informieren. Dafür öffnen sie im Jahr 2015 zum zweiten Mal nach 2014 die Türen ihrer Unternehmen und ermöglichen den Besuchern speziell geführte Betriebsbesichtigungen. Die Energietour wird von der Volkshochschule Rostock unterstützt und in das Jahresprogramm aufgenommen.

Die Energietour soll auch in den nächsten Jahren fortgesetzt werden. Es sind weitere Veranstaltungen zu den Themen Energiewende, Klimaschutz angedacht.

3.11 Klima-Aktionstag: Verbindung der Themen klimafreundliche Mobilität mit Abfallvermeidung und Ernährung

Schwerpunktthema des Klima-Aktionstages ist das Thema „Nachhaltige Mobilität“. Im Hinblick auf den gesamtstädtischen Klimaschutzprozess und auf die vielseitigen Handlungsansätze bei den Aktivitäten der Klimaschutzakteure ist eine Ausweitung auf andere klimaschutzrelevante Themen geplant, bspw. Abfallvermeidung (Second Hand, Recycling, Tauschmarkt) und Ernährung (regional und saisonal mit Kleingärtnern). Über das Thema „Urlaub vor der Haustür“ können langfristig auch örtliche Partner (Tourismus, Mobilität im Landkreis) einbezogen werden.

Mit der Themenauswahl soll auch eine Diskussion zum tatsächlichen Bedarf beim eigenen Konsum angeregt werden.

3.12 Fortführung STADTRADELN

Das STADTRADELN, eine Kampagne zur Radverkehrsförderung des Klima-Bündnis e. V., hat sich in Rostock bereits etabliert und verzeichnet von Jahr zu Jahr steigende Teilnehmerzahlen. Daher wird die Kampagne fortgeführt. Nachdem Rostock mehrere Jahre einziger Teilnehmer aus Mecklenburg-Vorpommern war, konnten im Rahmen der Vernetzung kommunaler Klimaschutz-Aktivitäten weitere Kommunen zur Teilnahme motiviert werden. Rostock startete zeitgleich mit drei weiteren Kommunen/Landkreisen (Schwerin, Stralsund, LK Vorpommern-Rügen). Zum ersten Mal radelte im Jahr 2015 eine weitere Kommune aus M-V: Ludwigslust.

Das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V unterstützte die landesweite Aktion, indem es die Teilnahmekosten übernahm (Budget: 10.000 €). Das Ziel ist die Sicherung dieser finanziellen Unterstützung und die Motivation weiterer Kommunen und Landkreise zur Teilnahme am STADTRADELN.

3.13 Bürgerwerkstatt Stadtplanung und Klimaschutz

Anhand eines konkreten Planungsvorhabens soll in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung eine Bürgerwerkstatt durchgeführt werden. Aus der Sicht des Bürgers als potentieller Nutzer sollen die Belange des Klimaschutzes in die Entwicklung eines Bauvorhabens eingebracht und diskutiert werden. Die Ergebnisse werden in der Öffentlichkeit und in den Fachämtern der Stadtverwaltung beispielgebend kommuniziert.

3.14 Vorbildwirkung der Stadtverwaltung stärken: Fortführung Monatstipps und Projekt „Einfach ausschalten“, Projekt „Klimaneutrale Verwaltung“

Die im Rahmen des Projekts „Einfach ausschalten!“ entwickelten Monatstipps werden weitergeführt. Regelmäßig erscheinen diese im Intranet mit Anregungen zum Energiesparen im Büro oder mit aktuellen Informationen zum Klimaschutz.

Im Herbst 2015 startet an einem weiteren Verwaltungsstandort unter Einbindung der Mitarbeiter ein zweites Pilotprojekt „Einfach ausschalten!“.

Die ermittelten Einsparpotentiale aus den „Energie-Checks“ in Verwaltungsgebäuden sollen in Umsetzungsprojekten schrittweise erschlossen werden. Weitere „Energie-Checks“ sollen folgen. Für 2015 ist eine erneute Auswertung der Bilanzierung der CO₂-Emissionen für die Stadtverwaltung geplant.

3.15 Umweltkalender für Klimaschutzthemen nutzen

Der Rostocker Umweltkalender erscheint jährlich mit einer Auflage von rund 90.000 Stück und wird kostenlos an die Haushalte verteilt. Besonders durch die Koppelung eines jährlichen Foto-Wettbewerbs zu unterschiedlichen Themen ist der Kalender stark in die Wahrnehmung der Öffentlichkeit eingebunden. Geplant ist hier bspw. die Erweiterung der Fotoaufrufe um klimaschutzrelevante Themen wie z. B. „Erneuerbare Energien im Stadtbild“.

3.16 Finanzierung von Maßnahmen und Aktivitäten

Die Durchführung von Maßnahmen soll auf der Basis der vorhandenen Mittel im städtischen Haushalt erfolgen. Für die Jahre 2016 bis 2018 sind jeweils folgende Mittel für Ausgaben beim Klimaschutz im städtischen Haushalt geplant:

- Herstellung, Ankauf und Verbreitung von Informationsmaterial	1.500,- EURO
- Vergütungen für Sachverständige	50.000,- EURO
- Öffentlichkeitsarbeit	5.000,- EURO

Ergänzend werden für investive Maßnahmen der Stadtverwaltung Mittel aus relevanten Förderprogrammen des Landes und des Bundes beantragt. Die Einwerbung von Mitteln aus der EU-Förderung wird angestrebt.

4. Die Hansestadt Rostock als Klimaschutzvorreiter im Nord-Osten Deutschlands



Sechstes Masterplantreffen der MPK 2012 in Rostock-Warnemünde, 2014

Die Hansestadt Rostock wurde als einzige Kommune in den neuen Bundesländern für die Förderung als Masterplankommune ausgewählt. Dies hatte Signalwirkung und begründete eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit anderen im Klimaschutz aktiven Kommunen im Nordosten, z.B. Stralsund und Greifswald.

4.1 Vernetzung mit den Klimaschützern Nord

Seit 2009 treffen sich die Klimaschutzbeauftragten aus Mecklenburg-Vorpommern einmal jährlich als „Klimaschützer Nord“ zum Erfahrungsaustausch und zur Projektplanung. Im Rahmen eines der Treffen entstand die Idee der gemeinsamen Beteiligung in M-V am STADTRADELN.

Für weitere Projektplanungen ist es notwendig, die Zusammentreffen zu intensivieren. Anstatt wie bisher einmal im Jahr sollen die Treffen zweimal jährlich stattfinden. Um die Ausstrahlungswirkung in Mecklenburg-Vorpommern zu verstärken, wird das Ministerium für Energie, Infrastruktur und Landesentwicklung M-V eingeladen.

4.2 Intensivierung der Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rostock

Die im Handlungsfeld Verkehr begonnene Zusammenarbeit mit dem Landkreis Rostock soll um das Themengebiet Energieversorgung erweitert werden. Als weiterer Partner soll der Regionale Planungsverband Mittleres Mecklenburg gewonnen werden.

4.3 Beiträge auf regionalen Veranstaltungen

Rostock ist regelmäßig auf regionalen (bspw. Klimaschutztreffen NORD) sowie überregionalen Veranstaltungen (Klima-Bündnis, DIfU) mit Beiträgen über laufende Projekte vertreten. Dieser Erfahrungsaustausch mit anderen Kommunen ist für die zukünftige und langfristige Klimaschutzarbeit unabdingbar.

4.4 Austausch mit MPK2012

Es besteht großes Interesse, den fruchtbaren Austausch mit den MPK2012 fortzusetzen. Insbesondere der Austausch mit den Kommunen, die eine ähnliche Größenordnung haben, hat mehrere erfolgreiche Ansätze für unsere Arbeit gebracht. Beispielsweise wurde die Idee der „Energietour“ in Anlehnung an eine Initiative aus Flensburg entwickelt.

5. Unsere Pluspunkte für die neuen Masterplankommunen



Rostocker Straßenbahn mit Klimaschutzmotiv

Bei der Umsetzung des Vorhabens „Masterplan 100 % Klimaschutz“ in der Hansestadt Rostock haben wir viele Erkenntnisse in unserer Stadt selbst - aber auch bei Netzwerkveranstaltungen gewonnen. Wir haben dabei auch durch den Blick von außen, von anderen im Klimaschutz Aktiven erfahren können, worin unsere lokalen Besonderheiten liegen und wo wir die gleichen Ansätze und Probleme haben. Unter den genannten Punkten sind auch weit vor dem Masterplan-Prozess umgesetzte Vorhaben aufgeführt, die Beiträge zu Klimaschutz und Ressourcenschonung leisten und sich in der gegenwärtigen CO₂-Bilanz bemerkbar machen.

In Vorbereitung der Antragstellung wurde eine Anfrage an relevante Kommunen und Landkreise in M-V zur Antragstellung MPK 2016 versandt, um ggf. eine langfristige Kooperation zu initiieren. Eine solche Kooperation bahnt sich derzeit mit der Stadt Potsdam und der Hansestadt Greifswald an, welche beabsichtigen, einen Antrag auf Förderung als MPK 2016 zu stellen.

Gern geben wir unsere Erfahrungen an zukünftige Masterplankommunen weiter. Bei den nachstehend aufgeführten Punkten sehen wir unsere besonderen Stärken:

5.1 Klimaschutz als eine Leitlinie der Stadtentwicklung

Klimaschutz ist seit dem Jahr 2000 in den Leitlinien zur Stadtentwicklung verankert. Mit der 2012 beschlossenen Fortschreibung wurde seine Bedeutung im Verwaltungshandeln als eine von sieben Leitlinien verstärkt.

5.2 Klimaschutz und Haushaltskonsolidierung

Rostock ist seit Jahren in einer schwierigen Haushaltslage. Aufgrund von politischen Beschlüssen wird dennoch an dem Stadtentwicklungsziel Vorreiter im Klimaschutz zu sein festgehalten. Viele Aktivitäten lassen sich auch ohne großes Budget oder mit Partnern umsetzen. Wichtig ist für uns, Klimaschutz im alltäglichen Verwaltungshandeln zu verankern.

5.3 Bündelung und Zusammenarbeit von Interessengruppen

Aufgrund der jahrelangen Mitwirkung in verschiedenen Arbeitskreisen und Netzwerken, der Begleitung und Durchführung des Rostocker Energiesparwettbewerbs sowie der Gründung und Etablierung des Energiebündnis Rostock (als Beispiele) verfügt Rostock

über viele Erfahrungen bei der Bündelung und Zusammenarbeit von Interessengruppen. Gemeinsam wurden Projekte geplant und umgesetzt, z.B. „Energietour“

5.4 Klimawandelanpassungskonzept

Seit 2013 liegt für Rostock ein Rahmenkonzept zur Klimawandelanpassung vor, das für verschiedene Handlungsfelder einen Maßnahme- und Aktionsplan aufzeigt und regelmäßig fortgeschrieben wird.

5.5 Energiesparwettbewerb an Schulen – Erfahrungen aus zehn Wettbewerben

Mit der Einrichtung der Klimaschutzleitstelle wurde ab dem Schuljahr 2009/2010 die Auswertung des Energiesparwettbewerbs an Schulen von ehemals kalenderjahresbezogen auf schuljahresbezogen umgestellt.

Seit dem Schuljahr 2014/2015 fließen in die Prämienberechnung zusätzlich die Aktivitäten der Schulen ein.

5.6 Konzept „Klimaneutrale Verwaltung“

Im Rahmen der Umsetzung des Konzepts „Klimaneutrale Verwaltung“ werden Teilprojekte durchgeführt, u. a. die Einrichtung eines Dienst-Kfz-Pools im Jahr 2011. Ziel ist die kontinuierliche Reduzierung der CO₂-Emissionen durch betriebliches Umweltmanagement.

5.7 Erfolge bei verwaltungsinterner Bewusstseinsbildung

Unser Projekt „Einfach ausschalten!“ erzielt mit einer guten Resonanz eine 5,5%ige Einsparung durch die Änderung des Nutzerverhaltens. Mit Monatstipps, Energiespartipps auf Umlaufmappen, Energierundgängen und Energiesparwette werden Mitarbeiter angeregt, sich energiesparend zu verhalten. Bisher wurden 35 Tipps im Intranet veröffentlicht.

5.8 Fernwärme-Netz mit Verdichtungsplanung

HRO verfügt über ein umfangreiches Fernwärme-Netz, das für 60% der Wohnungen bzw. 40% des städtischen Gesamtbedarfes die Wärme verteilt. Durch den Betreiber, die Stadtwerke Rostock AG, wird kontinuierlich an der Anschlussverdichtung gearbeitet. Mit der schrittweisen Umstellung der Wärmeherzeugung auf regenerative Quellen kann durch den hohen Anschlussgrad zukünftig ein enormes Potential an CO₂-Emissionseinsparung aktiviert werden.

5.9 Öffentliches Datenportal zu Versorgungsmöglichkeiten mit Regenerativenergie und Fernwärme

Der städtische Internetauftritt ermöglicht interessierten Bürgern sich anhand des Stadtplans über ortsbezogene Versorgungsmöglichkeiten mit erneuerbaren Energien zu informieren. Neben hausspezifischen Daten zu Solarenergie und Grunddaten zur Geothermie findet sich hier auch die Karte zum Geltungsbereich der Fernwärmesatzung.

5.10 ÖPNV-Verbundsystem

Rostocker Bürger können seit 1993 mit einer Fahrkarte mit Straßenbahn, Bus, Bahn und Fähre in Stadt und Region unterwegs sein und sich in einem gemeinsamen abgestimmten Fahrplan des Verkehrsverbundes informieren. Zwischen 1998 und 2006 wurde eine Erweiterung des Straßenbahnnetzes um etwa 60% realisiert.

5.11 Mit MOPZ, Radwegekonzept, Mobilitätskoordinator und Radwegewart zu klimafreundlichem Verkehr

Die Fortschreibung des Integrierten Gesamtverkehrskonzepts als „**MO**bilitäts**P**lan **Z**ukunft“, unser Radwegekonzept, der übergeordnete Mobilitätskoordinator und z. B. unser Projekt Radwegewart sind auf die Förderung der Nutzung des Umweltverbundes

ausgerichtet, der derzeit einen Anteil von 63,5 % am Individualverkehr hat. Der Radwegewart kontrolliert das Radwegenetz der Hansestadt Rostock, beseitigt Verunreinigungen, hilft bei Fahrradpannen und steht Radtouristen als mobiler Ansprechpartner zur Verfügung.

5.12 Abfallmanagement

Mit dem 1991 beschlossenen ökologisch orientierten Abfallwirtschaftskonzept begann in Rostock die Umsetzung von Maßnahmen zur Abfallvermeidung, Wiederverwendung, Recycling und sonstiger, u. a. energetischer Verwertung von Abfällen.

Der Restabfall wird seit 2005 nach einer mechanisch-biologischen Behandlung zu Ersatzbrennstoff und mit einer integrierten Vergärungsanlage zur Energiegewinnung zu Kompost verarbeitet. Ein benachbartes Heizkraftwerk verwertet den Ersatzbrennstoff energetisch zu Strom, Wärme und Heißdampf.

Mit dem Online-Portal „Klarschiff“ können Bürger Hinweise u. a. zu illegalen Müllablagerungen geben. Dies wird von den Bürgern aktiv wahrgenommen und rege genutzt.

5.13 Kommunales Wohnungsunternehmen mit ambitionierten Bauvorhaben und PV auf Dächern

Das kommunale Rostocker Wohnungsunternehmen WIRO achtet bei seinen Bauvorhaben und Sanierungen auf Wirtschaftlichkeit und Nachhaltigkeit. Neben Photovoltaikanlagen auf Hausdächern wird auf innovative Energiekonzepte zur Wärmeversorgung und Energieeffizienz gesetzt.

5.14 Bestehende Kooperationen und Austausch mit anderen Kommunen in M-V

Insbesondere das regelmäßige Netzwerktreffen Klimaschutz NORD festigt bestehende Kooperationen und Austausch mit anderen Kommunen und Landkreisen in Mecklenburg-Vorpommern.

Jahresfinanzierungspläne Masterplan-Anschlussvorhaben					
Planungszeitraum: 01.06.2016 - 31.05.2018					
	Angaben in Euro	2016	2017	2018	Gesamt
F0817	Personalkosten	38.333,36	57.500,04	19.166,68	115.000,08
F0824	Summe Personalausgaben	38.333,36	57.500,04	19.166,68	115.000,08
F0835	Vergabe von Aufträgen	7.000,00	10.000,00	3.000,00	20.000,00
	Beratung und Umsetzung Kommunikationskonzept	5.000,00	6.000,00	1.500,00	
	Druck, Ausgestaltung öffentl. Veranstaltungen	2.000,00	4.000,00	1.500,00	
F0839	Geschäftsbedarf	550,00	800,00	250,00	1.600,00
F0840	Literatur	300,00	400,00	100,00	800,00
F0843	Sonstige Allgemeine Verwaltungsausgaben	850,00	1.200,00	350,00	2.400,00
F0844	Dienstreisen Inland	1.035,00	1.070,00	570,00	2.675,00
	Masterplanvernetzungstreffen (360 €)	720,00	720,00	360,00	
	Masterplantreffen - Mentoring (175 €)	175,00	175,00	175,00	
	Austausch Klimaschutz NORD (35 €)	70,00	105,00	35,00	
	Bahncard-Business 25, 2. Klasse à 70 €	70,00	70,00		
F0847	Summe sächlicher Verwaltungsausgaben	8.885,00	12.270,00	3.920,00	25.075,00
F0861	Summe des Vorhabens	47.218,36	69.770,04	23.086,68	140.075,08
F0861	Eigenmittel 10 %	4.721,84	6.977,00	2.308,67	14.007,51
F0864	Zuwendung 90 %	42.496,52	62.793,04	20.778,01	126.067,57

Beschlussvorlage	Datum:	11.05.2016
Entscheidendes Gremium: Hauptausschuss	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller
Federführendes Amt: Hauptamt, Abt. Personal	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Finanzverwaltungsamt Zentrale Steuerung		
Überplanmäßige Personalaufwendungen im Ergebnishaushalt 2015		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.05.2016	Finanzausschuss	Vorberatung
21.06.2016	Hauptausschuss	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger Personalaufwendungen in Höhe von 490.000 EUR wird erteilt. Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen.

Entscheidungsvorschriften:

§ 6 (4) Pkt. 1 Hauptsatzung der Hansestadt Rostock

Sachverhalt/Begründung:

1. Berechnung der Gesamtaufwendungen/-auszahlungen DR 5802

	EH in EUR	FH in EUR
Haushaltsansatz und/oder Haushaltsrest für o. a. Haushaltsjahr	126.590.100	
bisherige genehmigte Ansatzüberschreitungen	+	0
<input type="checkbox"/> unechte Deckungsfähigkeit		
<input type="checkbox"/> echte Deckungsfähigkeit		
neu beantragte Haushaltsüberschreitung insgesamt	+	490.000
davon:		
– Haushaltsüberschreitung netto		
– Haushaltsüberschreitung abzugsfähige Vorsteuer		
Summe der voraussichtlichen Gesamtaufwendungen/-auszahlungen	=	127.080.100

Die Hansestadt Rostock ist Pflichtmitglied im Kommunalen Versorgungsverband Mecklenburg-Vorpommern (KV M-V). Für seine Mitglieder übernimmt der KV M-V u.a. die Berechnung der Höhe der Pensionsrückstellungen. Die Berechnungen erfolgen für 3 Jahre und bilden die Grundlage für die mittelfristige Planung der Personalaufwendungen.

Unabweisbar/unvorhersehbar

Nach den Berechnungen des KV M-V waren zum 31. Dezember 2015 Pensionsrückstellungen in einer Gesamthöhe von 84.894.769 EUR zu bilden. Die Höhe der Beihilferückstellungen beträgt 20 v.H. der Pensionsrückstellungen = 16.978.953 EUR.

Mit Schreiben vom 16. März 2016 des KV M-V wurden der Hansestadt Rostock die neuen Berechnungen zu den Stichtagen 31. Dezember 2015, 31. Dezember 2016 und 31. Dezember 2017 übergeben. Für 2015 sind danach nunmehr Pensionsrückstellungen für aktive Beamte und Versorgungsempfänger einer Gesamthöhe von 86.643.448 EUR zu bilden. Die Beihilferückstellungen betragen insgesamt 17.328.689 EUR.

Finanzielle Auswirkungen:

Der Mehrbedarf in eine Gesamthöhe von 2,1 Mio. EUR kann nicht in voller Höhe im DR 5802-Personalaufwendungen gedeckt werden. 490.000 EUR sind überplanmäßig bereit zu stellen.

Produkt	Konto	Bezeichnung	Ansatz	beantragte Überschreitung
11110	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	22.000	36.732
11132	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	7.600	16.416
11137	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	5.000	34.400
11150	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	23.300	312
11301	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	2.700	1.114
11402	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	12.600	16.308
11404	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	7.600	3.630
11601	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	42.300	19.593
11800	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	10.500	11.285
12601	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	457.000	271.266
12700	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	10.200	66.912
12800	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	2.300	4.471
52100	50712000	Beihilferückstellungen Beamte	19.100	2.817
54101			8.400	4.744
				490.000

Nachweis der Deckung

Produkt	Konto	Bezeichnung	Ansatz	Angeordnet	Deckungs- vorschlag
11201	47600000	Finanzerträge aus Sondervermögen mit Sonderrechnung, Zweckverbänden, Anstalten des öffentlichen Rechts und rechtsfähigen kommunalen Stiftungen	2.550.000	3.857.303,28	490.000

Die zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von 490.000 können durch **Mehrerträge aus folgendem Sondervermögen mit Sonderrechnung** bereitgestellt werden (Angaben im Entscheidungsvorschlag konkretisierend):

Nach den neuen Berechnungen haben sich auch die Rücklagen des KV M-V zur Abdeckung der Pensionsverpflichtungen erhöht. Der Anteil der Hansestadt Rostock an der Summe der Pensionsrückstellungen aller Mitglieder beträgt 16,5644%. Statt der geplanten 2,5 Mio. EUR werden 3,8 Mio. EUR als Finanzanlage ausgewiesen.

Roland Methling

Beschlussvorlage Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Federführendes Amt: Amt für Jugend und Soziales Beteiligte Ämter: Eigenbetrieb KOE Finanzverwaltungsamt	Datum: 21.04.2016 fed. Senator/-in: S 3, Steffen Bockhahn bet. Senator/-in: bet. Senator/-in:	
Zukünftige Übernahme von Miet- und Betriebskosten für den Wohltat e. V. für den Standort Rudolf-Diesel-Str. 1, 18059 Rostock, zur Unterbringung der Suppenküche		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
18.05.2016	Sozial- und Gesundheitsausschuss	Vorberatung
26.05.2016	Finanzausschuss	Vorberatung
08.06.2016	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock beschließt die zukünftige Übernahme von Miet- und Betriebskosten für den Wohltat e. V. für den Standort Rudolf-Diesel-Str. 1, 18059 Rostock, zur Unterbringung der Suppenküche.

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse:

- Nr. 2015/DA/1222 der Bürgerschaft vom 7. Oktober 2015
- Nr. 2015/DV/1384 der Bürgerschaft vom 2. Dezember 2015
- Nr. 2016/BV/1555 der Bürgerschaft vom 2. März 2016

Sachverhalt:

Der Wohltat e. V. erbringt eine Leistung im Rahmen der §§ 67-69 des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII). Hier wird Personen, bei denen besondere Lebensverhältnisse mit sozialen Schwierigkeiten verbunden sind, entsprechende Hilfe zur Überwindung dieser angeboten.

Seit dem Jahr 1994 gibt es die Suppenküche des Wohltat e. V. in der Hansestadt Rostock. Gekocht wird an allen Tagen des Jahres, einschließlich der Feiertage. Täglich werden in 6 Ausgabestellen im Stadtgebiet Essen an Bedürftige ausgereicht (Obdachlose, Warnowpassbesitzer). Die Ausgabestellen sind nicht nur als reine „Stellen der Ausgabe“ zu sehen, sondern unbedingt auch als soziale Anlaufpunkte. Die Ansprechpartner dort vor Ort sind in der Lage, Hilfe zu geben bzw. Hilfesuchende in andere Projekte weiterzuleiten. Es haben sich Kommunikationspunkte und soziale Treffs etabliert. Das Angebot der Suppenküche trägt wesentlich zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben bei, nicht unerheblich ist auch

der Beitrag zur Gesunderhaltung der Nutzer. 2015 wurden ca 41.400 vollwertige Mittagsmahlzeiten ausgegeben.

Zum 31.10.2014 wurden dem Wohltat e. V. die Räumlichkeiten der Suppenküche in der Albert-Schweitzer Straße durch den Vermieter gekündigt. Seit dem wird am Standort der Küstenmühle der Neuen ohne Barrieren gGmbH auf 70m² gekocht. Ein Großteil der Kücheneinrichtung musste eingelagert werden. Ein reibungsloser Ablauf ist täglich eine große arbeitstechnische und logistische Herausforderung. Trotz großer Bemühungen seitens des Vereins und des Eigenbetriebes KOE konnten kurzfristig keine optimalen Räumlichkeiten für die Suppenküche gefunden werden.

In der Sitzung der Bürgerschaft am 07.10.2015 wurde der Oberbürgermeister beauftragt, unverzüglich einen neuen Standort für die Suppenküche des Wohltat e.V. zu ermöglichen bzw. zu schaffen. Nach der Prüfung des Eigenbetriebes „Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der Hansestadt Rostock“ (KOE) wurde sich für den Standort in der Rudolf-Diesel-Straße 1, 18059 Rostock-Südstadt für die Suppenküche des Wohltat e. V. entschieden. Bei der Liegenschaft handelt es sich um einen ehemaligen Waschsalon mit einer Gesamtfläche von rund 260 m², welcher bis zum 31.12.2015 noch als solcher genutzt worden ist. Darüber hinaus befindet sich bereits seit mehreren Jahren ein Friseursalon in der Liegenschaft.

Durch den KOE wurden unter Beteiligung des Wohltat e.V. unterschiedliche Umbauvarianten geprüft. Im Ergebnis dieser Prüfung ist man gemeinsam mit dem Wohltat e.V. zu dem Ergebnis gekommen, dass die Räumlichkeiten des ehemaligen Waschsalons entsprechend der geltenden gesetzlichen Vorschriften (Fettabscheider, Lüftungsanlage, Elektroinstallation usw.) zu einer Suppenküche umgebaut werden. Der sich bereits in den Räumlichkeiten befindende Friseur wird im Gebäude erhalten bleiben. Darüber hinaus würde sich im Zuge der Umnutzung die Möglichkeit ergeben, eine Ausgabestelle für die Rostocker Tafel für den Stadtteil der Südstadt zu schaffen. Das Angebot des Rostocker Tafel e. V. wird zukünftig durch den Rostocker Stadtmission e. V. weitergeführt. In einem Gespräch des Vereins mit dem Eigenbetrieb KOE wurde diese Idee grundsätzlich begrüßt. Eine detaillierte Prüfung seitens des Vereins und gemeinsame Gespräche zwischen dem Amt für Jugend und Soziales und dem neuen Träger werden noch stattfinden.

Auf der Grundlage der Herrichtungskosten (Grobkostenschätzung) wurde eine Mietpreisspanne von monatlich 2.050,00 EUR bis 2.300,00 EUR für die Anmietung von 185 m² durch den Wohltat e.V. kalkuliert. Neben der Miete sind monatliche Betriebskostenvorauszahlungen in Höhe von etwa 600,00 EUR durch den Verein zu zahlen. Mit Fertigstellung des Objektes ist von Ausgaben für Miete und Betriebskosten max. in Höhe von 34.800,00 EUR pro Jahr auszugehen. Diese Einnahmen für den Eigenbetrieb KOE haben keine Auswirkungen auf den Kernhaushalt und das HASIKO der Hansestadt Rostock.

Es handelt sich hier um eine Leistung von gesetzlichen Aufgaben, deren Umfang nach pflichtgemäßem Ermessen bestimmt wird. Entsprechende Ausgaben werden im jährlichen Haushalt geplant und per Zuwendungsbescheid vorbehaltlich der Beschlussfassung zum Haushaltsplan durch die Bürgerschaft und die Rechtsaufsichtsbehörde ausgereicht.

Im Haushaltsjahr 2016 wurde für das Projekt des Wohltat e. V. eine Zuwendung in Höhe von 189.600,00 EUR geplant. Darin enthalten sind u. a. 9.300,00 EUR Miet- und Betriebskosten für den bisherigen Standort Küstenmühle. Ein finanzieller Mehrbedarf für diese entsprechenden Kosten in Höhe von 25.500,00 EUR wurde bereits in die Eckwertplanung 2017 des Teilhaushaltes 50 im Produktkonto 33100 55949050 aufgenommen.

Finanzielle Auswirkungen:

Teilhaushalt: 50
 Produkt : 33100

Bezeichnung: Förderung von Trägern der
 Wohlfahrtspflege – Zuweisungen und
 Zuschüsse der sozialen Sicherung an den
 sonstigen öffentlichen Bereich –
 Betreuung Wohnungsloser

Haus- haltsjahr	Produkt/Konto	Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
			Erträge	Auf- wendungen	Einzahlungen	Auszahlungen
2017	33100.55949050	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege – Zuweisungen und Zuschüsse an den sonstigen öffentlichen Bereich – Betreuung Wohnungsloser – Projekt „Suppenküche“		215.600,00		
2017	33100.75949050	Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege – Zuweisungen und Zuschüsse an den sonstigen öffentlichen Bereich – Betreuung Wohnungsloser – Projekt „Suppenküche“				215.600,00

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept: nein

Dr. Chris Müller
 Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
 und Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Beschlussvorlage	Datum:	18.04.2016
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Eigenbetrieb Klinikum Südstadt Rostock	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Finanzverwaltungsamt Rechnungsprüfungsamt Zentrale Steuerung		
Feststellung des Jahresabschlusses zum 31. Dezember 2015, Ergebnisverwendung und Entlastung des Direktoriums des Eigenbetriebes "Klinikum Südstadt Rostock" der Hansestadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.05.2016	Finanzausschuss	Vorberatung
01.06.2016	Klinikausschuss	Vorberatung
02.06.2016	Rechnungsprüfungsausschuss	Vorberatung
08.06.2016	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft fasst nachfolgende Beschlüsse:

1. Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“ mit der in der Bilanz ausgewiesenen Bilanzsumme von 142.347.481,18 EUR und einem Jahresüberschuss in Höhe von 2.662.596,67 EUR werden festgestellt.

2. Der Lagebericht wird genehmigt.

3. Der Jahresüberschuss des Jahres 2015 in Höhe von 2.662.596,67 EUR wird wie folgt verwendet:

- 2.500.000,00 EUR werden an die Hansestadt Rostock zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke weitergegeben. Die Hansestadt verpflichtet sich, die Verwendung der Zuwendung des Klinikum Südstadt für gemeinnützige Zwecke nachzuweisen,
- 162.596,67 EUR werden der Gewinnrücklage zugeführt.

4. Dem Direktorium wird Entlastung erteilt.

Beschlussvorschriften:

§ 5 Abs.1 Ziff. 3 EigVO iVm § 5 Ziff. 6 Satzung des Eigenbetriebes „Klinikum Südstadt Rostock“

bereits gefasste Beschlüsse: keine

Sachverhalt:

Der Jahresabschluss zum 31.12.2015 und der Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015 wurden durch den Eigenbetrieb „Klinikum Südstadt Rostock“ erstellt. Die Prüfung von Jahresabschluss und Lagebericht erfolgte durch die Baltic Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft. Der Prüfungsgegenstand war gem. Kommunalprüfungsgesetz M-V zu erweitern um die Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse. Der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk der Baltic Audit GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft datiert vom 15.04.2016.

Das Klinikum hat in 2015 einen Jahresüberschuss von TEUR 2.662 (Vorjahr: TEUR 2.367) erwirtschaftet. Das Umsatzvolumen liegt bei ca. 115 Mio. EUR.

Insgesamt stellt sich die Ertragslage des Eigenbetriebes weiterhin positiv dar: Der für 2015 geplante Jahresüberschuss von TEUR 2.500 wurde um TEUR 162 überschritten. Im stationären Leistungsgeschehen sind über eine Steigerung der Bewertungsrelationen sowie den erhöhten Landesbasisfallwert Umsatzzuwächse zu verzeichnen, so dass die Erlöse aus Krankenhausleistungen gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Mio. EUR gestiegen sind. Ebenso ist eine Steigerung der Personalkosten, tarifbedingt und in Folge höherer Beschäftigtenzahlen im Zusammenhang mit dem gestiegenen Leistungsgeschehen, zu verzeichnen.

Hinsichtlich des Investitionsgeschehens ist in 2015 mit dem Bau des Parkhauses auf dem Klinikgelände begonnen worden. Zudem sind neben dem jährlichen Bescheid über Pauschalfördermittel Fördermittelbescheide über Einzelfördermittel des Landes nach LKHG M-V für die Maßnahmen „Errichtung eines EU-rechtskonformen Hubschrauberlandesplatzes“ sowie „Modernisierung der Zytostatika- und der Sterilherstellung in der Krankenhausapotheke“ ergangen. Auch hier wurden durch den Eigenbetrieb erste Ausgaben vorgenommen.

Die finanzielle Lage des Eigenbetriebes stellt sich stichtagbezogen gegenüber dem Vorjahr leicht verschlechtert dar. Die liquiden Mittel sind um TEUR 506 gesunken und betragen zum 31.12. TEUR 1.921. Diese Tendenz eines sinkenden Liquiditätsbestandes weist auch die mittelfristige Finanzplanung auf.

Der Wirtschaftsplan 2015 weist einen Jahresüberschuss für das Jahr 2015 in Höhe von TEUR 2.500 und dessen Mittelweitergabe in voller Höhe an die Hansestadt Rostock aus. Der Wirtschaftsplan 2015 folgt damit dem HASIKO 2014 bis 2025 (2014/BV/5420) sowie entspricht dem HASIKO 2015-2030 (2015/BV/1066).

Die Zuführung zur Gewinnrücklage dient der Verbesserung der Liquiditätslage.

Das Direktorium schlägt unter Berücksichtigung des durch die Bürgerschaft beschlossenen HASIKO 2015-2030 folgende Ergebnisverwendung vor:

- 2.500.000,00 EUR werden an die Hansestadt Rostock zur Verwendung für gemeinnützige Zwecke weitergegeben. Die Hansestadt verpflichtet sich, die Verwendung der Zuwendung des Klinikum Südstadt für gemeinnützige Zwecke nachzuweisen,

- 162.596,67 EUR werden der Gewinnrücklage zugeführt.

Das Direktorium weist in diesem Zusammenhang auf die angespannte Liquiditätssituation des Eigenbetriebes hin.

Finanzielle Auswirkungen:

Finanzeinzahlungen aus Sondervermögen mit Sonderrechnung beim Konto 25101.67600000 in Höhe von EUR 2.500.000,00

Teilhaushalt: 45

Produkt: 25101

Bezeichnung: Kulturhistorisches Museum

Haushalts-jahr	Konto / Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Auf-wendungen	Ein-zahlungen	Aus-zahlungen
2016	25101.67600000 Einzahlungen aus Sondervermögen, Zweckverbänden und Anstalten des öffentlichen Rechts			2.500.000	

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept 2015-2030

Maß.-Nr.	Maßnahme	2015	2016
		TEUR	TEUR
2015/2.05 Ergebnishaushalt		2.500	2.500
2015/2.05 Finanzhaushalt	Abführung des Eigenbetriebes (TH 12)	2.200	2.500

Damit ist die Maßnahme 2015/2.05 aus dem HASIKO 2015-2030 (2015/BV/1066) umgesetzt.

In Vertretung

Dr. Chris Müller

Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters und
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung

Anlage:

Kopie des Testatemplars mit Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang, Lagebericht und Bestätigungsvermerk

Jahresabschluss

zum

31. Dezember 2015

und Lagebericht

für das Geschäftsjahr 2015

mit

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

des

**Klinikum Südstadt Rostock,
Rostock**

Inhaltsverzeichnis

Anlage 1	Bilanz zum 31. Dezember 2015
Anlage 2	Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2015
Anlage 3	Anhang zum 31. Dezember 2015
Anlage 4	Finanzrechnung 2015
Anlage 5	Lagebericht für das Geschäftsjahr 2015
Anlage 6	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Allgemeine Auftragsbedingungen für Wirtschaftsprüfer und
Wirtschaftsprüfungsgesellschaften in der Fassung vom 1. Januar 2002

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

Anlage 1

Bilanz zum 31. Dezember 2015

AKTIVA				PASSIVA			
	EUR	Stand am 31.12.2015 EUR	Stand am 31.12.2014 EUR		EUR	Stand am 31.12.2015 EUR	Stand am 31.12.2014 EUR
A. Anlagevermögen				A. Eigenkapital			
I. <u>Immaterielle Vermögensgegenstände</u>		399.349,02	533.217,02	1. Festgesetztes Kapital	12.500.000,00		12.500.000,00
II. <u>Sachanlagen</u>				2. Kapitalrücklagen	20.946.591,32		20.946.591,32
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	85.686.613,99		87.244.702,99	3. Gewinnrücklagen	7.630.352,25		7.463.241,54
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	765.481,32		776.567,32	4. Jahresüberschuss	2.662.596,67		2.367.110,71
3. Grundstücke ohne Bauten	2.248.792,47		2.248.792,47		43.739.540,24		43.276.943,57
4. Technische Anlagen	1.078.385,00		1.156.385,00	B. Sonderposten aus Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens			
5. Einrichtungen und Ausstattungen	7.074.351,85		7.159.800,36	1. Sonderposten aus Fördermitteln nach dem KHG	61.814.155,65		62.766.808,12
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	440.005,10	97.293.629,73	104.402,16	2. Sonderposten aus Zuweisungen und Zuschüssen der öffentlichen Hand	1.332.066,02		1.397.628,02
		97.692.978,75	99.223.867,32	3. Sonderposten aus Zuwendungen Dritter	188.232,02		196.626,22
				4. Sonderposten für eigenfinanzierte Anlagen	39.375,00		58.204,00
B. Umlaufvermögen					63.373.828,69		64.419.266,36
I. <u>Vorräte</u>				C. Rückstellungen			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	1.564.954,05		1.419.114,63	1. Steuerrückstellungen	470.875,00		591.323,00
2. Unfertige Leistungen	1.081.340,61	2.646.294,66	999.474,10	2. sonstige Rückstellungen	10.721.120,12		8.395.908,26
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände					11.191.995,12		8.987.231,26
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	19.153.495,44		17.206.749,40	D. Verbindlichkeiten			
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)				1. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	13.686.885,19		13.903.678,52
2. Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	2.418.528,99		679.738,44	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.006.201,61 (i. V. TEUR 844,5)			
- davon nach dem KHG: EUR 1.200.000,00 (i. V. TEUR 0,0)				2. erhaltene Anzahlungen	3.000,00		0,00
- davon nach dem KHEntgG: EUR 1.218.528,99 (i. V. TEUR 679,7)				3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.781.688,91		2.776.553,10
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.781.688,91 (i. V. TEUR 2.776,6)			
3. sonstige Vermögensgegenstände	1.805.925,37	23.377.949,80	1.023.992,40	4. Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	92.914,99		92.914,99
- davon mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 92.914,99 (i. V. TEUR 92,9)			
III. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		1.953.605,96	2.426.765,16	5. Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.883.904,87		4.238.362,63
		27.977.850,42	23.755.834,13	- davon nach dem KHG: EUR 2.015.182,25 (i. V. TEUR 1.514,4)			
				- davon nach dem KHEntgG: EUR 4.868.722,62 (i. V. TEUR 2.724,0)			
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 6.883.904,87 (i. V. TEUR 4.238,4)			
C. Ausgleichsposten nach dem KHG				6. Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	186.543,03		145.130,06
Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		16.676.652,01	16.347.002,01	- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 186.543,03 (i. V. TEUR 145,1)			
				7. sonstige Verbindlichkeiten	1.405.430,14		1.486.358,97
				- davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr: EUR 1.376.216,81 (i. V. TEUR 1.323,5)		24.040.367,13	22.642.998,27
				- davon aus Steuern: EUR 917.087,22 (i. V. TEUR 888,4)			
				- davon im Rahmen der sozialen Sicherheit: EUR 229.890,22 (i. V. TEUR 209,4)			
				E. Rechnungsabgrenzungsposten		1.750,00	264,00
		142.347.481,18	139.326.703,46			142.347.481,18	139.326.703,46

Anlage 2

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

**Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit
vom 01. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015**

Vorjahres-
zahlen

	EUR	EUR	EUR
1. Erlöse aus Krankenhausleistungen	86.576.312,95		82.601.007,81
2. Erlöse aus Wahlleistungen	199.271,51		187.798,37
3. Erlöse aus ambulanten Leistungen des Krankenhauses	3.869.704,02		3.884.793,95
4. Nutzungsentgelte der Ärzte	775.151,17		745.040,60
5. Erlöse aus Pflegeleistungen Hospiz	828.464,16		761.549,63
6. Erhöhung oder Verminderung des Bestandes an unfertigen Leistungen	81.866,51		382.874,34
7. Zuweisungen und Zuschüsse der öffentlichen Hand, soweit nicht unter Nr. 11	76.296,01		96.313,14
8. Sonstige betriebliche Erträge	<u>22.738.892,48</u>	115.145.958,81	22.691.647,91
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre: EUR 0,00 (i.V. TEUR 0,0)			
9. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	54.913.181,93		52.261.694,73
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>10.654.269,70</u>	65.567.451,63	9.901.556,84
- davon für Altersversorgung: EUR 1.382.507,36 (i. V. TEUR 1.315,5)			
10. Materialaufwand			
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	32.289.315,10		32.631.524,63
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>5.437.673,48</u>	<u>37.726.988,58</u>	<u>5.165.072,64</u>
Zwischenergebnis		11.851.518,60	11.391.176,91
11. Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen		2.638.874,42	1.385.207,60
- davon Fördermittel nach dem KHG: EUR 2.638.874,42 (i. V. TEUR 1.385,2)			
12. Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung		329.650,00	329.651,02
13. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten/Verbind- lichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		3.068.174,35	2.894.950,22
14. Aufwendungen aus der Zuführung zu Sonderposten/ Verbindlichkeiten nach dem KHG und aufgrund sonstiger Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens		2.564.928,34	1.346.015,24
15. Aufwendungen für die nach dem KHG geförderte Nutzung von Anlagegegenständen		143.957,93	155.868,83
16. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		4.610.735,83	4.266.192,08
17. Sonstige betriebliche Aufwendungen		10.897.611,39	7.417.425,07
- davon aus Ausgleichsbeträgen für frühere Geschäftsjahre: EUR 0,00 (i.V. TEUR 484,6)			
Zwischenergebnis		<u>-329.016,12</u>	<u>2.815.484,53</u>
18. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	616.363,13		22.942,18
- davon aus verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
19. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>289.135,56</u>	<u>327.227,57</u>	<u>279.017,01</u>
- davon an verbundenen Unternehmen: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
- davon für Betriebsmittelkredite: EUR 0,00 (i. V. TEUR 0,0)			
20. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		-1.788,55	2.559.409,70
21. Steuern		<u>-2.664.385,22</u>	<u>192.298,99</u>
- davon vom Einkommen und Ertrag: - EUR 2.671.492,21 (i. V. TEUR 185,0)			
22. Jahresüberschuss		<u>2.662.596,67</u>	<u>2.367.110,71</u>

Klinikum Südstadt Rostock



Anhang zum Jahresabschluss 2015

I. Allgemeine Angaben

Der Jahresabschluss für das Wirtschaftsjahr 2015 wurde nach den Vorschriften der Krankenhausbuchführungsverordnung unter Beachtung der Vorschriften des Handelsgesetzbuches sowie den Bestimmungen der Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg-Vorpommern (EigVO M-V) aufgestellt.

Der Eigenbetrieb hat vom Wahlrecht nach § 1 Abs. 3 KHBV, auch für Zwecke des Handelsrechts die Gliederungsvorschriften der KHBV für den Jahresabschluss sowie den Anlagenachweis anzuwenden, Gebrauch gemacht.

Der Jahresabschluss besteht aus der Bilanz, der Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang, der Finanzrechnung und dem Lagebericht. Bereichsrechnungen werden aufgrund des Unternehmenszwecks als Krankenhaus nicht geführt.

II. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden gegenüber dem Vorjahr beibehalten. Die Bilanzierung und Bewertung erfolgt nach den allgemeinen Bestimmungen des HGB unter Berücksichtigung der Sondervorschriften für Krankenhäuser nach der KHBV sowie der Eigenbetriebe nach der EigVO M-V.

Die Bewertung des Anlagevermögens erfolgte zu Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen. Die Abschreibungen wurden ausschließlich linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer vorgenommen. Zugänge des Sachanlagevermögens werden zeitanteilig abgeschrieben. Anlagegüter mit einem Nettowert von 150 EUR bis 1.000 EUR werden in einem Sammelposten über 5 Jahre abgeschrieben und danach als Abgang gezeigt. Der Anlagepiegel ist Anlage zu diesem Anhang.

Die Nutzungsdauern werden in Orientierung an den amtlichen Afa-Tabellen des Bundesfinanzministeriums angesetzt.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten unter Berücksichtigung des strengen Niederstwertprinzips. Bei den unfertigen

Leistungen werden die Wertansätze retrograd aus den Vergütungen der Krankenhausleistungen ermittelt.

Die Bewertung der Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände erfolgte zum Nennwert. Forderungen, deren Einbringlichkeit mit erkennbaren Risiken behaftet sind, wurden einzelwertberichtigt; auf nicht einzelwertberichtigte Forderungen wurde eine Pauschalwertberichtigung (2 %) vorgenommen.

Die flüssigen Mittel wurden zum Nennwert aktiviert.

Für die vor Inkrafttreten des KHG aus Eigenmitteln getätigten förderfähigen Investitionen wird entsprechend § 5 Abs. 5 KHBV in Höhe der kumulierten Abschreibungen und Verluste aus Anlagenabgängen ein „Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung“ ausgewiesen. Dieser Posten stellt eine nach KHBV zugelassene Bilanzierungshilfe dar.

Als Stammkapital wird das in § 4 der Satzung benannte Stammkapital ausgewiesen.

Fördermittel und Zuschüsse, die nach den Vorschriften des Krankenhausfinanzierungsgesetzes zur Finanzierung der Anschaffung von Anlagevermögen gewährt wurden, sind gemäß der Krankenhaus-Buchführungsverordnung auf der Passivseite der Bilanz als Sonderposten ausgewiesen und werden nach Maßgabe der Abschreibungen der entsprechenden Anlagegüter aufgelöst.

Für die bis 2007 aus Rücklagen finanzierten Investitionen wird ein „Sonderposten für eigenfinanzierte Anlagen“ ausgewiesen und in Höhe der Abschreibungen der jeweiligen Anlagegüter aufgelöst. Für entsprechend ab 2009 finanzierte Investitionen wurde ein solcher Posten nicht mehr gebildet.

Die Rückstellungen berücksichtigen alle erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten und wurden in Höhe des notwendigen Erfüllungsbetrages gebildet.

Verbindlichkeiten wurden mit dem Erfüllungsbetrag angesetzt.

Die Gewinn- und Verlustrechnung wurde nach dem Gesamtkostenverfahren aufgestellt.

III. Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

Anlagevermögen

Vom Sozialministerium Mecklenburg-Vorpommern gewährte Einzelfördermittel für den „Umbau und Erweiterung des Klinikums Südstadt Rostock“ sind durch Eintragung in die entsprechenden Grundbücher besichert.

Im Grundbuch von Rostock Blatt 37066 sind jeweils zu Gunsten des Landes Mecklenburg-Vorpommern eingetragen:

- erstrangig eine beschränkte persönliche Dienstbarkeit bis zum 31.12.2025 sowie
- eine jederzeit fällige Buchgrundschuld in Höhe von 74 Mio. EUR nebst 12 % Zinsen jährlich und
- eine Buchgrundschuld in Höhe von 5,4 Mio. EUR nebst 15 % Zinsen jährlich.

Rückstellungen für unterlassene Instandhaltungen (vor BilMoG) wurden insbesondere für Außenfassaden gebildet.

Unfertige Leistungen

Unter den unfertigen Leistungen werden Leistungen gegenüber Patienten, die im laufenden Wirtschaftsjahr aufgenommen und im Folgejahr entlassen werden, ausgewiesen.

Forderungen

Die Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beinhalten Forderungen nach dem Krankenhausentgeltgesetz in Höhe von TEUR 1.219 (i. Vj.: TEUR 680).

Die Forderungsübersicht ist Anlage zum Anhang.

Eigenkapital, Sonderposten

Die Gewinnrücklagen wurden entsprechend der Bürgerschaftsbeschlüsse gebildet. Es handelt sich um andere Gewinnrücklagen im Sinne des § 266 Abs. 3 HGB.

Für die bis 2007 aus Rücklagen finanzierten Investitionen wird ein „Sonderposten für eigenfinanzierte Anlagen“ ausgewiesen und in Höhe der Abschreibungen der jeweiligen Anlagegüter aufgelöst.

Der Betrag der in der Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesenen Position „Erträge aus der Einstellung von Ausgleichsposten für Eigenmittelförderung“ in Höhe von EUR 329.651,02 unterliegt einer Ausschüttungssperre.

Rückstellungen

Die sonstigen Rückstellungen betreffen in Höhe von TEUR 319 (Vorjahr: TEUR 430) Altersteilzeitverpflichtungen.

Die Steuerrückstellungen betreffen Körperschaftsteuer sowie Gewerbesteuer für die Geschäftsbetriebe des Eigenbetriebes.

In 2015 wurde eine Rückstellung für Risiken aus möglichen Rückforderungsansprüchen der Kostenträger im Zusammenhang mit Umsatzsteuerurteilen für den Bereich der Ambulanzversorgung hauseigener Patienten durch die Krankenhausapotheke gebildet. In 2014 ist hierzu

ein Urteil des BFH ergangen, das zur Umsatzsteuerfreiheit derartiger Umsätze führen kann. Derzeit ist die Veröffentlichung im Bundessteuerblatt mit einem Begleitschreiben angekündigt. Wenn das Umsatzsteuerrecht geändert wird, ist mit der Veröffentlichung durch den Gesetzgeber zu regeln, in welchem zeitlichen und inhaltlichen Ausmaß das Urteil anzuwenden sein wird. Es handelt sich hier inhaltlich um ein komplexes Thema mit deutschlandweit erheblichen finanziellen Auswirkungen für die jeweils betroffenen Parteien. Ein Risiko ergibt sich aus eventuellen Rückforderungsansprüchen der Kostenträger im Zusammenhang mit der Vorsteuerabzugsproblematik der Leistungserbringer. Wir haben bei derzeit ungewisser Rechtslage eine Einschätzung des Risikos unter Berücksichtigung der derzeit noch nicht abschließend steuerlich veranlagten Jahre, der Umsätze und Wareneinsätze sowie der Forderungen, Klagen und Verjährungsverzichtserklärungen ggü. den Kostenträgern vorgenommen und eine Rückstellung von TEUR 3.700 gebildet.

Verbindlichkeiten

Die Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht beinhalten Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausentgeltgesetz von TEUR 4.869 (i. Vj.: TEUR 2.724).

Die Verbindlichkeitenübersicht ist Anlage zum Anhang.

Haftungsverhältnisse nach § 251 HGB bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

Verpflichtungsermächtigungen bestehen zum Abschlussstichtag nicht.

Gewinn- und Verlustrechnung

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten periodenfremde Ausgleichsbeträge für frühere Wirtschaftsjahre von TEUR 0 (i. Vj.: TEUR 0).

Unter sozialen Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung werden Aufwendungen für Altersversorgung von TEUR 1.383 (i. Vj.: TEUR 1.316) ausgewiesen.

Die Erträge aus Zuwendungen zur Finanzierung von Investitionen beinhalten Fördermittel nach dem KHG von TEUR 2.639 (i. Vj.: TEUR 1.385).

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen enthalten Honorare des Abschlussprüfers i.S.d. § 285 HGB für die Prüfung des Jahresabschlusses mit TEUR 16 zzgl. USt, für andere Beratungsleistungen mit TEUR 0, für Steuerberatungsleistungen mit TEUR 0 und für sonstige Leistungen mit TEUR 0. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen beinhalten periodenfremde Ausgleichsbeträge für frühere Wirtschaftsjahre von TEUR 0 (i. Vj.: TEUR 484).

Die Position Steuern enthält Steuern vom Einkommen und vom Ertrag in Höhe von TEUR -2.671 (i. Vj.: TEUR 185). Es handelt sich im Wesentlichen um Steuererstattungen.

Davon betreffen TEUR 2.902 Steuern für Vorjahre. In dieser Höhe, sowie in Höhe von TEUR 609 unter der Position „Zinsaufwand“ handelt es sich um außerordentliche Erträge. Dem stehen außerordentliche Aufwendungen in Höhe von TEUR 3.700 für mögliche Rückforderungsansprüche der Kostenträger für vergangene Jahre gegenüber. Wir verweisen auf die Ausführungen zu den Rückstellungen.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird ein Gewinn in Höhe von TEUR 2.663 ausgewiesen.

IV. Sonstige Angaben

Entwicklung des Personals

2015 beschäftigte der Eigenbetrieb im Jahresdurchschnitt 1.330 Arbeitnehmer in folgenden Diensten:

	Durchschnittliche Arbeitnehmerzahl
Ärztlicher Dienst	296,67
Pflegedienst	362,67
med.-techn. Dienst	166,00
Funktionsdienst	169,08
Klinisches Hauspersonal	42,00
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	84,58
Technischer Dienst	20,92
Sonderdienst	1,17
Auszubildende	108,75
Verwaltungsdienst	62,25
Hospiz	16,33
	<hr/>
	1.330,42

Das Klinikum ist Pflichtmitglied der Kommunalen Zusatzversorgungskasse Mecklenburg – Vorpommern mit Sitz in Strasburg (Uckermark).

Die Satzung der ZMV sieht folgende Arten der Betriebsrenten vor:

- Altersrenten für Versicherte
- Erwerbsminderungsrenten für Versicherte
- Hinterbliebenenrenten.

Entwicklung der Umlage- und Beitragssätze							
Jahr	von - bis	U m l a g e			Z u s a t z b e i t r a g		
		Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt	Arbeitgeber	Arbeitnehmer	gesamt
2008-2015 TV-Ärzte	01.01.-31.12.	1,30 %	0,00 %	1,30 %	0,00 %	4,00 %	4,00 %
2008-2015 TVöD	01.01.-31.12.	1,30 %	0,00 %	1,30 %	2,00 %	2,00 %	4,00 %

Die Summe der umlagepflichtigen Entgelte (ZMV-Regelentgelt) betrug 2015 50.007 TEUR.

Gewinnverwendungsvorschlag

Nach Beschlusslage der Hansestadt Rostock (HASIKO 2015-2030, Beschl. Nr. 2015/BV/1066) ist für das Ergebnis des Jahres 2015 eine Abführung von TEUR 2.500 in 2016 an die Hansestadt vorgesehen.

Es wird die Zuführung zu den Gewinnrücklagen in Höhe von mindestens TEUR 162 vorgeschlagen. Das Direktorium weist unter Berücksichtigung der Vorgaben des HASIKO für die Folgejahre sowie die mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung darauf hin, dass die Notwendigkeit zur höheren Rücklagenbildung gesehen wird.

Finanzielle Verpflichtungen

Finanzielle Verpflichtungen bestanden zum Stichtag in folgender Höhe: TEUR 1.906. Diese ergeben sich im Wesentlichen aus Wartungsverträgen für Betriebs- und Medizintechnik (TEUR 646) sowie aus einem Versorgungsvertrag (TEUR 1.078).

Drohende finanzielle Belastungen

Drohende finanzielle Belastungen gemäß § 25 Abs. 3 Nr. 2 EigVO M-V, für die keine entsprechenden Rückstellungen für Großreparaturen, Rekultivierungs- und Entsorgungsaufwendungen, unterlassene Instandhaltungen gebildet wurden, sind nicht zu verzeichnen in Bezug auf Vermögensgegenstände, für die keine Wertminderung möglich ist.

Drohende finanzielle Belastungen, für die keine entsprechende Rückstellung gebildet ist, ergeben sich aus dem weiterhin beklagten Landesbasisfallwert 2009. Hier werden die Auswirkungen der anhängigen Verfahren in ungenauer Zukunft in Form eines Erlösausgleiches in dem Landesbasisfallwert zu berücksichtigen sein, der auf die bestandskräftige (letzte) Genehmigung des Landesbasisfallwertes 2009 folgt.

Gesetzliche und vertragliche Einschränkungen zu den in der Bilanz ausgewiesenen Grundstücken und Gebäuden

Die Gebäude und Grundstücke des Klinikum Südstadt Rostock unterliegen Einschränkungen hinsichtlich ihrer Nutzung, Verfügbarkeit und Verwertbarkeit gem. § 25 Abs. 3 Nr. 3 EigVO M-V, als sie der Sicherstellung der bedarfsgerechten Krankenhausversorgung im Rahmen der Krankenhausplanung des Landes dienen. Soweit die Gebäude mit krankenhausspezifischen Fördermitteln des Landes finanziert wurden, unterliegen die Gebäude der Zweckbindung im Rahmen der Krankenhausplanung.

Klinikleitung

Die Geschäfte des Klinikums werden durch das Direktorium geführt.

Dem Direktorium gehören an:

Verwaltungsdirektorin	Frau Dipl. oec. Renate Fieber,
Ärztlicher Direktor	Herr Prof. Dr. med. Hans-Christof Schober,
Pflegedienstdirektorin	Frau Dipl. Pflegefachwirtin Sylvia Waterstradt.

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Direktoriums betrugen 2015 TEUR 560,8.

Klinikausschuss

Der Klinikausschuss ist ein beschließender Ausschuss, dem folgende Mitglieder angehören:

Frau Elisabeth Möser, Studentin
Vorsitzende
Mitglied seit dem 26.11.2015

Herr Dr. Harald Terpe, Arzt, Mitglied des deutschen Bundestages
Vorsitzender
Mitglied bis zum 31.08.2015

Frau Dr. Cathleen Kiefert-Demuth, Geschäftsführerin
stellv. Vorsitzende

Herr Dr. Helmut Schmidt, Arzt
stellv. Vorsitzender

Herr Jürgen Dudek, Beamter
Mitglied bis zum 24.02.2015

Prof. Dr. Ralf Friedrich, im Ruhestand

Herr Detlev Harms, Dipl.-Ingenieur, im Ruhestand

Herr Dr. Pascha Naghiyev
Mitglied seit dem 25.02.2015

Frau Nailia Ritter

Frau Kristin Schröder, Wahlkreismitarbeiterin

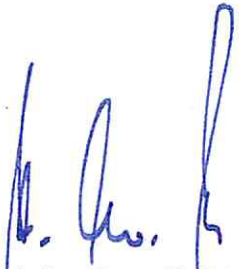
Herr Jan-Hendrik Brincker, Geschäftsführer

Herr Dr. Wolfgang Nitzsche, Diplom - Chemiker

Rostock, im Februar 2016



Renate Fieber
Verwaltungsdirektorin



Prof. Dr. Hans-Christof Schober
Ärztlicher Direktor



Sylvia Waterstradt
Pflegedienstdirektorin

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

Entwicklung des Anlagevermögens nach Anlagegruppen 2015

	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen				Restbuchwerte	
	Anfangs-stand	Zugang	Um-buchungen	Abgang	End-stand	Anfangs-stand	Abschrei-bungen des	Abgang	End-stand	Stand am	Stand am
	01.01.2015				31.12.2015	01.01.2015	Geschäftsjahres		31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	2.438.587,75	66.755,97	23.944,98	8.853,49	2.520.435,21	1.905.370,73	224.568,95	8.853,49	2.121.086,19	399.349,02	533.217,02
II. Sachanlagen											
1. Grundstücke mit Betriebsbauten einschließlich der Betriebsbauten auf fremden Grundstücken	120.574.419,85	681.913,32	0,00	0,00	121.256.333,17	33.329.716,86	2.240.002,32	0,00	35.569.719,18	85.686.613,99	87.244.702,99
2. Grundstücke mit Wohnbauten einschließlich der Wohnbauten auf fremden Grundstücken	1.134.757,20	0,00	0,00	0,00	1.134.757,20	358.189,88	11.086,00	0,00	369.275,88	765.481,32	776.567,32
3. Grundstücke ohne Bauten	2.248.792,47	0,00	0,00	0,00	2.248.792,47	0,00	0,00	0,00	0,00	2.248.792,47	2.248.792,47
4. Technische Anlagen	1.826.054,82	0,00	0,00	0,00	1.826.054,82	669.669,82	78.000,00	0,00	747.669,82	1.078.385,00	1.156.385,00
5. Einrichtungen und Ausstattungen	29.092.699,01	1.954.324,50	17.469,20	306.542,26	30.757.950,45	21.932.898,65	2.057.078,56	306.378,61	23.683.598,60	7.074.351,85	7.159.800,36
6. geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	104.402,16	377.017,12	-41.414,18	0,00	440.005,10	0,00	0,00	0,00	0,00	440.005,10	104.402,16
	154.981.125,51	3.013.254,94	-23.944,98	306.542,26	157.663.893,21	56.290.475,21	4.386.166,88	306.378,61	60.370.263,48	97.293.629,73	98.690.650,30
	157.419.713,26	3.080.010,91	0,00	315.395,75	160.184.328,42	58.195.845,94	4.610.735,83	315.232,10	62.491.349,67	97.692.978,75	99.223.867,32

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

Entwicklung des Anlagevermögens nach Finanzierungsarten 2015

Bezeichnung	Entwicklung der Anschaffungswerte					Entwicklung der Abschreibungen					Restbuchwerte	
	Anfangsstand	Zugang	Um-	Abgang	Endstand	Anfangsstand	Abschrei-	Um-	Entnahme	Endstand	Stand am	Stand am
	01.01.2015		buchungen		31.12.2015	01.01.2015	bungen des	buchungen	für	31.12.2015	31.12.2015	31.12.2014
	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	Geschäftsjahres	EUR	Abgänge	EUR	EUR	EUR
§ 9 Abs. 1 KHG Einzelfördermittel	80.639.535,07	59.131,04	0,00	0,00	80.698.666,11	21.969.972,07	1.690.344,48	0,00	0,00	23.660.316,55	57.038.349,56	58.669.563,00
§ 9 Abs. 3 KHG, PauschalFM	16.538.147,07	1.944.354,62	0,00	253.703,36	18.228.798,33	12.440.901,95	1.265.630,48	0,00	253.539,71	13.452.992,72	4.775.805,61	4.097.245,12
öffentliche Zuschüsse	4.067.882,85	0,00	0,00	0,00	4.067.882,85	2.670.254,83	65.562,00	0,00	0,00	2.735.816,83	1.332.066,02	1.397.628,02
Zuwendungen Dritter/Spenden	297.515,39	36.720,22	0,00	17.339,11	316.896,50	100.889,17	27.645,22	0,00	17.339,11	111.195,28	205.701,22	196.626,22
Eigenmittel aus Investitionsrücklage	718.803,93	0,00	0,00	0,00	718.803,93	660.599,93	18.829,00	0,00	0,00	679.428,93	39.375,00	58.204,00
Eigenmittel vor KHG, förderfähig	34.763.227,57	0,00	0,00	0,00	34.763.227,57	15.448.681,57	329.650,00	0,00	0,00	15.778.331,57	18.984.896,00	19.314.546,00
Eigenmittel	20.394.601,38	1.039.805,03	0,00	44.353,28	21.390.053,13	4.904.546,42	1.213.074,65	0,00	44.353,28	6.073.267,79	15.316.785,34	15.490.054,96
	157.419.713,26	3.080.010,91	0,00	315.395,75	160.184.328,42	58.195.845,94	4.610.735,83	0,00	315.232,10	62.491.349,67	97.692.978,75	99.223.867,32

Klinikum Südstadt Rostock
Südtring 81
18059 Rostock

Forderungsübersicht 2015

lfd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigungen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
					davon mit einer Restlaufzeit		
	Bezeichnung	zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirtschafts- jahres	für das Wirtschaftsjahr	bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
in TEUR							
1	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	17.206,7	19.153,5	1.510,3	19.153,5	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	17.206,7	19.153,5	1.510,3	19.153,5	0,0	0,0
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
3	Forderungen gegen Unter- nehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
	b) privatrechtliche Forderungen	-	-	-	-	-	-
5	Forderungen nach dem Krankenhausfinanzierungs- recht	679,7	2.418,5	0,0	2.418,5	0,0	0,0
6	Sonstige Vermögensgegenstände	1.024,0	1.805,9	28,7	1.805,9	0,0	0,0
7	Summe Forderungen und sonstige Vermögens- gegenstände	18.910,4	23.377,9	1.539,0	23.377,9	0,0	0,0

Verbindlichkeitenübersicht 2015

lfd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12.			Stand zum 31.12. 2015 (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12. 2015	Stand zum 31.12. 2015 (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. 2014 (Bilanzwert)
		2015								
		mit einer Restlaufzeit								
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
		in TEUR								
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.006,2	3.188,7	9.492,0	13.686,9	0,0	13.686,9	0,0	0,0	13.903,7
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	3,0	0,0	0,0	3,0	0,0	3,0	0,0	0,0	0,0
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	1.781,7	0,0	0,0	1.781,7	0,0	1.781,7	0,0	0,0	2.776,6
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									2.776,6
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
7.	Verbindlichkeiten gegenüber dem Krankenhausträger	92,9	0,0	0,0	92,9	0,0	92,9	0,0	0,0	92,9
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									92,9
8.	Verbindlichkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsrecht	6.883,9	0,0	0,0	6.883,9	0,0	6.883,9	0,0	0,0	4.238,4
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									4.238,4
9.	Verbindlichkeiten aus sonstigen Zuwendungen zur Finanzierung des Anlagevermögens	186,5	0,0	0,0	186,5	0,0	186,5	0,0	0,0	145,1
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									145,1
10.	Sonstige Verbindlichkeiten	1.376,2	29,2	0,0	1.405,4	0,0	1.405,4	0,0	0,0	1.486,3
	davon:									1.323,5
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	1.376,2								
b)	aus Steuern	917,1			917,1					
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	229,9			229,9					
11.	Summe der Verbindlichkeiten	11.330,4	3.217,9	9.492,0	24.040,3	0,0	24.040,3	0,0	0,0	22.643,0

Anlage 4

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

Finanzrechnung 2015

	Bezeichnung	-in TEUR-	-in TEUR-
		2015	2014
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	2.663	2.367
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	4.611	4.266
3	Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	-3.068	-2.895
4	Erträge aus der Auflösung von Ausgleichsposten	-330	-330
5	Abschreibungen auf Ausgleichsposten aus Eigenmittelförderung	0	0
6	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	1
7	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	-17	-321
8	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-4.695	3.269
9	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	2.205	759
10	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	1.616	-1.367
11	gezahlte Zinsen (+)	289	279
12	erhaltene Zinsen (-)	-616	-18
13	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	2.657	6.010
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-3.013	-9.642
15	(-) Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-67	-282
16	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen = Einzel- und Pauschalfördermittel	2.040	4.437
17	(+) erhaltene Zinsen	616	18
18	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-424	-5.469
19	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	-2.200	-1.100
20	(+) Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	4.102	5.000
21	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-4.352	-674
22	(-) gezahlte Zinsen	-289	-279
23	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-2.739	2.947
24	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 13,18,23)	-506	3.488
25	(-) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	2.427	-1.061
26	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	1.921	2.427

Klinikum Südstadt Rostock



Lagebericht für das Jahr 2015

I. Grundlagen des Eigenbetriebes

Das Klinikum Südstadt Rostock wird als Eigenbetrieb der Hansestadt Rostock ohne eigene Rechtspersönlichkeit geführt. Es verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke gem. § 51 ff. der Abgabenordnung.

Das in den Eigenbetrieb eingebrachte Stammkapital beträgt 12.500 TEUR.

Das Klinikum wird durch das Direktorium geleitet, welches aus drei Mitgliedern besteht:

- der Verwaltungsdirektorin als Erste Krankenhausleiterin, Frau Dipl. oec. Renate Fieber;
- dem Ärztlichen Direktor, Herrn Prof. Dr. Hans-Christof Schober;
- der Pflegedienstleiterin, Frau Dipl.-Pflegerin Sylvia Waterstradt.

Der Ersten Krankenhausleiterin obliegt die Geschäftsführung im Direktorium, sie vertritt die Hansestadt Rostock in Angelegenheiten des Krankenhausbetriebes.

Der Eigenbetrieb Klinikum Südstadt Rostock unterhält das Klinikum sowie das Hospiz am Klinikum Südstadt Rostock, beides am Standort Rostock, Südring 81.

Träger des Klinikums ist die Hansestadt Rostock.

In den aktuellen Krankenhausplan des Landes Mecklenburg-Vorpommern sind derzeit insgesamt 39 Krankenhäuser aufgenommen worden.

Gemäß Bescheid über die Aufnahme des Klinikum Südstadt Rostock in den Krankenhausplan 2012 des Landes Mecklenburg-Vorpommern des Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V vom 13.08.2012, waren ab dem 01.01.2012 für die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung folgende Kapazitäten und Fachabteilungen erforderlich und vorzuhalten:

420 Planbetten (Rahmenplanung)

in den Fachabteilungen:

- Anästhesiologie und Intensivmedizin

- Chirurgie
- Frauenheilkunde und Geburtshilfe
- Innere Medizin
- Kinder- und Jugendmedizin (als Neonatologie und Schlaflabor)
- Orthopädie/Unfallchirurgie

45 Tagesklinikplätze:

- 1 Diabetologie
- 9 Onkologie
- 20 Rheumatologie
- 15 Schmerztherapie.

Dieser Bescheid wurde letztmals geändert mit Datum vom 01.12.2014: Ab dem 01.11.2014 wurden 5 zusätzliche Betten im intensivmedizinischen und peripheren Bereich in den Krankenhausplan mit aufgenommen, so dass das Klinikum nunmehr mit 425 Planbetten im Krankenhausplan ausgewiesen ist.

Als besondere Aufgaben des Klinikums wurden das Perinatalzentrum (Level 1) sowie die Adipositas-Chirurgie benannt.

Mit der Aufnahme in den Krankenhausplan sind auch die Voraussetzungen für die Förderung des Krankenhauses nach dem dritten Abschnitt des Landeskrankenhausgesetzes gegeben.

Gemäß Bescheid des Sozialministeriums vom 27.01.2005 über die Feststellung der förderungsfähigen Ausbildungsplätze in Bezug zum Bescheid über die Aufnahme in den Vierten Krankenhausplan Mecklenburg-Vorpommern vom 22.12.2004 sind ab dem 01.01.2005 an der Ausbildungsstätte des Klinikums Südstadt 586 Ausbildungsplätze in den Fachrichtungen:

- Entbindungspflege
- Physiotherapie
- Gesundheits- und Krankenpflege
- Gesundheits- und Kinderkrankenpflege
- Medizinisch-technische Radiologieassistenten

vorgesehen.

Durch die Kassenärztliche Vereinigung wurden den Krankenhausärzten in verschiedenen Fachgebieten befristete persönliche Ermächtigungen für die Erbringung von ambulanten Leistungen erteilt. Zudem wurden dem Klinikum Südstadt Institutsermächtigungen zum Betreiben einer Onkologischen Fachambulanz (gem. § 311 Abs. 2 SGB V), eines Rheumazentrums, der Notfallambulanz sowie einer Ambulanz und Poliklinik der Universitätsfrauenklinik erteilt.

Der Eigenbetrieb betreibt das Hospiz mit 10 Plätzen. Das Hospiz ist eine Einrichtung im Sinne des § 1 Heimgesetz.

II. Wirtschaftsbericht

1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Das Klinikum Südstadt Rostock ist Plankrankenhaus im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern und unterliegt damit für den ganz wesentlichen Bereich der Leistungserbringung der Branchenentwicklung im Gesundheitswesen und der entsprechenden bundes- und landesweiten Gesetzgebung. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig in Deutschland ist solch zahlreichen Reformen und Veränderungen unterworfen wie die Gesundheitswirtschaft.

Durch staatliche Regelungen für diesen Bereich müssen sich Leistungsträger und Versicherte stets neuen Rahmenbedingungen anpassen und sind nahezu jährlich mit einer ganzen Reihe von Änderungen, neuen Gesetzen oder Verordnungen konfrontiert.

Die Kosten im Gesundheitswesen unterliegen, u.a. im Zusammenhang mit der demografischen Entwicklung der Bevölkerung sowie dem medizinischen Fortschritt, einem ständigen Kostensteigerungsprozess, den es bundesweit zu finanzieren gilt. Dabei stehen sich im Wesentlichen die Interessen der Krankenhäuser, die Kosten der bestmöglichen Versorgung der Patienten zu decken, und die Interessen der Krankenkassen, Kostensteigerungen zu minimieren, gegenüber. Dazu kommt im Rahmen der in Deutschland geltenden dualen Finanzierung – die Finanzierung von Investitionen ist gesetzlich über Landesfördermittel geregelt – die Finanzknappheit der Länder bei der Vergabe von Fördermitteln.

Allein im Jahr 2015 traten folgende gesetzliche Neuregelungen in Kraft:

- „Gesetz zur Weiterentwicklung der Finanzstruktur und der Qualität in der gesetzlichen Krankenversicherung“
- "Erstes Gesetz zur Stärkung der Pflegerischen Versorgung und zur Änderung weiterer Vorschriften".

Im Jahr 2016 werden folgende Gesetze wirksam:

- „Gesetz zur Reform der Strukturen der Krankenhausversorgung – Krankenhausstrukturgesetz“
- „Zweites Pflegestärkungsgesetz“
- „Gesetz zur Verbesserung der Hospiz- und Palliativversorgung“.

Wesentliche gesetzliche branchenbezogene Grundlagen für den Eigenbetrieb sind zudem das Krankenhausfinanzierungsgesetz sowie das Krankenhausentgeltgesetz und das Landeskrankenhausgesetz M-V.

Eine in den vergangenen Jahren und auch mit dem Krankenhausstrukturgesetz wieder neu geregelte Tatsache ist es, den Krankenhäusern die Erbringung und Verhandlung von Leistungssteigerungen zu erschweren, indem diese einem sog. Mehrleistungsabschlag bzw. neu im Rahmen des benannten Gesetzes einem mehrjährig geltenden Fixkostendegressionsabschlag unterliegen.

Unter diesen Bedingungen einer zunehmenden Ökonomisierung des Gesundheitswesens hat das Klinikum Südstadt Rostock die bedarfsgerechte und bestmögliche Versorgung der Bevölkerung in einem leistungsfähigen Krankenhaus bei wirtschaftlicher Führung sicher zu stellen.

2. Geschäftsverlauf

Die Budgetverhandlungen für alle Krankenhäuser im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern wurden im Jahr 2015 wiederholt spät geführt. Das Klinikum Südstadt Rostock war mit dem Spätherbst als Verhandlungszeitraum noch eines der früh verhandelten Häuser – einige Häuser verhandelten auch wieder erst im Folgejahr 2016.

Wie bereits in den Jahren zuvor, gab es im Berichtsjahr 2014 mehrere Versuche der Einigung zwischen den Kostenträgern und der Landeskrankenhausesgesellschaft hinsichtlich des 2015er Landesbasisfallwertes. Eine abschließende Einigung konnte durch die agierenden Vertreter auf Landesebene erst zu Beginn 2015 erreicht werden, so dass eine prospektive Verhandlungsgestaltung nicht mehr möglich war. Durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales wurde dieser Wert in Höhe von 3.190,81 EUR (sowohl mit, als auch ohne Ausgleichs) erst zum 01. Juni 2015 in Kraft gesetzt. Eine Ausgleichslösung, auf Grund des Zeitversatzes, auf Landesebene wurde nicht vereinbart.

Für 2016 ist zu Jahresbeginn zwar eine Einigung erzielt worden, in Betrachtung über die Zeit muss allerdings resümiert werden, dass die Vorausschau auf die Ertragslage im Krankenhausbereich im Land Mecklenburg-Vorpommern sehr unsicher geblieben ist.

Das Klinikum Südstadt Rostock führte die krankenhausspezifischen Verhandlungen im Oktober 2015 durch. Die Nacharbeiten, ursächlich neben oben Genannten u.a. in einigen Interpretationen gesetzlicher vorgegebener Mehrleistungsabschläge, kamen erst zum Jahresende 2015 zum Ergebnis. Die ministerielle Genehmigung steht zum 01. März 2016 an.

Wie in Vorjahren erfolgte eine Auftrennung der Budgetverhandlung in zwei Bereiche:

a) Leistungsbudget

Im Bereich des Leistungsbudgets (voll- und teilstationäre Fälle, Zusatzentgelte, etc.), konnte man sich auch in 2015 auf ein endgültiges Leistungsmengengerüst einigen:

Grundsätzliches Ziel der Budgetverhandlungen 2015 war, analog der Vorjahre, zwar die konsequente Festigung des bisherigen Leistungsspektrums. In Fortsetzung der Jahre bis 2012 und im Gegensatz zum Konsolidierungsjahr 2013, in dem nur noch die Verhandlung über eine kleine Steigerung erfolgte, konnten in 2014 und 2015 erneute deutliche Leistungserweiterungen einzelner Fachgebiete erreicht werden. Im Jahr 2014 war inklusive der Überlieger ein DRG-Mengengerüst von 23.309,379 und im Jahr 2015 von 23.873,226 Bewertungsrelationen geeint. Durch den späten Verhandlungstermin konnten die vereinbarten Leistungen auf der Grundlage der IST-Daten des 31.07.2015 relativ gesichert geplant und zur Verhandlung vorbereitet werden.

Im Jahr 2015 waren wiederum die nicht unerheblichen Personalkostensteigerungen auf dem Verhandlungswege durch zusätzliche Erlöse zu egalisieren. Diese Steigerungen haben ihre Ursache in den überregionalen Tarifverhandlungen mit ver.di und dem Marburger Bund und dem deutlich gestiegenen Leistungsniveau der Jahre 2010 ff.

Im Leistungsbereich, dem vollstationären Krankenhaussektor, konnte in der Budgetverhandlung die Entwicklung in Form von Fallzahl- und Schweregradfestigungen in fast allen Bereichen verhandelt werden. Der Schweregrad (CMI) des Hauses konnte mit einem Wert von 0,983 über alle Fälle (In- und Überlieger) geeint werden. Hierbei ist positiv hervorzuheben, dass wie in Vorjahren die Verweildauer auf ihrem niedrigen Niveau gehalten werden konnte. Neben einer leichten Verringerung der Verweildauer kam es in 2015 zu einer Stabilisierung des relativ hohen Schweregrades. Das Klinikum pegelt sich damit im vierten Jahr in Folge auf einem sehr hohen CMI-Plateau von etwa 1,000 ein. Auffällig ist, dass das Klinikum Südstadt Rostock die Summe der Bewertungsrelationen als Grundlage der Berechnung der Erlöse (unabhängig vom Landesbasisfallwert) mit ca. sechshundert (!) zusätzlichen Fällen egalisieren konnte.

Die Behandlung komplizierter Fälle zeichnet das Bild eines Hauses, welches immer spezialisierter im Großraum Rostock wahrgenommen wird und entsprechende Patienten in der Zuweisung der Niedergelassenen erhält.

b) Ausbildungsbudget:

Über das Ausbildungsbudget konnte wieder schnell Einigung erzielt werden. Die Verhandlungen über das Volumen des krankenhausesindividuellen Ausbildungsbudgets zur Finanzierung der Ausbildungsstätten fanden zeitgleich im Herbst 2015 statt. Im Ergebnis wurden die Vereinbarungsunterlagen gem. § 17a KHG für das Jahr 2015 erstellt. Die Genehmigung durch das Ministeriums für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V steht zum 01. März 2016 an.

Dem vereinbarten Ausbildungsbudget liegen folgende Daten zugrunde:

Gesamtbetrag für das Ausbildungsbudget 2015	
ohne Ausgleich in Höhe von	2.652.768 EUR
davon:	
- Kosten der Ausbildungsstätten	1.273.881 EUR
- Kosten der Ausbildungsvergütung	1.378.887 EUR

Neben den Ergebnissen der Vereinbarungen zu den Leistungs- und Ausbildungszahlen ist darauf hinzuweisen, dass wie bereits in Vorjahren nicht alle gesetzlich bedingten Kostensteigerungen, wie z.B. die Tarifierhöhungen, aufgrund der Krankenhausgesetzgebung mit den Kostenträgern zu 100 Prozent (vgl. oben) verhandelbar waren.

Leistungsentwicklung

Die Leistungskennzahlen 2015 haben sich gegenüber 2014 wie folgt entwickelt:

	2014	2015
a) Betrachtung nach KHEntgG (DRG-Methodik)		
- Anzahl Katalog-DRG	23.732	24.498
- Anzahl freiverhandelbarer DRG	8	6
b) Betrachtung nach BpflVO (MNS*-Methodik)		
- vollstationär (ohne gesunde Neugeborene)		
Behandlungstage	132.029	135.318
Fallzahl (L1)	21.067	21.918
Verweildauer	6,27	6,17
- teilstationär		
Behandlungstage	9.418	10.475
- Vor- und nachstationäre Behandlung		
Fallzahl vorstationär (rein)	5.164	5.275
- Anzahl der geborenen Kinder	3.220	3.251
- Nutzungsgrad vollstationär	91,9%	93,0%
- Ølich belegte Betten, vollstationär	387	394
- Nutzungsgrad teilstationär	83,4%	92,74 %
- Ølich belegte Betten, teilstationär	38	42

Die gewollte Verlagerung der stationären Behandlung in Verbindung mit operativer Tätigkeit in den ambulanten Bereich wurde im Jahr 2015 wieder durch die Bereiche der Gynäkologie und der Traumatologie getragen.

Die Rheumafachambulanz wurde am Klinikum Südstadt in den vergangenen Jahren in Form einer durch die Kassenärztliche Vereinigung MV ermächtigten Institutsambulanz betrieben.

Ermächtigte Ambulanzen an Krankenhäusern müssen – im Gegensatz zu den Zulassungen der niedergelassenen Kollegen - alle zwei Jahre neu genehmigt werden. Diese Genehmigung stand im Jahr 2015 für den Spätsommer an. Auf Grund des Einspruchs einer niedergelassenen Kollegin wurde die Institutsermächtigung für den Raum Rostock im Oktober entzogen. Für die Dependence in Parchim gilt diese weiter. Ersatzweise sind drei ärztliche Mitarbeiter des Klinikums Südstadt Rostock für das Fachgebiet Rheumatologie in Rostock ermächtigt worden. Diese führen die inhaltliche Arbeit der Rheumafachambulanz weiter. Die finanziellen Auswirkungen lassen sich derzeit noch nicht genau beziffern.

3. Wirtschaftliche Lage

a) Ertragslage

Das Klinikum hat im Wirtschaftsjahr 2015 einen Jahresüberschuss in Höhe von TEUR 2.663 erwirtschaftet.

Der Landesbasisfallwert ist von EUR 3.117,36 auf EUR 3.190,81 gestiegen. Dem stehen insbesondere tarifbedingte Personalkostensteigerungen gegenüber, die es zu finanzieren galt.

Die Vereinbarungen über das Ausbildungsbudget 2015 sowie die Entgeltvereinbarung gemäß § 11 KHEntgG für das Jahr 2015 liegen vor und sind genehmigt.

Die Veränderung der Erträge gegenüber dem Vorjahr ist im Wesentlichen auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen (TEUR 3.975) insbesondere über deutliche Leistungssteigerungen sowie über den erhöhten Landesbasisfallwert zurückzuführen.

Die Erlössituation der wirtschaftlichen Geschäftsbetriebe trägt weiterhin wesentlich zum positiven Ergebnis des Eigenbetriebes bei.

Der Wareneinsatz ist gegenüber dem Vorjahr rückläufig. Dies ist insbesondere auf gesunkene Umsätze und damit einhergehende geringere Materialeinsätze im Bereich der Versorgung von Hämophiliepatienten sowie für den Bereich der Versorgung stationärer Patienten auf die Ausnutzung von Kostensenkungspotentialen zurückzuführen.

Der Jahresüberschuss des Eigenbetriebs ist im Geschäftsjahr 2015 wesentlich geprägt durch Erstattungen für Vorjahre für Steuern vom Einkommen und vom Ertrag sowie Zinsen für diesen Bereich TEUR 3.518). Dies ergibt sich aus der geänderten ertragsteuerlichen Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes für die Erbringung von Apothekenlieferungen und -leistungen für Ambulanzen des Krankenhauses (Stichwort „Zytostatika“), die auch für die Vergangenheit anwendbar war und der sich die Finanzverwaltung angeschlossen hatte.

Gleichermaßen ändert sich für diesen Bereich möglicherweise das Umsatzsteuerrecht – ggf. auch für die Vergangenheit. In 2014 ist ein entsprechendes Urteil des Bundesfinanzhofes ergangen und derzeit muss mit dessen Veröffentlichung durch die Finanzverwaltung und damit der Anwendungspflicht, auch durch unser Haus, gerechnet werden. Wir haben aufgrund drohender Rückforderungen der Kostenträger bei Wegfall der Vorsteuerabzugsberechtigung Rückstellungen gebildet, die mit TEUR 3.700 ebenso wesentlichen Einfluss auf das Jahresergebnis haben. Mit diesem Urteil und dessen Anwendung befassen sich derzeit deutschlandweit die Finanzministerien sowie die Interessenverbände der Krankenkassen, Krankenhäuser sowie der (Krankenhaus-) Apotheken. Mit der Veröffentlichung des Urteils sind Fragen sowohl zur zeitlichen Anwendung, als auch des inhaltlichen Ausmaßes und der Abwicklung zu klären. Insofern herrscht bis zum aktuellen Zeitpunkt erhebliche Rechtsunsicherheit. Wir haben eine Einschätzung des Risikos vorgenommen und die Rückstellung gebildet. Hinsichtlich der Ermittlung des Rückstellungsbetrages verweisen wir auf die Angaben im Anhang.

Hinsichtlich der Personalkosten kam es für das Geschäftsjahr 2015 im Bereich des TVöD-K zu einer Erhöhung der Tabellenentgelte zum 01.03.2015 um 2,4 %, das Entgelt für die Auszubildenden stieg um pauschal 20 € und ihr Urlaubsanspruch von 27 auf 28 Tage. Im Bereich des TV-Ärzte erhöhten sich die Tabellenentgelte zum 01.12.2015 um 1,9 %. Dies entspricht einem Volumen (ohne Berücksichtigung der Entwicklung der VK-Zahl von etwa 1,6 Mio. EUR.

Im Übrigen ergibt sich die Steigerung der Personalkosten aus der dargestellten Personalentwicklung, insbesondere im Ärztlichen Dienst.

Die Personalkostensteigerungen sind damit hauptsächlich bedingt durch:

- tarifliche Entwicklungen,
- Zunahme des Personalbestandes.

Zur zahlenmäßigen Entwicklung der Belegschaft sowie zu den Personalkosten verweisen wir auf den Anhang und die Gewinn- und Verlustrechnung für das Jahr 2015. Der Stellenplan wies für 2015 974 Vollzeitkräfte aus; im Jahresdurchschnitt wurden 976 Vollzeitkräfte beschäftigt.

Die Ertragslage des Eigenbetriebes ist damit insgesamt weiterhin positiv. Der Jahresüberschuss ist gegenüber dem Vorjahr um TEUR 295 gestiegen. Bei einer Steigerung der Umsatzerlöse um TEUR 4.069 ist die Personalaufwandsquote (Personalaufwand*100/Umsatzerlöse) mit 71,1 % (Vorjahr 70,50 %) leicht gestiegen und die Materialaufwandsquote ist mit 40,9 % (Vorjahr 42,86 %) gesunken. Aus dem Betriebsbereich (ohne Fördermittel, Finanz- und neutralen Bereich) ist in 2015 ein Überschuss von TEUR 1.382 zu verzeichnen. Dieser beinhaltet die Rückstellung für Risiken aus dem Bereich der Apothekenumsätze aus Zytostatika und ist somit insgesamt gegenüber dem Vorjahr (TEUR 2.486) rückläufig.

Personalentwicklung

Zur Erbringung der Leistungen des Klinikums standen im Jahr 2015 durchschnittlich 962 Vollkräfte (Vorjahr: 930 VK, jeweils inkl. Mitarbeiter Forschung und Lehre) zur Verfügung. Damit stieg der Personalbestand im Jahresmittel um ca. 30 Vollkräfte.

Folgende Tabelle zeigt die Personalentwicklung in den einzelnen Diensten:

	2014 Vollkräfte Anzahl	2015 Vollkräfte Anzahl	Veränderung %
Ärztlicher Dienst	182,7	196,0	6,8 %
Pflegedienst (ohne Schüler, inkl. MDA)	294,9	305,2	3,4 %
Medizinisch-technischer Dienst	144,3	144,3	0,0 %
Funktionsdienst	132,0	132,5	0,4 %
Klinisches Hauspersonal	35,2	38,1	8,2 %
Wirtschafts- und Versorgungsdienst	72,4	72,0	- 0,6 %
Technischer Dienst	19,8	20,2	2,0 %
Verwaltungsdienst	48,5	52,6	8,4 %
Sonderdienste	0,4	1,4	250,0 %
Summe Krankenhaus	930,2	962,3	3,5 %
Hospiz	13,7	13,9	- 0,2 %
Eigenbetrieb insgesamt	943,9	976,2	3,4 %
nachrichtlich: Auszubildende (Personen)	105,4	108,0	

Die Erhöhung des Personalbestandes gegenüber den Vorjahren betraf vorwiegend folgende Dienstarten:

- Pflegedienst:
 - Verstärkung des Pflegedienstes auf mehreren Stationen und sonstigen Bereichen, insbesondere auf der vergrößerten ITS/IMC
- Ärztlicher Dienst:
 - Personalverstärkungen besonders in den Kliniken für Innere Medizin und für Anästhesiologie und Intensivmedizin, Reaktion auf Leistungssteigerung und Umstellung des Dienstsystems in mehreren Kliniken.

b) Finanzlage

Investitionen und Finanzierung

Die Finanzierung von langfristigen Investitionen wie Neubauten, wesentliche Neuanschaffungen in Ausstattungen sowie von umfangreichen Sanierungsmaßnahmen ist gesetzlich über Einzelfördermittel der Länder geregelt:

In diesem Jahr wurde mit der Umsetzung der Investitionsvorhaben

- „Errichtung eines EU-rechtskonformen Hubschrauberlandesplatzes“ am Klinikum Südstadt Rostock und
- „Modernisierung der Zytostatika- und der Sterilherstellung der Krankenhausapotheke“ einschließlich der losen Erstausrüstung

begonnen. Für beide Maßnahmen wurden in 2015 durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V Einzelfördermittel nach § 13 Abs. 1,3,4 und 6 Landeskrankenhausgesetz beschieden. Mangels Vorhabensfortschritt zum 31.12.2015 ist eine Übertragung der Mittel auf das Folgejahr beantragt worden.

Pauschalfördermittel dienen der Finanzierung von Wiederbeschaffungen und werden jährlich durch das Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales Mecklenburg-Vorpommern beschieden und bereitgestellt. Die Höhe orientiert sich dabei am Budgetvolumen des Krankenhauses. Mit Fördermittelbescheid vom 24.03.2015 wurden in 2015 pauschale Fördermittel zur zweckentsprechenden Verwendung zugesagt.

Die Situation bezüglich der gesetzlich geregelten Finanzierung der Krankenhausinvestitionen durch die Bundesländer bleibt jedoch unzureichend. Die Höhe der Pauschalfördermittel stagniert weiterhin und reicht nicht aus, um den laufenden jährlichen Investitionsbedarf abzudecken. Insofern werden weiterhin verstärkt Eigenmittel und Darlehen für Investitionen einzusetzen sein.

Für die Maßnahme „Aufstockung des Bauteiles „B Neubau“ zur Errichtung einer ITS- und IMC-Einheit“ sind in 2015 letzte Schlussrechnungen eingegangen. Das Vorhaben ist damit abgeschlossen.

Zur Verbesserung der Parksituation für Patienten und Besucher baut der Eigenbetrieb seit Ende 2015 ein Parkhaus auf dem Grundstück am Südring. Das ehemalige Parkplatzgelände ist für die

Errichtung eines Erweiterungsbaus, beginnend in 2016, durch das Klinikum vorgesehen. Für beide Maßnahmen ist die Finanzierung aus Darlehen geplant.

Finanzlage

Der Cash Flow für 2015 setzt sich wie folgt zusammen:

Mittelzufluss aus laufender Geschäftstätigkeit:	TEUR	2.657
Mittelzufluss aus Investitionstätigkeit:	TEUR	-424
Mittelzufluss aus Finanzierungstätigkeit:	TEUR	-2.739

Der Liquiditätsbestand verringert sich damit gegenüber dem Vorjahr um insgesamt TEUR 506 und ist zum Stichtag mit TEUR 1.921 positiv. Der Liquiditätsgrad ersten Grades (Flüssige Mittel*100/kurzfristiges Fremdkapital) liegt zum 31.12.2015 bei 9,9 % (Vorjahr 18,1 %).

Die Zahlungsfähigkeit des Eigenbetriebes war im Wirtschaftsjahr 2015 jederzeit gegeben.

Die langfristig gebundenen Vermögenswerte sind vollständig durch Eigenkapital, Sonderposten sowie langfristige Darlehen finanziert.

Die Finanzierung der laufenden Aufwendungen erfolgt aus den erzielten Erlösen.

c) Vermögenslage

Ausgewählte Positionen des Jahresabschlusses zum 31.12.2015 stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

	2015 in TEUR	2014 in TEUR	Veränderung in TEUR
Anlagevermögen	97.693	99.224	-1.531
Eigenkapital	43.740	43.277	463
Liquide Mittel	1.954	2.426	-472
Verbindlichkeiten ggü. Kreditinstituten	13.687	13.903	-216
Erlöse aus Krankenhausleistungen	86.576	82.601	3.975

Im Wirtschaftsjahr 2015 wurden Investitionen von insgesamt TEUR 3.080 vorgenommen. Deren Finanzierung erfolgte im Wesentlichen aus Pauschalfördermitteln für die Wiederbeschaffung von medizinisch-technischen und sonstigen Anlagegütern sowie aus Darlehen und Einzelfördermitteln des Landes M-V.

Den Investitionen standen Abschreibungen in Höhe von 4.611 gegenüber. Das Anlagevermögen hat sich damit in diesem Jahr insgesamt um TEUR 1.531 verringert.

Wesentliche Änderungen im Bestand der dem Eigenbetrieb gehörenden Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte haben sich nicht ergeben.

Das Eigenkapital hat sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 463 erhöht. Der Betrag ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2015 sowie der Ausschüttung in Höhe von TEUR 2.200 im laufenden Jahr.

Die Rückstellungen sind im Vorjahresvergleich um TEUR 2.205 gestiegen. Wir verweisen auf unserer Ausführungen zur Ertragslage.

III. Nachtragsbericht

Es sind keine Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Schluss des Geschäftsjahres eingetreten.

IV. Prognose-, Risiko- und Chancenbericht

1. Chancenbericht

Grundsätzlich umfasst die strategische Ausrichtung der Krankenhausleitung im Rahmen einer wirtschaftlichen Führung des Eigenbetriebes die Kostenreduzierung durch Rationalisierung sowie die optimale Gestaltung der Krankenhausprozesse und die Erschließung zusätzlicher Einnahmequellen.

In diesem Rahmen gilt es insbesondere, durch bestmögliche medizinische Versorgung den stationären Krankenhausbereich kostendeckend zu sichern und zu entwickeln und daneben zusätzliche Leistungen unter dem Gesichtspunkt der Patientenzufriedenheit und -bindung anzubieten. Dies wird möglich über den Ausbau ambulanter Leistungen, Kooperationen mit anderen Häusern und niedergelassen Ärzten, das Angebot zusätzlicher medizinischer Leistungen (IGEL) sowie sog. Wahlleistungen.

In den Folgejahren ist die Errichtung eines Erweiterungsbaus zur Unterbringung eines Gesundheitszentrums vorgesehen. Das Gesundheitszentrum soll das Versorgungsangebot des Klinikums ergänzen und die Möglichkeit der Nutzung von Synergien bieten. Die derzeit bestehenden Ärztehäuser können mindestens teilweise freigezogen und Teilflächen zur baulichen Entwicklungsplanung zur Verfügung gestellt werden. Mit dem Freizug von Kapazitäten im Gebäude des Klinikums wird Raum für die Erweiterung vorhandener interner medizinischer Strukturen geschaffen. Insgesamt kann die Strukturierung von ambulanter und stationärer Versorgung der Patienten und eine effektivere Patientensteuerung verbessert werden.

In einem in 2016 zu gründenden Medizinischen Versorgungszentrum soll das Angebot medizinischer Leistungen des Krankenhauses durch das Angebot ambulanter Leistungsprofile abgerundet werden.

2. Risikobericht

Wesentliche Risiken für den Eigenbetrieb als Krankenhaus ergeben sich insbesondere aus den sich ständig ändernden Rahmenbedingungen, die durch die Gesetzgebung vorgegeben werden. Der fortschreitende demografische Wandel sowie zunehmend komplexere Krankheitsbilder lassen die Kosten im Gesundheitswesen ansteigen. Dem folgt eine zunehmende Ökonomisierung des Krankenhauswesens. Das Klinikum unterliegt in seiner Preisgestaltung in nahezu allen Umsatzbereichen den gesetzlichen Grundlagen sowie für die Abrechnung stationär erbrachter Leistungen dem landeseinheitlich festgelegtem Landesbasisfallwert. Als Eigenbetrieb der Hansestadt Rostock sind wir hinsichtlich der Personalkosten in allen Bereichen tariflich gebunden.

Der Krankenhausplan für das Land Mecklenburg-Vorpommern wurde letztmals im Mai 2012 veröffentlicht und hat seither keine Laufzeit mehr, sondern unterliegt einer ständigen Weiterentwicklung.

Im Rahmen dieser Vorgaben, ist jede Planung mit entsprechenden Unsicherheiten belastet und es gilt kurzfristig auf sich ändernde Rahmenbedingungen zu reagieren:

Die Verhandlungen zwischen Kostenträgern und Landeskrankenhausgesellschaft bezüglich des landeseinheitlichen Basisfallwertes für Mecklenburg-Vorpommern werden einerseits zwar zügiger geführt, andererseits gibt es aber häufig einzelne Unwegbarkeiten (z.B. kurzfristige politische Einflüsse), welche Ergebnisse beeinflussen können. So z.B. liegt bis heute kein endgültiger Landesbasisfallwert für 2009 vor. Die Auswirkungen der anhängigen Verfahren werden, wie eingangs erwähnt, in ungenauer Zukunft in Form eines Erlösausgleiches in dem Landesbasisfallwert zu berücksichtigen sein, der auf die bestandskräftige (letzte) Genehmigung des Landesbasisfallwertes 2009 folgt. Hieraus ergeben sich entsprechende erlösseitige als auch finanzielle Risiken für die Folgejahre.

Der Landesbasisfallwert 2016 ist – bereits im Dezember 2015 - geeint. Der Wert beläuft sich auf: 3.278,19 EUR. Dieser Wert entspricht dem unteren Wert des Korridors des Bundesbasisfallwertes. Dieser als niedrig einzuschätzende Wert entspricht leider dem der bereits für fast alle Bundesländer geeinten, mit Ausnahme des Saarlandes und Rheinland-Pfalz.

Der aktuelle Entgelttarifvertrag zum TVöD-K läuft noch bis zum 29.02.2016. Aktuell wurde eine erste Forderung der Gewerkschaft verdi publiziert, die sich auf eine lineare Erhöhung von 6 % beläuft. Die Forderung für die Ausbildungsentgelte beläuft sich auf eine pauschale Erhöhung von 100 EUR, was zum Teil einer Steigerung von mehr als 10 % entspricht.

Im Bereich der Ärzte läuft der Entgelttarifvertrag zum 31.08.2016 aus. Tarifverhandlungen und deren Ergebnis sind noch nicht absehbar und nicht seriös zu prognostizieren.

Der Eigenbetrieb unterhält eine hauseigene Krankenhausapotheke, die primär der Versorgung stationärer Patienten des Krankenhauses dient. Es erfolgt aber zudem die Abgabe von Arzneimitteln an nichtstationäre Patienten des Krankenhauses, insbesondere die Versorgung von Patienten der hauseigenen Ambulanzen mit individuell hergestellten Medikamenten, wie z.B. mit Zytostatika im Rahmen der Krebstherapie. Für die umsatzsteuerliche Behandlung derartiger Leistungen sind in

jüngster Vergangenheit Urteile ergangen, die die zu einer geänderten steuerlichen Behandlung, ggf. auch für die Vergangenheit, führen können. Dies birgt für den Eigenbetrieb finanzielle Risiken.

Das Jahresergebnis ist wesentlich geprägt durch steuerliche Effekte aus sich ändernder Steuergesetzgebung für den Bereich der Versorgung hauseigener Ambulanzen durch die Krankenhausapotheke. Der Eigenbetrieb erbringt bisher erhebliche Umsätze in diesem Bereich, so dass sich derartige Änderungen, zumal wenn sie sich auf mehrere Jahre auswirken, in nicht unwesentlichen Größenordnungen bemerkbar machen. Insofern stellt die noch ungeklärte Umsetzung des umsatzsteuerlichen Urteils zugleich Chance und Risiko dar. Gleiches gilt, wenn für diesen Bereich möglicherweise die Abrechnungskonditionen in Folge der steuerlichen Gesetzgebung neu zu verhandeln wären. Chancen ergeben sich zudem derzeit weiterhin aus der Umsetzung des ertragsteuerlichen Urteils für diesen Bereich für den Zeitraum der aktuellen steuerlichen Betriebsprüfung (2010-2013).

Die finanziellen Auswirkungen des Entzugs der Institutsermächtigung für die Rheumafachambulanz für den Raum Rostock seit Oktober 2015 und die derzeit ersatzweise Ermächtigung für drei ärztliche Mitarbeiter des Klinikums lassen sich derzeit noch nicht genau beziffern.

3. Prognose und Ausblick

Der Landesbasisfallwert 2016 liegt mit EUR 3.278,19 vor. Die Laufzeiten beider für unsere Mitarbeiter geltenden Tarifverträge laufen in 2016 aus. Es ist von tarifbedingten Personalkostensteigerungen auszugehen, deren Höhe derzeit jedoch nur geschätzt werden kann.

Seit Mitte Januar 2016 ist die Stelle des Chefarztes für die Radiologie nicht mehr besetzt. Die Neubesetzung gestaltet sich schwierig, derzeit wird die Abteilung kommissarisch geleitet. Wir gehen jedoch von einer Neubesetzung innerhalb des ersten Halbjahres aus.

Bereits seit Ende 2013 gibt es Gespräche zwischen dem Klinikum Südstadt Rostock und der Universitätsmedizin Rostock sowie den beteiligten Ministerien im Rahmen der Weiterführung des gemeinsamen Kooperationsvertrages vom 11.06.1999, am Standort Rostock ein gemeinsames Eltern-Kind-Zentrum zu errichten.

In ersten Gesprächen mit der Landesregierung wird der Standort des Eltern-Kind-Zentrums am Klinikum Südstadt Rostock präferiert. Das Klinikum Südstadt soll unter Aufgabe der Neonatologie, den Bereich Entbindung der Universitätsfrauenklinik mit 2 Entbindungsabteilungen, den Kreißsälen, der Pränatalen Station und den dazugehörigen Ambulanzen einbringen. Die Universitätsmedizin Rostock wird mit der gesamten Pädiatrie, einschließlich der Kinderchirurgie als Mieter in das Gebäude aufgenommen. Die Trägerschaften für diese Strukturen bleiben unangetastet.

Für die Aufgabe der Neonatologie erhält das Klinikum Südstadt Rostock 50 bis 60 Internistische Betten, insbesondere zur Bildung eines Norddeutschen Geriatrischen Zentrums.

Die wirtschaftlichen Vorteile bzw. die Risiken werden zu ermitteln sein und mit dem Träger des Klinikums Südstadt in die strategische Planung aufgenommen werden.

Rostock, im Februar 2016



Renate Fieber
Verwaltungsdirektorin



Prof. Dr. Hans-Christof Schober
Ärztlicher Direktor



Sylvia Waterstradt
Pflegedienstleiterin

Klinikum Südstadt Rostock
Südring 81
18059 Rostock

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, dem Anhang und der Finanzrechnung – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht des Klinikum Südstadt Rostock, Rostock, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2015 bis zum 31. Dezember 2015 geprüft. Durch § 13 Abs. 3 des Kommunalprüfungsgesetzes (KPG M-V) wurde der Prüfungsgegenstand erweitert. Die Prüfung erstreckt sich daher auch auf die Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes i. S. v. § 53 Abs. 1 Nr. 2 HGrG.

Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den Vorschriften der Krankenhaus-Buchführungsverordnung, den landesrechtlichen Vorschriften sowie den ergänzenden Regelungen der Satzung liegen in der Verantwortung der Krankenhausleitung. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht sowie über die wirtschaftlichen Verhältnisse abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB und § 13 KPG M-V unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden und dass mit hinreichender Sicherheit beurteilt werden kann, ob die wirtschaftlichen Verhältnisse des Krankenhauses Anlass zu Beanstandungen geben.

Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Krankenhauses sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und

Anlage 6

Blatt 2

der wesentlichen Einschätzungen der Betriebsleitung des Eigenbetriebes sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes. Die Prüfung der wirtschaftlichen Verhältnisse haben wir darüber hinaus entsprechend den vom IDW festgestellten Grundsätzen zur Prüfung der Ordnungsmäßigkeit der Geschäftsführung und der wirtschaftlichen Verhältnisse gemäß § 53 HGrG vorgenommen. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, den ergänzenden landesrechtlichen Vorschriften und den Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Eigenbetriebes.

Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Eigenbetriebes und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Die wirtschaftlichen Verhältnisse des Eigenbetriebes geben nach unserer Beurteilung keinen Anlass zu wesentlichen Beanstandungen.

Kiel, 15. April 2016

**Baltic Audit GmbH**

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft


Kaden
Wirtschaftsprüfer

Allgemeine Auftragsbedingungen

für

Wirtschaftsprüfer und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften

vom 1. Januar 2002

1. Geltungsbereich

(1) Die Auftragsbedingungen gelten für die Verträge zwischen Wirtschaftsprüfern oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften (im nachstehenden zusammenfassend „Wirtschaftsprüfer genannt“) und ihren Auftraggebern über Prüfungen, Beratungen und sonstige Aufträge, soweit nicht etwas anderes ausdrücklich schriftlich vereinbart oder gesetzlich zwingend vorgeschrieben ist.

(2) Werden im Einzelfall ausnahmsweise vertragliche Beziehungen auch zwischen dem Wirtschaftsprüfer und anderen Personen als dem Auftraggeber begründet, so gelten auch gegenüber solchen Dritten die Bestimmungen der nachstehenden Nr. 9.

2. Umfang und Ausführung des Auftrages

(1) Gegenstand des Auftrages ist die vereinbarte Leistung, nicht ein bestimmter wirtschaftlicher Erfolg. Der Auftrag wird nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Berufsausübung ausgeführt. Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sich zur Durchführung des Auftrages sachverständiger Personen zu bedienen.

(2) Die Berücksichtigung ausländischen Rechts bedarf - außer bei betriebswirtschaftlichen Prüfungen - der ausdrücklichen schriftlichen Vereinbarung.

(3) Der Auftrag erstreckt sich, soweit er nicht darauf gerichtet ist, nicht auf die Prüfung der Frage, ob die Vorschriften des Steuerrechts oder Sondervorschriften, wie z. B. die Vorschriften des Preis-, Wettbewerbsbeschränkungs- und Bewirtschaftungsrechts beachtet sind; das gleiche gilt für die Feststellung, ob Subventionen, Zulagen oder sonstige Vergünstigungen in Anspruch genommen werden können. Die Ausführung eines Auftrages umfasst nur dann Prüfungshandlungen, die gezielt auf die Aufdeckung von Buchfälschungen und sonstigen Unregelmäßigkeiten gerichtet sind, wenn sich bei der Durchführung von Prüfungen dazu ein Anlass ergibt oder dies ausdrücklich schriftlich vereinbart ist.

(4) Ändert sich die Rechtslage nach Abgabe der abschließenden beruflichen Äußerung, so ist der Wirtschaftsprüfer nicht verpflichtet, den Auftraggeber auf Änderungen oder sich daraus ergebende Folgerungen hinzuweisen.

3. Aufklärungspflicht des Auftraggebers

(1) Der Auftraggeber hat dafür zu sorgen, daß dem Wirtschaftsprüfer auch ohne dessen besondere Aufforderung alle für die Ausführung des Auftrages notwendigen Unterlagen rechtzeitig vorgelegt werden und ihm von allen Vorgängen und Umständen Kenntnis gegeben wird, die für die Ausführung des Auftrages von Bedeutung sein können. Dies gilt auch für die Unterlagen, Vorgänge und Umstände, die erst während der Tätigkeit des Wirtschaftsprüfers bekannt werden.

(2) Auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers hat der Auftraggeber die Vollständigkeit der vorgelegten Unterlagen und der gegebenen Auskünfte und Erklärungen in einer vom Wirtschaftsprüfer formulierten schriftlichen Erklärung zu bestätigen.

4. Sicherung der Unabhängigkeit

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß alles unterlassen wird, was die Unabhängigkeit der Mitarbeiter des Wirtschaftsprüfers gefährden könnte. Dies gilt insbesondere für Angebote auf Anstellung und für Angebote, Aufträge auf eigene Rechnung zu übernehmen.

5. Berichterstattung und mündliche Auskünfte

Hat der Wirtschaftsprüfer die Ergebnisse seiner Tätigkeit schriftlich darzustellen, so ist nur die schriftliche Darstellung maßgebend. Bei Prüfungsaufträgen wird der Bericht, soweit nichts anderes vereinbart ist, schriftlich erstattet. Mündliche Erklärungen und Auskünfte von Mitarbeitern des Wirtschaftsprüfers außerhalb des erteilten Auftrages sind stets unverbindlich.

6. Schutz des geistigen Eigentums des Wirtschaftsprüfers

Der Auftraggeber steht dafür ein, daß die im Rahmen des Auftrages vom Wirtschaftsprüfer gefertigten Gutachten, Organisationspläne, Entwürfe, Zeichnungen, Aufstellungen und Berechnungen, insbesondere Massen- und Kostenberechnungen, nur für seine eigenen Zwecke verwendet werden.

7. Weitergabe einer beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers

(1) Die Weitergabe beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers (Berichte, Gutachten und dgl.) an einen Dritten bedarf der schriftlichen Zustimmung des Wirtschaftsprüfers, soweit sich nicht bereits aus dem Auftragsinhalt die Einwilligung zur Weitergabe an einen bestimmten Dritten ergibt.

Gegenüber einem Dritten haftet der Wirtschaftsprüfer (im Rahmen von Nr. 9) nur, wenn die Voraussetzungen des Satzes 1 gegeben sind.

(2) Die Verwendung beruflicher Äußerungen des Wirtschaftsprüfers zu Werbezwecken ist unzulässig; ein Verstoß berechtigt den Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung aller noch nicht durchgeführten Aufträge des Auftraggebers.

8. Mängelbeseitigung

(1) Bei etwaigen Mängeln hat der Auftraggeber Anspruch auf Nacherfüllung durch den Wirtschaftsprüfer. Nur bei Fehlschlagen der Nacherfüllung kann er auch Herabsetzung der Vergütung oder Rückgängigmachung des Vertrages verlangen; ist der Auftrag von einem Kaufmann im Rahmen seines Handelsgewerbes, einer juristischen Person des öffentlichen Rechts oder von einem öffentlich-rechtlichen Sondervermögen erteilt worden, so kann der Auftraggeber die Rückgängigmachung des Vertrages nur verlangen, wenn die erbrachte Leistung wegen Fehlschlagens der Nacherfüllung für ihn ohne Interesse ist. Soweit darüber hinaus Schadensersatzansprüche bestehen, gilt Nr. 9.

(2) Der Anspruch auf Beseitigung von Mängeln muß vom Auftraggeber unverzüglich schriftlich geltend gemacht werden. Ansprüche nach Abs. 1, die nicht auf einer vorsätzlichen Handlung beruhen, verjähren nach Ablauf eines Jahres ab dem gesetzlichen Verjährungsbeginn.

(3) Offenbare Unrichtigkeiten, wie z. B. Schreibfehler, Rechenfehler und formelle Mängel, die in einer beruflichen Äußerung (Bericht, Gutachten und dgl.) des Wirtschaftsprüfers enthalten sind, können jederzeit vom Wirtschaftsprüfer auch Dritten gegenüber berichtigt werden. Unrichtigkeiten, die geeignet sind, in der beruflichen Äußerung des Wirtschaftsprüfers enthaltene Ergebnisse in Frage zu stellen, berechtigen diesen, die Äußerung auch Dritten gegenüber zurückzunehmen. In den vorgenannten Fällen ist der Auftraggeber vom Wirtschaftsprüfer tunlichst vorher zu hören.

9. Haftung

(1) Für gesetzlich vorgeschriebene Prüfungen gilt die Haftungsbeschränkung des § 323 Abs. 2 HGB.

(2) Haftung bei Fahrlässigkeit, Einzelner Schadensfall

Falls weder Abs. 1 eingreift noch eine Regelung im Einzelfall besteht, ist die Haftung des Wirtschaftsprüfers für Schadensersatzansprüche jeder Art, mit Ausnahme von Schäden aus der Verletzung von Leben, Körper und Gesundheit, bei einem fahrlässig verursachten einzelnen Schadensfall gem. § 54 a Abs. 1 Nr. 2 WPO auf 4 Mio. € beschränkt; dies gilt auch dann, wenn eine Haftung gegenüber einer anderen Person als dem Auftraggeber begründet sein sollte. Ein einzelner Schadensfall ist auch bezüglich eines aus mehreren Pflichtverletzungen stammenden einheitlichen Schadens gegeben. Der einzelne Schadensfall umfaßt sämtliche Folgen einer Pflichtverletzung ohne Rücksicht darauf, ob Schäden in einem oder in mehreren aufeinanderfolgenden Jahren entstanden sind. Dabei gilt mehrfaches auf gleicher oder gleichartiger Fehlerquelle beruhendes Tun oder Unterlassen als einheitliche Pflichtverletzung, wenn die betreffenden Angelegenheiten miteinander in rechtlichem oder wirtschaftlichem Zusammenhang stehen. In diesem Fall kann der Wirtschaftsprüfer nur bis zur Höhe von 5 Mio. € in Anspruch genommen werden. Die Begrenzung auf das Fünffache der Mindestversicherungssumme gilt nicht bei gesetzlich vorgeschriebenen Pflichtprüfungen.

(3) Ausschußfristen

Ein Schadensersatzanspruch kann nur innerhalb einer Ausschußfrist von einem Jahr geltend gemacht werden, nachdem der Anspruchsberechtigte von dem Schaden und von dem anspruchsbegründenden Ereignis Kenntnis erlangt hat, spätestens aber innerhalb von 5 Jahren nach dem anspruchsbegründenden Ereignis. Der Anspruch erlischt, wenn nicht innerhalb einer Frist von sechs Monaten seit der schriftlichen Ablehnung der Ersatzleistung Klage erhoben wird und der Auftraggeber auf diese Folge hingewiesen wurde.

Das Recht, die Einrede der Verjährung geltend zu machen, bleibt unberührt. Die Sätze 1 bis 3 gelten auch bei gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen mit gesetzlicher Haftungsbeschränkung.

10. Ergänzende Bestimmungen für Prüfungsaufträge

(1) Eine nachträgliche Änderung oder Kürzung des durch den Wirtschaftsprüfer geprüften und mit einem Bestätigungsvermerk versehenen Abschlusses oder Lageberichts bedarf, auch wenn eine Veröffentlichung nicht stattfindet, der schriftlichen Einwilligung des Wirtschaftsprüfers. Hat der Wirtschaftsprüfer einen Bestätigungsvermerk nicht erteilt, so ist ein Hinweis auf die durch den Wirtschaftsprüfer durchgeführte Prüfung im Lagebericht oder an anderer für die Öffentlichkeit bestimmter Stelle nur mit schriftlicher Einwilligung des Wirtschaftsprüfers und mit dem von ihm genehmigten Wortlaut zulässig.

(2) Widerruft der Wirtschaftsprüfer den Bestätigungsvermerk, so darf der Bestätigungsvermerk nicht weiterverwendet werden. Hat der Auftraggeber den Bestätigungsvermerk bereits verwendet, so hat er auf Verlangen des Wirtschaftsprüfers den Widerruf bekanntzugeben.

(3) Der Auftraggeber hat Anspruch auf fünf Berichtsausfertigungen. Weitere Ausfertigungen werden besonders in Rechnung gestellt.

11. Ergänzende Bestimmungen für Hilfeleistung in Steuersachen

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist berechtigt, sowohl bei der Beratung in steuerlichen Einzelfragen als auch im Falle der Dauerberatung die vom Auftraggeber genannten Tatsachen, insbesondere Zahlenangaben, als richtig und vollständig zugrunde zu legen; dies gilt auch für Buchführungsaufträge. Er hat jedoch den Auftraggeber auf von ihm festgestellte Unrichtigkeiten hinzuweisen.

(2) Der Steuerberatungsauftrag umfaßt nicht die zur Wahrung von Fristen erforderlichen Handlungen, es sei denn, daß der Wirtschaftsprüfer hierzu ausdrücklich den Auftrag übernommen hat. In diesem Falle hat der Auftraggeber dem Wirtschaftsprüfer alle für die Wahrung von Fristen wesentlichen Unterlagen, insbesondere Steuerbescheide, so rechtzeitig vorzulegen, daß dem Wirtschaftsprüfer eine angemessene Bearbeitungszeit zur Verfügung steht.

(3) Mangels einer anderweitigen schriftlichen Vereinbarung umfaßt die laufende Steuerberatung folgende, in die Vertragsdauer fallenden Tätigkeiten:

- a) Ausarbeitung der Jahressteuererklärungen für die Einkommensteuer, Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer sowie der Vermögensteuererklärungen, und zwar auf Grund der vom Auftraggeber vorzulegenden Jahresabschlüsse und sonstiger, für die Besteuerung erforderlicher Aufstellungen und Nachweise
- b) Nachprüfung von Steuerbescheiden zu den unter a) genannten Steuern
- c) Verhandlungen mit den Finanzbehörden im Zusammenhang mit den unter a) und b) genannten Erklärungen und Bescheiden
- d) Mitwirkung bei Betriebsprüfungen und Auswertung der Ergebnisse von Betriebsprüfungen hinsichtlich der unter a) genannten Steuern
- e) Mitwirkung in Einspruchs- und Beschwerdeverfahren hinsichtlich der unter a) genannten Steuern.

Der Wirtschaftsprüfer berücksichtigt bei den vorgenannten Aufgaben die wesentliche veröffentlichte Rechtsprechung und Verwaltungsauffassung.

(4) Erhält der Wirtschaftsprüfer für die laufende Steuerberatung ein Pauschalhonorar, so sind mangels anderweitiger schriftlicher Vereinbarungen die unter Abs. 3 d) und e) genannten Tätigkeiten gesondert zu honorieren.

(5) Die Bearbeitung besonderer Einzelfragen der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Gewerbesteuer, Einheitsbewertung und Vermögensteuer sowie aller Fragen der Umsatzsteuer, Lohnsteuer, sonstigen Steuern und Abgaben erfolgt auf Grund eines besonderen Auftrages. Dies gilt auch für

- a) die Bearbeitung einmalig anfallender Steuerangelegenheiten, z. B. auf dem Gebiet der Erbschaftsteuer, Kapitalverkehrsteuer, Grunderwerbsteuer,
- b) die Mitwirkung und Vertretung in Verfahren vor den Gerichten der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit sowie in Steuerstrafsachen und
- c) die beratende und gutachtliche Tätigkeit im Zusammenhang mit Umwandlung, Verschmelzung, Kapitalerhöhung und -herabsetzung, Sanierung, Eintritt und Ausscheiden eines Gesellschafters, Betriebsveräußerung, Liquidation und dergleichen.

(6) Soweit auch die Ausarbeitung der Umsatzsteuerjahreserklärung als zusätzliche Tätigkeit übernommen wird, gehört dazu nicht die Überprüfung etwaiger besonderer buchmäßiger Voraussetzungen sowie die Frage, ob alle in Betracht kommenden umsatzsteuerrechtlichen Vergünstigungen wahrgenommen worden sind. Eine Gewähr für die vollständige Erfassung der Unterlagen zur Geltendmachung des Vorsteuerabzuges wird nicht übernommen.

12. Schweigepflicht gegenüber Dritten, Datenschutz

(1) Der Wirtschaftsprüfer ist nach Maßgabe der Gesetze verpflichtet, über alle Tatsachen, die ihm im Zusammenhang mit seiner Tätigkeit für den Auftraggeber bekannt werden, Stillschweigen zu bewahren, gleichviel, ob es sich dabei um den Auftraggeber selbst oder dessen Geschäftsverbindungen handelt, es sei denn, daß der Auftraggeber ihn von dieser Schweigepflicht entbindet.

(2) Der Wirtschaftsprüfer darf Berichte, Gutachten und sonstige schriftliche Äußerungen über die Ergebnisse seiner Tätigkeit Dritten nur mit Einwilligung des Auftraggebers aushändigen.

(3) Der Wirtschaftsprüfer ist befugt, ihm anvertraute personenbezogene Daten im Rahmen der Zweckbestimmung des Auftraggebers zu verarbeiten oder durch Dritte verarbeiten zu lassen.

13. Annahmeverzug und unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers

Kommt der Auftraggeber mit der Annahme der vom Wirtschaftsprüfer angebotenen Leistung in Verzug oder unterläßt der Auftraggeber eine ihm nach Nr. 3 oder sonst wie obliegende Mitwirkung, so ist der Wirtschaftsprüfer zur fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt. Unberührt bleibt der Anspruch des Wirtschaftsprüfers auf Ersatz der ihm durch den Verzug oder die unterlassene Mitwirkung des Auftraggebers entstandenen Mehraufwendungen sowie des verursachten Schadens, und zwar auch dann, wenn der Wirtschaftsprüfer von dem Kündigungsrecht keinen Gebrauch macht.

14. Vergütung

(1) Der Wirtschaftsprüfer hat neben seiner Gebühren- oder Honorarforderung Anspruch auf Erstattung seiner Auslagen; die Umsatzsteuer wird zusätzlich berechnet. Er kann angemessene Vorschüsse zur Vergütung und Auslagenersatz verlangen und die Auslieferung seiner Leistung von der vollen Befriedigung seiner Ansprüche abhängig machen. Mehrere Auftraggeber haften als Gesamtschuldner.

(2) Eine Aufrechnung gegen Forderungen des Wirtschaftsprüfers auf Vergütung und Auslagenersatz ist nur mit unbestrittenen oder rechtskräftig festgestellten Forderungen zulässig.

15. Aufbewahrung und Herausgabe von Unterlagen

(1) Der Wirtschaftsprüfer bewahrt die im Zusammenhang mit der Erledigung eines Auftrages ihm übergebenen und von ihm selbst angefertigten Unterlagen sowie den über den Auftrag geführten Schriftwechsel zehn Jahre auf.

(2) Nach Befriedigung seiner Ansprüche aus dem Auftrag hat der Wirtschaftsprüfer auf Verlangen des Auftraggebers alle Unterlagen herauszugeben, die er aus Anlaß seiner Tätigkeit für den Auftrag von diesem oder für diesen erhalten hat. Dies gilt jedoch nicht für den Schriftwechsel zwischen dem Wirtschaftsprüfer und seinem Auftraggeber und für die Schriftstücke, die dieser bereits in Urschrift oder Abschrift besitzt. Der Wirtschaftsprüfer kann von Unterlagen, die er an den Auftraggeber zurückgibt, Abschriften oder Fotokopien anfertigen und zurückbehalten.

16. Anzuwendendes Recht

Für den Auftrag, seine Durchführung und die sich hieraus ergebenden Ansprüche gilt nur deutsches Recht.

Informationsvorlage	Datum: 12.05.2016
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:
	bet. Senator/-in:
Monatliche Berichterstattung zur wirtschaftlichen Lage der Volkstheater Rostock GmbH	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
26.05.2016	Finanzausschuss
21.06.2016	Hauptausschuss
	Zuständigkeit
	Kenntnisnahme
	Kenntnisnahme

Beschlussvorschriften:

§ 71 (4) Kommunalverfassung des Landes Mecklenburg-Vorpommern

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss und der Finanzausschuss der Bürgerschaft haben festgelegt, dass den Ausschüssen durch die Stadtverwaltung monatlich zur wirtschaftlichen Lage der Volkstheater Rostock GmbH berichtet wird.

Bezug nehmend auf diese Festlegung wird in der Anlage der Sachstandsbericht der VTR GmbH für den Monat April 2016 übergeben. Die Berichterstattung erfolgt per 30.04.2016. Der Plan-Ist-Vergleich basiert auf der vom Aufsichtsrat am 08.12.2015 der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlenen Wirtschaftsplanung für das Jahr 2016.

Das kumulierte Ergebnis erreicht per 30.04.2016 einen Wert von - 94 TEUR. Damit ergibt sich eine positive Plan/Ist-Abweichung in Höhe von 24 TEUR. Ursache der positiven Zielabweichung ist die gegenüber dem Planansatz nicht realisierte Betriebsleistung (- 131 TEUR), der ein um 155 TEUR geringerer Betriebsaufwand gegenüber steht.

Die im Vergleich zur Planung geringe Betriebsleistung entstand insbesondere durch nicht realisierte Umsatzerlöse (- 30 TEUR), der Zuschusshöhe aus Mitteln des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Kultur (- 1.094 TEUR) und der städtischen Zuschüsse (+ 900 TEUR)

Der geringe Betriebsaufwand ist auf die Ergebnisse bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen (- 159 TEUR), dem Personalaufwand (- 156 TEUR) sowie den Aufwendungen für bezogene Leistungen (+ 48 TEUR) und den Abschreibungen (+ 112 TEUR) zurückzuführen.

Zudem entsteht der zum 30.04.2016 in Höhe von - 94 TEUR ausgewiesene Jahresverlust auch durch die Planbestandteile, die nicht unterjährig, sondern erst mit der Erstellung des Jahresabschlusses für das Jahr 2016 gebucht werden. Das betrifft insbesondere die aktivierten Eigenleistungen, die ertragswirksame Auflösung des Sonderpostens sowie die Einstellung in den Sonderposten.

Nach der Vorausschau zum 31.12.2016 wird ein voraussichtlicher Jahresgewinn in Höhe von 1 TEUR erwartet. Das entspricht dem Planansatz.

Dr. Chris Müller
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anlage/n:

- Sachstandsbericht der VTR GmbH für den Monat April 2016
- Eckwerte Plan-Ist-Vergleich

An den Aufsichtsrat der Volkstheater Rostock GmbH

Sewan Latchinian . Intendant &

Stefan Rosinski . Kaufmännischer Geschäftsführer

Sekretariat: Jenny Müller

Telefon: 0381/381-4710 . Fax: 0381/381-4619

Rostock, 30.04.2016

Sachstandsbericht für den Monat April 2016 der VTR GmbH für die nächste Hauptausschusssitzung und die nächste Finanzausschusssitzung

Kaufmännischer Bereich

Entwicklung des Unternehmens und Erfolgsbeurteilung

Die Umsatzerlöse des Monats April in Höhe von 118 TEUR liegen mit 2 TEUR unter dem monatlichen Wirtschaftsplanansatz von 120 TEUR. Kumuliert zum 30.04.2016 wurden 398 TEUR Umsatzerlöse aus dem Verkauf von Theaterkarten und Gastspielen generiert, 30 TEUR weniger als geplant. Zum 31.12.2016 sind Umsatzerlöse in Höhe von 1.470 TEUR aus dem Verkauf von Theaterkarten (inkl. eigenen und fremden Gastspielen, Programmheften, Garderobengebühr) geplant.

Die sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 4.916 TEUR (Plan: 5.153 TEUR) bis 30.04.2016 beinhalten im Wesentlichen die Zuschüsse der Hansestadt Rostock an die VTR GmbH (den Zuschuss der HRO zur Zukunftssicherung des Theaters, den FAG-Zuschuss und die Zuwendung des Kultur- und Bildungsministerium an die Hansestadt Rostock als Zuwendungsempfänger). Die quartalsweise geleisteten Zuwendungen des Kultur- und Bildungsministeriums blieb bisher aus, ursächlich begründet in noch nicht abgestimmten Fördermittelbestimmungen. Die für den Januar bis April benötigte Liquidität wurde daher über den städtischen Zuschuss abgerufen.

Die Bilanzierung der Erlöse aus aktivierter Eigenleistung zur Herstellung der Bühnenbilder 2016, die Auflösung des jahresbezogenen Sonderpostens und die Bildung der Abschreibungen erfolgt erst mit den Arbeiten zum Jahresabschluss 2016. Im aktuellen Wirtschaftsjahr erfolgt bis jetzt nur die monatliche Auflösung des Sonderpostens aus den aktivierten Bühnenbildern bis 2015. Bis zum 30.04.2016 wurden 324 TEUR (Plan: 188 TEUR) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens verbucht. Bis zum 30.04.2016 sind Abschreibungen, hauptsächlich aus den aktivierten Bühnenbildern, in Höhe von 400 TEUR (Planwert: 288 TEUR) aufgelaufen, die wertmäßige Abweichung korrespondiert mit der Differenz von Plan und Ist bezüglich der Auflösung des Sonderpostens.

Die Personalkosten für Festangestellte und Gäste in Höhe von 1.116 TEUR im April liegen unter dem Planwert von 1.219 TEUR, berücksichtigen aber noch nicht die vollständige Verbuchung der Gästeaufwendungen. Bis zum 30.04.2016 wurden 4.748 TEUR Personalaufwendungen verbucht, 108 TEUR weniger als geplant (4.856 TEUR), ursächlich begründet in nichtbesetzten Stellen und Mitarbeitern in Elternzeit. Kumuliert bis zum 31.12.2016 werden 15.537 TEUR Personalaufwendungen für Festangestellte, Aushilfen und Gäste erwartet.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen weisen zum 30.04.2016 584 TEUR auf (Planwert: 743 TEUR).

Innerhalb der Aufwendungen liegen keine wesentlichen Budgetüberschreitungen vor, Überschreitungen von monatlichen Planwerten resultieren lediglich aus Verschiebungen von Plan- und Istwerten auf der Zeitachse. Zum 31.12.2016 sind sonstige betriebliche Aufwendungen in Höhe von 3.623 TEUR geplant, beinhalten 286 TEUR für Aufwendungen, die die Beispielbarkeit des Theaters sichern. Mit Datum vom 18.02.2016 wurde der VTR GmbH die Übernahme der Aufwendungen für das Orchesterpodium durch die Hansestadt Rostock bewilligt.

Die VTR GmbH plant nach Wirtschaftsplanentwurf vom 08.12.2015 zum 31.12.2016 ein positives Betriebsergebnis von 1 TEUR sowie eine positive Liquidität. Zum 30.04.2016 weist die VTR GmbH ein Ergebnis von -94 TEUR (Planansatz: -118 TEUR) aus.

Liquiditätsentwicklung

Die Liquidität aus Bankvermögen beträgt zum Stichtag 556 TEUR. Die kurzfristig fälligen Verbindlichkeiten können aus der Barliquidität und dem Forderungsbestand gedeckt werden.

Investitionen

In 2016 werden Investitionen von 1.455 TEUR geplant, davon werden 1.140 TEUR für die Aktivierung der Bühnenbilder benötigt. Bis zum 30.04.2016 wurden Investitionen in Höhe von 35 TEUR getätigt, überwiegend für die Netzwerktechnik in der Tonabteilung.

Sonstiges

Die VTR GmbH beschäftigt zum Stichtag 263 festangestellte Mitarbeiter, die 258,375 vollbeschäftigten Einheiten (VbE) entsprechen.

Künstlerischer Bereich

Im Monat April hatte die Schauspielproduktion „Feuerherz“ mit der Livemusik von FEINE SAHNE FISCHFILET erfolgreiche Premiere im Großen Haus und wurde in der Regie von Nicole Oder und im Bühnenbild von Katharina Sichtling mit stehenden Ovationen gefeiert. Auch die folgenden Vorstellungen waren stets sehr gut besucht und dies vor allem von allen Altersgruppen.

Neben dieser Schauspielproduktion konnte auch die Norddeutsche Philharmonie Rostock gemeinsam mit der Tanzcompagnie zahlreiche Teenager bei den „Konzerten für Teens“ begeistern, die

dankenswerterweise von AIDA Cruises unterstützt werden und in der OSPA Arena an 2 aufeinanderfolgenden Tagen jeweils 3-mal stattfinden.

Parallel gab es bei uns die Schultheatertage, bei denen Kinder und Jugendliche ihre eigens erarbeiteten Theaterstücke auf der Bühne präsentieren konnten.

Auch unsere Kooperation mit Rostock Marketing hat bei „Kultur trifft Genuss“ in der Rostocker Innenstadt erneut unter Beweis stellen können, wie sehr diese langjährige Zusammenarbeit Gäste und Bürger Rostocks begeistert.

Die jüngsten Zuschauer konnten im vergangenen Monat im Figurentheater „Hase und Igel“ erleben und in der OZ-Theaterwerkstatt Interessantes und Neues über unseren Puppenspieler Karl Huck erfahren.

Auch die Premiere von Verdi's Oper „Falstaff“ wurde von den Zuschauern begeistert mit viel Beifall gefeiert.

Anbei ein paar Auszüge aus dem Medienecho des Monats April:

Norddeutsche Neueste Nachrichten, „Feuerherz“

„Win-Win.....W. hervorragend gemimt von Filip Grujic.....Das Bühnenbild arbeitet viel und gut mit dem Spiel der Scheinwerfer.....Ab Beginn ist das Ganze ein Mitmach-Abend“

das-ist-rostock, „Feuerherz“

„anders, laut, radikal....Schon beim ersten Vorhang gab es stehende Ovationen“

Ostseezeitung, „Feuerherz“

„Monchi rockt das Volkstheater....kraftvolle und mit Standing Ovations gefeierte Premiere....mit hand- und herzegemachten Songs“

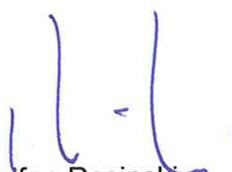
Ostseezeitung, „Falstaff“

„Beeindruckendes Zusammenspiel von Gästen und hauseigenem Personal....Langer Riesenbeifall...überzeugende, wenngleich auch leicht irritierende Kunstleistung des gesamten Ensembles, die das Niveau von „Mahagonny“ und „Entführung“ nicht nur fortsetzt, sondern noch höher treibt..... es amüsiert unentwegt, auch weil das Konzept das Ensemble aus Gästen und hauseigenen Kräften zu einer Spielfreude befeuert hat, mit (fast) durchweg vorzüglichem Gesang...“

Rostock, den 30.04.2016



Sewan Latchinian
Intendant



Stefan Rosinski
Kfm. Geschäftsführer

Anlage

30.04.2016

Volkstheater Rostock
GmbH

Sachstandsbericht April
2016

	Kennziffern in TEUR	Wirtschaftsplan	Plan Monat	Plan Kumuliert bis	Ist April	Ist kumuliert bis	Abw.Ist/Plan per	Vorausschau
		2016	April	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	31.12.2016
	Erfolgsdaten							
1.	Umsatzerlöse	1.470	120	428	118	398	-30	1.470
2.	Erhöhung/Verminderung Bestand			0			0	0
3.	andere aktiv. Eigenleistung	1.140		0			0	1.140
4.	Erträge Auflösung Sonderposten	1.079	47	188	76	324	136	1.079
5.	Zuschuss HRO	8.814		2.500	1.100	3.400	900	8.814
6.	Zuschuss HRO gemäß Nutzungsvereinbarung	286		40			-40	286
7.	Zuschuss HRO Brandschutzsanierung	7		7			-7	7
8.	Zuschuss Kulturmittel/Land	4.686	391	1.564		470	-1.094	4.686
9.	Zuschuss FAG/Land	3.060	255	1.020	255	1.020	0	3.060
10.	sonstige Erträge	55	3	22	12	26	4	55
	Betriebsleistung gesamt	20.597	816	5.769	1.561	5.638	-131	20.597
5.	Materialaufwand und bezogene Leistungen	545	50	190	19	238	48	545
5.1.	Aufwendungen für Roh- u. Hilfsstoffe und für bezogene Waren	0		0	0	0		0
5.2.	Aufwendungen für bezogene Leistungen	545	50	190	19	238	48	545
5.2.1.	davon für Honorare sebst. Gäste	495	45	170	10	220	50	495
5.2.2.	davon Fremdleistungen	50	5	20	9	18	-2	50
6.	Personalaufwand	14.992	1.169	4.666	1.097	4.510	-156	14.992
6.1.	Festangestellte	14.461	1.124	4.496	1.094	4.355	-141	14.461
6.2.	Gäste mit Arbeitnehmercharakter, Aushilfen	531	45	170	3	155	-15	531
				0				0
7.	Abschreibungen	1.436	72	288	94	400	112	1.436
8.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	3.623	208	743	116	584	-159	3.623
8.1.	davon Raumkosten für dauerhafte Spielstätten inkl. Mieten, Betriebskosten, Bewachung, lfd. Gebäudeinstandsetzg.	759	65	260	44	216	-44	759
8.2.	davon Aufwendungen für die Sicherstellung der Bespielbarkeit des Theaters	286		40			-40	286
				0				0
8.4.	davon brandschutztechnische Maßnahmen	7		7			-7	7
8.5.	davon eigene Aufwendungen Brandschutz			0			0	0
8.6.	davon Versicherungen, Beiträge	33		7	0	17	10	33

	Kennziffern in TEUR	Wirtschaftsplan	Plan Monat	Plan Kumuliert bis	Ist April	Ist kumuliert bis	Abw.Ist/Plan per	Vorausschau
		2016	April	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	31.12.2016
	Erfolgsdaten							
8.7.	Produktionskosten (aktiv. Inszkosten, Notenmaterial)	231	35	68	12	55	-13	231
8.8.	Aufführungskosten (Insz.kosten nach Premiere, GEMA, Tantiemen, Urheberrechte)	217	20	46	6	40	-6	217
8.9.	davon Vorstellungskosten (Sicherheitsdienst, Garderobendienst)	137	11	44	0	29	-15	137
8.10.	davon Gastspiel-u. Kooperationsk.	179	12	66	6	32	-34	179
8.11.	davon Kfz Kosten	33	3	11	1	9	-2	33
8.12.	davon allg. Werbekosten	173	12	48	11	37	-11	173
8.14.	davon Reparatur und Instandsetzung von Betriebs- u. Geschäftsausstattung und Musikinstrumenten	225	14	52	19	68	16	225
8.15.	davon Sachausgaben	100	14	33	6	32	-1	100
8.16.	davon Rechts- u.Beratungskosten, Kosten TheMa	70	11	23	7	13	-10	70
8.17.	davon übrige sonst. betriebl. Aufwendungen	103	9	30	8	34	4	103
8.18.	davon neutrale Aufwendungen	20	2	8	-4	2	-6	20
8.19.	davon Kfz Steuern	1		0		0	0	1
8.20.	Einstellung in den Sonderposten	1.049		0			0	1.049
	Betriebsaufwand gesamt	20.596	1.499	5.887	1.326	5.732	-155	20.596
9.	Erträge aus Beteiligungen							
10.	Erträge aus anderen Finanzanlagen							
11.	sonstige Zinsen/ähnliche Erträge							
12.	sonstige Zinsen/ähnliche Aufwendungen							
	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit	1	-683	-118	235	-94	24	1
14.	außerordentliche Erträge							
	außerordentliche Aufwendungen							
15.	Steuern vom Einkommen und Ertrag							
	Jahresüberschuß/-verlust	1	-683	-118	235	-94	24	1
	Zuwendungen/Zuschüsse HRO	9.107		2.547	1.100	3.400	853	9.107
	davon ertragswirksamer Zuschuss HRO	8.814		2.500	1.100	3.400	900	8.814
	davon Zuschuss Brandschutzmaßnahme	7		7			-7	7

	Kennziffern in TEUR	Wirtschaftsplan	Plan Monat	Plan Kumuliert bis	Ist April	Ist kumuliert bis	Abw.Ist/Plan per	Vorausschau
		2016	April	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	30.04.2016	31.12.2016
	Erfolgsdaten							
	davon ertragswirksame Zuwendung gemäß Nutzungsvereinbarung	286		40			-40	286
								0
	Beschäftigte							
	Anzahl der festangestellten Mitarbeiter in Vollzeitäquivalenten	268,38				258,38	0	268,38
	Auszubildene							
	Investitionen inkl. aktivierte Bühnenbilder (1140 TEUR)	1.455			-12	35		1.455
	Liquidität							
	Forderungen	169			81	81		169
	Verbindlichkeiten	647			420	420		647
	Flüssige Mittel	915			556	556		915
	Flüssige Mittel/Brandschutz gebundene Mittel (Sicherheitseinbehalte aus Gewährleistung/ Brandschutz)	0			0	0		0
					3	3		0
	Cash flow	1.437	-611	170	329	306	136	1.437
	Leistungskennzahlen						Ist / Plan	
	Vorstellungen	486	63	203	68	238	117%	
	Besucherkennzahlen	96.120	8.031	27.621	7.592	26.914	97%	
	davon Musiktheater		658	4.513	657	3.762	83%	
	davon Tanztheater		459	2.614	221	1.704	65%	
	davon Konzert		1.975	7.239	1.938	8.103	112%	
	davon Schauspiel		3.314	6.721	3.056	6.701	100%	
	davon Kinder- und Jugendtheater		167	861	340	1.046	121%	
	davon Figurentheater		386	1.145	427	1.329	116%	
	davon Gastspiel		133	2.030	322	1.850	91%	
	davon Sonstiges inkl.eigene GS		939	2.498	631	2.419	97%	
	Kapazitätsauslastung		40,40%	60%	66%	64%	107%	
	zahlende Besucher		8.031	27.621	7.146	25.386	92%	
	Bruttoeinnahme je verkaufte Karte	14,19	14,86	15,50	16,52	14,06	91%	

Informationsvorlage	Datum:	09.05.2016
Federführendes Amt: Finanzverwaltungsamt	fed. Senator/-in:	S 2, Dr. Chris Müller
Beteiligte Ämter:	bet. Senator/-in:	
	bet. Senator/-in:	
Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2015		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
26.05.2016	Finanzausschuss	Kenntnisnahme
08.06.2016	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Beschlussvorschriften:

§ 20 GemHVO des Landes M-V

Sachverhalt:

Gemäß § 20 GemHVO-Doppik schreibt der Gesetzgeber eine Berichtspflicht vor, die nach den örtlichen Bedürfnissen zu gestalten ist. Es ist sicherzustellen, dass die Bürgerschaft während des Haushaltsjahres über den Stand des Haushaltsvollzugs einschließlich der Erreichung der Finanz- und Leistungsziele unterrichtet wird.

Der vorliegende Bericht informiert über den Haushaltsvollzug per 31.12.2015 mit Buchungsstand vom 07.04.2016 für die Ergebnis- und die Finanzrechnung im Vergleich zum Vorjahresergebnis und zur Planung 2015. Zudem erfolgt eine Abrechnung der Ziele und Kennzahlen für das Haushaltsjahr 2015.

in Vertretung

Dr. Chris Müller
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
und Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anlage:

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2015



Finanzverwaltungsamt
SG Finanzcontrolling

Bericht zum vorläufigen Jahresabschluss 2015



HANSESTADT ROSTOCK

Aktenmappe - 86 von 155

Inhaltsverzeichnis

1. Gegenüberstellung von Planung und Erfüllung im Haushaltsjahr 2015	1
1.1 Finanzrechnung	1
1.1.1 Gesamtübersicht.....	1
1.1.2 Laufende Verwaltungstätigkeit	2
1.1.3 Zins- und sonstige Finanzein- und -auszahlungen.....	4
1.1.4 Investitionstätigkeit	5
1.1.5 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	5
1.2 Übersicht über die Teilfinanzhaushalte	6
1.2.1 Laufende Verwaltungstätigkeit	6
1.2.2 Investitionstätigkeit	27
1.3 Ergebnisrechnung.....	34
1.3.1 Gesamtergebnis	34
1.3.2 Laufende Verwaltungstätigkeit	35
2. Vergleich der Haushaltsjahre 2014 und 2015	36
2.1 Finanzrechnung	36
2.1.1 Gesamtübersicht.....	36
2.1.2 Laufende Verwaltungstätigkeit	36
2.1.3 Zins- und sonstige Finanzein- und -auszahlungen.....	41
2.1.4 Investitionstätigkeit	42
2.1.5 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen	43
2.2 Ergebnisrechnung.....	44
2.2.1 Gesamtübersicht.....	44
2.2.2 Laufende Verwaltungstätigkeit	44
3. Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte	45

Anlagenverzeichnis

- Anlage 1: Vergleich der Finanzrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015
- Anlage 2: Vergleich von Buchungsermächtigung und Ansatz in der Finanzrechnung 2015
- Anlage 3: Übersicht zur laufenden Verwaltungstätigkeit in den Teilfinanzhaushalten 2015
- Anlage 4: Grafik zur laufenden Verwaltungstätigkeit in den Teilfinanzhaushalten 2015
- Anlage 5: Vergleich der Ergebnisrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015
- Anlage 6: Vergleich von Buchungsermächtigung und Ansatz in der Ergebnisrechnung 2015
- Anlage 7: Übersicht zur laufenden Verwaltungstätigkeit in den Teilergebnishaushalten 2015
- Anlage 8: Grafik zur laufenden Verwaltungstätigkeit in den Teilergebnishaushalten 2015
- Anlage 9: Entwicklung der Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte in 2015
- Anlage 10: Über- und außerplanmäßige Bewilligungen durch das Finanzverwaltungsamt und den Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
- Anlage 11: Auszahlungen für Baumaßnahmen in den Produkten 54101 "Gemeindestraßen" und 54802 "Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA"

1. Gegenüberstellung von Planung und Erfüllung im Haushaltsjahr 2015

1.1 Finanzrechnung

1.1.1 Gesamtübersicht

Die vorläufige Finanzrechnung zum 31.12.2015 mit Stand vom 07.04.2016¹ weist einen Finanzmittelüberschuss von 14,2 Mio. EUR aus, der um +49,7 Mio. EUR von der Buchungsermächtigung für das Haushaltsjahr 2015² abweicht.

Das im Vergleich zur BE 2015 deutlich verbesserte Ergebnis ist einerseits auf den positiveren Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (+15,4 Mio. EUR) und andererseits auf den positiveren Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (+33,8 Mio. EUR) zurückzuführen.

Der Finanzhaushalt ist nach § 16 Abs. 2 Nr. 2 GemHVO-Doppik M-V in der Rechnung ausgeglichen, wenn unter Berücksichtigung von vorzutragenden Beträgen aus Haushaltsvorjahren der Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen ausreicht, um die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen zu decken.

Der voraussichtliche Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen im Haushaltsjahr 2015 in Höhe von 26,7 Mio. EUR deckt die Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen im Umfang von 5,8 Mio. EUR, damit konnte der Haushaltsausgleich und sogar eine Verbesserung von 20,9 Mio. EUR erreicht werden. Der Planansatz für das Jahr 2015 sah eine Verbesserung von 6,3 Mio. EUR vor.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	540.669.633	538.527.009	-2.142.624
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	539.802.023	522.268.052	-17.533.970
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	867.610	16.258.956	15.391.346
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.496.800	18.559.474	62.674
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	8.536.600	8.122.286	-414.314
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	9.960.200	10.437.188	476.988
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	10.827.810	26.696.144	15.868.334
Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	0	0	0
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0	0	0
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	10.827.810	26.696.144	15.868.334
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	52.876.000	32.101.123	-20.774.877
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	99.128.507	44.555.544	-54.572.963
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-46.252.507	-12.454.421	33.798.086
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	-35.424.696	14.241.723	49.666.419

¹ Im Rahmen der Jahresabschlussarbeiten geplante Umbuchungen sind bereits in der ausgewiesenen Erfüllung 2015 enthalten.

² Die Buchungsermächtigung 2015 (im Folgenden abgekürzt als BE) setzt sich aus dem Haushaltsansatz 2015, den Haushaltsresten aus Vorjahren und den bewilligten über- und außerplanmäßigen Ein- bzw. Auszahlungen zusammen.

1.1.2 Laufende Verwaltungstätigkeit

Die Buchungsermächtigung 2015 für die Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit von 540,7 Mio. EUR wurde bei einer Erfüllung von 538,5 Mio. EUR (-2,1 Mio. EUR) nicht erreicht. Für den Gesamthaushalt entsprechen die Mindereinzahlungen einer Untererfüllung von -0,4 %.

Es bestehen jedoch deutliche Unterschiede zwischen BE und Erfüllung in den einzelnen Kontengruppen. Hauptsächlich resultieren diese aus dem Bereich der sozialen Sicherung (-6,8 Mio. EUR). Grund ist die unterjährige Entwicklung der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Bei den beantragten überplanmäßigen Bewilligungen wurde von wesentlich höheren Zuweisungszahlen für Flüchtlinge ausgegangen, die dann jedoch hinter den Erwartungen blieben.

Der Umfang der Einzahlungen aus Kostenbeteiligungen des Landes beruht im Wesentlichen auf der Höhe der durch die Hansestadt Rostock getätigten, erstattungsfähigen Auszahlungen. Die Mindereinzahlungen konnten insgesamt nicht durch Mehreinzahlungen in den Bereichen Zuwendungen, Umlagen (+2,8 Mio. EUR) und sonstige laufende Einzahlungen (+1,9 Mio. EUR) ausgeglichen werden.

Die in der BE 2015 bereitgestellten Mittel für laufende Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit i.H.v. 539,8 Mio. EUR wurden bei einer vorläufigen Erfüllung von 522,3 Mio. EUR deutlich unterschritten (-17,5 Mio. EUR).

Im Bereich der Personalauszahlungen liegen Minderauszahlungen in Höhe von rund -3,3 Mio. EUR vor. Dagegen sind bei den Versorgungsauszahlungen +1,1 Mio. EUR Mehrauszahlungen zu verzeichnen. Die Abweichung bei den Personal- und Versorgungsauszahlungen beträgt somit insgesamt -2,1 Mio. EUR.

Minderauszahlungen sind zu wesentlichen Teilen durch die in 2015 nicht mehr erfolgte Auszahlung der Vergütung für die im Bereich der Feuerwehr geleisteten Mehrstunden zu verzeichnen. Darüber hinaus führten Nichtbesetzungen freier Stellen und die nicht im geplanten Umfang vorgenommene Zuführung von Personal im Bereich „Flüchtlings- und Migrantenangelegenheiten“, aber auch vermehrte, individuelle Teilzeitvereinbarungen von Beschäftigten in der gesamten Stadtverwaltung zu Minderauszahlungen. Die hier nicht ausgezahlten Mittel bei den Personalauszahlungen wurden teilweise zur Deckung der höheren Versorgungsauszahlungen benötigt.

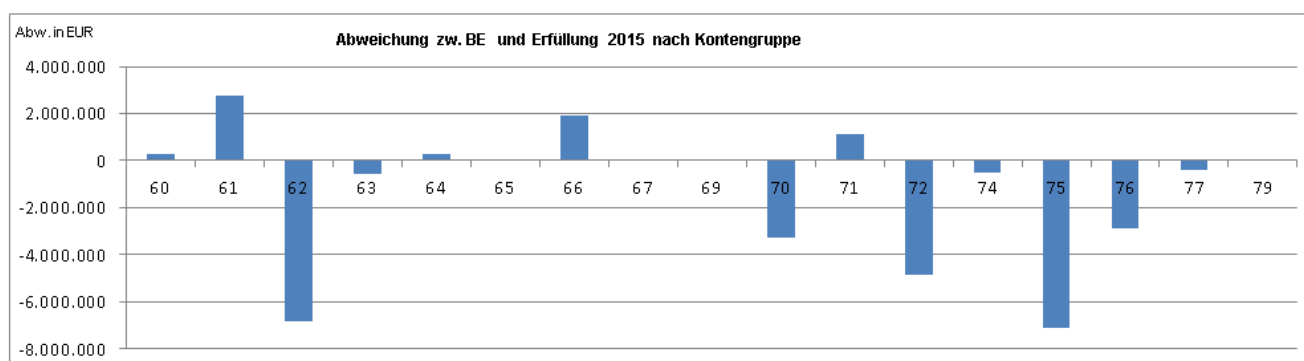
Aus den nachträglichen Neuberechnungen des Kommunalen Versorgungsverbandes M-V ergaben sich bei den Versorgungsauszahlungen für das Jahr 2015 Mehrauszahlungen i.H.v. +928 Tsd. EUR zur BE, auch im Vergleich zu 2014 (+971 Tsd. EUR), die in der Erhöhung des Umlagesatzes für die Versorgung der Beamten von 26 % auf 32 % begründet sind.

Die Verschiebungen innerhalb der Personal- und Versorgungsauszahlungen und zwischen den einzelnen Teilhaushalten sind u.a. den kurzfristig notwendig gewordenen Änderungen vor Beschluss der Haushaltssatzung 2015/2016 geschuldet. In dieser Phase konnten die Festlegungen zur Haushaltsverbesserung nur noch durch Mittelkürzungen in Produktkonten mit hohen Ansätzen und zum großen Teil bei den Versorgungsauszahlungen, also nicht produktkontengenau sowie nach Teilhaushalten und entsprechend den Stellenanteilen, vorgenommen werden. Eine Betrachtung der Entwicklung der Personal- und Versorgungsauszahlungen in den einzelnen Teilhaushalten oder auf Produktkontenebene ist aus vorgenannten Gründen nicht aussagekräftig.

Die Minderauszahlungen von -4,9 Mio. EUR bei den Sach- und Dienstleistungen verteilen sich auf verschiedene Ämter, insbesondere wurden im Teilhaushalt (TH) 50 „Jugend und Soziales“ etwa -1,5 Mio. EUR weniger Auszahlungen für die Unterhaltung und den Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte geleistet. Ebenso sind die Abweichungen von -2,9 Mio. EUR bei den sonstigen laufenden Auszahlungen über fast alle Teilhaushalte der HRO verteilt.

Größere Einzelpositionen bilden die Minderauszahlungen im TH 03 „Büro des Oberbürgermeisters“ (-0,5 Mio. EUR, u.a. für das Stadtjubiläum), im TH 10 „Hauptamt“ (-0,7 Mio. EUR, u.a. für Schadensfälle), im TH 66 „Tief- und Hafenbauamt“ (-0,4 Mio. EUR, u.a. für Schadensfälle und Dienstleistungen durch Dritte). Hauptgrund für die Minderauszahlungen der sozialen Sicherung im Volumen von -7,1 Mio. EUR ist die Entwicklung der Flüchtlingsproblematik. Zudem sind im Produkt 31201 „Leistungen für Kosten der Unterkunft“ aufgrund der sinkenden Anzahl der Leistungsempfänger, trotz höherer Durchschnittskosten, die geplanten Auszahlungen um -2,5 Mio. EUR geringer ausgefallen. Insgesamt gleichen sich die Mindereinzahlungen und -auszahlungen der sozialen Sicherung fast aus und beeinflussen das Ergebnis der Finanzrechnung nicht wesentlich.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Steuern und ähnliche Abgaben	206.780.600	207.066.021	285.421
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	156.562.833	159.329.938	2.767.105
Einzahlungen der sozialen Sicherung	97.944.700	91.101.232	-6.843.468
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	44.401.600	43.844.225	-557.375
Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.837.900	8.590.543	-247.357
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.995.300	9.516.007	520.707
Andere aktivierte Eigenleistungen	361.500	361.500	0
Sonstige laufende Einzahlungen	16.785.200	18.717.543	1.932.343
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	540.669.633	538.527.009	-2.142.624
Personalauszahlungen	115.257.200	111.976.271	-3.280.929
Versorgungsauszahlungen	8.171.200	9.319.371	1.148.171
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	77.614.671	72.755.951	-4.858.720
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	47.348.952	46.833.274	-515.678
Auszahlungen der sozialen Sicherung	250.840.035	243.712.504	-7.127.532
Sonstige laufende Auszahlungen	40.569.965	37.670.682	-2.899.283
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	539.802.023	522.268.052	-17.533.970
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	867.610	16.258.956	15.391.346



Legende	Bezeichnungen der Kontengruppen
	60 Steuern und ähnliche Abgaben
	61 Zuwendungen, allgemeine Umlagen, sonstige Transfereinzahlungen
	62 Einzahlungen der sozialen Sicherung
	63 Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte
	64 Privatr. Leistungsentgelte, Kostenerstattungen und -umlagen
	65 Andere aktivierte Eigenleistungen
	66 Sonstige laufende Einzahlungen
	67 Zinseinzahlungen und Sonstige Finanzeinzahlungen
	69 Außerordentliche Einzahlungen
	70 Personalauszahlungen
	71 Versorgungsauszahlungen
	72 Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen
	74 Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen
	75 Auszahlungen der sozialen Sicherung
	76 Sonstige laufende Auszahlungen
	77 Zinsauszahlungen und Sonstige Finanzauszahlungen
	79 Außerordentliche Auszahlungen

1.1.3 Zins- und sonstige Finanzein- und -auszahlungen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.496.800	18.559.474	62.674
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	8.536.600	8.122.286	-414.314
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	9.960.200	10.437.188	476.988

Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen

Einzahlungen aus verbundenen Unternehmen erfolgten von der WIRO Wohnungsgesellschaft mbH (14,0 Mio. EUR), von der RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH (500 Tsd. EUR), vom Eigenbetrieb Klinikum Südstadt Rostock (2,2 Mio. EUR) und von der Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung mbH (167 Tsd. EUR) jeweils in Höhe der BE. Hinzu kommen Finanzeinzahlungen vom Eigenbetrieb Tourismuszentrale (172 Tsd. EUR) und Einzahlungen aus der Vollverzinsung Gewerbesteuer nach § 233a AO i.H.v. 849 Tsd. EUR, die um ca. - 502 Tsd. EUR geringer ausgefallen sind, weil hohe Vorauszahlungen auf die Gewerbesteuer geleistet wurden.

Zu den Zins- und Finanzeinzahlungen gehören auch 70 Tsd. EUR Erstattungszinsen zur Umsatzsteuererstattung vom Land im Produkt 57302 „Öffentliche Bedürfnisanstalten- BgA“, 40 Tsd. EUR der Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse aus dem Jahr 2014 gemäß Jahresabschluss durch die IGA GmbH sowie 33 Tsd. EUR Stundungszinsen im Produkt 11601 „Finanzen“.

Etwa 516 Tsd. EUR betreffen Zinseinzahlungen für Kredite von Sondervermögen (Kreditabwicklung KOE) und sind nicht dem Haushalt zuzurechnen.

Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen

Die Zinsauszahlungen und sonstigen Finanzauszahlungen im Umfang von 8,1 Mio. EUR liegen etwa -414 Tsd. EUR unter der BE in Höhe von 8,5 Mio. EUR.

Im Produkt 62302 „Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde“ wurden 1,0 Mio. EUR ausgezahlt, hier wurde der volle unterjährige Verlustausgleich nicht abgerufen (-280 Tsd. EUR). Hinzu kommen die sonstigen Finanzauszahlungen aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer im Produkt 61101 „Steuern“ in Höhe von 3,1 Mio. EUR (-235 Tsd. EUR z. BE) und weitere kleinere Positionen.

Die Entwicklung der Zinsen auf den Geld- und Kapitalmärkten war insgesamt wieder durch in dem Maße nicht vorhersehbare historisch niedrige Zinssätze bestimmt. Sowohl im Bereich der Liquiditätskredite als auch bei der Neuaufnahme von Investitionskrediten konnte die Hansestadt Rostock davon profitieren. Zudem wurde nicht das gesamte Volumen der für 2015 geplanten Neuaufnahmen finanziert, wodurch sich die Kapitaldienste ebenfalls geringer als die Planwerte darstellen. Im Produkt 61201 „Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft“ konnten dadurch insgesamt -666 Tsd. EUR Zinsauszahlungen eingespart werden. Weitere Zinsauszahlungen i.H.v. +676 Tsd. EUR betreffen die Kredite von Sondervermögen (Kreditabwicklung KOE) und sind nicht dem Haushalt zuzurechnen.

1.1.4 Investitionstätigkeit

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	44.262.700	23.718.285	-20.544.415
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.859.500	1.629.864	-229.636
Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	1.501.200	1.510.400	9.200
Einzahlungen aus Sachanlagen	5.225.200	4.932.723	-292.477
Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	1.200	1.200
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	27.400	69.014	41.614
Einzahlungen aus Vorräten	0	239.637	239.637
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	52.876.000	32.101.123	-20.774.877
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	32.108.698	15.111.712	-16.996.986
Auszahlungen für Sachanlagen	63.392.809	27.451.319	-35.941.490
Auszahlungen für Finanzanlagen	2.000.000	0	-2.000.000
Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	125.800	143.833	18.033
Auszahlungen für Vorräte	0	290.396	290.396
Sonstige Investitionsauszahlungen	1.501.200	1.558.284	57.084
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	99.128.507	44.555.544	-54.572.963
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-46.252.507	-12.454.421	33.798.086

Der Haushaltsvollzug bei der Investitionstätigkeit ist von einem langen Zeitraum der vorläufigen Haushaltsführung nach § 49 KV M-V geprägt, da die Haushaltssatzung 2015/2016 erst am 09.09.2015 beschlossen wurde. Viele geplante Maßnahmen konnten nicht oder nicht vollständig umgesetzt werden und es wurden Haushaltsreste gebildet.

Es wurden bei einer Erfüllung von 32,1 Mio. EUR nur etwa 60,7 % der in der BE 2015 veranschlagten investiven Einzahlungen i.H.v. 52,9 Mio. EUR eingenommen (-20,8 Mio. EUR).

Den mit Abstand größten Anteil an der Abweichung der Erfüllung zur BE haben die hinter den Erwartungen zurückgebliebenen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (-20,5 Mio. EUR). Im Produkt 54803 „HERO“ liegt für das Vorhaben Neubau LP 23 kein Zuwendungsbescheid vor. Die Mindereinzahlungen im Vergleich zur BE 2015 betragen hier allein -14,5 Mio. EUR.

Es wurden per 31.12.2015 bei einer Erfüllung von 44,6 Mio. EUR nur Auszahlungen im Volumen von etwa 44,9 % der BE (99,1 Mio. EUR) getätigt, was eine Abweichung von -54,6 Mio. EUR bedeutet. Vor allem Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände (-16,9 Mio. EUR) und die Auszahlungen für Sachanlagen (-35,9 Mio. EUR) könnten nicht veranlasst werden.

Auf konkrete Investitionsmaßnahmen und Sachverhalte in den Teilhaushalten wird unter Punkt 1.2.2 eingegangen.

1.1.5 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	41.107.500	19.865.300	-21.242.200
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen	12.580.000	12.399.000	-181.000
Saldo der Kredite für Inv. und Investitionsförderungsmaßnahmen	28.527.500	7.466.300	-21.061.200

Die BE 2015 im Volumen von 41,1 Mio. EUR enthält die Kreditermächtigungen für 2013 (13,3 Mio. EUR), 2014 (14,8 Mio. EUR) und 2015 (13,0 Mio. EUR inkl. vorgesehener Umschuldung).

Die Kreditaufnahmen aus der Buchungsermächtigung werden erst im Haushaltsjahr 2016 realisiert. In den Einzahlungen des Jahres 2015 ist eine Neuaufnahme von 6,6 Mio. EUR und ein Umschuldung in Höhe von 13,3 Mio. EUR enthalten.

Bei den Auszahlungen zur Tilgung von Krediten aus Investitionen betrug die Umschuldung 6,6 Mio. EUR und es wurden Auszahlungen zur planmäßigen Tilgung im Umfang von 5,8 Mio. EUR geleistet. Da die Kreditaufnahmen nicht in geplanter Höhe erfolgten, wurde auch ein Teil der geplanten Kapitaldienste nicht mehr in 2015 fällig und führte zu Minderauszahlungen im Volumen von -181 Tsd. EUR.

1.2 Übersicht über die Teilfinanzhaushalte

1.2.1 Laufende Verwaltungstätigkeit

1.2.1.1 Einzahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach TH in EUR	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03 Büro des Oberbürgermeisters	785.800	689.894	-95.906
10 Hauptamt	1.011.800	662.714	-349.086
12 Beteiligungen und Eigenbetriebe	12.797.600	12.328.008	-469.592
14 Rechnungsprüfungsamt	200	3.703	3.503
20 Finanzverwaltungsamt	10.271.500	12.244.378	1.972.878
30 Rechtsamt	25.700	11.549	-14.151
32 Stadtamt	8.301.733	8.137.050	-164.683
37 Brandschutz- und Rettungsamt	10.615.500	9.634.411	-981.089
40 Amt für Schule und Sport	7.628.700	8.010.194	381.494
42 Stadtbibliothek	352.600	320.370	-32.230
43 Volkshochschule	931.900	1.064.056	132.156
44 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	959.600	960.744	1.144
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	78.600	798.567	719.967
47 Archiv der Hansestadt Rostock	18.200	11.023	-7.177
50 Amt für Jugend und Soziales	151.839.700	147.610.393	-4.229.307
53 Gesundheitsamt	694.300	689.137	-5.163
60 Bauamt	2.368.100	2.532.842	164.742
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	78.100	116.123	38.023
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	5.479.900	5.685.755	205.855
66 Tief- und Hafenbauamt	5.112.100	4.235.192	-876.908
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	3.651.300	3.614.890	-36.410
73 Amt für Umweltschutz	19.762.200	20.630.745	868.545
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	61.000	83.713	22.713
82 Stadtforstamt	1.322.600	1.330.574	7.974
83 Hafen- und Seemannsamt	297.500	324.840	27.340
90 Zentrale Finanzdienstleistungen	296.223.400	296.434.645	211.245

TH 03 Büro des Oberbürgermeisters

Produkt 11110 Senatoren

Die Zuweisungen des Landes für das Projekt "Mobilitätsmanagementkonzept" sind um -66 Tsd. EUR geringer ausgefallen, das Projekt wird im Jahr 2016 weitergeführt.

Produkt 57306 Werbeeinrichtung

Die Endabrechnung für die Jahrespacht von einem Werbedienstleister für 2015 ist noch nicht erfolgt. Daher ist eine Abweichung bei den Einzahlungen aus Mieten und Pachten im Umfang von -43 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Darüber hinaus sind in einzelnen Produkten Mehreinzahlungen angefallen, u.a. im Produkt 11101 „Grundsatz, Protokoll“, eine finanzielle Beteiligung von +25 Tsd. EUR bei der Hanse-Sail sowie die zweckgebundene Einzahlung i.H.v. +20 Tsd. EUR durch die Beteiligung des Landes an der Fahrrad-Kommunalkonferenz 2015 im Produkt 11110 „Senatoren“.

TH 10 Hauptamt

Produkt 11201 Personal

Durch höhere Kostenerstattungen aus Gehaltsrückforderungen (Versicherungsfall) i.H.v. +28 Tsd. EUR und um +14 Tsd. EUR höhere Finanzaufweisungen des Bundes für den Pflegestützpunkt weichen die Einzahlungen insgesamt um +46 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Die Zuweisung für einen Pflegestützpunkt war höher, da im Jahr 2014 kein entsprechender Bescheid ausgereicht wurde und die Einzahlungen fehlten.

Produkt 11301 Organisationsmanagement

Die in der BE geplanten Zuweisungen des Landes i.H.v. 56 Tsd. EUR für das Projekt Government Rostock@Business werden erst in 2016 gezahlt. Die Mindereinzahlungen stehen im Zusammenhang mit den Minderauszahlungen für das Projekt in 2015 (Zweckbindung).

Produkt 11401 Verwaltungsangelegenheiten

Die Einzahlungen aus Erstattungen von Versicherungen für Schadensfälle wurden aufgrund einer geringeren Anzahl der Fälle sowie Höhe der Schadenssumme nicht wie geplant in Anspruch genommen. Daher ergibt sich eine Abweichung gegenüber der BE 2015 i.H.v. -265 Tsd. EUR, hier besteht eine Zweckbindung zum Auszahlungskonto.

TH 12 Beteiligungen und Eigenbetriebe

Produkt 26101 Volkstheater Rostock GmbH

Das Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur hat die gem. FAG M-V zu übertragenden Mittel mit der Auszahlung der letzten Rate für das VTR gemäß Schreiben vom 02.11.2015 um 10 % (469.542 EUR) gekürzt. Begründet wurde die Kürzung mit der fehlenden Umsetzung der am 06.05.2015 geschlossenen Schritte in der Zielvereinbarung.

TH 20 Finanzverwaltungsamt

Produkt 11601 Finanzen

Die Anzahl der Aufträge für Amtshilfeersuchen zur Beitreibung von Rundfunkbeiträgen hat sich auf über 5.000 fast verdoppelt. Hieraus resultieren Mehreinzahlungen in Höhe von 39 Tsd. EUR.

Die Einzahlungen aus Säumniszuschlägen und Mahngebühren weichen in der Erfüllung um +55 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Säumniszuschläge entstehen im Rahmen der Mahnung und Vollstreckung überfälliger Forderungen und sind daher nur schwer planbar.

Produkt 54001 Konzessionsabgaben

Bisher erfolgte für die Konzessionsabgabe Strom und Gas die Abrechnung des 4. Quartals im Folgejahr. Mit Vertrag vom 17.12.2015 wurde die Abschlagszahlung für das 4. Quartal im laufenden Jahr vereinbart. Diese Änderung hat die ausgewiesenen Mehreinzahlungen i.H.v. +1.859 Tsd. EUR zur Folge, dieser Einmaleffekt ist nicht fortschreibbar. Im Vergleich zum Vorjahr wurde in der Planung, analog zu den zurückgegangenen Abnahmemengen für Erdgas und Strom, auch von geringeren Konzessionsabgaben ausgegangen.

TH 32 Stadtamt

Produkt 12201 Ordnungsangelegenheiten

Die Mindereinzahlungen bei den Bußgeldern und den Bußgeldern in Vollstreckung, insgesamt in Höhe von -285 Tsd. EUR, resultieren hauptsächlich aus einem Rückgang der von der Polizei übergebenen Vorgänge, dem Ausfall der Rotlichtüberwachung an 3 Kreuzungen sowie der Personalabstellung von Kontrollkräften aus dem Sachgebiet KOD an das Amt 55 im Zeitraum September 2015 bis November 2015. Insgesamt ging die Anzahl der Vorgänge im Produkt Ordnungsangelegenheiten zum Vorjahr um 15.305 Vorgänge zurück.

Dagegen sind die Einzahlungen aus Kostenumlagen für eingeleitete Abschleppmaßnahmen um +53 Tsd. EUR höher als geplant. Durch die Einstufung der Fußballspiele des FC Hansa Rostock als Sicherheits- bzw. Risikospiele wurden erheblich mehr Abschleppmaßnahmen durchgeführt. Da diese am Wochenende stattfanden, kommen zu den üblichen Abschleppkosten die Samstags- bzw. Sonntagszulage und eine Herausgabegebühr hinzu.

Produkt 12202 Einwohner- und Meldewesen

Die Mehreinzahlungen i.H.v. +75 Tsd. EUR resultieren überwiegend aus höheren, teilweise nicht geplanten Verwaltungsgebühren des Migrationsamtes sowie aus Zuweisungen des Bundes für Projekte.

Produkt 12203 Personenstandswesen

Die Einzahlungen aus Verwaltungsgebühren im Personenstandswesen weichen aufgrund deutlich mehr ausgestellter Urkunden, u.a. für Migranten und Flüchtlinge, in der Erfüllung um +36 Tsd. EUR von der Planung 2015 ab.

TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

Produkt 12601 Brandschutz

Es sind insgesamt Mehreinzahlungen von +57 Tsd. EUR zu verzeichnen, wobei der größte Anteil Versicherungserstattungen betrifft, die aufgrund von Schadensfällen am Feuerlöschboot und an Fahrzeugen zur Auszahlung gelangen. Weitere Mehreinzahlungen betreffen erhobene Verwaltungsgebühren für Brandeinsätze, Brandwachen, technische Hilfeleistung und Tiernotrettung (insgesamt +38 Tsd. EUR). In dieser Größenordnung waren die Ansätze nicht geplant, die entsprechende Gebührensatzung trat erst in 2015 in Kraft. Gebühren aus der Überlassung einer Drehleiter an eine andere Feuerwache führten zu Mehreinzahlungen i.H.v. +11 Tsd. EUR.

Die Zuweisungen des Landes für den „Feuerschutz Ostsee“ sind um -31 Tsd. EUR geringer ausgefallen. Die Abrechnung erfolgt seit dem 01.01.2015 nach einem neuen Modus. Es werden die konkreten Kosten quartalsweise abgerechnet. Die Abrechnung für das 4. Quartal wird erst 2016 wirksam.

Produkt 12700 Rettungsdienst

Die Erfüllung bei den Einzahlungen aus Benutzungsentgelten liegt insgesamt um -1.149 Tsd. EUR unter der BE 2015. Die Abweichungen betreffen vor allem die Einzahlungen aus Entgelten für den Rettungsdienst von den Krankenkassen. Diese Einzahlungen bleiben mit Schätzungsrisiken behaftet, sowohl die Anzahl der Einsätze, als auch die entstandenen Entgelte dafür schwanken jährlich. Die Abrechnung der Einsätze mit der Erstellung der Rechnungen erfolgt ca. 3 Wochen nach dem Einsatz, die Zahlung der fälligen Beträge wird frühestens nach 4 bis 6 Wochen registriert. Die Unterschiede zwischen den einzelnen Krankenkassen sind an die Mitgliedschaften der Patienten gebunden.

Im Vergleich zum Vorjahr haben sich die Einzahlungen aus Benutzungsentgelten positiv um +531 Tsd. EUR entwickelt, das ist die höchste Steigerung seit 2012.

Den Mindereinzahlungen stehen Mehreinzahlungen für Rückerstattungen der Personal- und Sachkosten 2014 vom DRK i.H.v. +268 Tsd. EUR sowie Versicherungserstattungen i.H.v. +53 Tsd. EUR gegenüber.

Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Mindereinzahlungen i.H.v. -219 Tsd. EUR sind zu verzeichnen, das Umweltministerium hat die Zahlung eines geplanten Zuschusses von 250 Tsd. EUR für den Teilbetrag nicht mehr vorgenommen. Die Reparaturen zum Klasseerhalt für das Umweltboot "Äsche" wurden ausgesetzt, das Boot wird außer Dienst gestellt.

TH 40 Amt für Schule und Sport

Insgesamt sind Mehreinzahlungen i.H.v. +381 Tsd. EUR im Vergleich zur BE zu verzeichnen, daran haben Kostenerstattungen und -umlagen mit +343 Tsd. EUR insgesamt den größten Anteil. Die darunter fallenden Mehreinzahlungen betreffen fast alle Produkte (Schulen) des TH. Dabei fielen zusätzliche, nicht geplante Einzahlungen beim Eigenanteil der Eltern, teilweise aufgrund höherer Schülerzahlen, an (+300 Tsd. EUR z. BE). Diese zweckgebundenen Mittel werden für Mehrauszahlungen für Lernmittel, Gebrauchs- und Verbrauchsmittel eingesetzt. Die Einzahlungen aus Betriebskostenerstattungen für Vorjahre waren bei den Schulen insgesamt um +42 Tsd. EUR höher als geplant. Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen von Gemeinden und Gemeindeverbänden ist mit höheren Einzahlungen aufgrund steigender Schülerzahlen aus den Umlandgemeinden gerechnet worden, hier wurden Mindereinzahlungen im Umfang von -200 Tsd. EUR zur BE i.H.v. 3.458 Tsd. EUR verzeichnet, da Zahlungen der Umlandgemeinden nicht mehr in das Haushaltsjahr 2015 fielen.

Produkt 24101 Schülerbeförderung

Im Rahmen der Amtshilfe übernimmt die Hansestadt Rostock für Schüler von Landkreisen und für Schüler, die durch das Jugendamt der Hansestadt Rostock betreut werden, die Beförderung innerhalb der Hansestadt Rostock. Die entstandenen Kosten werden von den Umlandgemeinden erstattet. Hier sind Mehreinzahlungen i.H.v. +34 Tsd. EUR zu verzeichnen, damit werden entsprechende Mehrauszahlungen gedeckt.

Produkt 42401 Sportstätten und Bäder - BgA

Es liegen Mehreinzahlungen i.H.v. +88 Tsd. EUR im Vergleich zur BE durch höhere Zuweisungen und Zuschüsse vom Bund und vom Land vor. Jährlich werden finanzielle zweckgebundene Mittel für die Standortsicherung der Kadersportler der Bundesstützpunkte „Wasserspringen“ und „Short Track“ bereitgestellt. Die finanziellen Mittel werden zweckgebunden für laufende Auszahlungen und investive Maßnahmen verwendet, die der Sicherung optimaler Trainings- und Wettkampfbedingungen der Bundesstützpunkte dienen.

Die Einzahlungen für Eintrittsgelder weichen um -57 Tsd. EUR von der BE 2015 ab, der Grund sind verlängerte Schließzeiten infolge von Baumaßnahmen.

Produkt 42402 Sportstätten und Bäder - hoheitlich

Die Betriebskostenerstattungen für Vorjahre waren insgesamt um +156 Tsd. EUR höher, diese Mehreinzahlungen wurden u.a. für Mehrauszahlungen verwendet. Bei der Bildung des Haushaltsansatzes wurde fälschlicherweise die Differenz zwischen Gutschriften und dem Mehrbedarf aller Sportstätten abgebildet. Infolgedessen ergab sich in der korrekten monatlichen Buchung der Betriebskosten ein Mehrbedarf, der durch den Deckungskreis ausgeglichen werden konnte.

Da die Anzahl der Nutzungen von Sporthallen durch private Schulträger gestiegen ist, ergeben sich Mehreinzahlungen bei den Entgelten für Schulsportnutzung i.H.v. +114 Tsd. EUR gegenüber der Planung 2015.

TH 42 Stadtbibliothek

Die Unterschreitung der BE bei den Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit betrifft überwiegend sonstige laufende Einzahlungen i.H.v. -29 Tsd. EUR (Säumniszuschläge, Mahngebühren, Vollstreckung). Zudem sind die Zuweisungen vom Land für die Fachstellentätigkeit ca. -2 Tsd. EUR geringer ausgefallen.

TH 43 Volkshochschule

Die Mehreinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit resultieren u.a. aus höheren Zuwendungen des Landes und des Bundes (+85 Tsd. EUR) für die Durchführung von zusätzlichen Projekten sowie aus Restzahlungen des Bundes für das Projekt „Talent Campus Kultur“, welches bereits im Jahr 2014 durchgeführt wurde. Im Laufe des Jahres hatten sich die Förderbedingungen verändert. Daneben werden +47 Tsd. EUR Mehreinzahlungen für Benutzungsentgelte und +2 Tsd. EUR für Kostenerstattungen ausgewiesen. Die Kurse der VHS wurden in größerem Maße besucht.

TH 44 Konservatorium „Rudolf Wagner Regeny“

Die Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit weichen in der Erfüllung um +1 Tsd. EUR von der BE ab, darin sind die Zuweisungen vom Land für das Projekt „Jeki“ für das Jahr 2014 i.H.v. +10 Tsd. EUR, aber auch Mindereinzahlungen aus Benutzungsentgelten i.H.v. -15 Tsd. EUR sowie diverse kleinere Positionen enthalten.

TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Produkt 28100 Kultur

Die Mehreinzahlungen von insgesamt +735 Tsd. EUR resultieren vor allem aus nicht mit Ansatz geplanten Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke (+317 Tsd. EUR) für das EU-Projekt "Business Culture Partnership" (BCP) sowie zweckgebundenen Zuweisungen vom Land für die kulturelle Grundversorgung (+430 Tsd. EUR). Landesmittel für die Förderung von Vereinen, die auch von der Hansestadt Rostock gefördert werden, sind in 2015 erstmalig direkt vom Land an die Hansestadt Rostock geflossen, die damit auch allein die Zuwendungsbescheide erteilt.

Mindereinzahlungen i.H.v. -10 Tsd. EUR sind bei der Vermietung von Veranstaltungsflächen für Theateraufführungen oder den Weihnachtsmarkt im Klostersgarten (kommunaler Grund und Boden) zu verzeichnen.

TH 47 Archiv der Hansestadt Rostock

Die Mindereinzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit resultieren aus geringeren Einzahlungen bei den Benutzungsentgelten und Gebühren (-7 Tsd. EUR).

TH 50 Jugend und Soziales

Produkt 11407 Personalgestellungen

Die Einzahlungen aus Zuweisungen und Zuschüssen für laufende Zwecke vom Bund weichen um +477 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Die Mehreinzahlungen erfolgten aufgrund gestiegener Personalausgaben im HJC.

Produkt 31102 Hilfe zur Pflege

Für Kostenbeteiligung und -erstattung nach SGB XII ergaben sich im Bereich des § 23 Abs. 1 und 2 AufenthG (Ausländer) weniger Auszahlungen als geplant. Daher erfolgten geringere Erstattungen vom Land i.H.v. -471 Tsd. EUR sowie für Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke i.H.v. -73 Tsd. EUR.

Produkt 31110 Hilfe für Flüchtlinge Nach §23 (1) SGB XII – Notunterkünfte

Die Abweichung zur Buchungsermächtigung i.H.v. -480 Tsd. EUR resultiert aus der Tatsache, dass die Leistungen nicht in der Höhe erbracht wurden und die Erstattungen des Jahres 2015 im Jahr 2016 fließen werden.

Produkt 31209 Bundesbeteiligung nach § 46 SGB II

Die Leistungsbeteiligung bei Kosten für Unterkunft und Heizung an Arbeitssuchende weicht in der Erfüllung um -452 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Einerseits resultieren die Abweichungen aus der sinkenden Anzahl der

Leistungsempfänger (2014 - 26.237 LE / 2015 - 24.999 LE Stand 23.03.2016) respektive der Bedarfsgemeinschaften (2014 - 15.855 BG/ 2015 - 14.875 BG Stand 23.03.2016) und damit einhergehend aus einer geringeren Bundesbeteiligung (28,2 % der tatsächlich gezahlten KdU) als geplant. Andererseits kommt es zu Abweichungen im Finanzhaushalt aufgrund der Rückübertragung der unverbrauchten BuT-Mittel aus dem Jahr 2014.

Für Bildung und Teilhabe nach § 46 Abs. 5 und Abs. 6 SGB II beträgt die Abweichung +154 Tsd. EUR aus o.a. Gründen sowie der Zusammenfassung der Produktsachkonten. Hier beträgt die geringere Bundesbeteiligung 3,2 % der tatsächlich gezahlten KdU.

Produkt 31301 Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)

Die Kostenbeteiligungen und -erstattungen im Bereich SGB XII und anderer sozialer Leistungen durch das Land M-V weichen um -444 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Die Einzahlungen verringern sich analog zu den erstattungsfähigen Auszahlungen. Zum Zeitpunkt der überplanmäßigen Bewilligung war von wesentlich höheren Zahlen an Asylbewerbern im Leistungsbezug ausgegangen worden, als letztendlich für 2015 mit 1.348 LE eintrafen.

Produkt 31302 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG-Ernährung, Kleidung, Gesundheits- u. Körperpflege)

Die Kostenerstattungen durch das Landesamt für Innere Verwaltung M-V weichen um -2.718 Tsd. EUR von der BE ab, da auch hier die Einzahlungen von den erstattungsfähigen Auszahlungen abhängen, die aufgrund der gesunkenen Zahlen von Asylbewerbern nicht getätigt wurden.

Produkt 31303 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt (§ 4 AsylbLG)

Die Einzahlungen aus Kostenbeteiligungen und Kostenerstattungen im Bereich SGB XII und anderer sozialer Leistungen durch das Land M-V liegen -1.100 Tsd. EUR unter der BE für das Haushaltsjahr 2015. Die Einzahlungen erhöhen sich analog zu den erstattungsfähigen Auszahlungen, die ebenfalls aufgrund der Flüchtlingspolitik nicht getätigt wurden.

Produkt 36305 Sonstige Leistungen (§6 AsylbLG)

Es liegen Mindereinzahlungen bei den Kostenbeteiligungen und -erstattungen des Landes aufgrund von Minderauszahlungen ebenfalls aufgrund der Flüchtlingspolitik i.H.v. -261 Tsd. EUR vor.

Produkt 31306 Durchreisende Flüchtlinge

Die Abweichungen zur Buchungsermächtigung i.H.v. +2.085 Tsd. EUR bei den Zuweisungen vom Land und von Gemeindeverbänden resultieren aus der Tatsache, dass das Produkt 31306 aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisenregionen (insbesondere Transitflüchtlingen) erst im Haushaltsjahr 2015 eingerichtet wurde und eine exakte Planung nicht möglich war.

Produkt 31500 Soziale Einrichtungen

Die Abweichung zur BE für Kostenerstattungen des Landes beträgt -1.646 Tsd. EUR, ebenfalls aufgrund nicht getätigter Auszahlungen nach dem AsylbLG, da die Prognose für Fallzahlensteigerung im letzten Quartal 2015 nicht eingetreten ist.

Produkt 36303 Hilfen zur Erziehung

Entgegen der Prognose für das Haushaltsjahr 2015 konnten mehr Kostenerstattungen von anderen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe i.H.v. +555 Tsd. EUR verbucht werden. Als Gründe hierfür werden Wechsel der örtlichen Zuständigkeit bei erzieherischen Hilfen bei Vollzeitpflegeverhältnissen sowie die Entlastung der Sachbearbeiterinnen in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe durch die Stelleneinrichtung und -besetzung einer speziellen Sachgebietsleitung für diesen Bereich gesehen, so dass Kostenerstattungsansprüche konsequenter verfolgt werden konnten.

TH 60 Bauamt

Produkt 52100 Bauverwaltung und Bauordnung

Die Einzahlungen für Gebühren aus Bauordnungsangelegenheiten liegen um +103 Tsd. EUR über der BE 2015, da sich die Antragszahlen erhöht haben und große Bauvorhaben mit hohen Bauwerten realisiert wurden. Bei den Erstattungen für Fremdprüfungen (Statik und Brandschutz) sind insgesamt Mehreinzahlungen im Umfang von +70 Tsd. EUR zu verzeichnen. Diese Mehreinzahlungen führten entsprechend zu Mehrauszahlungen.

TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Produkt 51102 Stadtentwicklung und städtebauliche Planung

Die Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von der EU für das Projekt BSR TransGovernance liegen durch eine Rückzahlung der EU um +61 Tsd. EUR über der BE.

Produkt 57101 Wirtschafts- und Strukturförderung

Die festgesetzte Einzahlung für einen Ausgleichsmaßnahme in Neu Bartelsdorf ist erst in 2016 erfolgt (-52 Tsd. EUR).

TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Produkt 11402 Liegenschaften

Die Mehreinzahlungen beruhen hauptsächlich auf einer Anpassung der Pachtzahlungen aus dem Generalpachtvertrag mit einem Kleingartenverband (+87 Tsd. EUR) und der Einzahlung aus einem Grundstückstauschvertrag, in dem Grund und Boden sowie der aufstehende Wald zwischen der HRO und einem Privateigentümer getauscht wurden (+54 Tsd. EUR).

TH 66 Tief- und Hafenbauamt

Produkt 54601 Parkeinrichtungen

Aufgrund von Baumaßnahmen, vorrangig im Seebad Warnemünde, sind Mindereinzahlungen aus Parkgebühren im Umfang von -162 Tsd. EUR im Jahr 2015 zu verzeichnen.

Produkt 54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA

Die in der Planung angestrebten Einzahlungen aus Mieten und Pachten, die im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes festgelegt wurden, sind nicht erreicht worden (-522 Tsd. EUR). Die Vertragsänderung zum Pachtvertrag mit der Hafen-Entwicklungsgesellschaft Rostock mbH für den Passagierkai in Warnemünde wurde nicht wie geplant im Haushaltsjahr 2015 umgesetzt.

Produkt 54101 Gemeindestraßen

Die Einzahlungen aus Versicherungserstattungen liegen in der Erfüllung um +62 Tsd. EUR über der BE 2015. Zudem weichen die zweckgebundenen Zuweisungen vom Land um +79 Tsd. EUR von der BE ab. Die Mehreinzahlungen gingen vom Landesförderinstitut M-V für die Warnemünder Drehbrücke ein.

TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

Produkt 55100 Stadtgrün

Es ist noch keine Aktivierung der Eigenleistungen (Personalkosten) in 2015 erfolgt (-125 Tsd. EUR).

Produkt 55303 Krematorium - BgA

Es erfolgten mehr Aufbewahrungen und Einäscherungen als in der BE geplant (+90 Tsd. EUR). Die exakten Benutzungsentgelte sind schwer planbar. Grundlage für die BE ist der Durchschnitt der Erfüllung in den Jahren 2012 bis 2014 gewesen.

TH 73 Amt für Umweltschutz

Produkt 53701 Abfallwirtschaft

Es liegen Mehreinzahlungen bei den Benutzungsentgelten im Produkt Abfallwirtschaft i.H.v. +401 Tsd. EUR vor. Die Anzahl der Gebührenschuldner hat sich bei steigender Einwohnerzahl gegenüber der Kalkulationsgrundlage, für die das Jahr 2014 diente, deutlich erhöht. Dementsprechend wurden mehr Gebührenbescheide festgesetzt. Weitere Gründe für die Mehreinzahlungen sind eine tarifliche Steigerung der Gebühr, die Kosten für das Ident-System der Papiertonnen (damit diese dem Grundstück zugeordnet werden können) und die Preisentwicklung der Recyclinghöfe. Die Kostensteigerungen werden auf die Gebühr umgelegt.

Produkt 53703 DSD

Bei den Erstattungen durch private Unternehmen erfolgten Mehreinzahlungen von +98 Tsd. EUR aufgrund einer Änderung der Auszahlungsmodalitäten ab 2014.

Produkt 54501 Straßenreinigung, Winterdienst

Durch viele Großbaustellen konnten keine Gebühren erhoben werden, dadurch weichen die Entgelte für die Straßenreinigung um -124 Tsd. EUR von der BE 2015 ab.

Produkt 55403 Immissionsschutz

Die HRO ist Leadpartner für das Projekt ABC-Multimodal und vereinnahmt die gesamten Fördermittel, die dann an die einzelnen Projektpartner weiterzugeben sind. Mehreinzahlungen erfolgen aufgrund von Mehrauszahlungen. Es erfolgten höhere Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke von der EU i.H.v. +204 Tsd. EUR.

Produkt 55404 Klimaschutz und Umweltmanagement

Es erfolgte die letzte Einzahlung der restlichen Projektmittel vom Bund i.H.v. +56 Tsd. EUR.

Produkt 57302 Öffentliche Bedürfnisanstalten - BgA

Im Haushaltsjahr 2015 ist eine Steuerrückerstattung aus den Vorjahren eingegangen (+267 Tsd. EUR). Das Ergebnis einer Betriebsprüfung ist, dass der BgA Öffentliche Bedürfnisanstalten abschließend anerkannt wurde, die gezogene Vorsteuer wurde dementsprechend erstattet.

TH 74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Es liegen Mehreinzahlungen i.H.v. +3 Tsd. EUR bei den Verwaltungsgebühren sowie i.H.v. +19 Tsd. EUR bei den Gebühren für Atteste und Laboruntersuchungen vor.

TH 82 Stadtforstamt

Produkt 55306 Ruheforst

Gegenüber der Planung 2015 sind zweckgebundene Mehreinzahlungen aus öffentlich-rechtlichen Leistungsentgelten (Verträge, Beisetzungen) im Umfang von +62 Tsd. EUR durch überplanmäßige Vertragsabschlüsse bei Bestattungen zu verzeichnen.

Produkt 55500 Kommunale Forstwirtschaft

Die Zuweisungen sind insgesamt um -129 Tsd. EUR geringer ausgefallen, hierbei handelt es sich überwiegend um Bundesmittel zum Bau des „Entdeckerpfades“. Die Zahlungseingänge hängen vom Projekt- und Baufortschritt ab und sind zweckgebunden.

Mehreinzahlungen i.H.v. +71 Tsd. EUR sind bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten zu verzeichnen. Die notwendige Schadholzaufarbeitung nach Sturmschäden führte zu einer überplanmäßigen Holznutzung und somit zu zusätzlichen Einnahmen aus Verkäufen (+84 Tsd. EUR). Weitere Mehreinzahlungen waren für Jagdpachten (Einmaleffekt aus Klageverfahren +10 Tsd. EUR) und für Verkäufe von Wild (+11 Tsd. EUR) eingegangen. Die Einzahlungen aus dem Verkauf von Weihnachtsbäumen und anderen Waren blieben dagegen unter den Erwartungen zurück (-33 Tsd. EUR).

TH 83 Hafen- und Seemannsamt

Produkt 12208 Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten/ Seemannsamt

Die Mehreinzahlungen resultieren aus erhobenen Gebühren nach der Hafennutzungsverordnung (+17 Tsd. EUR) und Gebühren für die Fischerei (+13 Tsd. EUR). Die Verwaltungsgebühren des Seemannsamtes sind hingegen aufgrund der Änderung gesetzlicher Bestimmungen um -3 Tsd. EUR geringer ausgefallen als geplant.

TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

Produkt 61101 Steuern

Bei der Grundsteuer wurden Mehreinzahlungen i.H.v. +50 Tsd. EUR erzielt, hauptsächlich aufgrund einer rückwirkenden Einheitswertfeststellung.

Trotz der geringeren Erwartungen bei der Gewerbesteuer aufgrund einer nicht vorhersehbaren Steuererstattung i.H.v. -2,1 Mio. EUR bei einem Unternehmen wurde zum Jahresende die BE um +113 Tsd. EUR überschritten.

Die Mehreinzahlungen aus der Spielvergnügungssteuer i.H.v. +266 Tsd. EUR werden auf eine erhöhte Spieltätigkeit zurückgeführt.

Weitere Mehreinzahlungen sind bei der Zweitwohnungssteuer i.H.v. +85 Tsd. EUR zu verzeichnen, hier hatte die Prüfung von Eigentumswohnungen entsprechende Nachveranlagungen zur Folge. Auch bei der Hundesteuer konnten Mehreinzahlungen i.H.v. +35 Tsd. EUR gegenüber der BE verzeichnet werden.

Die Einzahlungen aus dem Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und der Umsatzsteuer entsprachen der zugrunde gelegten Planung.

Insgesamt betragen die Mehreinzahlungen im Produkt „Steuern“ +543 Tsd. EUR.

Produkt 61103 Allgemeine Zuweisungen und Umlagen

Der geplante Anteil der Hansestadt Rostock aus dem Ausgleich von Sonderlasten nach § 7 (6) Satz 7 FAG M-V im Gesamtvolumen von 1.920 Tsd. EUR wurde im Haushaltsjahr 2015 für angekündigte pauschale Hilfen vom Bund und vom Land an die Kommunen nicht in voller Höhe ausgereicht. Somit weicht die Erfüllung um -332 Tsd. EUR von der BE 2015 ab.

1.2.1.2 Auszahlungen aus der laufenden Verwaltungstätigkeit

Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach TH in EUR	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03 Büro des Oberbürgermeisters	8.011.126	7.160.729	-850.397
10 Hauptamt	12.401.837	11.960.400	-441.436
12 Beteiligungen und Eigenbetriebe	29.072.300	28.230.440	-841.860
14 Rechnungsprüfungsamt	1.129.000	1.069.933	-59.067
20 Finanzverwaltungsamt	5.969.300	6.149.238	179.938
30 Rechtsamt	1.282.700	1.207.483	-75.217
32 Stadtamt	15.199.033	14.466.243	-732.790
37 Brandschutz- und Rettungsamt	29.746.469	28.807.684	-938.785
40 Amt für Schule und Sport	47.816.661	46.386.728	-1.429.934
42 Stadtbibliothek	3.018.719	2.910.195	-108.524
43 Volkshochschule	1.805.211	1.885.516	80.305
44 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	2.109.645	1.987.101	-122.544
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	6.174.324	6.454.658	280.334
47 Archiv der Hansestadt Rostock	824.816	748.783	-76.034
50 Amt für Jugend und Soziales	284.698.098	275.150.867	-9.547.231
53 Gesundheitsamt	7.571.279	7.649.120	77.841
60 Bauamt	6.494.027	5.252.515	-1.241.511
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	4.927.300	4.719.738	-207.562
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	6.454.800	6.059.080	-395.720
66 Tief- und Hafenbauamt	15.770.288	14.721.567	-1.048.721
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	12.857.388	12.332.033	-525.355
73 Amt für Umweltschutz	25.307.500	25.025.599	-281.901
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	1.278.900	1.280.246	1.346
82 Stadtforstamt	2.305.200	2.030.118	-275.082
83 Hafen- und Seemannsamt	1.339.502	1.232.194	-107.308
90 Zentrale Finanzdienstleistungen	6.236.600	6.227.743	-8.857

Einen wesentlichen Anteil an der Abweichung der Erfüllung zur BE 2015 bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit in einigen Teilhaushalten haben die Personal- und Versorgungsauszahlungen. Die Entwicklung der Personal- und Versorgungsauszahlungen wurde bereits am Anfang des Berichtes erläutert.

TH 03 Büro des Oberbürgermeisters

Produkt 11101 Grundsatz, Protokoll

Ein Haushaltsausgaberest aus 2014 konnte aufgrund der vorläufigen Haushaltsführung nicht in Anspruch genommen werden. Es ergeben sich Minderauszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte i.H.v. -64 Tsd. EUR.

Produkt 11104 Bürgerschaft, Ausschüsse

Die Auszahlungen für Zuwendungen an die Fraktionen sind insgesamt um -66 Tsd. EUR geringer ausgefallen.

Produkt 11110 Senatoren

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen durch Dritte beim Projekt "Mobilitätsmanagementkonzept" weichen um -55 Tsd. EUR von der BE ab, das Projekt wird 2016 weitergeführt.

Produkt 11113 Stadtmarketing

Im Vergleich zur BE 2015 stehen noch Auszahlungen i.H.v. -260 Tsd. EUR für Sach- und Dienstleistungen durch Dritte zur Verfügung. Die nicht verbrauchten Mittel betreffen die Projekte im Zusammenhang mit dem Doppeljubiläum 2018/2019 "Stadtjubiläum und Universitätsjubiläum". Der Arbeitsstab hat sich zwischenzeitlich konstituiert und einen Projektkatalog erarbeitet. Erste kleinere Projekte werden seit 2014 realisiert. Projekte mit wesentlichen finanziellen Ausgaben sollten in 2015 haushaltswirksam werden, aber die Vorbereitungen für das Stadtjubiläum konnten nicht in dem Maße umgesetzt werden, wie sie geplant waren.

Weitere Minderauszahlungen sind für sonstige laufende Auszahlungen wie Öffentlichkeitsarbeit, Dienstleistungen durch Dritte, Sachverständige in den Produkten 11102 „Zentrale Steuerung“ (-36 Tsd. EUR), 11106 „Gleichstellungsbeauftragte“ (-21 Tsd. EUR), 11202 „Arbeitsschutz/ Arbeitssicherheit“ (-12 Tsd. EUR) und 12102 „Wahlen/Abstimmungen“ (-10 Tsd. EUR) angefallen. Hier konnten durch die vorläufige Haushaltsführung diverse Projekte nicht realisiert werden. Teilweise sind daher Mittel, die noch nicht durch Aufträge oder wiederkehrende Leistungen gebunden waren, dem Amt 55 zur Verfügung gestellt worden.

.TH 10 Hauptamt

Produkt 11201 Personal

Die Auszahlungen für Ausbildung und Qualifizierung liegen um -46 Tsd. EUR unter der BE, da für das Haushaltsjahr 2015 geplante Schulungen nicht in vollem Umfang durchgeführt wurden.

Produkt 11301 Organisationsmanagement

Es konnten Einsparungen und somit Minderauszahlungen i.H.v. -85 Tsd. EUR gegenüber der BE für Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige (Projekte) erzielt werden.

Produkt 11401 Verwaltungsangelegenheiten

Die Auszahlungen für Schadensfälle weichen von der BE 2015 um -438 Tsd. EUR ab. Diese wurden aufgrund einer geringeren Anzahl der Fälle und Höhe der Schadenssumme nicht wie geplant in Anspruch genommen, hier besteht eine Zweckbindung zum Einzahlungskonto.

TH 12 Beteiligungen und Eigenbetriebe

Produkt 26101 Volkstheater Rostock GmbH

Die Hansestadt ist nach § 9 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, die Mittel, die ihr das Land für den Theaterbetrieb zur Verfügung stellt, an die VTR GmbH weiterzuleiten. Da die Zuweisungen des Landes um -470 Tsd. EUR gekürzt wurden (siehe Einzahlungskonto), sind auch die Auszahlungen in entsprechender Höhe um -470 Tsd. EUR geringer ausgefallen.

Zwischen der HRO und dem VTR wurde im Jahr 2011 eine Nutzungsvereinbarung abgeschlossen, auf dieser Grundlage übernimmt die HRO die Auszahlungen für Instandhaltungsmaßnahmen, die die Beseitigung der Immobilität betreffen. Die von der Gesellschaft angemeldeten Maßnahmen werden fachlich durch den KOE geprüft und bewertet. Entsprechende Auszahlungen waren für 2015 i.H.v. insgesamt 509 Tsd. EUR geplant, es wurden -370 Tsd. EUR weniger Mittel im Geschäftsverlauf abgerufen.

TH 14 Rechnungsprüfungsamt

Produkt 11800 Rechnungsprüfung

Bei den Auszahlungen ergibt sich eine Unterschreitung der BE i.H.v. -59 Tsd. EUR, darunter sind auch Mehrauszahlungen i.H.v. +23 Tsd. EUR für Personal- und Versorgungsauszahlungen. Hauptsächlich die sonstigen laufenden Auszahlungen sind um -74 Tsd. EUR geringer ausgefallen, darunter -43 Tsd. EUR für Kaltmiete sowie -26 Tsd. EUR für Sachverständigenkosten.

TH 20 Finanzverwaltungsamt

Produkt 11601 Finanzen

Der geplante externe Beratungsbedarf zur Erfüllung der Steuerpflichten der Stadt wurde im Haushaltsjahr 2015 nicht benötigt und die Auszahlungen für ein durch S 2 in Auftrag gegebenes Gutachten sind geringer als geplant ausgefallen. Dadurch konnten -40 Tsd. EUR geplante Auszahlungen eingespart werden.

Die für 2015 eingeplanten Auszahlungen für Datenverarbeitung/ Wartungsverträge wurden um -22 Tsd. EUR unterschritten. Weitere Einsparungen von -17 Tsd. EUR konnten beim Porto, den Telefon- und den Bankgebühren erreicht werden.

TH 30 Rechtsamt

Produkt 11900 Recht

Die sonstigen laufenden Auszahlungen für Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige sind um -47 Tsd. EUR geringer ausgefallen. Die Anzahl der Rechtsstreitigkeiten lag unter der Planung.

TH 32 Stadtamt

Produkt 12201 Ordnungsangelegenheiten

Die Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen i.H.v. -75 Tsd. EUR resultieren überwiegend aus geringeren Auszahlungen für Ersatzvornahmen in Bestattungsfällen (-41 Tsd. EUR) und für die Gefahrenprävention gegen Wildschweine (- 37 Tsd. EUR). Weitere Minderauszahlungen ergaben sich im Bereich der Datenverarbeitung - Wartungsverträge (-65 Tsd. EUR) sowie für Dienstleistungen durch Dritte (-17 Tsd. EUR). Aufgrund eines Planungsfehlers sollten zunächst in 2015 zusätzliche Wartungsarbeiten an Software anfallen.

Produkt 12202 Einwohner- und Meldewesen

Minderauszahlungen i.H.v. -25 Tsd. EUR sind für den Kauf von Gegenständen zur Weiterveräußerung von der Bundesdruckerei und bei Fremdanmietungen (-10 Tsd. EUR) zu verzeichnen. Weitere Minderauszahlungen i.H.v. -69 Tsd. EUR fielen bei den Zuschüssen an Studenten mit Hauptwohnsitz in Rostock an, hier wurde im laufenden Haushaltsjahr die BE bereits um 75 Tsd. EUR erhöht. Grund dafür war der Bürgerschaftsbeschluss, den Zuschuss an Studenten von 100 EUR auf 150 EUR zu erhöhen. Es wurde davon ausgegangen, dass sich demzufolge mehr Studenten mit Hauptwohnsitz in Rostock anmelden, was jedoch nicht der Fall war.

Produkt 12203 Personenstandswesen

Minderauszahlungen ergaben sich im Bereich der Datenverarbeitung für Wartungsverträge (-36 Tsd. EUR), es waren zusätzliche Wartungen von Software geplant.

TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

Produkt 12601 Brandschutz

Die Auszahlungen für die Haltung von Fahrzeugen fielen um -52 Tsd. EUR geringer aus. Durch die Anschaffung neuer Fahrzeuge waren die Auszahlungen für Reparaturen nicht so hoch wie geplant.

Bei der Position Bewirtschaftung von Schiffen gelangten -60 Tsd. EUR nicht zur Auszahlung. Die geplante Werftliegezeit musste aufgrund größerer Reparaturen zunächst verschoben werden, die entsprechenden Kostenerstattungen erfolgen über Versicherungen. Minderauszahlungen für die Unterhaltung von technischen Anlagen i.H.v. -45 Tsd. EUR sollen größtenteils für Mehrauszahlungen für die Überarbeitung des Feuerwehrbedarfsplanes verwandt werden.

Geplante Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte für die Abrechnung des Gutachtens zur Überarbeitung des Feuerwehrbedarfsplanes (-107 Tsd. EUR) sowie für Kostenerstattungen an Sonstige - Feuerschutz Ostsee und Verletztenversorgungsteam (insgesamt -150 Tsd. EUR) werden erst in 2016 fällig.

Produkt 12700 Rettungsdienst

Die Kostenerstattungen an private Unternehmen und Hilfsorganisationen liegen um -384 Tsd. EUR unter der BE 2015. Die erst nach der Planungsphase eingereichten Kalkulationen der Hilfsorganisationen fielen etwas geringer aus. Auch weil es in den Vorjahren zu nachgemeldeten Mehrbedarfen bei einigen Hilfsorganisationen kam, wurden möglicherweise eintretenden Minderauszahlungen so nicht mehr berücksichtigt.

Für die Unterhaltung der technischen Anlagen wurden -91 Tsd. EUR weniger benötigt, Verzögerungen bei der Übergabe des BOS- Digitalfunk führten dazu, dass Wartungsverträge erst später in Anspruch genommen wurden.

Dagegen waren Mehrauszahlungen i.H.v. +33 Tsd. EUR für Fernmeldegebühren wegen der Gebührenerhöhung für ISDN und Notrufverbindungen durch die Telekom zu verzeichnen.

Produkt 12800 Zivil- und Katastrophenschutz

Es liegen Minderauszahlungen i.H.v. -225 Tsd. EUR aufgrund der nicht mehr erfolgten Reparaturarbeiten und Außerdienststellung des Umweltbootes „Äsche“ vor (siehe Minderung der zweckgebundenen Einzahlungen).

TH 40 Amt für Schule und Sport

Produkt 21701 Schulkostenbeiträge Gymnasien, Abendgymnasien

Es sind Minderauszahlungen i.H.v. -282 Tsd. EUR gegenüber der Planung 2015 für Kostenerstattungen an den sonstigen privaten Bereich an frei getragenen Schulen aufgrund wieder sinkender Kostensätze (Ø Kostensatz Gymnasien: Schuljahr 2012/2013 1.095,82 EUR; 2013/2014 1.126,94 EUR; 2014/2015 1.080,67 EUR) festzustellen. Des Weiteren wurde eine neue Vereinbarung für periodengerechte Abschlagszahlungen mit der privaten beruflichen Schule „ecolea“ abgeschlossen.

Produkt 21801 Schulkostenbeiträge Gesamtschulen

Im Vergleich zur BE 2015 sind geringere Auszahlungen i.H.v. -368 Tsd. EUR für Kostenerstattungen an den sonstigen privaten Bereich zu verzeichnen, obwohl der Kostensatz als auch die Schülerzahlen für freigetragene Gesamtschulen gestiegen sind. Es werden Haushaltsausgabereste in Höhe von 357 Tsd. EUR gebildet, die im Jahr 2016 kassenwirksam werden.

Produkt 22101 Schulkostenbeiträge Förderschulen

Es sind Minderauszahlungen i.H.v. -210 Tsd. EUR gegenüber der Planung 2015 für Kostenerstattungen an den sonstigen privaten Bereich an frei getragenen Förderschulen zu verzeichnen. Es gibt weniger Schüler und einen gesunkenen Kostensatz. Eine Förderschule wurde neu als Grundschule Michaelshof zugeordnet, damit erfolgte die Zuordnung dieser Schüler zur Grundschule. Es werden Haushaltsausgabereste in Höhe von 55 Tsd. EUR gebildet, die 2016 kassenwirksam werden.

Produkt 23101 Schulkostenbeiträge Berufliche Schulen

Die Auszahlungen für Kostenerstattungen an die Gemeinden und Gemeindeverbände liegen trotz sinkender Schülerzahlen an beruflichen Schulen des Umlandes um +98 Tsd. EUR über der BE 2015. Allerdings konnten Zahlungen die das Jahr 2014 betrafen, erst 2015 kassenwirksam werden, weil nicht alle Rechnungen des Umlandes vorlagen. Somit erhöhte sich die Auszahlung in 2015.

Produkt 42401 Sportstätten und Bäder - BgA

Es liegen Mehrauszahlungen i.H.v. +75 Tsd. EUR im Vergleich zur BE für die Unterhaltung von Sportanlagen vor. Von Bund und Land werden jährlich finanzielle zweckgebundene Mittel für die Standortsicherung der Kadersportler der Bundesstützpunkte Wasserspringen und Short Track bereitgestellt. Die finanziellen Mittel können für laufende Auszahlungen und investive Maßnahmen verwendet werden, die der Sicherung optimaler Trainings- und Wettkampfbedingungen der Bundesstützpunkte dienen. Die Mittel sind übertragbar.

Produkt 42402 Sportstätten und Bäder - hoheitlich

Mehrauszahlungen nach Betriebskostenabrechnung des KOE in Höhe von +137 Tsd. EUR für einzelne Objekte, diese sind gedeckt durch entsprechende Mehreinzahlungen nach Betriebskostenabrechnung 2014 für weitere bewirtschaftete Objekte i.H.v. +156 Tsd. EUR.

TH 44 Konservatorium „Rudolf Wagner Regeny“

Produkt 26301 Konservatorium „Rudolf Wagner Regeny“

Die Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen sind i.H.v. -11 Tsd. EUR geringer ausgefallen, da Minderauszahlungen für ein Akustikgutachten anfielen und ein Notenlizenzvertrag erst im Jahr 2016 abgeschlossen wird.

Produkt 26303 Projekt "JeKi"

Bei Zuwendungen, Umlagen und Transferauszahlungen sind Minderauszahlungen i.H.v. -61 Tsd. EUR zu verzeichnen. Hier werden die bereits 2014 geplanten Auszahlungen für das Projekt „JeKi“ i.H.v. 61 Tsd. EUR erneut als Ausgaberesultat in das nächste Jahr verschoben. Es wurde aber auch eine Rückzahlung i.H.v. 1 Tsd. EUR an das Land MV für den Verwendungsnachweis 2013 getätigt.

TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Produkt 25101 Kulturhistorisches Museum

Hauptsächlich die geringeren sonstigen laufenden Auszahlungen (-64 Tsd. EUR), beispielsweise für Restaurierungsarbeiten, Öffentlichkeitsarbeit und Sachverständige führten dazu, dass in diesem Produkt insgesamt Minderauszahlungen i.H.v. -100 Tsd. EUR zu verzeichnen sind.

Produkt 28100 Kultur

Die Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit im Umfang von 3.379 Tsd. EUR (+482 Tsd. EUR über der BE) enthalten auch die erstmaligen Auszahlungen der Landesmittel an die Vereine (+427 Tsd. EUR), die in den Ansätzen 2015 teilweise noch keine Berücksichtigung fanden. Weitere Mehrauszahlungen i.H.v. +135 Tsd. EUR werden bei den sonstigen laufenden Auszahlungen für Projekte verzeichnet. Die Mehrauszahlungen werden durch Zuschüsse gedeckt.

TH 50 Jugend und Soziales

Die Minderauszahlungen des TH 50 i.H.v. -9.547 Tsd. EUR setzen sich zusammen aus Auszahlungen für Personal und Versorgung (-727 Tsd. EUR), Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (-1.548 Tsd. EUR), Zuwendungen, Umlagen (-214 Tsd. EUR), Auszahlungen der sozialen Sicherung (-7.128 Tsd. EUR) sowie sonstige Auszahlungen (+50 Tsd. EUR).

Produkt 31101 Hilfe zum Lebensunterhalt (3. Kapitel SGB XII)

Bei Regelleistungen einschließlich Unterkunftskosten erfolgte eine Verschiebung zur Planung i.H.v. -166 Tsd. EUR. Es wurden für 2015 610 LE zu durchschnittlich 441 EUR pro Monat angenommen. Im Verlauf des Jahres 2015 wurden Leistungen für 675 LE zu durchschnittlich 379 EUR pro Monat ausgegeben.

Die Auszahlungen für Kranken- und Pflegeversicherungen in diesem Produkt sanken einerseits außerhalb von Einrichtungen aufgrund sinkender Fallzahlen im Jahresverlauf 2015 um -51 Tsd. EUR und andererseits innerhalb von Einrichtungen um -58 Tsd. EUR, da diese ab 2015 in der EGH verbucht werden.

Produkt 31102 Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)

Die Leistungen außerhalb von Einrichtungen (örtlicher Träger) nach SGB XII - Häusliche Pflege in Form anderer Leistungen - Kostenübernahme für die Heranziehung einer besonderen Pflegekraft (§ 65) weichen in der Erfül-

lung um -400 Tsd. EUR von der Planung 2015 ab. Die Senkung der Fallzahlen ist unter anderem zurückzuführen auf die Aufdeckung von Betrugsfällen.

Produkt 31103 Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (6. Kapitel SGB XII)

In der ambulanten Frühförderung außerhalb von Einrichtungen sanken die Fallzahlen bzw. die Inanspruchnahmen von durchschnittlich 123 Fällen in 2014 auf 107 in 2015, was zu einer Abweichung zur BE i.H.v. -86 Tsd. EUR führte.

Die Erfüllung bei den Leistungen außerhalb von Einrichtungen (örtlicher Träger nach SGB XII) für Leistungseinheiten IFF weicht um -526 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Für die Haushaltsplanung wurden durchschnittlich 355 LE angenommen. Im Jahresverlauf 2015 wurden Leistungen für durchschnittlich 295 Leistungsempfänger erbracht.

Für Leistungen außerhalb von Einrichtungen (örtlicher Träger nach SGB XII) - Leistungen an Schulkinder für Schulbegleiter liegt die Erfüllung um +183 Tsd. EUR über der BE 2015. Die Umsetzung des Integrations- und Inklusionsgedankens führte zu einem Anstieg an Eingliederungshilfen. Der wachsende Bedarf entsteht hier vor allem in der Schule, so dass sich der Ausbau der Eingliederungshilfen fast ausschließlich auf den ambulanten Bereich bezieht. In der Planung wurde von durchschnittlich 30 Inanspruchnahmen ausgegangen. Tatsächlich sind durchschnittlich 37 in 2015 gezählt worden.

In der Erfüllung weichen die Auszahlungen für Leistungen innerhalb von Einrichtungen (überörtlicher Träger nach SGB XII) für das Projekt Kommunale Psychiatrie um -371 Tsd. EUR von der Planung 2015 ab. Die durchschnittlichen Fallzahlen sanken von 146 in 2014 auf 137 in 2015. Im Laufe des Jahres entwickelte sich allerdings auch ein Anstieg der durchschnittlichen Fallkosten, so dass die Senkung nicht voll zum Tragen kam.

Für diverse weitere Leistungen innerhalb von Einrichtungen ergibt sich eine Abweichung der Erfüllung zum Ansatz 2015 von insgesamt -411 Tsd. EUR. Hauptgrund hierfür sind eine geringere Inanspruchnahme und damit geringere Fallzahlen als zum Zeitpunkt der Planung angenommen.

Höhere Abweichungen in der Erfüllung als in der BE vorgesehen i.H.v. insgesamt +462 Tsd. EUR entstanden für die Erstattung von Pflegekostensätzen in und außerhalb von Werkstätten sowie für Hilfen zum Erwerb praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten. Hauptgrund für die Steigerung sind gestiegene Durchschnittskosten bei fast konstanten bzw. leicht gestiegenen Fallzahlen.

Produkt 31107 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (4. Kapitel SGB XII)

Aufgrund einer BSG-Entscheidung zur Regelbedarfsstufe 3 wurde ab Juli mit monatlich höheren Auszahlungen geplant (durchschnittlich +20 Tsd. EUR). Obwohl diese Leistungen außerhalb von Einrichtungen örtlicher Träger auch Gegenstand der überplanmäßigen Bewilligung im IV. Quartal 2015 war, reichte die BE auch aufgrund einer steigenden Anzahl an Leistungsempfängern nicht. Es erfolgten Mehrauszahlungen i.H.v. +101 Tsd. EUR, deren hundertprozentige Erstattung in § 46a SGB XII geregelt ist.

Produkt 31110 Hilfen für Flüchtlinge nach §23 (1) SGB XII – Notunterkünfte

Die Abweichung zur Buchungsermächtigung i.H.v. insgesamt -235 Tsd. EUR resultiert aus der Tatsache, dass das Produkt 31110 aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisenregionen (insbesondere Transitflüchtlingen) im Haushaltsjahr 2015 eingerichtet wurde, die Leistungen wurden jedoch auf anderen Produkten erbracht.

Produkt 31201 Leistungen für Unterkunft und Heizung (§§ 22, 27 SGB II)

Die fortwährend sinkende Anzahl der Leistungsempfänger (2014 - 26.237 LE / 2015 - 24.999 LE Stand 23.03.2016) respektive der Bedarfsgemeinschaften (2014 - 15.855 BG/ 2015 - 14.875 BG Stand 23.03.2016) führte zu Abweichungen von der BE i.H.v. -2.551 Tsd. EUR. Zum Zeitpunkt der Planung wurde nach Rücksprache mit dem Hanse-Jobcenter von einer eintretenden Stagnation ausgegangen. Lediglich bei Leistungen für Unterkunft und Heizung nach § 22 Abs. 1 für Ausländer nach § 23 Abs. 1 und 2 AufenthG gab es eine geringe Abweichung zur BE i.H.v. +67 Tsd. EUR. Grund hierfür sind steigende Durchschnittskosten je Bedarfsgemeinschaft (2014 - 119 EUR je BG/ 2015 135 EUR je BG).

Produkte 31301 Leistungen in besonderen Fällen; 31302 Grundleistungen; 31303 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt; 31304 Arbeitsgelegenheiten; 31305 Sonstige Leistungen

Die Produkte 31301 bis 31305 umfassen Leistungen nach den §§ 2-6 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Zum Zeitpunkt der überplanmäßigen Bewilligung wurde mit einer weit höheren Anzahl von Leistungsbewerbern kalkuliert, da es von Bund oder Land keinerlei Vorgaben gab (Stand 2015: 1348 LE im Leistungsbezug). Demzufolge sind in diesen Produkten, bis auf 31304 für die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (+12 Tsd. EUR), erheblich weniger Mittel ausgezahlt worden als geplant, insgesamt -4.352 Tsd. EUR. Hauptanteil hieran haben die Produkte 31302 Grundleistungen innerhalb wie auch außerhalb von Einrichtungen mit Geldleistungen für persönliche Bedürfnisse - Taschengeld (-1.074 Tsd. EUR) und Geldleistungen für den Lebensunterhalt (1.222 Tsd. EUR) sowie das Produkt 31303 vor allem innerhalb von Einrichtungen für ambulante und stationäre Behandlungen (-1.158 Tsd. EUR).

Produkt 31306 Durchreisende Flüchtlinge

Die Abweichungen zur der Buchungsermächtigung i.H.v. +233 Tsd. EUR resultieren aus der Tatsache, dass das Produkt 31306 aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisenregionen (insbesondere Transitflüchtlinge) im Haushaltsjahr 2015 eingerichtet wurde. Zum Zeitpunkt der Bewilligung war die tatsächliche Inanspruchnahme nicht vorhersehbar.

Produkt 31500 Soziale Einrichtungen

Im Produkt 31500 Soziale Einrichtungen sind Minderauszahlungen im Vergleich zur BE i.H.v. -1.714 Tsd. EUR zu verzeichnen.

Die Haushaltsplanung 2015 wurde mit einer steigenden Zuweisung von Asylbewerbern errechnet. Die aktuell sichtbaren Ausmaße waren nicht vorhersehbar. Für die Betrachtung des letzten Quartals 2015 wurden Annahmen (überplanmäßige Bewilligung) getroffen, welche einen stark steigenden Bestand an Leistungsempfänger beinhalteten, die dann so nicht eintrafen. Die Minderauszahlungen gegenüber der BE betreffen Mieten für Gemeinschaftsunterkünfte i.H.v. -1.503 Tsd. EUR sowie Betreuungskosten für Gemeinschaftsunterkünfte im Umfang von -323 Tsd. EUR. Mehrauszahlungen erfolgten i.H.v. +148 Tsd. EUR für Sicherheitsdienste. Die Kosten hierfür waren nicht einschätzbar.

Produkt 36101 Tageseinrichtungen (§§ 22, 22a, 23 SGB VIII)

Die Planabweichung i.H.v. -166 Tsd. EUR setzt sich zusammen aus Mehrauszahlungen i.H.v. +623 Tsd. EUR und Minderauszahlungen i.H.v. -457 Tsd. EUR. Mehrauszahlungen erfolgten für Leistungen innerhalb von Einrichtungen - Absenkung Fachkraft-Kind-Verhältnis und Ausweitung mittelbare pädagogische Arbeit i.H.v. +207 Tsd. EUR. Die Landeszuweisung wird an die Träger der Kindertageseinrichtungen weitergeleitet. Neben der diesjährigen Zuweisung wurden für 2014 nicht ausgereichte Zuweisungen ausgezahlt. Weitere Mehrauszahlungen wurden getätigt für Kostenbeteiligungen innerhalb von Einrichtungen – Verpflegungskosten i.H.v. +153 Tsd. EUR. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 wurden die Folgen der Rechtsänderung im KiföG M-V, dass die Verpflegung von Kindern bis zum Schuleintritt integraler Bestandteil des Leistungsangebotes der Kindertageseinrichtungen ist, nicht ausreichend genau eingeschätzt. Höhere Minderauszahlungen erfolgten für Leistungen innerhalb von Einrichtungen - Förderung Kindertagesbetreuung (-166 Tsd. EUR), gezielte individuelle Förderung (-320 Tsd. EUR) sowie Fach- und Praxisberatung (-109 Tsd. EUR). Hier wurden zum Teil geringere Auszahlungen von den Trägern der Tageseinrichtungen abgerufen.

Produkt 36102 Tagespflege (§ 23 SGB VIII)

Die Absicherung einer Vertretung von Tagespflegepersonen im Krankheitsfall ist im Haushaltsjahr 2015 erstmals vereinbart worden, was zu Mehrauszahlungen i.H.v. +139 Tsd. EUR führte.

Produkt 36301 Schul- und Jugendsozialarbeit

Die Abweichungen von der BE in diesem Produkt i.H.v. insgesamt -163 Tsd. EUR sind zurückzuführen auf die temporäre Nichtbesetzung von Personalstellen infolge Beschäftigungsverbot bzw. Arbeitsunfähigkeit. Für die jeweils betreffenden Zeiträume sind keine Finanzmittel an die Leistungserbringer ausgereicht worden. Entspre-

chend den Regelungen zu Zuwendungen für Schulsozialarbeit wirken sich diese Minderauszahlungen stärker auf den kommunalen Haushalt im Vergleich zur Landesförderung aus.

Produkt 36303 Hilfe zur Erziehung

Den Mehrauszahlungen gegenüber der BE i.H.v. +1.896 Tsd. EUR stehen Minderauszahlungen im Volumen von -2.205 Tsd. EUR gegenüber.

Hauptleistungen außerhalb von Einrichtungen, die Mehrauszahlungen aufweisen, sind:

- Soziale Gruppenarbeit, hier Ausbau des Präventionsangebotes einer Schulwerkstatt (+72 Tsd. EUR)
- Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer (+202 Tsd. EUR) – durch Fallanstieg und Fallkostenanstieg
- Sozialpädagogische Familienhilfe (+335 Tsd. EUR)

Gegenüber der Haushaltsplanung sind mehr erzieherische Hilfen in Form von sozialpädagogischer Familienhilfe (+14 Zahlfälle) erforderlich gewesen; auch die tatsächlichen durchschnittlichen Fallkosten lagen etwas über den prognostizierten Kosten (+5 %), die sich sowohl infolge von gestiegenen Entgelten als auch Hilfeintensitäten ergaben.

- Vollzeithilfe, Verwandtenpflege (+260 Tsd. EUR)

Insbesondere die Leistung der Vollzeitpflege in Form von Verwandtenpflege wurde im Haushaltsjahr 2015 stärker in Anspruch genommen als bei der Haushaltsplanung berücksichtigt. Die damit einhergehenden Mehrauszahlungen konnten teilweise durch geringere durchschnittliche Auszahlungen je Fall kompensiert werden.

Hauptleistungen innerhalb von Einrichtungen, die Mehrauszahlungen aufweisen, sind:

- Erziehungsstellen (+221 Tsd. EUR)

Bei erforderlichen Fremdunterbringungen junger Menschen außerhalb ihrer Herkunftsfamilie konnte in den letzten Jahren die Unterbringung in Erziehungsstellen ausgebaut werden, die Unterbringung in Heimeinrichtungen wurde hiermit vermieden. Der Ausbau war zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht in dem Maße vorhersehbar. Während die Planung von durchschnittlich 12 Leistungsfällen in Erziehungsstellen ausging, wurden im Haushaltsjahr 2015 für durchschnittlich 17 Kinder und Jugendliche Leistungen dieser Art erbracht.

- Heimeinrichtungen UMA (+357 Tsd. EUR)
- Betreutes Wohnen UMA (+250 Tsd. EUR)

Im Haushaltsjahr 2015 sind infolge der Flüchtlingssituation unbegleiteten minderjährigen Ausländern in der Hansestadt Rostock erzieherische Hilfen gewährt worden. Für eine höhere Transparenz des Finanzvolumens für Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer neue Konten eröffnet worden. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 ist das Finanzvolumen für diese Leistungen nicht vorhersehbar gewesen.

- Kostenerstattungen an Sonstige (+147 Tsd. EUR)

Kostenerstattungen werden von anderen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe oder anderen Sozialleistungsträgern geltend gemacht. In der Regel sind die Kostenerstattungsansprüche zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht bekannt, so dass der Planansatz mit Hilfe von erfolgten Kostenerstattungen in den Vorjahren entwickelt wurde.

Wesentliche Leistungen außerhalb von Einrichtungen mit Minderauszahlungen sind:

- Institutionelle Beratung, Erziehungsberatung (-61 Tsd. EUR) - Ausbau der Leistung erst im IV. Quartal
- Vollzeithilfe (-88 Tsd. EUR)

Entgegen der in der Haushaltsplanung berücksichtigten Anzahl von erzieherischen Hilfen in Form von Vollzeitpflege waren mehr Kinder und Jugendliche in Pflegefamilien untergebracht (Summe Vollzeitpflege und Verwandtenpflege durchschnittlich + 18 Kinder und Jugendliche), die tatsächlichen Auszahlungen für diese Leistung waren jedoch geringer als bei der Haushaltsplanung kalkuliert.

- Gewinnung, Beratung, Begleitung Pflegeeltern - Pflegefamilienzentrum (-54 Tsd. EUR)

Aufgrund des geänderten Auszahlungszeitpunktes für den Leistungszeitraum Januar 2016 wurden im Haushaltsjahr 2015 nur 11 Leistungszeiträume (-monate) ausgezahlt.

- Sozialräumliche Angebotsentwicklung (-284 Tsd. EUR)

Durch den Jugendhilfeausschuss wurde mit Beschluss Nr. 2010/BV/1574 die Umsetzung der sozialräumlichen Angebotsentwicklung im Bereich der Hilfen zur Erziehung als Modellprojekt für die Dauer von drei Jahren festgeschrieben. Mit Beschluss Nr. 2013/BV/4495 wurde dazu die erste Fortschreibung beschlossen. Die innerhalb des Haushaltsjahres 2015 umgesetzten Maßnahmen bzw. Maßnahmenzeiträume wurden in Höhe des Erfüllungsstandes des PSK im Haushaltsjahr ausgezahlt.

- Kostenerstattungen (-316 Tsd. EUR)

Kostenerstattungen werden von anderen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe geltend gemacht, wenn entsprechend den gesetzlichen Regelungen die örtliche Zuständigkeit wechselt. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung ist nicht bekannt, welche Laufzeiten die erzieherischen Hilfen mit diesen Kostenerstattungsansprüchen haben und wann die Hilfen vom anderen örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe beendet werden. So wurde der Planansatz mit Hilfe von erfolgten Kostenerstattungen in den Vorjahren entwickelt.

Wesentliche Minderauszahlungen innerhalb von Einrichtungen sind:

- Heimeinrichtungen (-781 Tsd. EUR)

Im Haushaltsjahr 2015 erreichten die Steuerungsmaßnahmen im Bereich der erzieherischen Hilfen innerhalb von Einrichtungen erste Effekte. Einem weiteren Anstieg von erzieherischen Hilfen konnte durch Einzelfallsteuerungen entgegengewirkt werden, sodass entgegen den der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Zahlfällen tatsächlich weniger erzieherische Hilfen erforderlich waren (-15 Zahlfälle).

- Betreutes Wohnen (-417 Tsd. EUR)

Im Haushaltsjahr 2015 erreichten die Steuerungsmaßnahmen im Bereich der erzieherischen Hilfen innerhalb von Einrichtungen erste Effekte. Einem weiteren Fallzahlenanstieg konnte entgegengewirkt werden, die tatsächlichen durchschnittlichen Auszahlungen je Fall lagen unterhalb der im Rahmen der Haushaltsplanung prognostizierten Auszahlungen im Einzelfall.

- Intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung (-60 Tsd. EUR)

Diese Leistung wird nur in sehr seltenen Fällen gewährt, wegen der Intensität der Hilfen können die Auszahlungen für die Haushaltsplanung nur schwer prognostiziert werden, so dass der Planansatz für das Haushaltsjahr mit Hilfe von Erfahrungswerten geschätzt wurde.

Produkt 36304 Hilfen für junge Volljährige

Minderauszahlungen i.H.v. -271 Tsd. EUR für Betreutes Wohnen, die erzielt wurden aufgrund der Steuerungsmaßnahmen im Bereich der erzieherischen Hilfe (kein Fallzahlen- und Fallkostenanstieg), konnten die Mehrauszahlungen i.H.v. +776 Tsd. EUR nicht kompensieren. Hauptgründe für die ausgewiesenen Mehrauszahlungen sind eine Nichtbeachtung von Buchungsveränderungen mit Produkt 36306 (hier Minderauszahlungen) (+554 Tsd. EUR) sowie eine erstmalig in 2015 angelegte Leistung (deshalb ohne BE) für Betreutes Wohnen für inzwischen Volljährige UMA (+115 Tsd. EUR) und ein geplanter aber nicht eingetretener Rückgang bei ambulanten Leistungen (+107 Tsd. EUR).

Produkt 36305 Vorläufige Maßnahmen zum Schutz von Kindern und Jugendlichen

Es entstanden Mehrauszahlungen für Inobhutnahmen i.H.v. +204 Tsd. EUR. Mit Geltung ab August 2015 wurde die Leistung des Kinder- und Jugendnotdienstes neu vereinbart, zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung waren die Änderungen der fachlichen Inhalte sowie die Höhe der vereinbarten Entgelte nicht ersichtlich. Darüber hinaus sind im Einzelfall mehr Inobhutnahmen außerhalb des Kinder- und Jugendnotdienstes erforderlich gewesen, beeinflusst auch durch die Flüchtlingssituation und der daraus folgenden Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern im Kinder- und Jugendnotdienst (+79 Tsd. EUR).

Des Weiteren sind im Haushaltsjahr 2015 infolge der Flüchtlingssituation unbegleitete minderjährige Ausländer in der Hansestadt Rostock in Obhut genommen worden. Für eine höhere Transparenz des Finanzvolumens für Leistungen für unbegleitete minderjährige Ausländer wurde ein neues Konto eröffnet. Hier wurden alle Leistungen der Inobhutnahme von unbegleiteten minderjährigen Ausländern gebucht, soweit sie nicht durch den Kinder- und Jugendnotdienst erbracht wurden. Zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung 2015 ist das Finanzvolumen für diese Leistung nicht vorhersehbar gewesen (+125 Tsd. EUR).

Produkt 36306 Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche

Für ambulante Leistungen der Berufsausbildung und sonstige ambulante Leistungen wurde zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung der Anteil der einzelnen Eingliederungsleistungen geschätzt. Im Jahr 2015 waren hier mehr Hilfen erforderlich als eingeschätzt worden war (+518 Tsd. EUR)

Kostenerstattungen werden von anderen örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe oder anderen Sozialleistungsträgern geltend gemacht. In der Regel sind die Kostenerstattungsansprüche zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung nicht bekannt, so dass der Planansatz mit Hilfe von erfolgten Kostenerstattungen der Vorjahre entwickelt wurde (+84 Tsd. EUR)

Bei der Haushaltsplanung wurde der Anteil der einzelnen ambulanten Eingliederungsleistungen geschätzt. Insgesamt über alle ambulanten Eingliederungshilfen waren in diesem Jahr mehr Hilfen erforderlich, im Bereich Schule jedoch weniger als zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung angenommen (-384 Tsd. EUR).

Entgegen den in der Haushaltsplanung zugrunde gelegten Zahlfällen auf der Grundlage von Vorjahreswerten waren tatsächlich weniger stationäre Eingliederungshilfen für Kinder und Jugendliche erforderlich (-10 Zahlfälle), somit konnten die tatsächlich höheren Auszahlungen je Fall im Vergleich zu den der Haushaltsplanung zugrunde gelegten durchschnittlichen Auszahlungen je Fall (+1,5 %) kompensiert werden (-636 Tsd. EUR). Eine Anpassung des Haushaltsansatzes im Produkt 36304 hätte Anwendung finden müssen (Verringerung des Haushaltsansatzes um -302 Tsd. EUR).

TH 60 Bauamt

Produkt 51106 Durchführung städtebaulicher Maßnahmen

Für die städtebauliche Maßnahme „Sanierung Stadtzentrum“ erfolgte kein vollständiger Kassenmittelabruf (-109 Tsd. EUR).

Produkt 52100 Bauverwaltung und Bauordnung

Die Auszahlungen für Fremdprüfungen (Statik und Brandschutz) weichen in der Erfüllung um +58 Tsd. EUR von der Planung für das Haushaltsjahr 2015 ab, da mehr Beauftragungen notwendig waren. Die Mehrauszahlungen sind durch Mehreinzahlungen gedeckt. Dagegen sind die Auszahlungen für Vergütungen an Sachverständige um -33 Tsd. EUR geringer ausgefallen.

TH 61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft

Produkt 51102 Stadtentwicklung und städtebauliche Planung

Bei den Auszahlungen für städtebauliche Planungen, Landschaftsplanungen und den Auszahlungen für die Erstellung von Bebauungsplänen - Planungsleistungen zur Ausweisung von Gewerbeflächen kam es im Verlauf des Haushaltsjahres 2015 insgesamt zu Minderauszahlungen in Höhe von -153 Tsd. EUR. Diese Minderauszahlungen resultierten aus B-Plan-Verfahren, die in 2015 nicht vollständig realisiert werden konnten und deren Bearbeitung aus einer Reihe von objektiven Gründen in 2016 erfolgt (u.a. B-Plan "Warnemünde An der Stadtautobahn", B-Plan und GOP "Warnemünde-Mittelmole", B-Plan "Kehrwieder", B-Plan "Groter Pohl westlicher Teil", B-Plan "Gewerbegebiet Ehemaliger Schlachthof Bramow" sowie B-Plan und GOP "Petersdorfer Straße").

Produkt 51103 Städtebauliche Sanierungs- und Entwicklungsmaßnahmen

Die Mehrauszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte im Volumen von +55 Tsd. EUR resultieren aus der Finanzierung von Planungsleistungen im Rahmen der Olympiabewerbung der HRO. Der Ende 2014 geplante Mittelabruf der RGS für den Wettbewerb Bussebart musste daher in 2015 verschoben werden. Zum Zeitpunkt der Planung war dies nicht bekannt. Finanziert wird außerdem die Dokumentation für die Ausstellungspräsentation "4. Zukunftsforum Nordost". Durch den Wegfall des Modellbauers werden die Anfertigungen von Modellen nach außen vergeben.

TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Produkt 11402 Liegenschaften

Die Auszahlungen zur Unterhaltung der Grundstücke und baulichen Anlagen weichen um -44 Tsd. EUR von der BE ab. Der Dienstleistungsvertrag zur Baumerfassung und Begutachtung konnte erst im November 2014 geschlossen werden. Somit konnten gegenüber 2015 nur Teilleistungen abgerechnet werden.

TH 66 Tief- und Hafenbauamt

Produkt 54101 Gemeindestraßen

Es sind Minderauszahlungen von -252 Tsd. EUR gegenüber der BE 2015 bei der Unterhaltung der Brücken, Tunneln und ingenieurtechnischen Anlagen durch die unvorhersehbaren Personalprobleme im Sachgebiet Brückenbau zu verzeichnen. Durch Wegfall von zwei Sachbearbeitern konzentrierten sich die durchzuführenden Arbeiten hauptsächlich auf den investiven Bereich (Schleusenbrücke, Klosterbachbrücke, Petribrücke, Durchlass Gr.-Klein). In der Unterhaltung kam es demzufolge zu einer geringeren Anzahl von Aufträgen.

Zudem waren für die Wartungs- und Reparaturleistungen an Straßenbeleuchtungsanlagen die Auszahlungen an die Fa. Stadtwerke AG geringer ausgefallen als ursprünglich geplant (-260 Tsd. EUR). Auch im Bereich der Schadensfälle konnten -201 Tsd. EUR eingespart werden.

Produkt 54805 Spülfeldbewirtschaftung - BgA

Bodentransporte wurden geringer abgerechnet als in der BE geplant, wodurch es zu Minderauszahlungen in Höhe von -121 Tsd. EUR kam.

TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

Produkt 55100 Stadtgrün

Die festwertfinanzierten Auszahlungen für die Unterhaltung von Spielanlagen (Sanierung, Neubau, Erwerb) liegen um -112 Tsd. EUR unter der BE.

Produkt 55303 Krematorium - BgA

Im Produkt „Krematorium - BgA“ liegen Minderauszahlungen i.H.v. insgesamt -131 Tsd. EUR bei unterschiedlichen Steuerarten vor.

TH 73 Amt für Umweltschutz

Produkt 53701 Abfallwirtschaft

Es erfolgten Mehrauszahlungen gegenüber der BE für Kostenerstattungen an private Unternehmen i.H.v. +294 Tsd. EUR aufgrund höherer Kosten bei der Altpapierverwertung und Minderauszahlungen i.H.v. -336 Tsd. EUR für die Stadtreinigung aufgrund der Preisentwicklung.

Produkt DSD

Es ergaben sich Minderauszahlungen zur BE i.H.v. -107 Tsd. EUR, hauptsächlich durch gesunkene Auszahlungen bei der Unterhaltung von Grundstücken (-27 Tsd. EUR), der Herstellung von Informationsmaterial (-34 Tsd. EUR) und den Auszahlungen für Dienstleistungen an Dritte (-26 Tsd. EUR).

Produkt 54501 Straßenreinigung, Winterdienst

Die Auszahlungen für Kostenerstattungen an verbundene Unternehmen liegen um -76 Tsd. EUR unter der BE 2015. Bei Großbaustellen und Winterdienst erfolgt keine Abrechnung der Straßenreinigung nach km, die WD-Abrechnung ist eine Pauschale.

Produkt 54502 Sonderreinigung

Im Haushaltsjahr 2015 erfolgte die Übernahme von 1.000 Papierkörben vom Amt für Stadtgrün, was zu geringeren Kostenerstattungen im Volumen von -46 Tsd. EUR führte.

Produkt 55403 Immissionsschutz

Für Vergütungen einschließlich Reisekosten an Sachverständige wurden +164 Tsd. EUR mehr ausgezahlt. Diese Auszahlungen erfolgten für das Projekt ABC.Multimodal, welches in 2015 beendet wurde (Mehreinzahlungen berechtigen zu Mehrauszahlungen).

TH 74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit sind Mehrauszahlungen i.H.v. +1 Tsd. EUR im Vergleich zur BE angefallen, überwiegend aufgrund höherer Personal- und Versorgungsauszahlungen i.H.v. +15 Tsd. EUR und geringerer Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen, beispielsweise für die Tierseuchenbekämpfung wurden nicht alle Mittel benötigt (-9 Tsd. EUR).

TH 82 Stadtforstamt

Produkt 55306 Ruheforst

Zweckgebundene Mehreinzahlungen aus Verträgen über Beisetzungen führten zu Mehrauszahlungen gegenüber der Ruheforst GmbH i.H.v. +33 Tsd. EUR.

Produkt 55500 Kommunale Forstwirtschaft

Für Dienstleistungen durch Dritte im Projekt „Entdeckerpfad“ kamen -128 Tsd. EUR weniger zur Auszahlung. Die Aufträge konnten nicht zeitnah vergeben werden.

Neben den Mehrauszahlungen für die Unterhaltung von Grünanlagen aufgrund zusätzlicher Kosten für den Zaunbau und Aufforstungen (+71 Tsd. EUR) und die Haltung von Fahrzeugen (+17 Tsd. EUR) - alles in Folge der Beseitigung der Sturmschäden - sind auch Minderauszahlungen für Saat- und Pflanzgut (-51 Tsd. EUR) und die Wartung und Pflege der Rad- und Gehwege (-51 Tsd. EUR) zu verzeichnen. Hier erfolgen die Auszahlungen nach Rechnungslegung erst in 2016. Insgesamt wurden für Sach- und Dienstleistungen -30 Tsd. EUR weniger ausgezahlt.

TH 83 Hafen- und Seemannsamt

Produkt 12208 Hafen- und Schifffahrtsangelegenheiten/ Seemannsamt

Bei den Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit weicht der Erfüllungsstand insgesamt i.H.v. -107 Tsd. EUR von der BE ab, hauptsächlich aufgrund geringerer Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen i.H.v. -33 Tsd. EUR und sonstiger laufender Auszahlungen i.H.v. -93 Tsd. EUR. Die Personal- und Versorgungsauszahlungen weichen i.H.v. +19 Tsd. EUR von der BE ab.

Für die Unterhaltung von Fahrzeugen und Schiffen wurden insgesamt -29 Tsd. EUR weniger benötigt. Die sonstigen laufende Auszahlungen sind geringer, weil entsprechend dem Änderungsbeschluss zum Haushaltsplan 2015/16 für die Instandhaltung der „Likedeeler“ keine Auszahlungen in der geplanten Höhe erfolgten.

TH 90 Zentrale Finanzdienstleistungen

61101 Steuern

Hier verringert sich die Gewerbesteuerumlage um -9 Tsd. EUR, die in Abhängigkeit von der Höhe der eingenommenen Gewerbesteuer an das Land zu leisten ist.

1.2.2 Investitionstätigkeit

1.2.2.1 Einzahlungen aus der Investitionstätigkeit

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit nach TH in EUR	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03 Büro des Oberbürgermeisters	0	0	0
10 Hauptamt	0	0	0
12 Beteiligungen und Eigenbetriebe	0	0	0
37 Brandschutz- und Rettungsamt	396.600	756.887	360.287
40 Amt für Schule und Sport	75.200	11.185	-64.015
42 Stadtbibliothek	0	0	0
44 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	5.000	0	-5.000
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	0	0	0
47 Archiv der Hansestadt Rostock	0	100	100
50 Amt für Jugend und Soziales	156.000	679.802	523.802
53 Gesundheitsamt	0	0	0
60 Bauamt	6.200	10.899	4.699
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	1.501.200	1.502.501	1.301
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	5.400.500	5.079.852	-320.648
66 Tief- und Hafenbauamt	29.411.700	8.317.593	-21.094.107
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	661.200	303.776	-357.424
73 Amt für Umweltschutz	46.800	222.867	176.067
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	0	4	4
82 Stadtforstamt	0	0	0
83 Hafen- und Seemannsamt	162.200	162.193	-7
90 Zentrale Finanzdienstleistungen	15.053.400	15.053.465	65

TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

Produkt 12601 Brandschutz

Die Erfüllung bei den Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land weicht um +362 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Ursächlich ist eine in dieser Höhe nicht geplante, zweckgebundene Zuweisung des Landes für den vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz an die HRO aus der vom Bund erhobenen Feuerschutzsteuer. Grundlage bildet jeweils der jährliche Zuwendungsbescheid des Landes. Aufgrund der Tatsache, dass die Länder einen Anteil zur Finanzierung der Landeseinrichtungen im Bereich Brandschutz (Feuerweherschule, Landesverbände) verwenden und den weiteren Anteil an die örtlichen Feuerwehren weitergeben, damit diese ihre Mindestausrüstungsordnung erfüllen, sind die jährlichen Einzahlungen an die HRO schwer planbar und haben sich an den Vorjahreswerten ausgerichtet.

TH 50 Jugend und Soziales

Produkt 36101 Tageseinrichtungen

Bei den Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land wird die BE 2015 um +618 Tsd. EUR überschritten. Die Einzahlungen beruhen auf einem Investitionsprogramm für die Jahre 2013 bis 2016. Je nach Beantragung von Investitionsmitteln durch die Träger von Kindertageseinrichtungen werden durch die Hansestadt Rostock diese Mittel beim Land beantragt und abgerufen sowie in der Folge an die Träger der Kindertageseinrichtungen ausgezahlt.

Produkt 31302 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)

Die in der BE 2015 veranschlagten Investitionszuwendungen vom Land wurden nicht benötigt (-135 Tsd. EUR).

TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Produkt 11402 Liegenschaften

Die Einzahlungen für Sachanlagen liegen um -363 Tsd. EUR unter der BE. Die Fälligkeit aus einigen Grundstücksveräußerungen war bis zum 31.12.2015 noch nicht gegeben.

TH 66 Tief- und Hafenbauamt

Produkt 54101 Gemeindestraßen

Es wurden Mindereinzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land für die Maßnahmen „Straßenausbau Rigaer Str.“ (-500 Tsd. EUR), Seebad Warnemünde (-216 Tsd. EUR) und Parkstraße (-84 Tsd. EUR), aber auch Mehreinzahlungen für die Maßnahmen „ÖPNV-Anlagen“ (+165 Tsd. EUR) und „Stützwand 34 Bahnhoftsstraße“ (+897 Tsd. EUR) verbucht.

Im Haushaltsjahr 2015 wurden ca. +186 Tsd. EUR aus der Stellplatzabläse eingenommen, hier wurde nur mit einer sehr geringen BE von 5 Tsd. EUR geplant.

Es wurden Straßenausbaubeiträge für Maßnahmen in den Bereichen Seebad Warnemünde, Kirchenstraße, Anastasiastraße, Ostseeweg, Alexandrinenstr. Süd und L.-Feuerbach-Weg eingezahlt. Zudem ist die Vorauszahlung der Straßenausbaubeiträge am Universitätsklinikum Schillingallee (Abschnitt Stempelstr.) erfolgt. Insgesamt beträgt die Abweichung zur BE etwa -692 Tsd. EUR.

Vom sonstigen öffentlichen Bereich liegen Mindereinzahlungen aus Investitionszuwendungen in Höhe von -100 Tsd. EUR für das Bauvorhaben Schillingallee vor. Entgegen der ursprünglichen Planung erfolgen die Einzahlungen nicht mehr in 2015. Der Vertrag zur Kostenbeteiligung der Eurawasser Nord liegt noch nicht bestätigt vor.

Produkt 54200 Kreisstraßen

Die zweckgebundenen Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land liegen um -249 Tsd. EUR unter der BE 2015. Die Fördermittel für das Bauvorhaben „Tannenweg“ sind nicht mehr im Haushaltsjahr 2015 eingegangen. Die Erfüllung bei den Anzahlungen für Beiträge von Zweckverbänden weicht um -192 Tsd. EUR von der BE ab. Die Vereinbarung mit dem WWAV und EWN für das Bauvorhaben „Tannenweg“ ist noch nicht unterzeichnet.

Produkt 54300 Landesstraßen

Die für das Haushaltsjahr 2015 veranschlagten zweckgebundenen investiven Fördermittel vom Land M-V für die Maßnahme "Vierstreifiger Ausbau Hinrichsdorfer Straße" sind teilweise schon zum Ende des Jahres 2014 eingegangen. Für den 2. BA steht der FM-Bescheid noch aus. Die Abweichung der Erfüllung zur BE beträgt -1.104 Tsd. EUR.

Produkt 54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA

Es liegen Mindereinzahlungen im Volumen von -1.295 Tsd. EUR bei den Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land (zweckgebunden) vor. Der Grund ist eine Mittelfreimeldung an das Land von der HRO für die Maßnahme „Gewerbegebiet Groß Klein“. Die Hochrechnung der Kosten ergab, dass zur Finanzierung des Vorhabens die Zuschüsse nicht mehr benötigt werden. Zudem weicht die Erfüllung bei den Anzahlungen auf Investitionszuwendungen von verbundenen Unternehmen um -3.261 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Das Konto dient der Weiterberechnung an die HERO.

Produkt 54803 HERO

Für das Vorhaben Neubau LP 23 liegt kein Zuwendungsbescheid vor. Die Mindereinzahlungen im Vergleich zur BE 2015 betragen -14.489 Tsd. EUR.

TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

Produkt 55401 Natur- und Landschaftsschutz

Die Erfüllung 2015 für Anzahlungen auf Sonderposten zum Anlagevermögen vom privaten Bereich weicht um - 618 Tsd. EUR von der BE ab, da keine Zahlungen aus dem Naturschutzausgleich (Ökokonto) für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen, wie z.B. städtische Baumpflanzungen, eingegangen sind. Verträge wurden nicht geschlossen bzw. nicht realisiert.

TH 73 Amt für Umweltschutz

Produkt 55201 Gewässerunterhaltung und -aufsicht

Bei den zweckgebundenen Anzahlungen auf Investitionszuwendungen vom Land weicht die Erfüllung um +150 Tsd. EUR von der BE ab. Dem Amt liegen Zuwendungsbescheide für die Wasserbaumaßnahmen „Umbau Schmarler Bach“ und „Neubau Schöpfwerk Graal-Müritz“ vor. Im unterjährigen Haushaltsvollzug beteiligte sich das Staatliche Amt für Landwirtschaft und Umwelt M-V mit Fördermitteln, die durch den Wasser- und Bodenverband M-V an die Hansestadt Rostock ausgezahlt werden.

Produkt 55403 Immissionsschutz

Die Anzahlungen auf Investitionszuwendungen von der EU liegen um +72 Tsd. EUR über der BE für das Haushaltsjahr 2015. Es erfolgte eine Einzahlung von noch fehlenden Investitionsmitteln aus einem EU-Projekt.

1.2.2.2 Auszahlungen aus der Investitionstätigkeit

Auszahlungen aus Investitionstätigkeit nach TH in EUR	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03 Büro des Oberbürgermeisters	157.498	32.559	-124.939
10 Hauptamt	1.757.095	855.479	-901.616
12 Beteiligungen und Eigenbetriebe	9.000	1.476	-7.524
14 Rechnungsprüfungsamt	27.700	24.443	-3.257
20 Finanzverwaltungsamt	145.658	80.358	-65.300
30 Rechtsamt	14.600	0	-14.600
32 Stadtamt	438.897	92.994	-345.903
37 Brandschutz- und Rettungsamt	8.850.279	1.389.201	-7.461.078
40 Amt für Schule und Sport	7.274.136	5.785.455	-1.488.681
42 Stadtbibliothek	23.300	9.810	-13.490
43 Volkshochschule	121.332	50.464	-70.868
44 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	137.391	59.713	-77.677
45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	2.915.507	393.186	-2.522.321
47 Archiv der Hansestadt Rostock	41.200	0	-41.200
50 Amt für Jugend und Soziales	893.343	938.483	45.140
53 Gesundheitsamt	63.927	2.059	-61.868
60 Bauamt	8.652.732	7.912.968	-739.765
61 Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	1.530.157	1.520.508	-9.650
62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	4.650.765	1.275.020	-3.375.745
66 Tief- und Hafenbauamt	54.434.591	21.545.268	-32.889.323
67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	3.055.281	1.913.911	-1.141.370
73 Amt für Umweltschutz	3.463.906	1.236.924	-2.226.982
74 Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	30.000	5.022	-24.978
82 Stadtforstamt	240.301	53.222	-187.080
83 Hafen- und Seemannsamt	199.910	177.622	-22.288

TH 03 Büro des Oberbürgermeisters

Produkt 11108 Beauftragter für Migranten und Behindertenbeauftragter

Die Erfüllung bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) weicht um -50 Tsd. EUR von der BE 2015 ab, da für die Investitionsmaßnahme „Interkultureller Garten“ im Haushaltsjahr 2015 nicht realisiert wurde. Der Rest der Abweichungen im TH setzt sich aus vielen kleinen Einzelpositionen zusammen.

TH 10 Hauptamt

Produkt 11401 Verwaltungsangelegenheiten

Bei den Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen sowie den Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens liegt Erfüllung insgesamt um -192 Tsd. EUR unter der BE, da der Haushaltsplan erst spät genehmigt wurde. Die geplanten Anschaffungen (Erwerb VW-Bus, Elektrische Datum- und Perforiermaschine, Mobiliar- und Einrichtungsgegenstände, geringwertige Arbeitsgeräte) erfolgen in den Folgejahren, es wurden Haushaltsausgabereste gebildet.

Produkt 11404 Information und Kommunikation

Einige geplante Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) im Hochbau wurden im Haushaltsvollzug auf anderen Konten verbucht bzw. Maßnahmen in anderen TH direkt zugeordnet (-377 Tsd. EUR). Das betrifft u.a. die Gebäudevernetzung diverser Ämter und Hard- und Software sowie Vernetzung für die Maßnah-

me „Bildungsnetzwerk Rostock“. Bei den Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens wurden geplante Maßnahmen nicht vollständig abgeschlossen, es wurden Haushaltsausgabereste in einem Volumen von ca. -496 Tsd. EUR gebildet. Das betrifft u.a. Mittel für die Ersatzbeschaffung von TK-Anlagen, Ersatz von Server- und zentralen Netzkomponenten, Mittel für Plattenausrüstung zentrale Speicher, Ersatz Citrix-Server Farm und PC-Technik.

TH 20 Finanzverwaltungsamt

Produkt 11601 Finanzen

Die Auszahlungen für Konzessionen, Lizenzen und andere Schutzrechte weichen um -51 Tsd. EUR von der BE 2015 ab, da sich die Beschaffung einer Software für den Gesamtabschluss um 1 Jahr verzögert.

TH 32 Stadtamt

Produkt 12201 Ordnungsangelegenheiten

Die Erfüllung bei den Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen liegt um -215 Tsd. EUR unterhalb der BE 2015. Die geplanten Investitionen konnten im Haushaltsjahr 2015 nicht mehr getätigt werden.

TH 37 Brandschutz- und Rettungsamt

Produkt 12601 Brandschutz

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit weichen insgesamt um -5.861 Tsd. EUR von der BE ab. Durch eine späte Auftragsvergabe wurde die für 2015 geplante Auslieferung von Löschfahrzeugen für die Berufsfeuerwehr und für die Freiwilligen Feuerwehren verschoben, auch der geplante Erwerb von Drehleitern und die Beschaffung des Wechselladers für die Berufsfeuerwehr konnte nicht mehr erfolgen. Damit weicht die Erfüllung bei den Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen um -3.957 Tsd. EUR von der BE ab. Bei der Auftragserteilung für Investitionen kam es zu Verzögerungen infolge des späten Beschlusses zur Haushaltssatzung. Die Erfüllung bei den Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens liegt um -1.792 Tsd. EUR unter der BE 2015. Das betrifft Maßnahmen wie den Erwerb von Abrollbehältern, die technische Ausstattung der Leitstelle und den Abschluss der BOS Digitalfunkausrüstung inklusive der Anbindung an die Leitstelle. Bei einigen Maßnahmen wurden bereits in 2015 Haushaltsreste aus dem Vorjahr in großem Umfang übertragen und bisher noch nicht verwendet.

Produkt 12700 Rettungsdienst

Die Auslieferung von Rettungsdienstfahrzeugen erfolgt erst im Jahr 2016. Somit weicht die Erfüllung der Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen um -778 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Die Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens liegen um -506 Tsd. EUR unter der BE, da der Um- und Ausbau der Leitstelle wegen der dringenden Sanierung eines Gebäudes der Feuerwache I ausgesetzt werden muss. Zudem weichen die Auszahlungen für Konzessionen und Lizenzen um -213 Tsd. EUR von der BE 2015 ab.

TH 40 Amt für Schule und Sport

Produkt 21704 Gymnasium Reutershagen

Die Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände und für bewegliche Sachen des Anlagevermögens weichen insgesamt um -707 Tsd. EUR von der BE ab. Investitionen im Zusammenhang mit dem Neubau des Schulgebäudes wurden noch nicht vollständig abgerechnet.

Produkt 23102 Berufsschule Metalltechnik

In der Berufsschule Metalltechnik liegen die Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände um -152 Tsd. EUR unter der BE, weil eine Maßnahme noch nicht abgerechnet wurde.

TH 45 Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen

Produkt 62203 Stiftung zur Förderung von Kultur und Theater in der Hansestadt Rostock

Die Stiftung konnte erste Ende 2015 ihre Arbeit aufnehmen, es wurden Mittel in das Haushaltsjahr 2016 übertragen. Dementsprechend ergibt sich eine Abweichung zur BE bei den Auszahlungen für Finanzanlagen an rechtsfähige kommunale Stiftungen (-2,0 Mio. EUR).

Produkt 28100 Kultur

Bei den Auszahlungen für Kunstgegenstände und Denkmäler wurde die BE 2015 in der Erfüllung um -341 Tsd. EUR unterschritten. Die Grundsanierung des Matrosendenkmals hat begonnen, es wurden jedoch Mittel in 2016 übertragen.

TH 50 Jugend und Soziales

Produkt 31302 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG - Ernährung, Kleidung, Gesundheits- und Körperpflege)

Die in der BE 2015 veranschlagten Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens wurden nicht ausgezahlt (-135 Tsd. EUR).

Produkt 31306 Durchreisende Flüchtlinge

Die Abweichung zur BE bei den Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens (-244 Tsd. EUR) resultiert aus der Tatsache, dass das Produkt 31306 aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen aus Kriegs- und Krisenregionen (insbesondere Transitflüchtlinge) im Haushaltsjahr 2015 eingerichtet wurde, die Mittel jedoch letztendlich nicht im geplanten Umfang benötigt wurden.

Produkt 36101 Tageseinrichtungen

Bei den Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände wird die BE 2015 um +617 Tsd. EUR überschritten. Die Auszahlungen beruhen auf einem Investitionsprogramm für die Jahre 2013 bis 2016. Je nach Beantragung von Investitionsmitteln durch die Träger von Kindertageseinrichtungen werden durch die Hansestadt Rostock diese Mittel beim Land beantragt und abgerufen sowie in der Folge an die Träger der Kindertageseinrichtungen ausgezahlt.

TH 60 Bauamt

Produkt 51106 Durchführung städtebaulicher Maßnahmen

Die Auszahlungen für Anzahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände weichen in der Erfüllung um -684 Tsd. EUR von der BE 2015 ab. Es erfolgte kein vollständiger Kassenmittelabruf von Städtebaufördermitteln im Haushaltsjahr 2015. Zudem kommt es zur zeitlichen Verschiebung von Maßnahmen, es werden entsprechende Haushaltsausgabereste gebildet.

TH 62 Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt

Produkt 11402 Liegenschaften

Die Erfüllung bei den Auszahlungen für den Erwerb unbebauter Grundstücke und grundstücksgleicher Rechte liegt um -3.306 Tsd. EUR unter der BE 2015. Die Fälligkeit aus einigen Grundstücksanläufen war bis zum 31.12.2015 noch nicht gegeben. Die weiteren geplanten Ankaufsabsichten werden zur Zeit nicht umgesetzt.

TH 66 Tief- und Hafenbauamt

Produkt 54101 Gemeindestraßen

Bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen weicht die Erfüllung um -9.093 Tsd. EUR von der BE ab. Die Abrechnung der einzelnen Baumaßnahmen erfolgt nach Baufortschritt in 2015, es werden Mittel in das nächste Haushaltsjahr übertragen (siehe Anlage 11).

Produkt 54200 Kreisstraßen

Die Erfüllung bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen liegt im Produkt „Kreisstraßen“ um -1.037 Tsd. EUR unter der BE 2015. Die bisher verbuchten Auszahlungen betreffen die Maßnahme „Ausbau Tannenweg“ (443 Tsd. EUR), Erneuerung der Straßenbeleuchtung sowie Radweg Markgrafenheide. Weitere geplante Baumaßnahmen sind in 2015 noch nicht abgeschlossen worden.

Produkt 54300 Landesstraßen

Im Produkt „Landesstraßen“ weicht die Erfüllung um -3.203 Tsd. EUR von der BE 2014 ab. Im Haushaltsjahr 2015 ergaben sich Minderauszahlungen bei den Maßnahmen „Brücke 105 Tessiner Straße“, „Geh- und Radweg Hamburger Straße“ sowie im 2. Bauabschnitt beim vierspurigen Ausbau der Hinrichsdorfer Straße, hier erfolgte noch keine Ausschreibung wegen einem fehlenden Fördermittelbescheid.

Produkt 54801 Maritime Wirtschaft und Hafenbau

Die beauftragten Planungskosten wurden nur teilweise kassenwirksam (-314 Tsd. EUR).

Produkt 54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA

Es liegen Minderauszahlungen im Volumen von -4.562 Tsd. EUR bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen vor. Die geplanten Bauvorhaben sind noch nicht abgeschlossen (siehe Anlage 11).

Produkt 54803 HERO

Für das Vorhaben Neubau LP 23 liegt kein Zuwendungsbescheid vor. Die Minderauszahlungen im Vergleich zur BE 2015 betragen -14.489 Tsd. EUR.

TH 67 Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege

Produkt 55100 Stadtgrün

Bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen liegt die Erfüllung um -278 Tsd. EUR unter der BE 2015. Minderauszahlungen sind bei den Maßnahmen „Gerätespielplatz An den Bühnen“, „Spielanlage Mörikeweg“, „Park Alter Warnowarm“ und Spielplatzausstattungen festzustellen. Es müssen noch Eigenleistungen abgerechnet werden.

Es wird ein Haushaltsausgaberest für das Multifunktionale Fahrzeug mit Ladekran gebildet, da die Lieferung wegen Umbauarbeiten infolge hoher Nachfrage bei der Herstellungsfirma nicht mehr in diesem Jahr erfolgen konnte. Die Erfüllung bei den Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen weicht um -110 Tsd. EUR von der BE ab.

Produkt 55401 Natur- und Landschaftsschutz

Die Auszahlungen für Baumaßnahmen an unbebauten Grundstücken liegen um -873 Tsd. EUR unter der BE 2015. Zweckgebundene Mindereinzahlungen bei den Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen führen zu Minderauszahlungen. Den größten Anteil an der Abweichung haben das Maritime Gewerbegebiet Groß Klein (-408 Tsd. EUR), das Ökokonto (-200 Tsd. EUR) und die Kostenerstattungssatzung (-20 Tsd. EUR). Ein Betrag von 235

Tsd. EUR wurde falsch geplant, die Mittel müssen dem KOE für Unterhaltungspflege für die Folgejahre im Ergebnishaushalt zugeordnet werden.

TH 73 Amt für Umweltschutz

Produkt 53301 Kommunale Wasserversorgung

Die Abweichung der Erfüllung zur BE beträgt bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen etwa -145 Tsd. EUR. Der Löschwasserteich Stadtweide ist eine Fortführungsmaßnahme, für die in 2015 bisher nur Planungsleistungen finanziert worden sind. Die Fertigstellung eines unterirdischen Löschwasserbehälters hat sich wegen Variantenuntersuchungen nach 2016 verschoben.

Produkt 55201 Gewässerunterhaltung und -aufsicht

Bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen im Produkt „Gewässerunterhaltung und -aufsicht“ beträgt die Abweichung zur BE 2015 insgesamt -1.848 Tsd. EUR. Die Minderauszahlungen betreffen die Investitionen „Zuschuss an WBV zum Neubau Schöpfwerk Graal-Müritz“ (-159 Tsd. EUR), Baumaßnahme Laaksystem (-295 Tsd. EUR), Rückbau Altlast Schutower Abzugsgraben (-98 Tsd. EUR), Baumaßnahme Radelbach (-108 Tsd. EUR), Baumaßnahme Hasenbäk (-92 Tsd. EUR), Umbaumaßnahme Schmarler Bach (-798 Tsd. EUR) und Renaturierung 1. Bauabschnitt Gew. Reutershagen (-540 Tsd. EUR).

TH 82 Stadtforstamt

Produkt 55500 Kommunale Forstwirtschaft

Die Erfüllung bei den Auszahlungen für Baumaßnahmen (-77 Tsd. EUR), den Auszahlungen für bewegliche Sachen des Anlagevermögens (-36 Tsd. EUR) und den Auszahlungen für Fahrzeuge, Maschinen und technische Anlagen (-66 Tsd. EUR) weicht von der BE 2015 ab, weil Investitionen in das Folgejahr verschoben wurden.

1.3 Ergebnisrechnung

1.3.1 Gesamtergebnis

Im Haushaltsjahr 2015 beträgt die Buchungsermächtigung für das lfd. Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit -11,0 Mio. EUR, für das Finanzergebnis 12,9 Mio. EUR und für das außerordentliche Ergebnis 0 EUR. Insgesamt ist ein Jahresergebnis von +1,9 Mio. EUR in der BE vorgesehen.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	579.228.933	577.105.643	-2.123.290
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	590.270.433	573.342.065	-16.928.368
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-11.041.500	3.763.578	14.805.078
Zinserträge und Sonstige Finanzerträge	21.527.800	16.275.825	-5.251.975
Zinsaufwendungen und Sonstige Finanzaufwendungen	8.576.900	7.621.404	-955.496
Finanzergebnis	12.950.900	8.654.420	-4.296.480
Ordentliches Ergebnis	1.909.400	12.417.999	10.508.599
Außerordentliche Erträge	0	12	12
Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0
Außerordentliches Ergebnis	0	12	12
Jahresergebnis	1.909.400	12.418.011	10.508.611

Die vorläufige Ergebnisrechnung zum 31.12.2015 mit Stand vom 07.04.2016 weist einen Jahresüberschuss von +12,4 Mio. EUR aus.

Die unterjährige Entwicklung im Ergebnishaushalt entspricht inhaltlich im Wesentlichen den Ausführungen zu den Ein- und Auszahlungen des Finanzhaushaltes. Die endgültige Erfüllung bei den Abschreibungen und den Erträgen aus der Auflösung von Sonderposten wird erst nach Vorliegen der Vorjahresabschlüsse feststehen.

1.3.2 Laufende Verwaltungstätigkeit

Nachfolgend werden die für die laufende Verwaltungstätigkeit maßgeblichen Kontengruppen aufgezeigt.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE
Steuern und ähnliche Abgaben	209.430.900	207.329.096	-2.101.804
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	186.153.833	189.224.303	3.070.470
Erträge der sozialen Sicherung	97.583.400	92.609.532	-4.973.868
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	44.678.900	44.103.171	-575.729
Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.873.000	8.565.570	-307.430
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	9.173.700	9.770.571	596.871
Andere aktivierte Eigenleistungen	361.500	361.500	0
Sonstige laufende Erträge	22.973.700	25.141.900	2.168.200
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	579.228.933	577.105.643	-2.123.290
Personalaufwendungen	118.797.400	110.818.065	-7.979.335
Versorgungsaufwendungen	7.874.000	9.344.421	1.470.421
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	77.297.600	74.385.697	-2.911.903
Abschr. auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	43.414.100	43.414.100	0
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	47.259.033	45.695.623	-1.563.410
Aufwendungen der sozialen Sicherung	250.428.200	247.768.228	-2.659.972
Sonstige laufende Aufwendungen	45.200.100	41.915.931	-3.284.169
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	590.270.433	573.342.065	-16.928.368
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-11.041.500	3.763.578	14.805.078

2. Vergleich der Haushaltsjahre 2014 und 2015

2.1 Finanzrechnung

2.1.1 Gesamtübersicht

Die Finanzrechnung zum 31.12.2015 mit Stand vom 07.04.2016 weist einen Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen von 26,7 Mio. EUR aus. Bereinigt um die planmäßige Tilgung von Krediten für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen in Höhe von 5,8 Mio. EUR ergibt sich eine Haushaltverbesserung von 20,9 Mio. EUR. Im Vorjahr lag das bereinigte Ergebnis bei -2,7 Mio. EUR.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	502.481.478	538.527.009	36.045.531
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	509.783.807	522.268.052	12.484.246
Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	-7.302.329	16.258.956	23.561.286
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.025.869	18.559.474	533.605
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	7.710.630	8.122.286	411.656
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	10.315.239	10.437.188	121.949
Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen	3.012.910	26.696.144	23.683.234
Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	0	0	0
Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	0	0	0
Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen	3.012.910	26.696.144	23.683.234
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	35.658.487	32.101.123	-3.557.364
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	34.951.455	44.555.544	9.604.089
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	707.032	-12.454.421	-13.161.453
Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag	3.719.942	14.241.723	10.521.782

2.1.2 Laufende Verwaltungstätigkeit

Laufende Einzahlungen in Höhe von 538,5 Mio. EUR (Vj: 502,5 Mio. EUR) und laufende Auszahlungen im Umfang von 522,3 Mio. EUR (Vj: 509,8 Mio. EUR) bilden im Haushaltsjahr 2015 einen positiven Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit mit einem Betrag von 16,3 Mio. EUR (Vj: -7,3 Mio. EUR).

Folglich hat sich der Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit im Vergleich zum Vorjahresergebnis um +23,6 Mio. EUR erhöht. Ursächlich für diese Entwicklung ist eine Steigerung der laufenden Einzahlungen im Volumen von +36,0 Mio. EUR (+7,2 % z. Vj.), die durch eine gleichzeitige Erhöhung der laufenden Auszahlungen in Höhe von +12,5 Mio. EUR (+2,4 % z. Vj.) nur zum Teil abgeschwächt wird.

2.1.2.1 Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Steuern und ähnliche Abgaben	194.177.861	207.066.021	12.888.161
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	166.389.176	159.329.938	-7.059.238
Einzahlungen der sozialen Sicherung	64.159.745	91.101.232	26.941.487
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	42.285.006	43.844.225	1.559.220
Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.175.609	8.590.543	-1.585.066
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.199.080	9.516.007	1.316.927
Andere aktivierte Eigenleistungen	367.853	361.500	-6.353
Sonstige laufende Einzahlungen	16.727.150	18.717.543	1.990.393
Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit	502.481.478	538.527.009	36.045.531

Die Differenzen zwischen den Haushaltsjahren bei den Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit ergeben sich im Wesentlichen aus folgenden Sachverhalten:

Steuern und ähnliche Abgaben

- Mehreinzahlungen vom Land für Leistungen der Hansestadt Rostock für Unterkunft und Heizung, es erfolgte eine Ausgleichszuweisung gem. § 10 AG-SGB II im Jahr 2015, außerdem zusätzliche Wohngeldeinsparung in 2014 (+0,6 Mio. EUR)
- höhere Einzahlungen aus Grundsteuer B (+0,3 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen aus Gewerbesteuer (+4,8 Mio. EUR)
- höherer Gemeindeanteil an der Einkommensteuer (+4,6 Mio. EUR) und an der Umsatzsteuer (+1,5 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen aus Vergnügungssteuer aufgrund erhöhter Spieltätigkeit (+0,2 Mio. EUR)
- geringere Ausgleichsleistungen des Landes nach dem Familienleistungsausgleich (-0,2 Mio. EUR)
- gestiegene Einzahlungen für Ausgleich von Sonderlasten nach § 7 Abs. 6 Satz 7 FAG M-V (+0,8 Mio. EUR)

Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen

- Mehreinzahlungen durch gestiegene Personalausgaben der Personalgestellungen im HJC (+0,5 Mio. EUR)
- geringere Zuweisungen vom Land im Produkt „Wahlen/ Abstimmungen“ (-0,2 Mio. EUR)
- im Haushaltsjahr 2014 wurden die Erstattungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung noch unter der Kontengruppe „Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen“ verbucht, ab 2015 erfolgen die Buchungen bei den Einzahlungen der sozialen Sicherung (-12,9 Mio. EUR)
- das Produkt „Durchreisende Flüchtlinge“ wurde aufgrund der steigenden Anzahl von Flüchtlingen (insbesondere Transitflüchtlinge) im Haushaltsjahr 2015 neu eingerichtet, hier erfolgten in 2015 Zuweisungen vom Land (+2,5 Mio. EUR)
- die landesweit bereitgestellten Zuweisungen für Tageseinrichtungen werden nach einem Verteilungsschlüssel an die kreisfreien Städte und Landkreise vergeben (+1,5 Mio. EUR)
- das Land hat die FAG-Mittel 2015 für das Volkstheater Rostock mit der letzten Rate um 10 % gekürzt (-0,3 Mio. EUR)
- höhere Zuweisungen vom Land im Bereich Kultur, die von der Hansestadt Rostock an die Verbände und Vereine weitergereicht werden (+0,4 Mio. EUR)
- die Schlüsselzuweisungen vom Land haben sich erhöht (+1,4 Mio. EUR)
- Mindereinzahlungen aus Sonderhilfen vom Land (-1,3 Mio. EUR)

Einzahlungen der sozialen Sicherung

- höhere Einzahlungen durch Mehrauszahlungen sowie periodenfremde Erstattungen bei den Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (+0,5 Mio. EUR)
- im Haushaltsjahr 2014 wurden die Erstattungen für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung noch unter der Kontengruppe „Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen“ verbucht, ab 2015 erfolgen die Buchungen bei den Einzahlungen der sozialen Sicherung, zudem haben sich die Einzahlungen im Vergleich zum Vorjahr erhöht durch erstattungsfähige Mehrauszahlungen (+14,5 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen aufgrund von Mehrauszahlungen bei den Produkten, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beinhalten (+3,7 Mio. EUR)
- Verbuchung von mehr Kostenerstattungen von anderen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe durch konsequentere Verfolgung der Kostenerstattungsansprüche (+0,4 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen aus Erstattungen nach Bundesbeteiligung gemäß § 46 SGB II, vor allem aufgrund unverbraucher BuT-Mittel aus dem Jahr 2014 (+7,8 Mio. EUR)

Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

- Mehreinzahlungen aus Benutzungsentgelten im Produkt „Abfallwirtschaft“ aufgrund erhöhter Anzahl der Gebührenschuldner bei steigender Einwohnerzahl gegenüber Kalkulationsgrundlage in 2014 (mehr Gebührenbescheide), tarifliche Steigerung der Gebühr, die Kosten für das Ident-System der Papiertonnen und die Preisentwicklung bei den Recyclinghöfen werden auf die Gebühr umgelegt (+1,0 Mio. EUR)
- durch eine Rechtsänderung im Bereich der Leistungen für Bildung und Teilhabe wurden im Haushaltsjahr 2015 bei dem Produkt „Tageseinrichtungen“ neue Konten angelegt (+0,8 Mio. EUR)

Privatrechtliche Leistungsentgelte

- Mehreinzahlungen durch Betriebskostenerstattung aus Vorjahren im Produkt „Sportstätten und Bäder - hoheitlich“ (+0,5 Mio. EUR)
- im Haushaltsjahr 2014 wurde im Produkt „Liegenschaften“ ein Vertrag zu einer Flächenausgleichsmaßnahme mit einer einmaligen Zahlung geschlossen (-0,3 Mio. EUR)
- Aufarbeitung des Orkans Xaver in 2014 brachte im Produkt „Kommunale Forstwirtschaft“ einmalig hohe Mehreinzahlungen, die in 2015 nicht vorliegen (-1,6 Mio. EUR)

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

- Rückzahlungen im Haushaltsjahr 2015 aufgrund der Betriebskostenabrechnung 2014 durch das DRK im Produkt „Rettungsdienst“ (+0,2 Mio. EUR)
- das Konto „Kostenerstattungen und Kostenumlagen vom sonstigen privaten Bereich – Abschleppmaßnahmen“ im Produkt „Ordnungsangelegenheiten“ wurde neu angelegt - durch die Einstufung der Fußballspiele des FC Hansa Rostock als Sicherheits- bzw. Risikospiele wurden erheblich mehr Abschleppmaßnahmen durchgeführt, da diese am Wochenende stattfanden, kommen zu den üblichen Abschleppkosten die Samstags- bzw. Sonntagszulage und eine Herausgabegebühr hinzu (+0,2 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen aus Erstattungen durch private Unternehmen im Produkt „DSD“ aufgrund einer Änderung der Auszahlungsmodalitäten (+0,1 Mio. EUR)
- Erstattung von Betriebskosten in diversen Schulgebäuden aufgrund des milden Winters (+0,5 Mio. EUR)
- Mehreinzahlungen zum Vorjahr durch höheren Kostensatz und steigende Schülerzahlen in den Produkten „Berufsschule A. Schmorell am Klinikum Südstadt“ und „Berufsschule Dienstleistung und Gewerbe“ (+0,2 Mio. EUR)

Sonstige laufende Einzahlungen

- Betriebskostenerstattung KOE im Produkt „Verwaltungsangelegenheiten“ (+0,4 Mio. EUR)

- bisher erfolgte im Produkt „Konzessionsabgaben“ die Abrechnung des 4. Quartals für die Konzessionsabgabe für Strom und Gas im Folgejahr - mit Vertrag vom 17.12.2015 wurde die Abschlagszahlung für das 4. Quartal im laufenden Jahr vereinbart, diese Änderung hat die ausgewiesenen Mehreinzahlungen in 2015 zur Folge (+1,4 Mio. EUR)
- in 2014 wurden im Produkt „Gemeindestraßen“ Mehreinzahlungen aus Versicherungserstattungen durch den Schaden an der Fußgängerbrücke Evershagen vereinnahmt, ein Einmaleffekt in diesem Umfang lag in 2015 nicht vor (-0,3 Mio. EUR)
- im Ergebnis einer Betriebsprüfung wurde der BgA „Öffentliche Bedürfnisanstalten“ abschließend anerkannt, die gezogene Vorsteuer in den Vorjahren wird erstattet (+0,3 Mio. EUR)

2.1.2.2 Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Personalauszahlungen	111.780.620	111.976.271	195.651
Versorgungsauszahlungen	8.161.123	9.319.371	1.158.248
Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	71.407.684	72.755.951	1.348.267
Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	48.366.838	46.833.274	-1.533.564
Auszahlungen der sozialen Sicherung	233.209.452	243.712.504	10.503.052
Sonstige laufende Auszahlungen	36.858.091	37.670.682	812.591
Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit	509.783.807	522.268.052	12.484.246

Wesentliche Sachverhalte für die Differenzen zwischen den Haushaltsjahren bei den Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit:

Personalauszahlungen

- im Jahr 2014 führten die Nachzahlungen des LOE für Vorjahre, die Erhöhung der Beiträge zur Umfallumlage sowie Tarif- und Besoldungserhöhungen bereits insgesamt zu höheren Personalauszahlungen
- im Vergleich zu 2014 hat sich der Personalbestand lediglich um 6 Mitarbeiter erhöht, Mittel für Einstellungen in 2015 wurden somit nur in geringerer Höhe in Anspruch genommen
- die damit verbundenen Einsparungen wurden teilweise für zusätzliche Stellenbesetzungen im Bereich der Flüchtlingsproblematik verwendet

Versorgungsauszahlungen

- Mehrauszahlungen im Umfang von +1,2 Mio. EUR, vor allem resultierend aus Neuberechnungen des Kommunalen Versorgungsverbandes M-V

Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen

- Leistungen im Rahmen der Flüchtlingsproblematik in 2015, insbesondere zur Flüchtlingsversorgung in den verschiedenen Objekten (+0,9 Mio. EUR) sowie für Sach- und Dienstleistungen (+1,0 Mio. EUR)
- Mehrauszahlungen für Baumpflegemaßnahmen (+0,3 Mio. EUR)
- Werftliegezeit musste aufgrund größerer Reparaturen verschoben werden (-0,3 Mio. EUR)
- geringere Auszahlungen in 2015 für Stromverbrauch Straßenbeleuchtung (-0,4 Mio. EUR), da die Auszahlung für die Jahresendabrechnung erst im Januar 2016 erfolgt ist

- zusätzliche Kosten im Vorjahr für Zaunbau, Aufforstungen, Holzeinschlag (Elon/ Felix v. 01/2015) und Schadholzaufarbeitung (-0,4 Mio. EUR)

Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen

- Erhöhung des Zuschusses um +0,5 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr für die Zoologischer Garten Rostock GmbH - begründet sich mit Bürgerschaftsbeschluss Nr. 2014/BV/0092 vom 05.11.2014, danach soll die Gesellschaft 240 Tsd. EUR für die Umsetzung des Polariums, 100 Tsd. EUR für sonstige Auszahlungen und 170 Tsd. EUR zur Absicherung einer angemessenen Lohnzahlung ab dem Jahr 2015 erhalten
- Die Hansestadt ist nach § 9 des Gesellschaftsvertrages verpflichtet, die Mittel, die ihr das Land für den Theaterbetrieb zur Verfügung stellt, an die VTR GmbH weiterzuleiten. Mit der Auszahlung der letzten Rate für das VTR wurde der Zuschuss des Landes gemäß Schreiben vom 02.11.2015 um 10 % (470 Tsd. EUR) gekürzt. Begründet wurde die Kürzung mit der fehlenden Umsetzung der am 06.05.2015 beschlossenen Schritte in der Zielvereinbarung. Die Abweichung der Erfüllung 2015 zum Vorjahr ist geringer (-259 Tsd. EUR), da im Jahr 2014 durch das Land auch erst eine Kürzung von 10 % (470 Tsd. EUR) vorgenommen wurde, dann aber Ende Dezember noch eine Auszahlung über 250 Tsd. EUR erfolgt ist.
- die Abweichung zum Vorjahr in Höhe von -0,4 Mio. EUR bei den Zuweisungen und Zuschüssen der HRO für laufende Zwecke an die Volkstheater Rostock GmbH resultiert zum einen aus dem Sachverhalt, dass die Mittel für die Beispielbarkeit des VTR jetzt gesondert bei der Kontengruppe „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ ausgewiesen werden und zum anderen aus einem Einmaleffekt in 2014 - die HRO hat die reduzierten FAG-Mittel von 221 Tsd. EUR dem Theater als Zuschuss zur Verfügung gestellt
- Reduzierung des Zuschusses an die Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH (-0,1 Mio. EUR), basiert auf Beschluss zum Haushaltssicherungskonzept vom 19.06.2013
- Erhöhung des Investitionskostenbeitrages an Krankenhäuser gemäß Bescheid vom Ministerium für Arbeit, Gleichstellung und Soziales M-V für 2015 (+0,6 Mio. EUR)
- Mehrauszahlungen für Zuschüsse an Verbände und Vereine - die Auszahlung der Landesförderung wurde erstmalig in diesem Jahr durch das Land auf die HRO übertragen, durchlaufender Posten (+0,6 Mio. EUR)
- die Umlage an den Wasser- und Bodenverband wird seit 2015 über die Kontengruppe „Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen“ verbucht (-0,5 Mio. EUR)
- Buchung von Zuschüssen zur Entlastung von Elternbeiträgen für die Förderung unter dreijähriger Kinder sowie von Kindern im letzten Jahr vor ihrem voraussichtlichen Eintritt in die Schule ab dem Jahr 2015 in der Kontengruppe „Auszahlungen zur sozialen Sicherung“ (-3,6 Mio. EUR)
- höhere Auszahlungen für Zuschüsse an Verbände und Vereine (+1,1 Mio. EUR), davon für Personal- und Sachkostensteigerungen insbesondere SBZ Toitenwinkel (+0,3 Mio. EUR)

Auszahlungen der sozialen Sicherung

- höhere Auszahlungen im Bereich des SGB II für BuT, insbesondere Bildungskarte und Reform KiföG M-V (+0,3 Mio. EUR) sowie für Unterkunft und Heizung nach § 23 SGB II aufgrund der Durchschnittskosten je Bedarfsgemeinschaft (2014: 119 EUR je BG; 2015: 135 EUR je BG) i.H.v. +0,3 Mio. EUR, werden aufgehoben durch sinkende Auszahlungen im Bereich des SGB II für Unterkunft und Heizung nach § 22 (-3,0 Mio. EUR) aufgrund der sinkenden Anzahl der Leistungsempfänger (2014 26.237; 2015 24.999)
- Erhöhung der Leistungen im Bereich des SGB XII um insgesamt +2,8 Mio. EUR, insbesondere bei Eingliederungshilfen für behinderte Menschen (+1,9 Mio. EUR), der Großteil für zusätzliche Auszahlungen im Produkt 31101 (-1,1 Mio. EUR für Auszahlungen Kranken- und Pflegeversicherung), Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+1,8 Mio. EUR) aufgrund einer BSG-Entscheidung zur Regelbedarfsstufe 3
- Erhöhung der Leistungen im Bereich des SGB VIII (+1,5 Mio. EUR), insbesondere durch gestiegene Fallzahlen in Bereichen der Hilfen zur Erziehung und Ausbau der Kindertagesförderung, zur Transparenzerhöhung erfolgte die Einrichtung einer Vielzahl neuer Konten in 2015 bzw. Buchungsveränderungen von 2014 zu 2015; dies gilt auch für Kostenbeteiligungen und -erstattungen nach SGB VIII (+5,4 Mio. EUR)
- höhere Auszahlungen der sozialen Sicherung für sonstige Leistungen nach dem AsylbLG (+3,3 Mio. EUR), aufgrund der gestiegen Anzahl der Flüchtlinge im Leistungsbezug (2014: 546; 2015: 1.348) - Hauptanteil hie-

ran haben Grundleistungen (Produkt 31302 Ernährung, Kleidung, Körperpflege +1,9 Mio. EUR; Produkt 31303 Leistungen bei Krankheit und Schwangerschaft +1,0 Mio. EUR)

- gestiegene Zuweisungen für laufende Zwecke in der sozialen Sicherung (+0,3 Mio. EUR) für Mehrauszahlungen an den Verein „Dien Hong“ und Absicherung einer Vertretung für Tagespflegepersonen im Krankheitsfall erstmals 2015

Sonstige laufende Auszahlungen

- Mieten diverser Objekte zur Flüchtlingsversorgung erstmals in 2015 (+0,2 Mio. EUR)
- in dem Urteil zum Rechtsstreit zwischen der HRO und BRD zur Nutzungsentgeltzahlung für das Verwaltungsgebäude St.-Georg-Str. 109 wurde die HRO im Vorjahr zu einer einmaligen Zahlung verurteilt (-0,6 Mio. EUR)
- Erhöhung der Anzahl von Fremdprüfungen (Statik) infolge größerer Bauvorhaben im Bereich Bauverwaltung und Bauordnung (+0,2 Mio. EUR)
- höhere Auszahlungen für städtebauliche Planungen, Landschaftsplanungen im Vergleich zum Vorjahr durch mehr B-Plan-Verfahren (+0,2 Mio. EUR)
- erstmals im Haushaltsjahr 2015 Auszahlungen für Dienstleistungen durch Dritte für Projekt „Mobilitätsmanagementkonzept“ (+0,1 Mio. EUR)
- Mehrauszahlungen für Kaltmiete im Amt für Schule und Sport, vor allem aufgrund Erhöhung der Kaltmiete durch KOE nach Abschluss der Sanierung in diversen Schulgebäuden (+0,4 Mio. EUR)

2.1.3 Zins- und sonstige Finanzein- und -auszahlungen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.025.869	18.559.474	533.605
Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	7.710.630	8.122.286	411.656
Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen	10.315.239	10.437.188	121.949

Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen

Im Haushaltsjahr 2015 erhöhen sich die sonstigen Finanzeinzahlungen an die Hansestadt Rostock gegenüber dem Vorjahr, hauptsächlich bedingt durch Mehreinzahlungen aus der Gewinnabführung des Eigenbetriebes Klinikum Südstadt Rostock (+1,1 Mio. EUR). Zudem erfolgte eine Finanzeinzahlung vom Eigenbetrieb Tourismuszentrale. Es handelt sich hierbei um eine Rückzahlung nicht verbrauchter Zuschüsse aus dem Jahr 2014 gemäß Jahresabschluss (+172 Tsd. EUR). Weiterhin hat die Rostocker Gesellschaft für Stadterneuerung mbH in 2015 nach Erwerb der Geschäftsanteile in 2013 erstmalig eine Abführung an den städtischen Haushalt aus dem Jahresüberschuss 2014 i.H.v. +167 Tsd. EUR vorgenommen. Die Einzahlungen der Vollverzinsung aus Gewerbesteuer (§ 233a AO) sind hingegen rückläufig im Vergleich zum Vorjahr (-0,5 Mio. EUR). Aufgrund hoher Vorauszahlungen wurden weniger Nachzahlungszinsen fällig.

Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen

Die geplante Kreditaufnahme erfolgte nicht in vollem Umfang und auch erst zum Ende des Haushaltsjahres, daher fiel ein Teil der geplanten Zinszahlungen nicht mehr in 2015 an. Insgesamt sanken die Zinsauszahlungen und sonstigen Finanzauszahlungen an inländische Kreditinstitute im Vergleich zum Vorjahr durch eine positive Entwicklung am Finanzmarkt (-0,6 Mio. EUR).

Die Erfüllung bei den sonstigen Finanzauszahlungen aus der Vollverzinsung der Gewerbesteuer (§233a AO) enthalten nicht fortschreibbare Erstattungszinsen in Höhe von 2,3 Mio. EUR. Die Planung der Erstattungszinsen ist nur überschlägig möglich, da sie an die Veranlagungsergebnisse der Gewerbesteuer gebunden sind. Bei der

Planung wurde angenommen, dass sich die Erstattungszinsen in den nächsten Jahren erhöhen, da durch die Finanzämter derzeit relativ hohe Vorauszahlungen festgesetzt werden (+2,3 Mio. EUR zum Vorjahr).

Im Rechtsstreit zwischen der HRO und der BRD zur Nutzungsentgeltzahlung für das Verwaltungsgebäude St.-Georg-Str. 109 wurde die HRO im Vorjahr zu einer einmaligen Verzugszinsenzahlung verurteilt (-0,4 Mio. EUR).

2.1.4 Investitionstätigkeit

Die folgende Tabelle zeigt die Zusammensetzung der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit:

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	27.727.986	23.718.285	-4.009.701
Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.302.512	1.629.864	327.351
Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	312.258	1.510.400	1.198.142
Einzahlungen aus Sachanlagen	6.020.537	4.932.723	-1.087.814
Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	1.200	1.200
Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	49.924	69.014	19.091
Einzahlungen aus Vorräten	245.270	239.637	-5.633
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	35.658.487	32.101.123	-3.557.364
Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	8.204.455	15.111.712	6.907.256
Auszahlungen für Sachanlagen	24.508.926	27.451.319	2.942.394
Auszahlungen für Finanzanlagen	1.345.300	0	-1.345.300
Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	133.917	143.833	9.916
Auszahlungen für Vorräte	236.384	290.396	54.012
Sonstige Investitionsauszahlungen	522.474	1.558.284	1.035.810
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	34.951.455	44.555.544	9.604.089
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	707.032	-12.454.421	-13.161.453

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Haushaltsjahr 2015 haben sich mit einem Volumen von 32,1 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (35,7 Mio. EUR) verringert (-9,9 % z. Vj.). Bedingt ist diese Entwicklung vor allem durch Mindereinzahlungen aus Investitionszuwendungen (-4,0 Mio. EUR).

Die Auszahlungen aus Investitionstätigkeit steigen im Haushaltsjahr 2015 mit einem Umfang von 44,6 Mio. EUR im Vergleich zum Vorjahr (34,9 Mio. EUR) deutlich (+27,5 % z. Vj.). Durch höhere Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände (+6,9 Mio. EUR) und für Sachanlagen (+2,9 Mio. EUR) lässt sich diese Entwicklung begründen.

Die Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit wurden in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 insbesondere durch die vorläufige Haushaltsführung beeinflusst. Geplante Investitionen konnten in erheblichen Größenordnungen nicht durchgeführt werden, weil z.B. Ausschreibungen nicht rechtzeitig fertiggestellt und Verträge nicht geschlossen wurden.

2.1.5 Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten für Investitionen	10.000.000	19.865.300	9.865.300
Auszahlungen zur Tilgung von Krediten für Investitionen	7.162.501	12.399.000	5.236.499
Saldo der Kredite für Inv. und Investitionsförderungsmaßnahmen	2.837.499	7.466.300	4.628.801

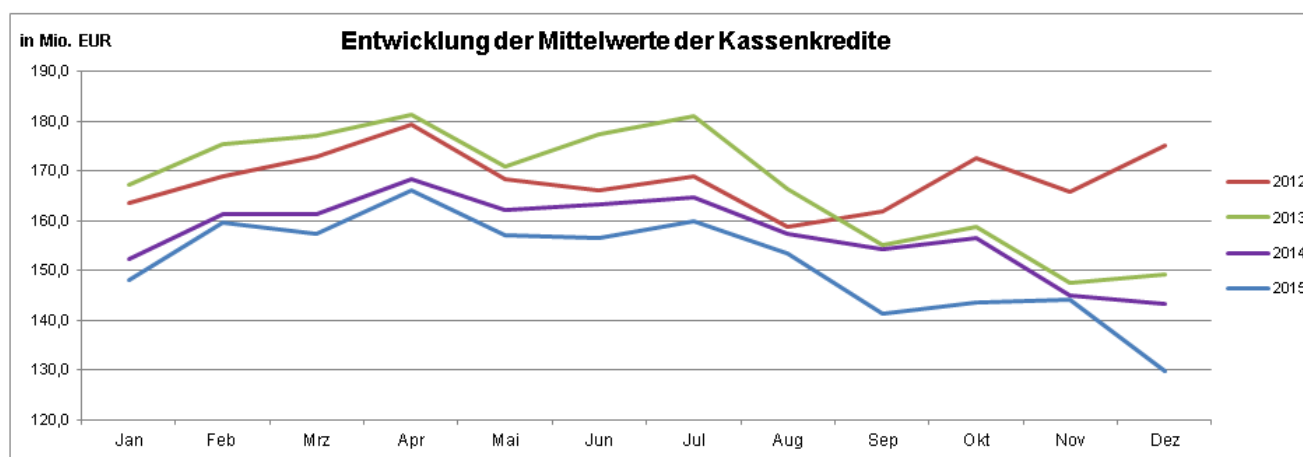
Es fiel eine Umschuldung von 6,6 Mio. EUR an, es wurden planmäßig 5,8 Mio. EUR getilgt und es wurden Kredite in Höhe von 19,9 Mio. EUR aufgenommen.

Veränderung des Saldos der liquiden Mittel und der Liquiditätskredite

Bezeichnung (Werte in EUR)	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2014	31.12.2015	Veränd. zu VJ
Liquiditätskredite/ Kontokorrent	-177.474.916	-158.090.617	-153.860.000	-135.000.000	18.860.000
Bankkonten mit positiven Salden	6.873.426	1.789.629	1.200.392	3.106.658	1.906.266
Barmittel	14.499	14.887	47.816	67.251	19.435
Saldo	-170.586.991	-156.286.101	-152.611.792	-131.826.091	20.785.701

Der Saldo aus liquiden Mitteln und den Krediten zur Sicherung der Zahlungsfähigkeit konnte zum Stichtag 31.12.2015 gegenüber dem 31.12.2014 um +20,8 Mio. EUR verbessert werden.

Entwicklung der Mittelwerte der Kassenkredite in den Haushaltsjahren 2012 bis 2015



2.2 Ergebnisrechnung

2.2.1 Gesamtübersicht

Die vorläufige Ergebnisrechnung zum 31.12.2015 mit Stand vom 07.04.2016 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 12,4 Mio. EUR ab. Gegenüber dem Vorjahr, welches zum derzeitigen Buchungsstand einen Überschuss i.H.v. 11,3 Mio. EUR aufweist, bedeutet dies eine Verbesserung von etwa +1,1 Mio. EUR.

In der folgenden Tabelle werden die vorläufigen Ergebnisrechnungen der Haushaltsjahre 2014 und 2015 gegenübergestellt.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	543.614.114	577.105.643	33.491.530
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	546.453.252	573.342.065	26.888.813
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.839.139	3.763.578	6.602.717
Zinserträge und Sonstige Finanzerträge	20.807.610	16.275.825	-4.531.786
Zinsaufwendungen und Sonstige Finanzaufwendungen	6.985.057	7.621.404	636.347
Finanzergebnis	13.822.553	8.654.420	-5.168.132
Ordentliches Ergebnis	10.983.414	12.417.999	1.434.585
Außerordentliche Erträge	402.948	12	-402.937
Außerordentliche Aufwendungen	36.821	0	-36.821
Außerordentliches Ergebnis	366.127	12	-366.116
Jahresergebnis	11.349.542	12.418.011	1.068.469

2.2.2 Laufende Verwaltungstätigkeit

Laufende Erträge in Höhe von 577,1 Mio. EUR (Vj: 543,6 Mio. EUR) und laufende Aufwendungen im Umfang von 573,3 Mio. EUR (Vj: 546,5 Mio. EUR) führen im Haushaltsjahr 2015 zu einer Überdeckung aus laufender Verwaltungstätigkeit von 3,8 Mio. EUR (Vj: Unterdeckung von -2,8 Mio. EUR).

Somit wird das Vorjahresergebnis um +6,6 Mio. EUR übertroffen. Für diese günstige Entwicklung ist eine deutlich höhere Steigerung der laufenden Erträge (+6,2 % z. Vj) im Vergleich zu den laufenden Aufwendungen (+4,9 % z. Vj.) maßgeblich.

In der folgenden Übersicht sind die laufenden Erträge und Aufwendungen zur Veranschaulichung nach Ergebnispositionen aufgeschlüsselt.

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Steuern und ähnliche Abgaben	197.200.402	207.329.096	10.128.694
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	191.841.895	189.224.303	-2.617.593
Erträge der sozialen Sicherung	70.230.024	92.609.532	22.379.509
Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43.559.844	44.103.171	543.327
Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.791.373	8.565.570	-1.225.803
Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.171.488	9.770.571	1.599.083
Andere aktivierte Eigenleistungen	534.100	361.500	-172.600
Sonstige laufende Erträge	22.284.987	25.141.900	2.856.913
Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit	543.614.114	577.105.643	33.491.530

Bezeichnung (Werte in EUR)	Erfüllung 2014	Erfüllung 2015	Differenz
Personalaufwendungen	115.065.733	110.818.065	-4.247.668
Versorgungsaufwendungen	925.456	9.344.421	8.418.965
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	70.273.627	74.385.697	4.112.070
Abschr. auf immaterielle Vermögensgegenstände des AV und Sachanlagen	39.309.000	43.414.100	4.105.100
Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0
Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	47.913.690	45.695.623	-2.218.067
Aufwendungen der sozialen Sicherung	232.603.411	247.768.228	15.164.817
Sonstige laufende Aufwendungen	40.362.336	41.915.931	1.553.596
Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit	546.453.252	573.342.065	26.888.813
Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit	-2.839.139	3.763.578	6.602.717

Die Begründungen für diese Entwicklung entsprechen analog den Ausführungen zu den Sachverhalten in Punkt 2.1.2 für den Finanzhaushalt.

3. Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte

In der Anlage 9 des Berichtes werden die Ziele und Kennziffern der wesentlichen Produkte aufgezeigt. Hierbei wurden Ergebnisse bzw. Absätze der Jahre 2012 bis 2016 gegenübergestellt. In Einzelfällen fehlen noch Angaben, da die Jahresabschlüsse der Unternehmen noch nicht vorliegen.

Aus der Übersicht ergeben sich folgende Erkenntnisse:

- Bei den Besucherzahlen des Zoos konnte trotz der Erhöhung des Zuschusses um 510 Tsd. EUR lediglich das Vorjahresniveau etwas übertroffen werden. Die geplante Erhöhung auf 680.000 Besucher wurde um -6,5 % (-44.487 Besucher) verfehlt. Problematisch bei der Planung der Besucherzahlen für den Zoo ist zum einen seine Wetterabhängigkeit und andererseits der hohe Konkurrenzdruck mit anderen Einrichtungen.
- Das Volkstheater Rostock konnte wie im letzten Jahr nicht die geplanten Erträge in voller Höhe (-21,7%) erwirtschaften. Während in 2014 bei 633 Vorstellungen noch 109.929 Besucher ins Theater gingen, waren es 2015 bei 790 Vorstellungen nur noch 105.655.
- Bei der Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH konnte in etwa das Vorjahresniveau an der Anzahl der Belegungstage gehalten werden. Es sind mehr Veranstaltungen vertraglich gebunden worden als zum Zeitpunkt der Planung erkennbar gewesen waren. So wurden z.B. die Tagungs- und Kongressnachfrage 2015 überdurchschnittlich mit 48 Tagen bedient, beim Handball die komplette Saison und beim Basketball der Seawolves ab September alle Heimspiele in der Stadthalle ausgetragen und auch für die Eisrevue konnten mehr Tickets (14.903 Fans / +12%) verkauft werden.
- Der Auslastungsgrad der Sportstätten senkt sich im Vergleich zum Vorjahr um -10,9% auf 78,1%. Ursache hierfür ist die Schließung einiger Sporthallen für die Ausübung des Sports und stattdessen deren Nutzung für die Unterbringung von Flüchtlingen.
- Obwohl die Anzahl der durchgeführten Kurse und deren Teilnehmer im Bereich der Volkshochschule im Vergleich zum Ergebnis des Vorjahres sinken, erhöhen sich die Erträge der Volkshochschule. Die Absenkung der Anzahl der Kurse im Vergleich zum Vorjahr ist der Tatsache geschuldet, dass diese im Jahr 2013/14 noch jahresübergreifend stattfanden. Damit wurden sie früher doppelt gezählt. Ab dem Jahr 2015 finden die Kurse vom 1.1. bis 31.12. des Jahres statt. Durch die Umstellung kommt es zur Diskrepanz zwischen den Jahren 2014 und 2015. Die erzielten Mehrerträge setzen sich aus einem erhöhten Landesmittelzuschuss (+49 Tsd. EUR) und aus einer Steigerung der Teilnehmerentgelte von +65 Tsd. EUR zusammen. Diese werden entsprechend nach den erteilten Kursstunden berechnet.

(2014: 25.860 Kursstunden / 2015: 29.680 Kursstunden) und nicht nach der Anzahl der Kurse. Dies sollte zukünftig in der Produktbeschreibung eingearbeitet werden.

- Im Produkt 31102 „Hilfe zur Pflege“ wurde in den letzten Planungsgesprächen für den Doppelhaushalt 2015/2016 der Haushaltsansatz für die Aufwendungen erheblich reduziert. Dies hat auch Auswirkungen auf die Planung der Kennzahl „Aufwendungen je Leistungsempfänger HzP in EUR“, die für 2015 auf 7.517 EUR und für 2016 auf 7.505 EUR hätten angepasst werden müssen. Dies war zum Zeitpunkt der ersten Plangespräche jedoch noch nicht bekannt, so dass der damalige Wissensstand eingearbeitet ist.
- Im Bereich des Produkts Stadtgrün konnten nur 50.358 Bäume der verkehrssicherheitsrelevanten 75.000 Bäume kontrolliert werden. Dies entspricht einer Reduzierung von ca. -33 % gegenüber der geplanten Kontrolle. Ursache hierfür ist die Übergabe des bislang in dem Zuständigkeitsbereich des Liegenschafts- und Katasteramtes befindlichen Baumbestandes und der damit verbundenen Bindung von Zeitanteilen der Mitarbeiter der OE 67, die für die Baumkontrollen zuständig sind. Eine Zuführung von Personal ist für den Abbau der Arbeitsrückstände notwendig.
- Die Nutzungsmenge Holz konnte entgegen des geplanten starken Rückgangs gegenüber dem Rekordjahr 2014 (bedingt durch die Sturmschäden) doch noch auf dem Niveau der durchschnittlichen Nutzungsmenge der Jahre 2012 und 2013 gehalten werden.

Anlage 1

Vergleich der Finanzrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (in EUR)	Haushaltsjahr 2014			Haushaltsjahr 2015		
	BE	Erfüllung	Abweichung	BE	Erfüllung	Abweichung
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	196.955.251	194.177.861	-2.777.391	206.780.600	207.066.021	285.421
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	167.049.900	166.389.176	-660.724	156.562.833	159.329.938	2.767.105
3 + Einzahlungen der sozialen Sicherung	69.043.900	64.159.745	-4.884.155	97.944.700	91.101.232	-6.843.468
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	41.456.400	42.285.006	828.606	44.401.600	43.844.225	-557.375
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	10.430.300	10.175.609	-254.691	8.837.900	8.590.543	-247.357
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.834.716	8.199.080	364.364	8.995.300	9.516.007	520.707
7 + Erhöhungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
- Verminderungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
8 + Andere aktivierte Eigenleistungen	534.100	367.853	-166.247	361.500	361.500	0
9 + Sonstige laufende Einzahlungen	17.054.700	16.727.150	-327.550	16.785.200	18.717.543	1.932.343
10 Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 1 bis 9)	510.359.267	502.481.478	-7.877.789	540.669.633	538.527.009	-2.142.624
11 - Personalauszahlungen	112.178.700	111.780.620	-398.080	115.257.200	111.976.271	-3.280.929
12 - Versorgungsauszahlungen	7.981.900	8.161.123	179.223	8.171.200	9.319.371	1.148.171
13 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	71.983.696	71.407.684	-576.012	77.614.671	72.755.951	-4.858.720
14 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	49.313.959	48.366.838	-947.121	47.348.952	46.833.274	-515.678
15 - Auszahlungen der sozialen Sicherung	234.219.026	233.209.452	-1.009.574	250.840.035	243.712.504	-7.127.532
16 - Sonstige laufende Auszahlungen	38.921.168	36.858.091	-2.063.077	40.569.965	37.670.682	-2.899.283
17 Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 11 bis 16)	514.598.449	509.783.807	-4.814.642	539.802.023	522.268.052	-17.533.970
18 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 17)	-4.239.182	-7.302.329	-3.063.147	867.610	16.258.956	15.391.346
19 + Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.729.500	18.025.869	-703.631	18.496.800	18.559.474	62.674
20 - Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	8.330.344	7.710.630	-619.714	8.536.600	8.122.286	-414.314
21 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Nummern 19 und 20)	10.399.156	10.315.239	-83.917	9.960.200	10.437.188	476.988
22 Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Summe der Nummern 18 und 21)	6.159.974	3.012.910	-3.147.064	10.827.810	26.696.144	15.868.334
23 + Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0	0
24 - Außerordentliche Auszahlungen	0	0	0	0	0	0
25 Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 23 und 24)	0	0	0	0	0	0
26 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 22 und 25)	6.159.974	3.012.910	-3.147.064	10.827.810	26.696.144	15.868.334
27 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	50.560.100	27.727.986	-22.832.114	44.262.700	23.718.285	-20.544.415
28 + Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	883.000	1.302.512	419.512	1.859.500	1.629.864	-229.636
29 + Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	1.360.000	312.258	-1.047.742	1.501.200	1.510.400	9.200
30 + Einzahlungen aus Sachanlagen	6.002.000	6.020.537	18.537	5.225.200	4.932.723	-292.477
31 + Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	0	0	0	1.200	1.200
32 + Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	29.900	49.924	20.024	27.400	69.014	41.614
33 + Einzahlungen aus Vorräten	0	245.270	245.270	0	239.637	239.637
34 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 27 bis 33)	58.835.000	35.658.487	-23.176.513	52.876.000	32.101.123	-20.774.877
35 - Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	40.215.829	8.204.455	-32.011.374	32.108.698	15.111.712	-16.996.986
36 - Auszahlungen für Sachanlagen	55.768.973	24.508.926	-31.260.047	63.392.809	27.451.319	-35.941.490
37 - Auszahlungen für Finanzanlagen	3.345.300	1.345.300	-2.000.000	2.000.000	0	-2.000.000
38 - Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	121.000	133.917	12.917	125.800	143.833	18.033
39 - Auszahlungen für Vorräte	0	236.384	236.384	0	290.396	290.396
39a - Sonstige Investitionsauszahlungen	1.383.000	522.474	-860.526	1.501.200	1.558.284	57.084
40 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 35 bis 39a)	100.834.101	34.951.455	-65.882.646	99.128.507	44.555.544	-54.572.963
41 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 34 und 40)	-41.999.101	707.032	42.706.133	-46.252.507	-12.454.421	33.798.086
42 Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 26 und 41)	-35.839.128	3.719.942	39.559.069	-35.424.696	14.241.723	49.666.419

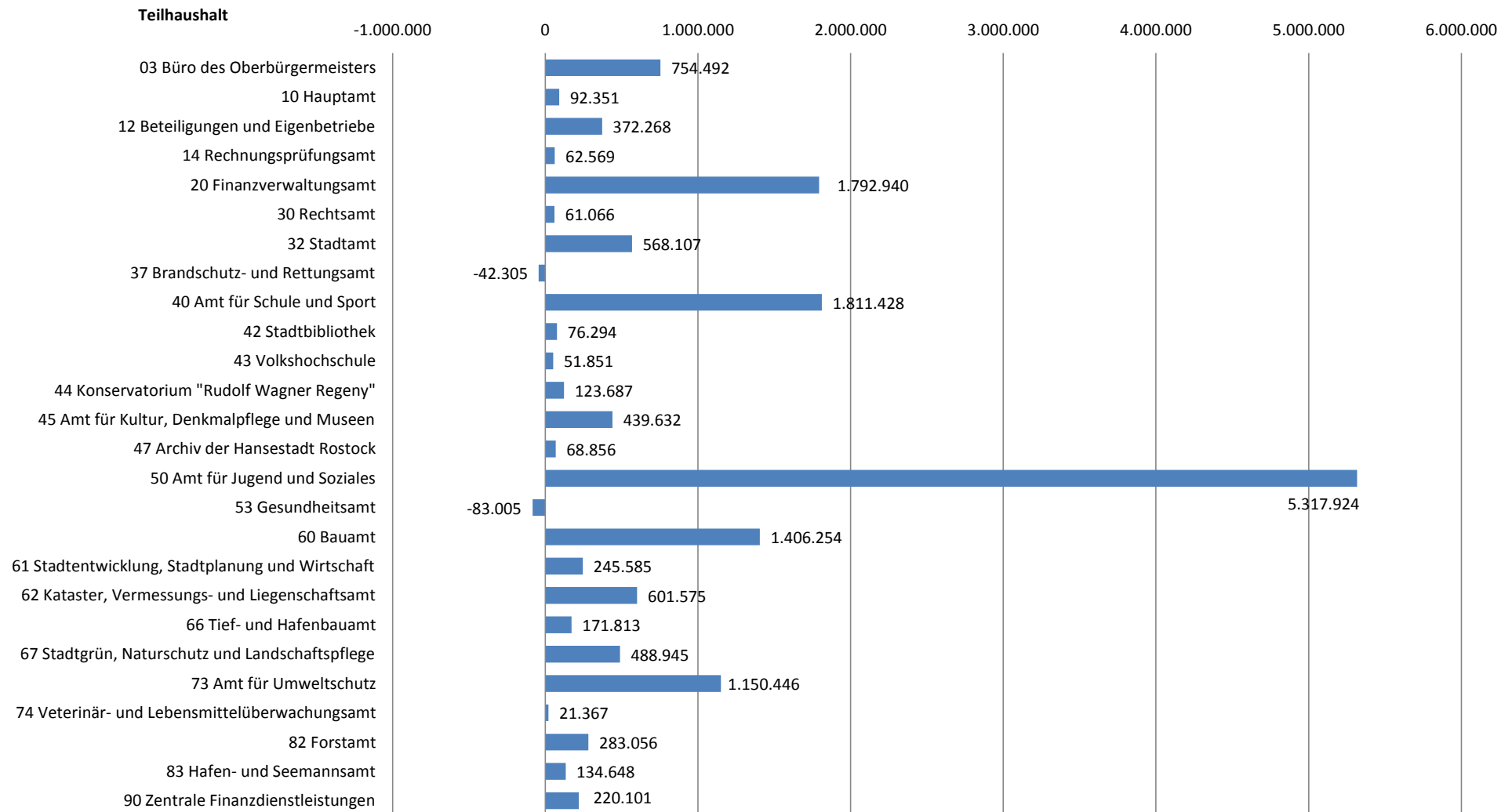
Anlage 2

Vergleich von Buchungermächtigung und Ansatz in der Finanzrechnung 2015 (in EUR)	Ansatz 2015	Reste aus Vorjahren	üpl./apl.	Buchungser- mächtigung 2015	Abweichung der BE zum Ansatz
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	205.101.100	0	1.679.500	206.780.600	1.679.500
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfereinzahlungen	156.092.000	0	470.833	156.562.833	470.833
3 + Einzahlungen der sozialen Sicherung	88.542.200	0	9.402.500	97.944.700	9.402.500
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43.525.200	0	876.400	44.401.600	876.400
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.691.300	0	146.600	8.837.900	146.600
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.812.800	0	182.500	8.995.300	182.500
7 + Erhöhungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
- Verminderungen des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
8 + Andere aktivierte Eigenleistungen	361.500	0	0	361.500	0
9 + Sonstige laufende Einzahlungen	16.775.200	0	10.000	16.785.200	10.000
10 Summe der laufenden Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 1 bis 9)	527.901.300	0	12.768.333	540.669.633	12.768.333
11 - Personalauszahlungen	115.257.200	0	0	115.257.200	0
12 - Versorgungsauszahlungen	8.171.200	0	0	8.171.200	0
13 - Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	73.077.000	409.971	4.127.700	77.614.671	4.537.671
14 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferauszahlungen	47.133.200	89.919	125.833	47.348.952	215.752
15 - Auszahlungen der sozialen Sicherung	242.312.700	136.835	8.390.500	250.840.035	8.527.335
16 - Sonstige laufende Auszahlungen	39.579.800	810.365	179.800	40.569.965	990.165
17 Summe der laufenden Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 11 bis 16)	525.531.100	1.447.090	12.823.833	539.802.023	14.270.923
18 Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 17)	2.370.200	-1.447.090	-55.500	867.610	-1.502.590
19 + Zinseinzahlungen und sonstige Finanzeinzahlungen	18.496.800	0	0	18.496.800	0
20 - Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen	8.592.100	0	-55.500	8.536.600	-55.500
21 Saldo der Zins- und sonstigen Finanzein- und -auszahlungen (Saldo der Nummern 19 und 20)	9.904.700	0	55.500	9.960.200	55.500
22 Saldo der ordentlichen Ein- und Auszahlungen (Summe der Nummern 18 und 21)	12.274.900	-1.447.090	0	10.827.810	-1.447.090
23 + Außerordentliche Einzahlungen	0	0	0	0	0
24 - Außerordentliche Auszahlungen	0	0	0	0	0
25 Saldo der außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 23 und 24)	0	0	0	0	0
26 Saldo der ordentlichen und außerordentlichen Ein- und Auszahlungen (Saldo der Nummern 22 und 25)	12.274.900	-1.447.090	0	10.827.810	-1.447.090
27 + Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	44.122.900	0	139.800	44.262.700	139.800
28 + Einzahlungen aus Beiträgen und ähnlichen Entgelten	1.776.500	0	83.000	1.859.500	83.000
29 + Einzahlungen aus immateriellen Vermögensgegenständen	1.501.200	0	0	1.501.200	0
30 + Einzahlungen aus Sachanlagen	5.224.000	0	1.200	5.225.200	1.200
31 + Einzahlungen aus Finanzanlagen	0	0	0	0	0
32 + Einzahlungen aus sonstigen Ausleihungen und Kreditgewährungen	27.400	0	0	27.400	0
33 + Einzahlungen aus Vorräten	0	0	0	0	0
34 Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 27 bis 33)	52.652.000	0	224.000	52.876.000	224.000
35 - Auszahlungen für immaterielle Vermögensgegenstände	23.011.500	9.100.442	-3.245	32.108.698	9.097.198
36 - Auszahlungen für Sachanlagen	34.434.500	28.731.064	227.245	63.392.809	28.958.309
37 - Auszahlungen für Finanzanlagen	0	2.000.000	0	2.000.000	2.000.000
38 - Auszahlungen für sonstige Ausleihungen und Kreditgewährungen	125.800	0	0	125.800	0
39 - Auszahlungen für Vorräte	0	0	0	0	0
39a - Sonstige Investitionsauszahlungen	1.501.200	0	0	1.501.200	0
40 Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe der Nummern 35 bis 39a)	59.073.000	39.831.507	224.000	99.128.507	40.055.507
41 Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Saldo der Nummern 34 und 40)	-6.421.000	-39.831.507	0	-46.252.507	-39.831.507
42 Finanzmittelüberschuss/ Finanzmittelfehlbetrag (Summe der Nummern 26 und 41)	5.853.900	-41.278.596	0	-35.424.696	-41.278.596

Anlage 3

TH	Bezeichnung	Laufende Einzahlungen aus Verwaltungstätigkeit			Laufende Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit			Saldo der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit		
		BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung	BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung	BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03	Büro des Oberbürgermeisters	785.800	689.894	-95.906	8.011.126	7.160.729	-850.397	-7.225.326	-6.470.835	754.492
10	Hauptamt	1.011.800	662.714	-349.086	12.401.837	11.960.400	-441.436	-11.390.037	-11.297.686	92.351
12	Beteiligungen und Eigenbetriebe	12.797.600	12.328.008	-469.592	29.072.300	28.230.440	-841.860	-16.274.700	-15.902.433	372.268
14	Rechnungsprüfungsamt	200	3.703	3.503	1.129.000	1.069.933	-59.067	-1.128.800	-1.066.231	62.569
20	Finanzverwaltungsamt	10.271.500	12.244.378	1.972.878	5.969.300	6.149.238	179.938	4.302.200	6.095.140	1.792.940
30	Rechtsamt	25.700	11.549	-14.151	1.282.700	1.207.483	-75.217	-1.257.000	-1.195.934	61.066
32	Stadtamt	8.301.733	8.137.050	-164.683	15.199.033	14.466.243	-732.790	-6.897.300	-6.329.193	568.107
37	Brandschutz- und Rettungsamt	10.615.500	9.634.411	-981.089	29.746.469	28.807.684	-938.785	-19.130.969	-19.173.273	-42.305
40	Amt für Schule und Sport	7.628.700	8.010.194	381.494	47.816.661	46.386.728	-1.429.934	-40.187.961	-38.376.534	1.811.428
42	Stadtbibliothek	352.600	320.370	-32.230	3.018.719	2.910.195	-108.524	-2.666.119	-2.589.825	76.294
43	Volkshochschule	931.900	1.064.056	132.156	1.805.211	1.885.516	80.305	-873.311	-821.460	51.851
44	Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	959.600	960.744	1.144	2.109.645	1.987.101	-122.544	-1.150.045	-1.026.357	123.687
45	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	78.600	798.567	719.967	6.174.324	6.454.658	280.334	-6.095.724	-5.656.092	439.632
47	Archiv der Hansestadt Rostock	18.200	11.023	-7.177	824.816	748.783	-76.034	-806.616	-737.760	68.856
50	Amt für Jugend und Soziales	151.839.700	147.610.393	-4.229.307	284.698.098	275.150.867	-9.547.231	-132.858.398	-127.540.475	5.317.924
53	Gesundheitsamt	694.300	689.137	-5.163	7.571.279	7.649.120	77.841	-6.876.979	-6.959.983	-83.005
60	Bauamt	2.368.100	2.532.842	164.742	6.494.027	5.252.515	-1.241.511	-4.125.927	-2.719.673	1.406.254
61	Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	78.100	116.123	38.023	4.927.300	4.719.738	-207.562	-4.849.200	-4.603.615	245.585
62	Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	5.479.900	5.685.755	205.855	6.454.800	6.059.080	-395.720	-974.900	-373.325	601.575
66	Tief- und Hafenbauamt	5.112.100	4.235.192	-876.908	15.770.288	14.721.567	-1.048.721	-10.658.188	-10.486.375	171.813
67	Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	3.651.300	3.614.890	-36.410	12.857.388	12.332.033	-525.355	-9.206.088	-8.717.143	488.945
73	Amt für Umweltschutz	19.762.200	20.630.745	868.545	25.307.500	25.025.599	-281.901	-5.545.300	-4.394.854	1.150.446
74	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	61.000	83.713	22.713	1.278.900	1.280.246	1.346	-1.217.900	-1.196.533	21.367
82	Forstamt	1.322.600	1.330.574	7.974	2.305.200	2.030.118	-275.082	-982.600	-699.544	283.056
83	Hafen- und Seemannsamt	297.500	324.840	27.340	1.339.502	1.232.194	-107.308	-1.042.002	-907.355	134.648
90	Zentrale Finanzdienstleistungen	296.223.400	296.434.645	211.245	6.236.600	6.227.743	-8.857	289.986.800	290.206.901	220.101

Abweichung zwischen BE 2015 und Erfüllung 2015 bei den Salden der laufenden Ein- und Auszahlungen aus Verwaltungstätigkeit nach Teilhaushalt



Abweichung in EUR (Vgl. Anlage 3, letzte Spalte)

Anlage 5

Vergleich der Ergebnisrechnungen für die Haushaltsjahre 2014 und 2015 (in EUR)	Haushaltsjahr 2014			Haushaltsjahr 2015		
	BE	Erfüllung	Abweichung	BE	Erfüllung	Abweichung
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	197.572.000	197.200.402	-371.598	209.430.900	207.329.096	-2.101.804
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	191.403.700	191.841.895	438.195	186.153.833	189.224.303	3.070.470
3 + Erträge der sozialen Sicherung	68.164.300	70.230.024	2.065.724	97.583.400	92.609.532	-4.973.868
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	42.560.500	43.559.844	999.344	44.678.900	44.103.171	-575.729
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	9.113.000	9.791.373	678.373	8.873.000	8.565.570	-307.430
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.423.516	8.171.488	747.973	9.173.700	9.770.571	596.871
7 + Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
- Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
8 + Andere aktivierte Eigenleistungen	534.100	534.100	0	361.500	361.500	0
9 + Sonstige laufende Erträge	23.810.252	22.284.987	-1.525.265	22.973.700	25.141.900	2.168.200
10 Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 1 bis 9)	540.581.368	543.614.114	3.032.746	579.228.933	577.105.643	-2.123.290
11 - Personalaufwendungen	110.682.700	115.065.733	4.383.033	118.797.400	110.818.065	-7.979.335
12 - Versorgungsaufwendungen	5.406.900	925.456	-4.481.444	7.874.000	9.344.421	1.470.421
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	70.628.263	70.273.627	-354.636	77.297.600	74.385.697	-2.911.903
14 - Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	39.309.000	39.309.000	0	43.414.100	43.414.100	0
15 - Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	49.323.700	47.913.690	-1.410.010	47.259.033	45.695.623	-1.563.410
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	232.938.100	232.603.411	-334.689	250.428.200	247.768.228	-2.659.972
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	44.218.405	40.362.336	-3.856.069	45.200.100	41.915.931	-3.284.169
19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 11 bis 18)	552.507.068	546.453.252	-6.053.816	590.270.433	573.342.065	-16.928.368
20 Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 19)	-11.925.700	-2.839.139	9.086.561	-11.041.500	3.763.578	14.805.078
21 + Zinserträge und sonstige Finanzerträge	19.966.100	20.807.610	841.510	21.527.800	16.275.825	-5.251.975
22 - Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	8.420.700	6.985.057	-1.435.643	8.576.900	7.621.404	-955.496
23 Finanzergebnis (Saldo der Nummern 21 und 22)	11.545.400	13.822.553	2.277.153	12.950.900	8.654.420	-4.296.480
24 Ordentliches Ergebnis (Summe der Nummern 20 und 23)	-380.300	10.983.414	11.363.714	1.909.400	12.417.999	10.508.599
25 + Außerordentliche Erträge	380.300	402.948	22.648	0	12	12
26 - Außerordentliche Aufwendungen	0	36.821	36.821	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 25 und 26)	380.300	366.127	-14.173	0	12	12
28 Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Nr. 24 und 27)	0	11.349.542	11.349.542	1.909.400	12.418.011	10.508.611

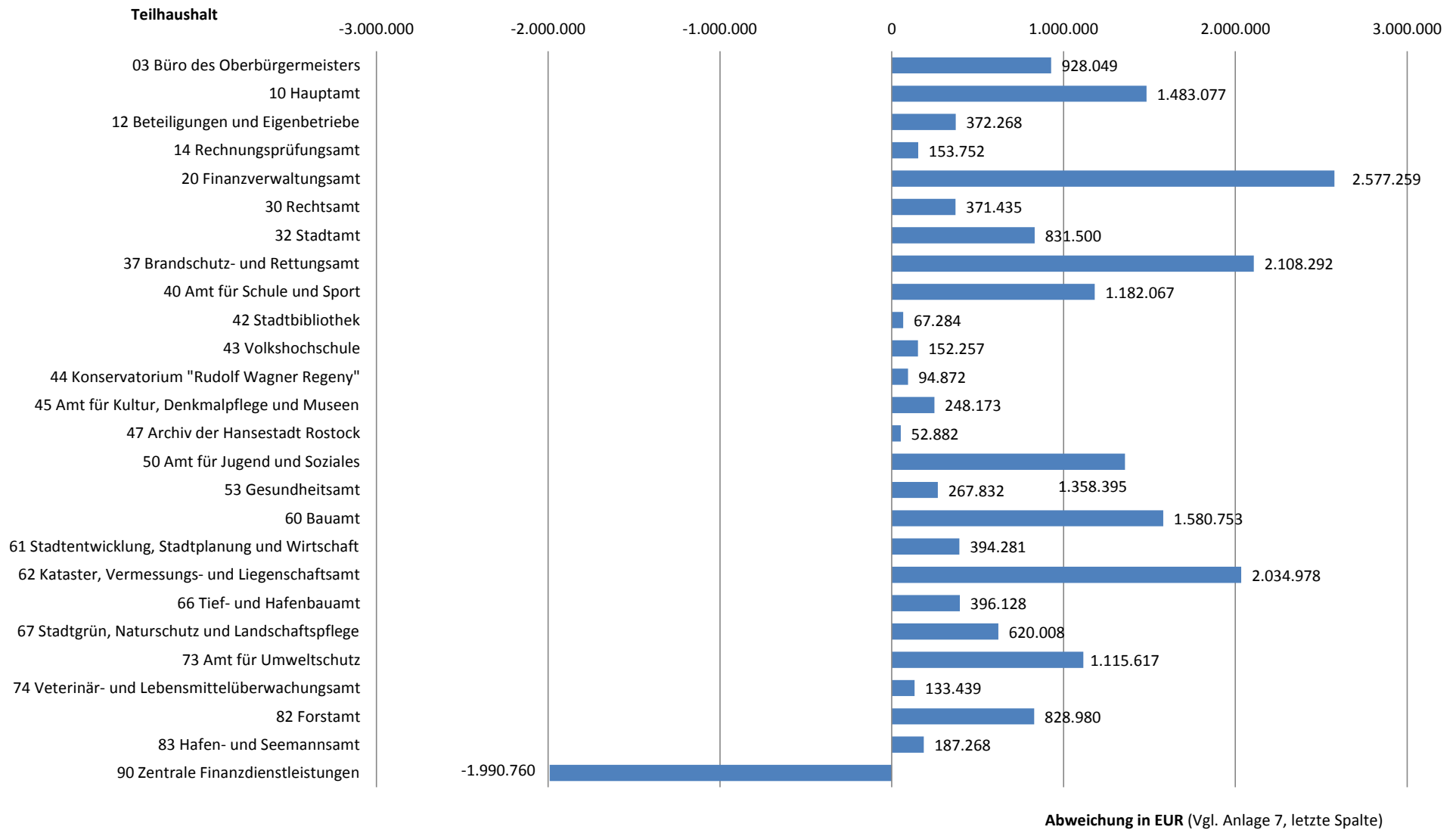
Anlage 6

Vergleich von Buchungsmächtigung und Ansatz in der Ergebnisrechnung 2015 (in EUR)	Ansatz 2015	Reste aus Vorjahren	üpl./apl.	Buchungser- mächtigung 2015	Abweichung der BE zum Ansatz
1 + Steuern und ähnliche Abgaben	207.801.100	0	1.629.800	209.430.900	1.629.800
2 + Zuwendungen, allgemeine Umlagen und sonstige Transfererträge	185.611.000	0	542.833	186.153.833	542.833
3 + Erträge der sozialen Sicherung	88.180.900	0	9.402.500	97.583.400	9.402.500
4 + Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	43.822.300	0	856.600	44.678.900	856.600
5 + Privatrechtliche Leistungsentgelte	8.726.400	0	146.600	8.873.000	146.600
6 + Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.991.200	0	182.500	9.173.700	182.500
7 + Erhöhung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
- Verminderung des Bestandes an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0
8 + Andere aktivierte Eigenleistungen	361.500	0	0	361.500	0
9 + Sonstige laufende Erträge	22.963.700	0	10.000	22.973.700	10.000
10 Summe der laufenden Erträge aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 1 bis 9)	566.458.100	0	12.770.833	579.228.933	12.770.833
11 - Personalaufwendungen	118.797.400	0	0	118.797.400	0
12 - Versorgungsaufwendungen	7.874.000	0	0	7.874.000	0
13 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	73.097.900	0	4.199.700	77.297.600	4.199.700
14 - Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	43.414.100	0	0	43.414.100	0
15 - Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0
16 - Zuwendungen, Umlagen und sonstige Transferaufwendungen	47.133.200	0	125.833	47.259.033	125.833
17 - Aufwendungen der sozialen Sicherung	242.037.700	0	8.390.500	250.428.200	8.390.500
18 - Sonstige laufende Aufwendungen	45.040.100	0	160.000	45.200.100	160.000
19 Summe der laufenden Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit (Summe der Nummern 11 bis 18)	577.394.400	0	12.876.033	590.270.433	12.876.033
20 Laufendes Ergebnis aus Verwaltungstätigkeit (Saldo der Nummern 10 und 19)	-10.936.300	0	-105.200	-11.041.500	-105.200
21 + Zinserträge und sonstige Finanzerträge	21.527.800	0	0	21.527.800	0
22 - Zinsaufwendungen und sonstige Finanzaufwendungen	8.682.100	0	-105.200	8.576.900	-105.200
23 Finanzergebnis (Saldo der Nummern 21 und 22)	12.845.700	0	105.200	12.950.900	105.200
24 Ordentliches Ergebnis (Summe der Nummern 20 und 23)	1.909.400	0	0	1.909.400	0
25 + Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
26 - Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
27 Außerordentliches Ergebnis (Saldo der Nummern 25 und 26)	0	0	0	0	0
28 Jahresergebnis (Jahresüberschuss/ Jahresfehlbetrag) vor Veränderung der Rücklagen (Nr. 24 und 27)	1.909.400	0	0	1.909.400	0

Anlage 7

TH	Bezeichnung	Laufende Erträge aus Verwaltungstätigkeit			Laufende Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit			Saldo der lfd. Erträge und Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit		
		BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung	BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung	BE 2015	Erfüllung 2015	Abweichung
03	Büro des Oberbürgermeisters	790.800	653.650	-137.150	8.238.400	7.173.201	-1.065.199	-7.447.600	-6.519.551	928.049
10	Hauptamt	1.024.200	813.487	-210.713	12.922.400	11.228.610	-1.693.790	-11.898.200	-10.415.123	1.483.077
12	Beteiligungen und Eigenbetriebe	13.849.100	13.379.508	-469.592	30.300.100	29.458.240	-841.860	-16.451.000	-16.078.733	372.268
14	Rechnungsprüfungsamt	200	1.842	1.642	1.161.200	1.009.091	-152.109	-1.161.000	-1.007.248	153.752
20	Finanzverwaltungsamt	10.450.400	12.426.010	1.975.610	6.569.300	5.967.651	-601.649	3.881.100	6.458.359	2.577.259
30	Rechtsamt	25.700	178.105	152.405	1.488.300	1.269.270	-219.030	-1.462.600	-1.091.165	371.435
32	Stadtamt	8.301.733	8.146.974	-154.759	15.619.433	14.633.174	-986.259	-7.317.700	-6.486.200	831.500
37	Brandschutz- und Rettungsamt	11.259.400	10.006.523	-1.252.877	32.667.700	29.306.531	-3.361.169	-21.408.300	-19.300.008	2.108.292
40	Amt für Schule und Sport	8.421.000	8.956.294	535.294	48.793.800	48.147.027	-646.773	-40.372.800	-39.190.733	1.182.067
42	Stadtbibliothek	380.000	356.068	-23.932	3.019.900	2.928.685	-91.215	-2.639.900	-2.572.616	67.284
43	Volkshochschule	931.900	1.091.239	159.339	1.880.200	1.887.282	7.082	-948.300	-796.043	152.257
44	Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	954.600	955.118	518	2.095.700	2.001.346	-94.354	-1.141.100	-1.046.228	94.872
45	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen	78.600	750.493	671.893	6.071.700	6.495.420	423.720	-5.993.100	-5.744.927	248.173
47	Archiv der Hansestadt Rostock	18.200	39.816	21.616	784.800	753.534	-31.266	-766.600	-713.718	52.882
50	Amt für Jugend und Soziales	151.865.200	149.871.617	-1.993.583	284.099.000	280.747.023	-3.351.977	-132.233.800	-130.875.405	1.358.395
53	Gesundheitsamt	694.300	687.850	-6.450	7.866.600	7.592.318	-274.282	-7.172.300	-6.904.468	267.832
60	Bauamt	2.492.200	2.438.915	-53.285	6.959.400	5.325.361	-1.634.039	-4.467.200	-2.886.447	1.580.753
61	Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	1.803.500	1.892.472	88.972	6.756.800	6.451.491	-305.309	-4.953.300	-4.559.019	394.281
62	Kataster, Vermessungs- und Liegenschaftsamt	10.763.700	10.603.165	-160.535	9.634.700	7.439.187	-2.195.513	1.129.000	3.163.978	2.034.978
66	Tief- und Hafenbauamt	31.176.800	30.616.679	-560.121	50.626.300	49.670.052	-956.248	-19.449.500	-19.053.372	396.128
67	Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege	3.187.400	3.333.497	146.097	14.599.800	14.125.890	-473.910	-11.412.400	-10.792.392	620.008
73	Amt für Umweltschutz	20.389.400	21.101.484	712.084	25.387.000	24.983.467	-403.533	-4.997.600	-3.881.983	1.115.617
74	Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt	61.000	83.998	22.998	1.369.800	1.259.359	-110.441	-1.308.800	-1.175.361	133.439
82	Forstamt	1.133.900	1.547.506	413.606	2.416.300	2.000.925	-415.375	-1.282.400	-453.420	828.980
83	Hafen- und Seemannsamt	302.000	427.451	125.451	1.255.200	1.193.383	-61.817	-953.200	-765.932	187.268
90	Zentrale Finanzdienstleistungen	298.873.700	296.699.926	-2.173.774	7.686.600	7.503.586	-183.014	291.187.100	289.196.340	-1.990.760

Abweichung zwischen BE 2015 und Erfüllung 2015 bei den Salden der laufenden Erträge und Aufwendungen aus Verwaltungstätigkeit nach Teilhaushalt



Ziele und Kennzahlen der wesentlichen Produkte im Haushaltsjahr 2015

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
15	25301 Zoologischer Garten Rostock GmbH	Einhaltung der geplanten Zuschusshöhe	Zuschuss in EUR	2.950.000	2.784.000	3.084.000	3.084.000	0	3.594.000	510.000	3.594.000	0	3.594.000
		Erhöhung Besucherzahl	Anzahl Besucher	627.696	637.391	650.000	632.237	-17.763	680.000	30.000	635.513	-44.487	680.000
			Erträge in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Aufwendungen in EUR	2.950.000	2.784.000	3.084.000	3.084.000	0	3.594.000	510.000	3.594.000	0	3.594.000
			Saldo in EUR	-2.950.000	-2.784.000	-3.084.000	-3.084.000	0	-3.594.000	-510.000	-3.594.000	0	-3.594.000
	26101 Volkstheater Rostock GmbH	Einhaltung der geplanten Zuschusshöhe	Zuschuss in EUR	9.328.000	8.234.000	8.814.000	9.034.518	220.518	8.637.000	-177.000	8.637.000	0	8.814.000
		Konstante Besucherzahl	Anzahl Besucher	121.358	128.532	135.000	109.929	-25.071	135.000	0	105.655	-29.345	135.000
			Erträge in EUR	9.168.818	8.732.691	8.996.800	8.976.648	-20.152	8.996.800	0	8.527.171	-469.629	7.746.800
			Aufwendungen in EUR	18.496.818	17.836.041	17.836.800	17.825.713	-11.087	18.288.300	451.500	17.301.440	-986.860	17.517.200
			Saldo in EUR	-9.328.000	-9.103.350	-8.840.000	-8.849.065	-9.065	-9.291.500	-451.500	-8.774.270	517.230	-9.770.400
	52205 WIRO Wohnungsgesellschaft mbH	Einhaltung der geplanten Gewinnabführung	Gewinnabführung in EUR	15.000.000	15.000.000	14.000.000	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000
		Leerstandsquote stabil halten	Leerstandsquote in %	1,7%	1,6%	2,0%	1,4%	-0,6%-P.	2,0%	0,0%-P.	1,2%	-0,8%-P.	2,0%
			Erträge in EUR	15.000.000	15.000.000	14.000.000	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000
			Aufwendungen in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Saldo in EUR	15.000.000	15.000.000	14.000.000	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000	0	14.000.000
	54701 RVV Rostocker Versorgungs- und Verkehrs-Holding GmbH	Erhöhung Gewinnabführung an die HRO	Gewinnabführung in EUR	6.600	270.000	500.000	500.000	0	500.000	0	500.000	0	0
			Erträge in EUR	3.662.794	4.055.858	4.274.300	4.330.601	56.301	4.300.800	26.500	4.300.837	37	3.800.800
			Aufwendungen in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Saldo in EUR	3.662.794	4.055.858	4.274.300	4.330.601	56.301	4.300.800	26.500	4.300.837	37	3.800.800
	57303 Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH	Einhaltung der geplanten Zuschusshöhe	Zuschuss in EUR	3.170.000	3.170.000	3.320.000	3.320.000	0	3.220.000	-100.000	3.220.000	0	3.220.000
		Konstante Anzahl Belegungstage Stadthalle	Anzahl Belegungstage Stadthalle	136	234	130	244	114	90	-40	236	146	90
		Konstante Anzahl Belegungstage Hansemesse	Anzahl Belegungstage Hansemesse	204	234	210	239	29	110	-100	175	65	110
			Erträge in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Aufwendungen in EUR	3.170.000	3.170.000	3.320.000	3.320.000	0	3.220.000	-100.000	3.220.000	0	3.220.000
			Saldo in EUR	-3.170.000	-3.170.000	-3.320.000	-3.320.000	0	-3.220.000	100.000	-3.220.000	0	-3.220.000
	57305 IGA Rostock 2003 GmbH	Einhaltung der geplanten Zuschusshöhe	Zuschuss in EUR	2.000.000	2.000.000	2.100.000	2.100.000	0	2.100.000	0	2.100.000	0	2.100.000
		Konstante Besucherzahl	Anzahl Besucher	131.000	178.000	131.000	153.000	22.000	131.000	0	123.500	-7.500	131.000
			Erträge in EUR	0	210.000	0	9.491	9.491	1.040.700	1.040.700	40.370	-1.000.330	1.040.700
			Aufwendungen in EUR	2.000.000	2.000.000	2.100.000	2.100.000	0	3.140.800	1.040.800	2.100.000	-1.040.800	3.140.800

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
			Saldo in EUR	-2.000.000	-1.790.000	-2.100.000	-2.090.509	9.491	-2.100.100	-100	-2.059.630	40.470	-2.100.100
	62301 Eigenbetrieb Kommunale Objektbewirtschaftung und -entwicklung der HRO	Jahresergebnis	Jahresergebnis in EUR	0	58.316	28.000	0	-28.000	31.000	3.000	*		18.000
		Konstanter Vermietungsgrad	Vermietungsgrad in %	99,0%	99,4%	>90%	99,4%	-	>90%	-	99,4%	-	>90%
			Erträge in EUR	182.000	0	28.000	0	-28.000	41.800	13.800	0	-41.800	28.800
			Aufwendungen in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Saldo in EUR	182.000	0	28.000	0	-28.000	41.800	13.800	0	-41.800	28.800
	62302 Eigenbetrieb Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde	Einhaltung des geplanten Jahresabschlussergebnisses	Jahresabschlussergebnis in EUR	-820.473	-637.550	-1.280.000	-1.080.000	200.000	-1.280.000	0	*		-1.280.000
		Übernachtungszahl konstant halten	Anzahl Übernachtungen	1.700.000	1.800.000	1.700.000	1.897.526	197.526	1.800.000	100.000	1.900.000	100.000	1.800.000
			Erträge in EUR	0	0	0	0	0	171.600	171.600	171.685	85	1.600.000
			Aufwendungen in EUR	1.134.000	637.550	1.280.000	1.080.000	-200.000	1.337.000	57.000	1.000.000	-337.000	1.337.000
			Saldo in EUR	-1.134.000	-637.550	-1.280.000	-1.080.000	200.000	-1.165.400	114.600	-828.315	337.085	263.000
	62303 Eigenbetrieb Krankenhaus Südstadt Klinikum	Erhöhung des geplanten Jahresabschlussergebnisses	Jahresabschlussergebnis in EUR	2.896.311	2.192.030	2.200.000	1.100.000	-1.100.000	2.500.000	300.000	Jahresergebnis	#WERT!	2.500.000
		Leistungssteigerung in der vollstationären Patientenversorgung (CMI)	Schweregrad	1,002	1,007	1,006	1,005	-0,001	1,006	0,000	0,996	-0,010	1,006
			Erträge in EUR	2.896.311	2.192.031	2.200.000	2.367.111	167.111	2.500.000	300.000	0	-2.500.000	2.500.000
			Aufwendungen in EUR	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
			Saldo in EUR	2.896.311	2.192.031	2.200.000	2.367.111	167.111	2.500.000	300.000	0	-2.500.000	2.500.000
20	61101 Steuern	Erhöhung des Steueraufkommens	Steueraufkommen gesamt (40) in EUR	142.642.976	155.701.357	163.095.800	166.945.692	3.849.892	175.953.800	12.858.000	175.737.250	-216.550	182.395.500
			Aufkommen Grundsteuer B in EUR	20.741.163	22.596.580	22.350.000	22.418.367	68.367	22.500.000	150.000	22.539.954	39.954	22.500.000
			Hebesatz Grundsteuer B in %	450,0%	480,0%	480,0%	480,0%	0,0%-P.	480,0%	0,0%-P.	480,0%	0	480,0%
			Aufkommen Gewerbesteuer in EUR	67.437.173	74.564.165	79.100.000	80.752.644	1.652.644	85.400.000	6.300.000	82.748.507	-2.651.493	88.645.200
			Hebesatz Gewerbesteuer in %	450,0%	465,0%	465,0%	465,0%	0,0%-P.	465,0%	0,0%-P.	465,0%	0	465,0%
			Aufkommen sonstige Gemeindesteuern in EUR	2.620.672	2.532.422	2.835.000	2.865.466	30.466	2.938.500	103.500	3.232.561	294.061	2.943.500
			Anzahl der Gewerbesteuerpflichtigen	16.106	15.952	16.100	12.428	-3.672	12.428	-3.672	9.962	-2.466	11.860
			Gewerbesteuerumlage in EUR	5.106.189	5.640.369	6.142.700	5.884.171	-258.529	6.236.600	93.900	6.244.742	8.142	6.473.000
			Gemeindeanteil an der Einkommensteuer in EUR	41.525.029	45.574.532	47.968.000	50.143.402	2.175.402	53.033.700	5.065.700	55.035.089	2.001.389	55.662.200
			Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in EUR	10.249.081	10.365.365	10.772.800	10.695.384	-77.416	12.011.600	1.238.800	12.113.384	101.784	12.574.600
			Steueraufkommen je Einwohner in EUR	703,07	764,00	800,00	819,00	19,00	861,81	61,81	859	-2,43	893,36
			Erträge in EUR	145.009.298	158.401.398	164.731.200	168.611.491	3.880.291	177.509.500	12.778.300	176.497.365	-1.012.135	183.901.200
			Aufwendungen in EUR	8.860.871	7.952.576	8.442.700	8.638.672	195.972	10.976.600	2.533.900	10.558.056	-418.544	8.873.000
			Saldo in EUR	136.148.427	150.448.822	156.288.500	159.972.819	3.684.319	166.532.900	10.244.400	165.939.308	-593.592	175.028.200

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
40	42102 Sportförderung	Stabilisierung der Aufwendungen	Aufwendungen in EUR	1.848.507	1.885.561	1.144.600	1.149.680	5.080	1.326.100	181.500	1.308.081	-18.019	1.526.400
		Zahlung von Betriebskostenzuschüssen (bis zu 40%) für 21 Sportanlagen, deren Betriebskosten die Sportvereine selbst aufzubringen haben	Aufwendungen in EUR	52.265	54.908	53.400	58.589	5.189	55.000	1.600	60.025	5.025	55.000
			Erträge in EUR	1.217	6.819	0	4.358	4.358	0	0	3.426	3.426	0
			Aufwendungen in EUR	1.848.507	1.885.561	1.144.600	1.149.680	5.080	1.326.100	181.500	1.308.081	-18.019	1.526.400
			Saldo in EUR	-1.847.290	-1.878.742	-1.144.600	-1.145.321	-721	-1.326.100	-181.500	-1.304.655	21.445	-1.526.400
	42401 Sportstätten und Bäder - BgA	Erhöhung des Kostendeckungsgrades	Kostendeckungsgrad in %	26,5%	52,2%	44,2%	53,7%	9,4%-P.	53,2%	8,9%-P.	54,4%	1,2%-P.	55,2%
		Optimale Auslastung der Sportstätten	Auslastungsgrad Sportstätten in %		89,0%	89,0%	84,0%	-5,0%-P.	89,0%	0,0%-P.	78,1%	-10,9%-P.	89,0%
		Steigerung der Entgelteinnahmen	Entgelteinnahmen in EUR	503.061	379.216	573.300	440.757	-132.543	530.000	-43.300	466.654	-63.346	530.000
			Erträge in EUR	2.344.904	1.546.633	1.817.800	1.595.049	-222.751	1.739.000	-78.800	1.721.152	-17.848	1.784.000
			Aufwendungen in EUR	8.839.520	2.963.748	4.109.900	2.971.700	-1.138.200	3.270.500	-839.400	3.162.556	-107.944	3.230.700
			Saldo in EUR	-6.494.616	-1.417.115	-2.292.100	-1.376.651	915.449	-1.531.500	760.600	-1.441.404	90.096	-1.446.700
42	27201 Stadtbibliothek	Beibehaltung des Kostendeckungsgrades	Kostendeckungsgrad in %	7,64%	8,55%	8,10%	7,73%	-0,4%-P.	8,06%	0,0%-P.	7,31%	-0,7%-P.	7,95%
			Anzahl Aktive Nutzer	23.225	23.307	23.500	22.637	-863	23.500	0	21.623	-1.877	23.500
		Erhöhung der aktiven Nutzer (Einwohner Hansestadt Rostock) der Bibliothek	Anteil Rostocker Nutzer an Einwohner Rostock in %	11,49%		12,00%	10,15%	-1,9%-P.	**	-	-	-	**
			Anzahl Neue Medien	21.871	28.310	26.350	26.078	-272	26.400	50	29.722	3.322	26.400
			Medienbestand	145.804	155.559	149.000	149.266	266	**	-	144.843	-	**
		Erreichen einer Erneuerungsquote von 15,6 %	Erneuerungsquote in %	15,00%	17,68%	16,00%	12,70%	-3,3%-P.	16,00%	0,0%-P.	16,80%	0,8%-P.	16,00%
		Steigerung der Anzahl der Besuche auf der Webseite	Anzahl Besuche auf der Webseite	94.029	117.634	120.000	118.777	-1.223	120.000	0	128.616	8.616	120.000
			Erträge in EUR	202.534	239.041	228.100	213.948	-14.152	233.700	5.600	207.068	-26.632	233.200
			Aufwendungen in EUR	2.651.153	2.794.717	2.814.400	2.767.648	-46.752	2.901.000	86.600	2.828.472	-72.528	2.933.900
			Saldo in EUR	-2.448.619	-2.555.677	-2.586.300	-2.553.701	32.599	-2.667.300	-81.000	-2.621.404	45.896	-2.700.700
43	27101 Volkshochschule	Sicherung des Kostendeckungsgrades	Kostendeckungsgrad in %	58,29%	57,21%	47,96%	53,23%	5,27%-P.	50,30%	2,3%-P.	60,66%	10,4%-P.	53,73%
		Beibehaltung bzw. Steigerung der Gesamtteilnehmerzahl	Teilnehmeranzahl	8.900	10.471	8.900	10.656	1.756	9.200	300	9.244	44	9.400
		Steigerung der Gesamtkurszahl	Anzahl Kurse	774	926	800	989	189	820	20	892	72	840
		Erhöhung der durchschnittlichen Teilnehmeranzahl pro Kurs	Teilnehmer pro Kurs	11,50	11,31	11,13	10,77	-0,35	11,22	0,1	10,36	-1	11,22
			Erträge in EUR	928.128	925.736	915.900	954.311	38.411	961.900	46.000	1.119.010	157.110	952.400
			Aufwendungen in EUR	1.592.311	1.618.231	1.909.600	1.792.677	-116.923	1.912.200	2.600	1.852.689	-59.511	1.772.600
			Saldo in EUR	-664.183	-692.494	-993.700	-838.366	155.334	-950.300	43.400	-733.679	216.621	-820.200

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
44	26301 Konservatorium "Rudolf Wagner Regeny"	Anteil der Entgelte an Gesamtmusikschulfinanzierung beibehalten	Anteil Eltermentgelte an Musikschulfinanzierung in %	33,0%	30,0%	30,0%	32,0%	2,0%-P.	30,0%	0,0%-P.	32,8%	2,8%-P.	30,0%
		Anteil der hauptamtlich erteilten Jahreswochenstunden stabilisieren	Anteil hauptamtl. erteilte Jwh zu nebenamtl. erteilte Jwh		57% zu 43%	57% zu 43%	55% zu 45%	-	57% zu 43%	-	56% zu 44%	-	57% zu 43%
			Erträge in EUR	934.691	855.186	889.200	896.344	7.144	919.200	30.000	919.108	-92	974.700
			Aufwendungen in EUR	1.872.664	1.862.816	1.877.200	1.909.527	32.327	2.082.200	205.000	1.978.607	-103.593	2.073.200
			Saldo in EUR	-937.973	-1.007.631	-988.000	-1.013.183	-25.183	-1.163.000	-175.000	-1.059.499	103.501	-1.098.500
45	25101 Kulturhistorisches Museum	Beibehaltung des Umfangs der Veranstaltungen	Anzahl Veranstaltungen	315	356	200	399	199	200	0	469	269	200
		Beibehaltung des Umfangs der Führungen	Anzahl Führungen	167	151	130	127	-3	130	0	129	-1	130
			Anzahl Besucher insgesamt	60.928	59.402	50.000	55.851	5.851	50.000	0	61.997	11.997	50.000
		Beibehaltung der Anzahl der Teilnehmer an musealen Angeboten	Anzahl Teilnehmer musealer Angebote	11.400	12.418	8.400	10.444	2.044	8.400	0	9.650	1.250	8.400
		Stabilisierung der Aufwendungen pro Besucher	Aufw. pro Besucher in EUR	27,46	27,91	36,72	26,76	-9,96	32,77	-3,94	24,45	-8,32	32,57
			Erträge in EUR	144.143	56.843	34.700	53.773	19.073	37.600	2.900	31.207	-6.393	37.600
			Aufwendungen in EUR	1.672.998	1.658.076	1.835.900	1.494.359	-341.541	1.638.700	-197.200	1.547.348	-91.352	1.628.600
			Saldo in EUR	-1.528.856	-1.601.233	-1.801.200	-1.440.586	360.614	-1.601.100	200.100	-1.516.141	84.959	-1.591.000
	28100 Kultur	Beibehaltung der Höhe der Zuschüsse an Verbände und Vereine	Zuschüsse an Verbände und Vereine in EUR	1.344.280	1.641.575	1.759.900	1.757.350	-2.550	1.836.900	77.000	2.298.800	461.900	1.836.900
		Beibehaltung der Anzahl der geförderten Kulturprojekte	Anzahl geförderter Kulturprojekte	25	25	25	25	0	25	0	24	-1	25
			Erträge in EUR	136.692	158.918	1.200	160.419	159.219	26.000	24.800	714.272	688.272	26.000
			Aufwendungen in EUR	2.006.855	2.248.600	2.302.100	2.572.787	270.687	2.758.600	456.500	3.364.351	605.751	2.715.300
			Saldo in EUR	-1.870.163	-2.089.682	-2.300.900	-2.412.368	-111.468	-2.732.600	-431.700	-2.650.079	82.521	-2.689.300

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
50	31102 Hilfe zur Pflege (7. Kapitel SGB XII)	Die Aufwendungen pro Leistungsfall übersteigen die Werte des Vorjahres nicht.	Aufwendungen je Leistungsempfänger HzP in EUR	7.530	7.228	7.597	7.241	-356	8.434	837	7.263	-1.171	8.913
		Ausbau der Pflegedienstleistung / Ambulantisierung / Tagespflege	Anzahl der Plätze	207	217	230	217	-13	230	0	230	0	230
			Erträge in EUR	1.038.543	1.159.793	1.249.300	1.523.176	273.876	7.052.400	5.803.100	6.423.080	-629.320	7.191.600
			Aufwendungen in EUR	7.093.493	7.719.914	8.106.100	8.193.567	87.467	8.020.300	-85.800	8.436.698	416.398	8.165.300
			Saldo in EUR	-6.054.950	-6.560.121	-6.856.800	-6.670.391	186.409	-967.900	5.888.900	-2.013.618	-1.045.718	-973.700
	31201 Leistungen für Unterkunft und Heizung	Die kumulierte Integrationsquote von Alleinerziehenden erreicht die im Haushaltsvorjahr 2013 erlangte Höhe.	Integrationsquote Alleinerziehende in %	26,0%	27,7%	23,8%	25,9%	2,1%-P.	23,8%	0,0%-P.	27,5%	3,7%-P.	23,8%
		Die kumulierte Integrationsquote von Jugendlichen unter 25 Jahren erreicht die im Haushaltsvorjahr 2013 erlangte Höhe.	Integrationsquote Jugendliche U25 in %	43,2%	43,3%	41,3%	38,5%	-2,8%-P.	41,3%	0,0%-P.	37,4%	-3,9%-P.	41,3%
		Über 50% der Schulentlassenen des aktuellen Schulentlassungsjahres sind in einer Ausbildung nach dem Berufsbildungsgesetz oder der Handwerksverordnung integriert.	Einmündungsquote in %	57,5%		55,1%	**	-	**	-	**	-	**
		Die Ausgaben für Leistungen für Unterkunft und Heizung in Zuständigkeit der Kommune übersteigen die des Vorjahres nicht.	Ausgaben der Leistungen für Unterkunft und Heizung in EUR			63.020.600	62.860.000	-160.600	**	-	**	-	**
			Erträge in EUR	18.571.171	19.315.498	19.751.700	20.947.198	1.195.498	21.696.700	1.945.000	21.742.576	45.876	19.780.600
			Aufwendungen in EUR	63.075.831	63.717.111	63.020.600	62.361.966	-658.634	61.970.900	-1.049.700	59.975.901	-1.994.999	61.299.800
			Saldo in EUR	-44.504.660	-44.401.613	-43.268.900	-41.414.768	1.854.132	-40.274.200	2.994.700	-38.233.325	2.040.875	-41.519.200
	36200 Jugendarbeit (§§ 11, 12 SGB VIII)		Aufwand je EW in EUR	13,93	13,45	14,46	13,90	-0,56	15,31	0,85	14,42	-0,89	15,79
		Die Aufwendungen sind stabil	Aufwand in EUR	2.826.311	2.743.541	2.945.000	2.834.016	-110.984	**	-	**	-	**
			Erträge in EUR	307.811	158.860	155.600	157.174	1.574	142.000	-13.600	158.308	16.308	142.000
			Aufwendungen in EUR	2.826.372	2.743.541	2.945.000	2.839.007	-105.993	3.209.600	264.600	3.104.917	-104.683	3.229.400
			Saldo in EUR	-2.518.561	-2.584.682	-2.789.400	-2.681.832	107.568	-3.067.600	-278.200	-2.946.609	120.991	-3.087.400
	36301 Schul- und Jugendsozialarbeit, Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz (§§ 13, 14 SGB VIII)	Vielfalt gestalten	Anzahl Angebote		39	39	40	1	39	0	41	2	39
		Stabilisierung der Aufwendungen je Einwohner	Aufwendungen je Einwohner in EUR	15,72	15,82	16,07	16,35	0,28	16,27	0,20	15,32	-0,95	16,78
			Erträge in EUR	1.181.465	1.164.311	1.035.800	962.159	-73.641	1.062.000	26.200	1.078.078	16.078	1.071.300
			Aufwendungen in EUR	3.189.443	3.235.222	3.273.800	3.329.872	56.072	3.340.600	66.800	3.371.984	31.384	3.527.300
			Saldo in EUR	-2.007.978	-2.070.911	-2.238.000	-2.367.714	-129.714	-2.278.600	-40.600	-2.293.905	-15.305	-2.456.000
	36303 Hilfe zur Erziehung (§§ 27 – 35 SGB VIII)	Die Kosten- und Unterhaltspflichtigen sind verstärkt herangezogen.	Erstattungserträge der Unterhaltspflichtigen in EUR	911.000	837.921	835.000	757.501	-77.499	780.000	-55.000	722.285	-57.715	780.000
			Anzahl der Fälle in Vollzeitpflege (Pflegefamilie)	145	145	150	157	7	150	0	139	-11	150
		Verhältnis der Fälle § 33 (Pflegefamilien) zu § 34 (Heimunterbringung) SGB VIII	Quote in %			30% zu 70%	33% zu 67%	-	30% zu 70%	-	31% zu 69%	-	30% zu 70%
			Erträge in EUR	1.693.963	1.729.483	1.631.600	1.656.312	24.712	1.485.400	-146.200	1.915.218	429.818	1.485.400
			Aufwendungen in EUR	23.991.445	26.054.343	23.746.400	29.222.952	5.476.552	30.018.200	6.271.800	31.216.261	1.198.061	30.043.600
			Saldo in EUR	-22.297.482	-24.324.860	-22.114.800	-27.566.640	-5.451.840	-28.532.800	-6.418.000	-29.301.044	-768.244	-28.558.200

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
66	54101 Gemeindestraßen	Reduzierung des Unterhaltungsaufwandes durch zeitnahe Beseitigung von Schäden	Unterhaltungsaufwand für Rad- und Gehwege, Fahrbahnen in EUR	1.000.000	1.283.941	2.000.000	1.631.985	-368.015	1.500.000	-500.000	1.575.007	75.007	1.900.000
			Unterhaltungsaufwand lfd. m Straße, Geh- und Radwege in EUR	0,85	1,11	1,72	1,41	-0,31	0,78	-0,94	1,43	0,65	0,78
		Erneuerung/Sanierung des Straßenverkehrsnetzes für Verkehrsanlagen (Invest)	Sanierte Straßen in km (Invest)		2,5	4,0	4,1	0,1	2,8	-1,2	5,2	2,4	2,5
			Erträge in EUR	277.381	451.713	15.366.700	492.589	-14.874.111	15.450.700	84.000	297.549	-15.153.151	15.510.500
			Aufwendungen in EUR	9.251.380	9.501.464	38.063.500	10.134.291	-27.929.209	30.349.100	-7.714.400	9.630.975	-20.718.125	30.783.100
			Saldo in EUR	-8.973.999	-9.049.751	-22.696.800	-9.641.702	13.055.098	-14.898.400	7.798.400	-9.333.426	5.564.975	-15.272.600
	54601 Parkeinrichtungen	Einnahmesicherung bei gleichbleibenden Ausgaben	Einnahmen aus Parkraumbewirtschaftung in EUR	2.078.500	2.239.283	2.397.300	2.306.646	-90.654	2.412.700	15.400	2.262.862	-149.838	2.412.700
		Erhöhung der Anzahl um 6 PSA zur Bewirtschaftung der öffentlichen Parkflächen, Parkplatzmanagement	Anzahl der Parkscheinautomaten	104	104	107	107	0	107	0	107	0	107
			Erträge in EUR	2.080.980	2.239.283	2.397.300	2.309.059	-88.241	2.413.700	16.400	2.289.929	-123.771	2.413.700
			Aufwendungen in EUR	214.617	236.750	297.100	257.192	-39.908	250.700	-46.400	258.915	8.215	242.500
			Saldo in EUR	1.866.363	2.002.533	2.100.200	2.051.867	-48.333	2.163.000	62.800	2.031.015	-131.985	2.171.200
	54801 Maritime Wirtschaft und Hafenbau	Realisierung der Nutzungsgebühren für Baufachliche Prüfungen	Erträge aus baufachlichen Prüfungen in EUR	23.000	14.316	20.000	0	-20.000	20.000	0	19.078	-922	20.000
		Realisierung der Entgelte und Gebühren	Erträge aus Entgelten und Gebühren in EUR	98.850	37.268	31.800	36.927	5.127	47.000	15.200	51.742	4.742	47.000
		Aufrechterhaltung und Entwicklung der Hafeninfrastruktur	Auslastungsgrad in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	0,0%-P.	100,0%	0,0%-P.	100,0%	0,0%-P.	100,0%
			Erträge in EUR	141.280	51.584	51.800	47.883	-3.917	428.100	376.300	70.961	-357.139	428.100
			Aufwendungen in EUR	456.538	501.135	473.600	598.183	124.583	1.678.800	1.205.200	619.287	-1.059.513	1.610.700
			Saldo in EUR	-315.257	-449.552	-421.800	-550.301	-128.501	-1.250.700	-828.900	-548.326	702.374	-1.182.600
	54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA	Verbesserung der Einnahmen aus Bewirtschaftung und Vermarktung (Entgelte)	Erträge aus Bewirtschaftung in EUR	578.208	488.455	471.500	796.370	324.870	597.500	126.000	495.018	-102.482	597.500
		Verbesserung der Einnahmen	Erträge aus Mieten und Pachten in EUR	450.556	490.403	460.000	505.512	45.512	1.000.000	540.000	482.383	-517.617	1.000.000
		Reduzierung des Unterhaltungsaufwandes	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in EUR	975.719	401.476	500.700	667.525	166.825	544.600	43.900	495.481	-49.119	562.500
		Auslastungsquote bei Vermietung und Verpachtung	Auslastungsquote in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	0,0%-P.	100,0%	0,0%-P.	60,0%	-40,0%-P.	100,0%
			Erträge in EUR	1.028.835	1.030.481	1.036.500	1.354.188	317.688	1.601.600	565.100	1.008.949	-592.651	2.006.500
			Aufwendungen in EUR	1.432.859	707.452	1.756.800	952.665	-804.135	1.730.800	-26.000	771.358	-959.442	1.736.600
			Saldo in EUR	-404.024	323.030	-720.300	401.523	1.121.823	-129.200	591.100	237.591	366.791	269.900

OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	2012	2013	2014			2015				2016
				Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
67	55100 Stadtgrün	Sicherung der Unterhaltung öffentlicher Grünflächen (ohne Friedhofsbegleitgrün) mit einem Mindestaufwand von 0,65 EUR/ m²	Aufw. Grünfl.unterh. (ohne Friedhofsbegleitgrün) in EUR/m²	0,61	0,64	0,65	***	-	0,66	0,01	***	-	0,67
		regelmäßige Prüfung der kleingärtnerischen Gemeinnützigkeit für alle Kleingartenanlagen mindestens alle 3 Jahre	Anzahl zu prüf. Kleingartenvereine	80	53	71	69	-2	29	-42	29	0	53
		Durchf. der Pflichtkontrollen zur Gewährl. der Verkehrssicherheit an Bäumen (in Bewirt. 67) gem. Kontrollintervall (GA 7/2)	Anzahl der zu kontroll. Bäume	75.000	37.000	45.000	36.966	-8.034	75.000	30.000	50.358	-24.642	75.000
		Durchf. der Pflichtkontrollen zur Verkehrssicherheit an komm. Spielanlagen (in Bewirt. Amt 67) gem. Kontrollintervall (GA 7/3)	Anzahl der zu kontroll. Spielanlagen	234	234	234	235	1	234	0	236	2	234
		Gewährleistung der Nettopielfläche je Kind/Jugendliche in Höhe von 7,5 m²	Nettopielfl. m²/ Kind/Jugendl.	7,5	7,5	7,5	9,2	1,7	7,5	0,0	8,6	1,1	7,5
			Erträge in EUR	303.968	108.517	143.300	128.657	-14.643	263.000	119.700	141.671	-121.329	262.800
			Aufwendungen in EUR	6.066.991	5.999.635	6.579.100	7.090.142	511.042	8.723.300	2.144.200	7.266.973	-1.456.327	9.472.500
			Saldo in EUR	-5.763.023	-5.891.118	-6.435.800	-6.961.485	-525.685	-8.460.300	-2.024.500	-7.125.301	1.334.999	-9.209.700
	55301 Friedhofswesen, Bestattungen	Erhöhung Einnahmenwirtschaft	Kostendeckungsgrad in %	105,80%			91,10%	91,10%-P.	85,00%	85,0%-P.	***	-	85,00%
		Erhöhung der Auslastung der Feierhallen	Anzahl Feierhallennutzung	1.724	1.698	1.710	1.643	-67	1.730	20	1.706	-24	1.750
		termingerechte Erarbeitung des Bürgerschaftsbeschlusses „Friedhofsentwicklungskonzept“		-	-	04/2014	realisiert	-	-	-	-	-	-
			Erträge in EUR	1.458.754	1.668.027	1.953.600	1.611.460	-342.140	1.644.500	-309.100	1.663.469	18.969	1.692.300
			Aufwendungen in EUR	1.398.391	1.843.284	1.846.800	1.816.843	-29.957	2.362.200	515.400	1.819.202	-542.998	2.317.400
			Saldo in EUR	60.363	-175.256	106.800	-205.383	-312.183	-717.700	-824.500	-155.733	561.967	-625.100
73	53701 Abfallwirtschaft	Kostenoptimierung zur Gewährleistung einer sozialverträglichen Gebührengestaltung	Kostendeckungsgrad in %	102,1%	99,7%	100,0%	99,6%	-0,4%-P.	100,1%	0,2%-P.	99,6%	-0,5%-P.	99,9%
		mindestens 50 % Verwertung	Verwertungsquote in %	54,0%	53,5%	53,2%		-53,2%-P.	53,4%	0,2%-P.	54,0%	0,6%-P.	53,6%
			Erträge in EUR	14.937.780	14.220.760	15.342.000	15.183.369	-158.631	15.941.200	599.200	16.343.576	402.376	15.941.200
			Aufwendungen in EUR	14.631.663	14.182.736	15.339.600	15.127.319	-212.281	15.917.400	577.800	15.911.440	-5.960	15.958.800
			Saldo in EUR	306.117	38.024	2.400	56.051	53.651	23.800	21.400	432.136	408.336	-17.600
	54501 Straßenreinigung	Verbesserung des Kostendeckungsgrades	Kostendeckungsgrad in %	144,2%	135,2%	65,9%	65,7%	-0,2%-P.	65,28%	-0,6%-P.	64,25%	-1,0%-P.	64,87%
			Erträge in EUR	3.152.650	3.305.041	3.594.100	3.542.329	-51.771	3.616.300	22.200	3.492.895	-123.405	3.616.300
			Aufwendungen in EUR	2.186.875	2.444.315	5.453.900	5.392.380	-61.520	5.539.900	86.000	5.436.442	-103.458	5.574.300
			Saldo in EUR	965.775	860.726	-1.859.800	-1.850.051	9.749	-1.923.600	-63.800	-1.943.547	-19.947	-1.958.000

				2012	2013	2014			2015				2016
OE	Produkt	Operative Ziele 2015	Kennzahl	Ergebnis	Haushalts- vorvorjahr Ergebnis	Haushalts- vorjahr Ansatz	Erfüllung zum 31.12.2014	Abw. zum Ansatz	Haushalts- jahr Ansatz	Abw. zum Haushalts- vorjahr	Erfüllung zum 31.12.2015	Abw. zum Ansatz	Haushalts- folgejahr Ansatz
82	55500 Kommunale Forstwirtschaft		Nutzungsmenge Holz in fm	11.352	11.771	12.000	41.462	29.462	7.500	-4.500	13.538	6.038	7.500
		Beibehaltung und Verbesserung der FFH-Lebensraumtypen	Anteil FFH-LRT A & B in %	94,0%	94,0%	94,0%	94,0%	0,0%-P.	≥94%	-	94,0%	-	≥94%
		Beibehaltung FSC- Zertifizierung	FSC-Zertifikat	ja	ja	ja	ja		ja	-	ja	-	ja
		angepasster Wildbestand	Verbissschaden in %	17,0%	17,0%	17,0%	16,0%	-1,0%-P.	<15%	-	k.A.	-	<15%
		Erhöh. der Bestandsstabilität und -vielfalt durch Umbau u. Stabilisierung von Umwandlungsbeständen	Beh. v. Umwandlungsbeständen in ha	53,04	58,00	15,00	412,10	397,10	≥20	-	170,35	-	≥20
		Erhaltung der touristischen Infrastruktur	Mahd (Mähen von Gras und Getreide) tourist. Wege in km	140	140	140	140	0	140	0	140	0	140
		Erhöhung der Erträge aus Holzverkauf	Erträge aus Holzverkauf in EUR	621.682	605.124	977.000	2.416.595	1.439.595	560.000	-417.000	787.467	227.467	310.000
			Erträge in EUR	914.904	820.295	1.133.900	2.652.585	1.518.685	933.400	-200.500	1.241.536	308.136	626.000
			Aufwendungen in EUR	1.546.133	1.588.666	1.928.500	2.082.200	153.700	2.225.700	297.200	1.813.183	-412.517	1.955.400
			Saldo in EUR	-631.228	-768.371	-794.600	570.385	1.364.985	-1.292.300	-497.700	-571.647	720.653	-1.329.400

* Der Jahresabschluss liegt noch nicht vor.

** Für diese Kennzahlen werden zukünftig keine Zielvereinbarungen getroffen.

*** Es sind erst Aussagen möglich, wenn die Jahresdaten der Kosten- und Leistungsrechnung final vorliegen.

Anlage 10

Über- und außerplanmäßige Bewilligungen durch das Finanzverwaltungsamt und den Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung

I. Überplanmäßige Bewilligungen durch das Finanzverwaltungsamt

von Produktkonto	auf Produktkonto	Invest-Nr.	Begründung	bewilligt am	Betrag in EUR
12204.56290111			Anerkennung der ehrenamtlichen Tätigkeit bei der Betreuung von Flüchtlingen	25.09.2015	-5.000,00
12204.76290111					-5.000,00
	11101.56930010				5.000,00
	11101.76930010				5.000,00
52100.63130300			Mittel für die Brandschutzprüfung	10.12.2015	9.900,00
	52100.76290030				9.900,00
52100.63130300			Mittel für die Statikberechnung	10.12.2015	9.900,00
	52100.76290020				9.900,00
11150.78410000		5011150201388890	Ausstattung von zusätzlichen Büroräumen im Fachbereich Asyl	01.09.2015	-9.000,00
	11150.78572000	5011150999900190			9.000,00
12400.78571000		7412400201300120	Erwerb Notebook	11.08.2015	-500
	12400.78571000	7412400201588890			500
11402.78511000		6211402999900190	Erweiterung CAD-Software	23.11.2015	-3.457,45
	51102.78410000	6151102201388890			3.457,45
54101.78532001		6654101201303210	Ausstattungen für den kleinen und den großen Eheschließungsraum sowie für das Foyer	11.12.2015	-9.999,00
	12203.78571000	3212203201300290			9.999,00
54101.78532001		6654101201303210	Ausstattungen für den kleinen und den großen Eheschließungsraum sowie für das Foyer	23.12.2015	-3.142,39
	12203.78571000	3212203201300290			3.142,39
12300.78410000		3212300201388890	Mittel für den Erwerb eines Entstempelungsgerätes	01.12.2015	-149,89
	12300.78571000	3212300201500190			149,89
54603.78532000		6654603201400110	Sanierung Trinkwasserleitung Wallstr.	08.01.2016	-186,76
	54101.78440000	6654101999900190			186,76
			Summe Bewilligungen EHH		5.000,00
			gedeckt durch Mehrerträge		0
			gedeckt durch Minderaufwendungen		5.000,00
			Summe Bewilligungen FHH		51.235,49
			gedeckt durch Mehreinzahlungen		19.800,00
			gedeckt durch Minderauszahlungen		31.435,49

II. Außerplanmäßige Bewilligungen durch das Finanzverwaltungsamt

von Produktkonto	auf Produktkonto	Invest-Nr.	Begründung	bewilligt am	Betrag in EUR
12208.68571000		8312208201500290	Beschaffung von Möbeln für neue Mitarbeiter sowie Erwerb eines Laptop für den Amtsleiter	06.10.2015	1.200,00
	12208.78572000	8312208999900090			1.200,00
26301.78571000		4426301201200310	Erwerb Diktiergerät	31.07.2015	-1.200,00
	26301.78571000	4426301201588890			1.200,00

11150.78571000		5011150201388890	Lizenzen Pflegestützpunkt Software	03.12.2015	2.261,00
	11150.78410000	5011150201388890			-2.261,00
26301.68142000		4426301201400110	Erwerb Musikinstrumente	03.11.2015	5.000,00
	26301.78571003	4426301201400110			5.000,00
			Summe Bewilligungen EHH		0
			gedeckt durch Mehrerträge		0
			gedeckt durch Minderaufwendungen		0
			Summe Bewilligungen FHH		9.661,00
			gedeckt durch Mehreinzahlungen		6.200,00
			gedeckt durch Minderauszahlungen		3.461,00

III. Überplanmäßige Bewilligungen durch den Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung

von Produktkonto	auf Produktkonto	Invest-Nr.	Begründung	bewilligt am	Betrag in EUR
53702.78560000		7353702201400190	Mittel für Erwerb Kleintransporter	01.10.2015	-12.500,00
	53703.78560000	7353703201400190			12.500,00
54101.78532001		6654101201400320	Knotenausbau Parkstraße LSA 103	05.08.2015	-15.000,00
	54101.78532001	6654101201202500			15.000,00
			Summe Bewilligungen EHH		0
			gedeckt durch Mehrerträge		0
			gedeckt durch Minderaufwendungen		0
			Summe Bewilligungen FHH		27.500,00
			gedeckt durch Mehreinzahlungen		0
			gedeckt durch Minderauszahlungen		27.500,00

IV. Außerplanmäßige Bewilligungen durch den Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung

von Produktkonto	auf Produktkonto	Invest-Nr.	Begründung	bewilligt am	Betrag in EUR
11104.78571000		311104201400019	Erwerb von 2 Jollen und 5 Segeln im Rahmen der Präsentation der Machbarkeitsstudie für die olympischen Segelwettbewerbe 2024/2028	16.01.2015	-10.500,00
	11101.78560000	3111012015000010			10.500,00
11402.78511000		6211402999900190	Mittel für Spielplatz Nienhagen	15.12.2015	-5.000,00
	55100.78512001	6755100201500520			5.000,00
55201.78532001		7355201201200210	Beschaffung Schallpegelmessstation	27.11.2015	-19.950,00
	55403.78560000	7355403201488890			19.950,00
			Summe Bewilligungen EHH		0
			gedeckt durch Mehrerträge		0
			gedeckt durch Minderaufwendungen		0
			Summe Bewilligungen FHH		35.450,00
			gedeckt durch Mehreinzahlungen		0
			gedeckt durch Minderauszahlungen		35.450,00

Anlage 11

Auszahlungen für Baumaßnahmen in den Produkten 54101 "Gemeindestraßen" und 54802 "Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA"**Produkt 54101 Gemeindestraßen****I. Konto 78532000 Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen**

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE	Erläuterung von Abweichungen > 200.000 EUR
6654101201200620 Erneuerung Schleusenbrücke	1.373.189	794.557	-578.632	Im Jahr 2015 erfolgte die Bauabnahme und Schlussabrechnung des Ersatzneubaus und der Behelfsumfahrung der Schleusenbrücke. Mit den verfügbaren restlichen Mitteln werden im Folgejahr noch offene Planungsaufträge sowie pflegerische Grünmaßnahmen abgerechnet.
6654101201200701 ÖPNV-Verknüpfungspunkt Warnemünde	68.418	0	-68.418	
6654101201200820 Sanierung Petribrücke	1.038.086	59.403	-978.683	Die Maßnahme wurde im Haushaltsjahr 2015 ausgeschrieben und im Oktober vergeben. Die bauliche Ausführung erfolgt erst im Februar 2016 und soll im November 2016 abgeschlossen sein.
6654101201201010 Erneuerung Zugbänder KBW Lütten-Klein	662.848	12.271	-650.577	Der Baubeginn der Maßnahme ist erst im zweiten Halbjahr 2016 vorgesehen.
6654101201201619 Stützwand 34 Bahnhofstraße / Am Güterbahnhof	654.534	1.225.538	571.004	Im Jahr 2015 wurden Städtebaufördermittel in Höhe von 897.729,73 EUR an die HRO ausgezahlt, die zu Mehrauszahlungen in gleicher Höhe berechtigen. Somit standen für die Maßnahme insgesamt Mittel im Umfang von 1.552.263,93 EUR zur Verfügung. Die verbliebenen Mittel aus 2015 sichern die Liquidität für die Finanzierung der noch offenen Aufträge im Folgejahr.
6654101201201811 Erneuerung Mühlenstraße Evershagen	100.960	61.750	-39.210	
6654101201202016 Sanierung/Umgestaltung Ulmenstraße - Planung	98.383	4.135	-94.248	
6654101201202125 Uferwanderweg Gehlsdorf	7.365	0	-7.365	
6654101201202501 Knotenausbau Parkstraße	0	86.789	86.789	
6654101201203316 Lückenschluss Geh- und Radweg Werftstraße	23.106	275	-22.831	
6654101201300420 Straßenbau Petridamm	60.608	0	-60.608	
6654101201300513 Umgestaltung Markt Reutershagen	16.495	12.526	-3.969	
6654101201300925 Umgestaltung Zufahrt Schule/Zollamt Gehlsdorf	80.000	0	-80.000	
6654101201301027 Geh- und Radweg Krummendorf	2.900	0	-2.900	
6654101201301208 Sanierung Durchlass Groß-Kleiner Weg	74.525	108.270	33.746	
6654101201301912 Erneuerung Geh- und Radweg Hundsburgallee	72.025	54.589	-17.436	
6654101201302918 Ausbau Biestower Damm zwischen Kirche u. Klein Stover Weg	63.300	295.065	231.766	Die Mittel für die Maßnahme wurden im Konto 78532001 eingestellt, jedoch im Konto 78532000 abgerechnet, siehe unten.
6654101201304099 Gehwegsanierung im Stadtgebiet	224.494	122.932	-101.562	
6654101201304199 Zuwegung Kleingartenanlagen	73.955	3.472	-70.483	
6654101201304313 Grundhafte Sanierung An der Jägerbäk 2. BA	231.032	210.835	-20.197	
6654101201388899 Hard- und Software, Vernetzung	20.000	774	-19.227	
6654101201400415 Straßenrekonstruktion Asternweg	248.181	19.768	-228.413	Vermessungsleistungen und Baugrunduntersuchungen wurden bereits durchgeführt und es erfolgten weitere Planungsaufträge. Möglicher Baubeginn ist jedoch erst Mitte des Jahres 2016.
6654101201400919 Durchlass Hellbach Dalwitzhofer Weg	70.000	9.900	-60.100	
6654101201401208 Gehwegverbindung Möllner Str. - Stadtautobahn	15.000	4.967	-10.033	
6654101201401312 Fußgängerbrücke über den Klosterbach	20.000	30.774	10.774	
6654101201401412 Sanierung der Handelsstraße	42.592	16.053	-26.539	
6654101201401599 Verkehrssicherungs- u. Verkehrsberuhigungsmaßnahmen	102.000	0	-102.000	
6654101201500320 Sanierung Petribrücke BW 101 Straßenbahnteil	150.000	23.894	-126.106	
6654101201500419 Ersatzneubau Wehrbrücke Am Mühlendamm Bw 111	25.000	0	-25.000	
6654101201500599 Neubau Fußgängerüberwege	140.000	5.341	-134.659	
6654101201500899 Ersatzbeschaffung Parkscheinautomaten	500.000	0	-500.000	Die Auftragsvergabe ist erst im Haushaltsjahr 2016 vorgesehen, da eine umfassende EU-weite Ausschreibung erforderlich ist.
6654101201500917 Treppenanlage Südring Nr. 28-31	50.000	63.680	13.680	
6654101201501699 Neubau und Anpassung von Verkehrsanlagen	115.000	45.898	-69.102	
6654101201501708 Neubau der Verlängerung Mecklenburger Allee bis Elmenhorst	60.000	0	-60.000	
6654101201501915 Neubau Wegverbindung Asylbewerberheim Satower Straße	100.000	16.850	-83.150	

6654101201600101 Grundsanierung Spüldurchlass Alter Strom	530.000	168.601	-361.399	Gemäß dem Zeitplan werden die ersten Teilbauwerke "Straßenbrücke - Am Bahnhof" und "Straßenbrücke - Am Passagierkai" Mitte 2016 fertiggestellt. Die Mittel werden dementsprechend in das Folgejahr übertragen.
6654101999900499 Erneuerung und Sanierung der Straßenbeleuchtung	834.163	479.536	-354.628	Die voraussichtliche Kassenwirksamkeit noch offener Aufträge liegt im 1. und 2. Quartal 2016.
6654101999900599 aktivierte Eigenleistungen	103.000	0	-103.000	
6654101999900699 Verkehrsausstattungen	63.877	23.745	-40.133	
6654101999900799 Grundhafter Ausbau von Verkehrsani. durch Medienerneuerung	100.000	16.425	-83.575	
	8.215.037	3.978.615	-4.236.421	

II. Konto 78532001 Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE	Erläuterung von Abweichungen > 200.000 EUR
6654101201200701 ÖPNV-Verknüpfungspunkt Warnemünde	12.000	0	-12.000	
6654101201200914 Straßenerneuerung Klinikum Schillingallee	660.622	357.428	-303.194	Die noch verfügbaren Mittel werden für die Sicherstellung der Restaufträge sowie für neue Planungsaufträge verwendet.
6654101201201401 Fördergebiet "Seebad Warnemünde"	4.316.021	2.623.820	-1.692.201	Im Fördergebiet werden diverse Maßnahmen durchgeführt. Nicht alle konnten im Haushaltsjahr 2015 schlussgerechnet werden.
6654101201201508 Lichtenhäger Brink	822.482	440.773	-381.709	Die Bauabschnitte 1 und 2 sind noch nicht schlussgerechnet. Der Bauabschnitt 3 soll Mitte 2016 ausgeschrieben werden.
6654101201201910 Straßenausbau Rigaer Straße 1.BA Lütten Klein	1.751.912	1.086.413	-665.499	Die bauliche Umsetzung des 1. BA erfolgte im April 2015. Alle weiteren BA werden sukzessive für eine nahtlose Weiterführung in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 vorbereitet.
6654101201202501 Knotenausbau Parkstraße	206.000	0	-206.000	Die Maßnahme befindet sich noch in der Bauausführung. Mit der Schlussrechnung ist im zweiten Quartal 2016 zu rechnen.
6654101201202617 Grundhafter Ausbau der Albert Einsteinstraße	816.657	538.011	-278.646	Der dritte BA befindet sich noch in der Bauausführung und wird im ersten bis zweiten Quartal 2016 kassenwirksam.
6654101201300310 Neubau LSA Rigaer Str. / St.Petersburger Str.	45.000	0	-45.000	
6654101201300513 Umgestaltung Markt Reutershagen	25.000	0	-25.000	
6654101201300925 Umgestaltung Zufahrt Schule/Zollamt Gehlsdorf	240.563	215.311	-25.252	
6654101201301115 Geh- und Radweg Groß Schwaßer Weg	279.117	6.128	-272.989	Als zwingende Voraussetzung für die Durchführung der Baumaßnahme musste ein Grundstückserwerb erfolgen. Das setzte das Einverständnis des Verbandes der Kleingärtner und eine Einigung mit den Gartenpächtern voraus. Da eine Einigung mit den Verantwortlichen jedoch nicht möglich war, wurden die Planungsaufträge teilschlussgerechnet und das Projekt damit vorerst abgeschlossen.
6654101201301319 Grundhafter Ausbau Paulstraße	327.932	236.939	-90.992	
6654101201301499 Erweiterung Gebietsrechner	71.685	62.035	-9.650	
6654101201301599 Erweiterung Zählstellennetz	45.642	0	-45.642	
6654101201301811 Grundhafte Erneuerung des Sievershäger Weges	1.037.087	831.189	-205.898	Mit der Schlussabrechnung ist erst im 3. Quartal 2016 zu rechnen.
6654101201302099 ÖPNV-Anlagen	289.061	287.666	-1.395	
6654101201302918 Ausbau Biestower Damm zwischen Kirche u. Klein Stover Weg	320.000	0	-320.000	Die Abrechnung sämtlicher Aufträge erfolgte im Konto 78532000, siehe oben.
6654101201303216 Gehweg Budapester Straße	365.406	302.625	-62.780	
6654101201303313 Gehweg Schulenburgstraße	91.797	61.968	-29.829	
6654101201400320 ÖPNV-Bevorrechtigung LSA Gredenwäscheweg	77.945	77.067	-879	
6654101201500222 ÖPNV-Bevorrechtigung LSA Dierkower Damm / Gleisquerung	15.000	5.821	-9.179	
6654101201501801 Umgestaltung Bahnhof Warnemünde (städtischer Anteil)	100.000	0	-100.000	
6654101999900299 Verkehrsentslastende Maßnahmen aus Stellplatzablöse	77.729	41.893	-35.836	
6654101999900399 ÖPNV- Maßnahmen nach Malus	81.415	123.815	42.399	
6654101999900599 aktivierte Eigenleistungen	82.800	0	-82.800	
	12.158.873	7.298.903	-4.859.970	

Produkt 54802 Maritime Wirtschaft und Hafenbau - BgA**I. Konto 78532000 Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen**

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE	Erläuterung von Abweichungen > 200.000 EUR
6654802201300101 Ufersicherung Alter Strom Süd/Ost Seite in Warnemünde	229.611	165.144	-64.467	
6654802201300301 Erneuer. Steganlage Westseite Alter Strom, 3. BA, LP 1-8	353.132	365.034	11.903	
6654802201300501 Gewährleistung der Standsicherheit LP-7 in Warnemünde	253.183	2.752.824	2.499.641	Für die Maßnahme konnte der kassenwirksame Abschluss in 2015 nicht mehr realisiert werden. Die Mittel werden in das Folgejahr übertragen.
6654802201500101 Ausrüstung Liegeplatz P1-P6	300.000	295.954	-4.046	
6654802201500201 Stegplattform Ostseite Alter Strom	200.000	0	-200.000	Die Planungsleistungen konnten aufgrund der nicht abgeschlossenen Klärung der Beteiligung des Landes an der Investition noch nicht beauftragt werden.
6654802999900199 aktivierte Eigenleistungen	4.100	0	-4.100	
6654802999900299 Anschaffung von Ausstattungsgegenständen über 410 EUR	7.900	5.873	-2.027	
	1.347.926	3.584.829	2.236.903	

II. Konto 78532001 Auszahlungen für Baumaßnahmen (Herstellungskosten) Infrastrukturvermögen - zweckgebunden

Bezeichnung (Werte in EUR)	Buchungs- ermächtigung 2015	Erfüllung 2015	Abweichung Erf. zur BE	Erläuterung von Abweichungen > 200.000 EUR
6654802201200101 Neugestaltung Werftbecken	300.000	0	-300.000	Die HRO hat im Haushaltsjahr 2015 nach einer Variantenprüfung eine Festlegung zur Neugestaltung des Werftbeckens getroffen. Es wird im Folgejahr ein Vergabeverfahren zur Beauftragung der weiteren Planungsleistungen erforderlich.
6654802201200309 Gewerbegebiet Groß Klein	3.803.492	2.604.627	-1.198.865	Für die Maßnahme konnte der kassenwirksame Abschluss in 2015 nicht mehr realisiert werden. Die Mittel werden in das Folgejahr übertragen.
6654802201300501 Gewährleistung der Standsicherheit LP-7 in Warnemünde	5.300.000	0	-5.300.000	Die Aufträge wurden im Konto 78532000 gebucht.
	9.403.492	2.604.627	-6.798.865	